

Beteiligtentransparenzdokumentation

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 6/6959)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 23. März 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

In der gesellschaftlichen Diskussion rücken die Aspekte des Tierschutzes, des Arten- und Biotopschutzes und der Verwendung von Wildfleisch als Nahrungsmittel immer stärker in den Fokus. Im Rahmen eines offenen Diskussionsprozesses wurden diese Fragen deshalb mit allen betroffenen Verbänden und Institutionen diskutiert und Eckpunkte zur Überarbeitung des Thüringer Jagdgesetzes herausgearbeitet.

In den vorliegenden Gesetzentwurf wurden diese Eckpunkte eingearbeitet. Beispielhaft sei hier das Verbot von bleihaltigem Schrot und Totschlagfallen, der Schießnachweis für die Teilnahme an Gesellschaftsjagden oder die überarbeiteten Regelungen zu wildernden Hunden und Katzen genannt.

B. Lösung

Erlass eines Änderungsgesetzes

C. Alternativen

Keine, wenn dem oben genannten Änderungsbedarf Rechnung getragen werden soll

D. Kosten

Infolge der Verlagerung der Aufgaben (§ 32 und § 56 Abs. 2 Satz 2 des Thüringer Jagdgesetzes -ThJG-) von der Landesforstanstalt auf die oberste Jagdbehörde nach § 50 Abs. 4 ThJG ist ein Ausgleich für die Mehrbelastung der obersten Jagdbehörde mit der Zuständigkeit für die Regelung der Bejagung in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt und des Bundes sowie die im Nationalpark Hainich liegenden Jagdbezirke sowie den hiermit verbundenen Ordnungswidrigkeiten nach § 56 Abs. 1 Nr. 4 ThJG im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung mit der Landesforstanstalt zu regeln.

Der Mehrbelastung der unteren Jagdbehörden durch Einführung eines Verwaltungsverfahrens zur Tötung wildernder Hunde nach § 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und durch die künftige Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, mit Ausnahme des § 56 Abs. 1 Nr. 4 ThJG in den

Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt und des Bundes sowie die im Nationalpark Hainich liegenden Jagdbezirke, steht eine Entlastung aufgrund der Übermittlung von Daten zur Wildtiererfassung, Abschussplanung und Streckenmeldung in elektronischer Form gegenüber.

Die Änderungen des Thüringer Jagdgesetzes führen bei den Unternehmen und Privaten zu keinen zusätzlichen Kosten.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 19. März 2019

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen
am 27./28./29. März 2019.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Heike Taubert
stellvertretende Ministerpräsidentin

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Jagdgesetz in der Fassung vom 28. Juni 2006 (GVBl. S. 313), zuletzt geändert durch Artikel 51 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 768), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 wird der Klammerzusatz "(BJG)" gestrichen.
2. § 3 erhält folgende Fassung:

"§ 3
Feststellung der Jagdbezirke

Die unteren Jagdbehörden stellen Bestand, Umfang und Grenzen der Jagdbezirke unter Beachtung der §§ 5, 7 und 8 des Bundesjagdgesetzes fest."

3. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Einleitung zu Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"Befriedete Bezirke nach § 6 des Bundesjagdgesetzes sind:"

- b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Die untere Jagdbehörde kann eine beschränkte Ausübung der Jagd in befriedeten Bezirken gestatten. Im Fangen und Töten von Wirbeltieren sachkundige Eigentümer oder Nutznießer von befriedeten Bezirken können unter Beachtung des Tierschutzgesetzes und in Anwendung des § 22 Abs. 4 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes Haarraubwild und Wildkaninchen fangen, töten und sich aneignen. Eines Jagdscheines oder Nachweises der Sachkunde bedarf es dazu nicht. Sofern Eigentümer oder Nutznießer von befriedeten Bezirken die nach Satz 2 erforderliche Sachkunde für die Tötung nicht besitzen, müssen sie einen Jagdscheininhaber oder eine entsprechend sachkundige Person hiermit beauftragen."

4. Dem § 7 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

"Die zur Jagdausübung Dienstverpflichteten der Landesforstanstalt sind in deren Jagdbezirken für den Jagdschutz verantwortlich."

5. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

- b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

"(2) In den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt soll insbesondere den Inhabern eines gültigen Jagdscheines, die nicht jagdausübungsberechtigt sind, die Ausübung der Jagd ermöglicht werden."

6. § 9 wird aufgehoben.

7. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 wird jeweils die Verweisung "§ 8 Abs. 2 BJG" durch die Verweisung "§ 8 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.
- b) In Absatz 4 wird der Klammerzusatz "(§ 8 Abs. 3 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 8 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

8. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 9 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 9 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.
- b) In Absatz 5 wird der Klammerzusatz "(§ 9 Abs. 2 Satz 3 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 9 Abs. 2 Satz 3 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.
- c) In Absatz 6 wird die Verweisung "§ 9 Abs. 2 Satz 3 BJG" durch die Verweisung "§ 9 Abs. 2 Satz 3 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.
- d) In Absatz 7 Satz 2 wird die Verweisung "§§ 9 und 10 Abs. 3 BJG" durch die Verweisung "§§ 9 und 10 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

9. In § 12 Abs. 1 Satz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 10 Abs. 1 Satz 2 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 10 Abs. 1 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

10. In § 13 Abs. 2 Satz 3 wird der Klammerzusatz "(§ 21 Abs. 2 Satz 3 und 4 BJG und § 32 Abs. 1 Satz 1)" durch den Klammerzusatz "(§ 21 Abs. 2 Satz 3 und 4 des Bundesjagdgesetzes und § 32 Abs. 1 Satz 1)" ersetzt.

11. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Die Pachtdauer soll mindestens neun Jahre betragen."
- b) Absatz 3 wird aufgehoben.
- c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und die Verweisung "§ 12 BJG" wird durch die Verweisung "§ 12 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.
- d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und die Verweisung "§§ 11 und 12 BJG" wird durch die Verweisung "§§ 11 und 12 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt und die Verweisung "Absätze 1 bis 4" wird durch die Verweisung "Absätze 1 bis 3" ersetzt.

12. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Halbsatz 2 werden die Worte "volle 75 Hektar in einer Niederwildjagd und je weitere

volle 150 Hektar in einer Hochwildjagd" durch die Worte "angefangene 150 Hektar" ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Ist mehr als eine Person Pächter eines Jagdbezirktes, so haben die Pächter einen schriftlichen Gesellschaftsvertrag abzuschließen und einen Geschäftsführer zu bestellen."

c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

"(3) Die Bestimmungen über den Jagdpachtvertrag gelten mit Ausnahme des § 14 Abs. 2 auch für die Weiter- und Unterverpachtung, insbesondere für die nachträgliche Mitpacht. In diesen Fällen darf die Zahl der jagdausübungsberechtigten Personen die zulässige Zahl der Jagdpächter nach Absatz 1 nicht überschreiten."

13. In § 16 Abs. 2 wird der Klammerzusatz "(§ 11 Abs. 3 Satz 3 BJJ)" durch den Klammerzusatz "(§ 11 Abs. 3 Satz 3 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

14. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Auf die entgeltliche Erteilung eines Jagderlaubnisscheines sind § 11 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5, die §§ 12 und 13 des Bundesjagdgesetzes sowie § 15 Abs. 1 und § 16 entsprechend anzuwenden; dies gilt nicht für eine vorübergehende Überlastung der Jagdausübung in der Zeit von weniger als drei Monaten."

b) In Absatz 3 wird der Klammerzusatz "(§ 25 BJJ; § 41 Abs. 2 und § 42)" durch den Klammerzusatz "(§ 25 des Bundesjagdgesetzes; § 41 Abs. 2 und § 42)" ersetzt.

c) In Absatz 4 wird die Abkürzung "BJJ" durch das Wort "Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

15. In § 18 Abs. 2 wird die Verweisung "§ 11 Abs. 3 BJJ" durch die Verweisung "§ 11 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

16. In § 19 wird die Verweisung "§ 13 Satz 2 BJJ" durch die Verweisung "§ 13 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

17. In § 20 Satz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 11 Abs. 5 BJJ)" durch den Klammerzusatz "(§ 11 Abs. 5 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

18. § 21 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Verweisung "§ 19a Satz 1 BJJ" durch die Verweisung "§ 19a Satz 1 des Bundesjagdgesetzes" und der Klammerzusatz "(§ 39 Abs. 1 Nr. 5 BJJ)" durch den Klammerzusatz "(§ 39 Abs. 1 Nr. 5 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Verweisung "§ 19a Satz 1 BfG" durch die Verweisung "§ 19a Satz 1 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

"(4) Die untere Jagdbehörde kann im Einzelfall auf Antrag des Jagdausübungsberechtigten das Betreten von Teilen der freien Natur im erforderlichen Umfang zum Schutz der dem Wild als Nahrungsquellen, Aufzucht-, Brut- und Nistgelegenheiten dienenden Lebensbereiche sowie zur Durchführung der Wildfütterung in Notzeiten und von Gesellschaftsjagden vorübergehend untersagen oder beschränken. Die Belange der ordnungsgemäßen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung sind hierbei zu berücksichtigen."

19. § 22 wird aufgehoben.

20. In § 23 Halbsatz 1 werden nach dem Wort "Ministerium" die Worte "und soweit nach dem Naturschutzrecht besonders oder streng geschützte Arten betroffen sind im Einvernehmen mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium" eingefügt und die Verweisung "§ 36 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 BfG" wird durch die Verweisung "§ 36 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

21. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Der Jagdschein wird nach § 15 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes als

1. Jahresjagdschein für ein Jahr (Einjahresjagdschein) oder drei Jahre (Dreijahresjagdschein) oder
2. Tagesjagdschein für vierzehn aufeinanderfolgende Tage erteilt."

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Das Wort "Ausländerjahresjagdschein" wird durch das Wort "Jahresjagdschein" ersetzt;

bb) Nach dem Wort "Tagesjagdschein" werden die Worte "nach § 15 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes" eingefügt und die Verweisung "§ 15 Abs. 5 BfG" wird durch die Verweisung "§ 15 Abs. 5 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und erhält folgende Fassung:

"(3) Die Erteilung des Jagdscheines ist von dem Nachweis einer ausreichenden Jagdhaftpflichtversicherung nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Bundesjagdgesetzes abhängig zu machen. Besteht keine ausreichende Versicherung, so ist ein erteil-

ter Jagdschein unverzüglich der unteren Jagdbehörde abzuliefern. Erfährt diese auf andere Weise, dass keine ausreichende Versicherung besteht, hat sie den Jagdschein nach § 18 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes für ungültig zu erklären und einzuziehen. Zuständige Stelle im Sinne des § 117 Abs. 2 des Versicherungsvertragsgesetzes ist die für den Entzug des Jagdscheins untere Jagdbehörde. Kennt der Versicherer diese nicht, so ist die Anzeige an die Jagdbehörde zu richten, die den Jagdschein erteilt hat."

- e) Der bisherigen Absatz 5 wird Absatz 4 und in den Sätzen 1 und 2 wird jeweils die Verweisung "§ 15 Abs. 5 BJG" durch die Verweisung "§ 15 Abs. 5 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.
- f) Absatz 6 wird aufgehoben.
- g) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 5 und die Verweisung "§ 18 Satz 3 BJG" wird durch die Verweisung "§ 18 Satz 3 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.
- h) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 6 und wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird aufgehoben.
 - bb) Im bisherigen Satz 2 werden die Worte "und der Jagdabgabe" gestrichen.

22. § 27 erhält folgende Fassung:

"§ 27
Mittel zur Förderung des Jagdwesens und
Gegenstand der Förderung

- (1) Mit der Gebühr für den Jagdschein wird eine Jagdabgabe erhoben, die von der obersten Jagdbehörde zur Förderung des Jagdwesens zu verwenden ist. Die oberste Jagdbehörde wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für das Finanzwesen zuständigen Ministerium die Höhe der Jagdabgabe durch Rechtsverordnung festzusetzen. Die Jagdabgabe darf das Doppelte der Jagdscheingebühr nicht überschreiten.
- (2) Gefördert werden sollen auf Antrag insbesondere:
1. Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensgrundlagen des Wildes vor allem in Notzeiten sowie zur Bestandsförderung und Wiederansiedlung gefährdeter Wildarten,
 2. die Erforschung der Lebens- und Umweltbedingungen der Wildarten,
 3. die Erforschung von Möglichkeiten zur Verhütung oder Verminderung von Wildschäden in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft,
 4. die Errichtung und der Betrieb von Muster- und Lehrjagdbezirken sowie sonstige Maßnahmen und Einrichtungen zur Information, Aus- und Fortbildung der Jäger, der Jagdvorsteher sowie der für den Vollzug der jagdrechtlichen Vorschriften zuständigen Organe,

5. Maßnahmen zur jagdlichen Umweltbildung und zur Information der Öffentlichkeit über das Jagdwesen,
6. Maßnahmen zum Arten- und Biotopschutz, insbesondere zur Bekämpfung von invasiven gebietsfremden Tierarten, die dem Jagdrecht unterliegen,
7. die Falknerei und das Jagdhundewesen,
8. das jagdliche Brauchtum und die Jagd als Kulturgut."

23. In § 28 Satz 1 wird die Verweisung "§ 27 Nr. 1, 2, 4 und 5" durch die Verweisung "§ 27 Abs. 2 Nr. 1 und 2 sowie 4 bis 6" ersetzt.

24. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Folgender neue Absatz 2 wird eingefügt:

"(2) Bei Gesellschaftsjagden, zu denen Wild gezielt in Bewegung gebracht wird, hat jeder mit einer Langwaffe Teilnehmende dem Jagdleiter einen Schießnachweis vorzulegen, welcher nicht älter als ein Jahr ist. Als Schießnachweis gilt die schriftliche Bestätigung einer Schießstätte über ein jagdliches Übungsschießen mit Büchse oder Flinte auf bewegliche Ziele."

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt geändert:

aa) In der Einleitung wird die Verweisung "§ 19 BJG" durch die Verweisung "§ 19 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

bb) Die Nummer 4 erhält folgende Fassung:

"4. die Jagd unter Verwendung von Betäubungs- oder Lähmungsmitteln, Sprengstoffen, Gasen, elektrischem Strom oder von Schusswaffen mit Schalldämpfern auszuüben; das Schalldämpferverwendungsverbot gilt nicht für das Schießen auf Wild mit Büchsenpatronen, deren Auftreffenergie auf 100 m (E 100) mehr als 1000 Joule beträgt. Die jeweiligen Bestimmungen des Waffenrechts bleiben unberührt;"

cc) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 6 wird angefügt:

"6. Fanggeräte oder Fangvorrichtungen, die zum Totschlagen des Wildes bestimmt sind, zu verwenden."

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

"1. in begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Durchführung von Hegemaßnahmen; zu wissenschaftlichen Zwecken oder zur Verminderung überhöhter Wildbestände oder übermäßiger Wildschäden, von dem Verbot des Absatzes 3 Nr. 1,"

bb) Nach Nummer 1 wird folgende neue Nummer 2 eingefügt:

"2. in besonderen Einzelfällen von den Verboten des Absatzes 3 Nr. 4 und 6 im Einvernehmen mit dem für Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung zuständigen Ministerium,"

cc) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3 und erhält folgende Fassung:

"3. von dem Verbot des § 19 Abs. 1 Nr. 4 des Bundesjagdgesetzes für die Nachtjagd, soweit es aufgrund der Landeskultur, insbesondere zur Wildschadensabwehr, erforderlich ist."

d) Nach dem neuen Absatz 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

"(5) Das Verbot des § 19 Abs. 1 Nr. 10 des Bundesjagdgesetzes gilt nicht für zulässige Kirrungen."

e) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 6 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort "Rechtsverordnung" die Worte "das Nähere zur Fangjagd, insbesondere für Lebendfangfallen die Betriebs- und Funktionssicherheit, Kennzeichnung und Kontrollhäufigkeit sowie den Einsatz von Fangmeldetechnik, zu regeln sowie" eingefügt und die Verweisung "§ 19 Abs. 1 BJG" durch die Verweisung "§ 19 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

bb) Folgender neue Satz 2 wird eingefügt:

"Der Erlass einer Rechtsverordnung aufgrund einer Störung der Funktionsfähigkeit des Naturschutzhaushaltes erfolgt im Einvernehmen mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium."

25. § 30 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird der Klammerzusatz "(auch im Sinne des § 16 Abs. 3 BJG)" durch den Klammerzusatz "(auch im Sinne des § 16 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

b) Die Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

"(2) Treibjagd ist jede Gesellschaftsjagd, bei der das Wild durch Treiber und unter Einsatz von Jagdhunden aus der Deckung gedrückt und durch Bilden einer Treiberwehr in bestimmte Richtungen getrieben wird.

(3) Drückjagd ist jede Gesellschaftsjagd, bei der das Wild durch Treiber und unter Einsatz von Jagdhunden aus der Deckung gedrückt wird, ohne die Fluchrichtung zu bestimmen."

26. In § 31 Abs. 2 Satz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 21 Abs. 3 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 21 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

27. § 32 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

"(1) Vor Aufstellung des Abschussplans nach § 21 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes sollen Pächter und Verpächter des Jagdausübungsrechts ihren Jagdbezirk gemeinsam begehen. Der Abschussplan ist in der Regel für drei Jagdjahre und zahlenmäßig getrennt nach Wildart, Geschlecht und Altersklassen vom Jagdausübungsberechtigten, bei verpachteten Jagdbezirken im Einvernehmen mit dem Eigentümer oder Nutznießer des Eigenjagdbezirks oder dem Jagdvorstand des Gemeinschaftsjagdbezirks, aufzustellen und bei der unteren Jagdbehörde anzuzeigen. Bei der Planung, Bestätigung und Festsetzung des Abschusses ist neben der körperlichen Verfassung des Wildes vorrangig der Zustand der Vegetation, insbesondere der Waldverjüngung hinsichtlich Verbiss und Schäle, zu berücksichtigen. Vor der Bestätigung oder Festsetzung der Abschusspläne ist der unteren Forstbehörde in der Beratung des Jagdbeirates nach § 52 Gelegenheit zu geben, sich auf der Grundlage eines im dreijährigen Turnus auf Kreisebene zu erstellenden forstlichen Gutachtens über den Waldzustand und eingetretene Wildschäden an forstlich genutzten Grundstücken zu äußern und ihre Auffassung zur Situation der Waldverjüngung darzulegen. Die Äußerungen der unteren Forstbehörden, insbesondere zur Abschusshöhe, haben die unteren Jagdbehörden in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Der Abschussplan gilt im Einvernehmen mit dem Jagdbeirat als bestätigt, sofern er bei Antragsstellung bis 1. März nicht bis zum 1. Mai desselben Jahres festgesetzt wird. Das Recht der unteren Jagdbehörde, den Abschuss nachträglich festzusetzen, bleibt unberührt. Für die Wildart Rehwild gilt der bestätigte Abschussplan als Mindestabschuss. In Hegegemeinschaften ist die gemeinschaftliche Aufstellung von Abschussplänen oder der Übergang hierzu im Jagdjahr, für verpachtete Jagdbezirke wie in Satz 1 im Einvernehmen mit den Eigentümern, Nutznießern oder Jagdvorständen, zulässig.

(2) Der Jagdausübungsberechtigte ist verpflichtet, notfalls unter Hinzuziehung anderer Jagdscheininhaber, den Abschussplan für Schalenwild zu erfüllen. Die untere Jagdbehörde trifft die zur Erfüllung des Abschussplanes erforderlichen Anordnungen. § 27 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes gilt entsprechend. Ein für den Fall der nicht ordnungsgemäßen Erfüllung des Abschussplanes angedrohtes Zwangsgeld kann auch beigetrieben werden, wenn nach Ablauf der Jagdzeit feststeht, dass der Abschussplan nicht mehr erfüllt werden kann."

b) Absatz 4 Satz 3 erhält folgende Fassung:

"Die untere Jagdbehörde kann vom Jagdausübungsberechtigten verlangen, ihr oder einem Be-

auftragten das erlegte Wild oder Teile desselben vorzulegen."

c) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

"(7) Die oberste Jagdbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. Regelungen über die Durchführung der Abschussplanung sowie über die Bestätigung und Festsetzung der Abschusspläne, ferner über die Überwachung ihrer Durchführung und über die Erzwingung ihrer Erfüllung zu erlassen,
2. Regelungen über die Erhebung von Daten zu den Jagdbezirksverhältnissen sowie zum Vorkommen und Bestand von Wildarten, ferner über die Abschuss- und Fangergebnisse sowie das verendete Wild zu erlassen,
3. hinsichtlich der Nummern 1 und 2 Regelungen zur Übermittlung von Daten und Verwaltungsakten zwischen Jagdausübungsberechtigten und Jagdbehörden neben der Papierform auch in elektronischer Form sowie zur Erhebung von entsprechenden Verwaltungskosten zu erlassen,
4. Gebiete für die Hege und Bejagung einzelner Schalenwildarten festzulegen, diese Gebiete unabhängig von den Jagdbezirks Grenzen in Hegegemeinschaften zu unterteilen sowie die Zuständigkeiten von Jagdbehörden für die Abschussplanung und Durchsetzung einheitlich großräumiger Abschussregelungen in diesen Gebieten zu bestimmen; Entsprechendes gilt für die Gebiete des Niederwildes,
5. Art und Umfang der Kirmung zu regeln,
6. Regelungen über die Hege und Bejagung des Wildes sowie über die Bejagung von Rot-, Dam- und Muffelwild außerhalb der Gebiete für die Hege und Bejagung einzelner Schalenwildarten nach Nummer 4 zu erlassen."

d) Absatz 9 wird aufgehoben.

28. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

"1. die Liste der Tierarten, die unter Jagdrecht stehen, zu erweitern und Jagdzeiten festzulegen oder die Liste einzuschränken, wobei dies für die nach nationalem, europäischem und internationalem Naturschutzrecht streng und besonders geschützten Tierarten im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde erfolgt;"

bb) In Nummer 2 wird die Verweisung "§ 22 Abs. 1 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

cc) In Nummer 3 wird die Verweisung "§ 22 Abs. 4 Satz 1 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 4 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

b) In Absatz 2 wird das Wort "Tierseuchenbekämpfung" und das Wort "Wildseuchenbekämpfung" jeweils durch das Wort "Tierseuchenbekämpfung" ersetzt und die Verweisung "§ 22 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 werden die Verweisung "§ 22 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Bundesjagdgesetzes" und die Worte "Gründen der Landeskultur" durch die Worte "besonderen Gründen, insbesondere aus Gründen der Landeskultur und der Tierseuchenbekämpfung" ersetzt.

bbb) In Nummer 2 wird die Verweisung "§ 22 Abs. 2 Satz 2 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 2 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

ccc) In Nummer 3 werden die Verweisung "§ 22 Abs. 3 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes" und die Verweisung "§ 22 Abs. 4 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 4 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Für Regelungen nach Satz 1 Nr. 1 bedarf es hinsichtlich der Feststellung eines Grundes der Tierseuchenbekämpfung der Herstellung des Einvernehmens mit dem für Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung zuständigen Ministerium."

d) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Verweisung "§ 22 Abs. 1 Satz 4 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 1 Satz 4 des Bundesjagdgesetzes", die Verweisung "§ 22 Abs. 4 Satz 5" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 4 Satz 5 des Bundesjagdgesetzes" und die Verweisung "§ 22 Abs. 4 Satz 3 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 4 Satz 3 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

bb) In Nummer 2 werden die Verweisung "Absatz 3 Nr. 1 und 2" durch die Verweisung "Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 und 2" und die Verweisung "§ 22 Abs. 2 BJG" durch die Verweisung "§ 22 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

29. In § 33 a Abs. 1 wird der Klammerzusatz "(§ 22 Abs. 2 Satz 2 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 22 Abs. 2 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

30. § 34 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Verweisung "§ 28 Abs. 3 BJG" durch die Verweisung "§ 28 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes" und die Angabe "BJG" durch das Wort "Bundesjagdgesetzes" ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort "Tiere" die Worte "und von Muffelwild" eingefügt.
- c) In Absatz 3 wird die Verweisung "§ 28 Abs. 4 BJG" durch die Verweisung "§ 28 Abs. 4 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

31. § 37 erhält folgende Fassung:

"§ 37
Wildfolge, bestätigte Schweißhundeführer

(1) Wechselt krankgeschossenes Wild in einen benachbarten Jagdbezirk, so hat der Jagdausübende den Anschuss und die Stelle des Überwechselns nach Möglichkeit kenntlich zu machen. Außerdem hat er das Überwechseln dem Jagdausübungsberechtigten nach § 7 des benachbarten Jagdbezirkes oder dessen Vertreter unverzüglich anzuzeigen; das gilt auch für Wild, das aufgrund anderer Ursachen schwer erkrankt oder verletzt in den benachbarten Jagdbezirk wechselt. Für die Nachsuche hat er sich selbst oder eine mit den Vorgängen vertraute Person zur Verfügung zu stellen.

(2) Ist der Jagdausübende ein Jagdgast, so ist neben diesem auch der Jagdausübungsberechtigte, wenn er vom Überwechseln des krankgeschossenen beziehungsweise schwer erkrankten oder verletzten Wildes Kenntnis erhält, zur Anzeige verpflichtet.

(3) Wechselt ein krankgeschossenes Stück Wild über die Grenze und verendet in Sichtweite oder ist für einen sicheren Schuss erreichbar, so ist der Jagdausübende berechtigt, ohne vorherige Benachrichtigung des benachbarten Jagdausübungsberechtigten über die Grenze hinweg dem Stück den Fangschuss anzufragen und es zu versorgen. Langwaffen dürfen beim Überschreiten der Grenze nur ungeladen mitgeführt werden. Das Fortschaffen des erlegten Wildes ist nicht zulässig. Der benachbarte Jagdausübungsberechtigte oder sein Vertreter ist unverzüglich zu benachrichtigen. Fortgeschafftes oder vom Hund aus dem Nachbarjagdbezirk gebrachtes Wild ist dem benachbarten Jagdausübungsberechtigten abzuliefern.

(4) In den Fällen der Absätze 1 und 3 gebühren die Trophäen des erlegten Wildes dem Jagdausübenden. Im Übrigen bleibt das Aneignungsrecht des zuständigen Jagdausübungsberechtigten unberührt. Der Abschuss von Trophäenträgern wird auf den Abschussplan des Jagdbezirkes angerechnet, in dem das Stück krankgeschossen wurde; alles andere Wild wird auf den Abschussplan des Jagdbezirkes angerechnet, in dem es zur Strecke gekommen ist.

(5) Die Jagdausübungsberechtigten benachbarter Jagdbezirke können eine Wildfolgevereinbarung schriftlich abschließen. Sie können darin von der Regelung

nach Absatz 3 hinsichtlich des nicht zulässigen Fortschaffens von erlegtem Wild und von der Regelung nach Absatz 4 hinsichtlich der Aneignung von Trophäen und der Anrechnung von Wild auf den Abschussplan abweichen. Die Jagdausübungsberechtigten sind verpflichtet, innerhalb von drei Monaten ihre Wildfolgevereinbarung bei der unteren Jagdbehörde anzuzeigen.

(6) Die untere Jagdbehörde hat dem Jagdausübungsberechtigten auf Antrag die Jagdrechtsinhaber und Jagdausübungsberechtigten der angrenzenden Jagdbezirke zu benennen.

(7) Ein von der unteren Jagdbehörde bestätigter und vom Jagdausübungsberechtigten beauftragter Schweißhundeführer ist berechtigt, die Nachsuche auf Wild mit Jagdhund und geladener Schusswaffe ohne Rücksicht auf Jagdbezirksgrenzen durchzuführen und das nachgesuchte Wild zu erlegen. Die Absätze 1, 3 und 4 gelten sinngemäß. Die oberste Jagdbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen und das Verfahren für die Bestätigung der Schweißhundeführer zu regeln."

32. § 37 a wird aufgehoben.

33. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Das Überjagen von Jagdhunden auf benachbarte Jagdbezirke ist zu dulden, sofern der Jagdausübungsberechtigte des die Jagd oder die Brauchbarkeitsprüfung ausrichtenden Jagdbezirks die Durchführung derselben spätestens 48 Stunden vor deren Beginn den Jagdausübungsberechtigten der benachbarten Jagdbezirke schriftlich oder elektronisch angezeigt hat. Als angezeigt gilt der Zeitpunkt des Eingangs der Anzeige beim Jagdausübungsberechtigten des benachbarten Jagdbezirks oder dessen Vertreter. Unbeschadet einer anderweitigen Vereinbarung zwischen benachbarten Jagdbezirken ist die Anzeige des Überjagens von Jagdhunden bis zu zweimal im Jagdjahr zulässig."

b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Worte "Zuchtverbänden und dem Landesjagdverband" durch die Worte "Zucht- und Prüfungsverbänden für Jagdhunde, den Jagdverbänden sowie der Landesforstanstalt" ersetzt.

34. In § 40 Abs. 2 wird der Klammerzusatz "(§ 23 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 23 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

35. § 41 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.

b) In Absatz 2 Satz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 25 Abs. 1 Satz 1 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 25 Abs. 1 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

- c) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

"§ 17 Abs. 3 gilt sinngemäß."

- d) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

"(5) Die untere Jagdbehörde kann die Anstellung von einem oder mehreren bestätigten Jagdaufsehern verlangen, wenn es zumutbar und zum Jagdschutz notwendig ist oder der Jagdausübungsrechte seine Verpflichtungen zur Hege oder Regulierung des Wildbestandes trotz schriftlicher Aufforderung nicht nachkommt. Soweit es nach Größe, Beschaffenheit oder Wildbestand des Jagdbezirkes notwendig ist, kann die Jagdbehörde auch die hauptberufliche Anstellung eines oder mehrerer bestätigter Jagdaufseher verlangen."

- e) Absatz 6 Satz 2 wird aufgehoben.

- f) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

"(7) Der Jagdausübungsberechtigte hat sich bei der Ausübung des Jagdschutzes auf Verlangen des Betroffenen durch Vorzeigen seines Jagdscheins auszuweisen, der bestätigte Jagdaufseher durch Vorzeigen des Ausweises über seine Bestätigung; dies gilt nicht, wenn die Ausweisung aus Sicherheitsgründen nicht zugemutet werden kann. Die bestätigten Jagdaufseher nach § 25 Abs. 2 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes müssen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit außerdem ein Dienstabzeichen tragen. Die oberste Jagdbehörde erlässt im Einvernehmen mit dem für Inneres zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung Regelungen über die Dienstabzeichen."

36. § 42 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

"2. wildernde Hunde mit Genehmigung der unteren Jagdbehörde und wildernde Katzen zu töten."

- bb) Folgende Sätze werden angefügt:

"Die Tötung nach Satz 1 Nr. 2 setzt voraus, dass andere zumutbare und mildere Maßnahmen des Wildtierschutzes zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgversprechend sind. Auf Antrag und Nachweis des Jagdausübungsberechtigten erteilt die untere Jagdbehörde die Genehmigung nach Satz 1 Nr. 2 als Allgemeinverfügung. Die Tötungsbefugnis gilt nicht gegenüber Blinden-, Hirten-, Dienst-, Jagd- und Rettungshunden, soweit sie als solche kenntlich sind und solange sie von dem Hundeführer zu seinem Dienst verwendet werden oder sich aus Anlass des Dienstes seiner Einwirkung entzogen haben sowie gegenüber in Fallen gefangenen Katzen. Hunde gelten als wildernd, wenn sie mehrfach

dem Wild nachstellen und dieses im Jagdbezirk erkennbar gefährden können, es sei denn, dass sich der Hund nach erkennbaren Umständen nur vorübergehend der Einwirkung seines Herrn entzogen hat. Katzen gelten als wildernd, wenn sie im Jagdbezirk in einer Entfernung von mehr als 500 Metern vom nächsten bewohnten Gebäude dem Wild nachstellend angetroffen werden."

- b) In Absatz 2 wird die Verweisung "Absatz 1 Nr. 2" durch die Verweisung "Absatz 1 Satz 1 Nr. 2" ersetzt.

37. § 43 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 1 Abs. 2 BJJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 1 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort "Rechtsverordnung" die Worte "die Notzeit und" eingefügt.

- b) Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.

38. In § 44 Halbsatz 1 werden der Klammerzusatz "(§ 32 Abs. 2 BJJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 32 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes)" und die Verweisung "§ 27 BJJG" durch die Verweisung "§ 27 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

39. § 45 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 2 wird der Klammerzusatz "(§ 29 Abs. 1 Satz 2 BJJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 29 Abs. 1 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

- b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

"(5) Die oberste Jagdbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen zu erlassen

1. über die Verpflichtung zur Leistung von Wildschadensersatz in den Fällen des § 32 Abs. 2 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes, soweit sie zur Vermeidung unzumutbarer Wildschäden in der Land- und Forstwirtschaft unerlässlich ist, und
2. welche Schutzvorrichtungen als üblich anzusehen sind (§ 32 Abs. 2 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes)."

40. In § 46 Satz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 34 BJJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 34 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

41. § 47 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Die untere Jagdbehörde bestellt für ihren Zuständigkeitsbereich auf die Dauer von fünf Jahren in den Landkreisen mindestens fünf Schadensschät-

zer und in den kreisfreien Städten mindestens zwei Schadensschätzer."

b) Satz 2 wird aufgehoben.

c) In dem neuen Satz 2 werden das Wort "Schätzer" durch das Wort "Schadensschätzer" ersetzt und die Worte "und Stellvertreter" gestrichen.

42. § 48 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 wird vor dem Wort "Schaden" das Wort "landwirtschaftliche" eingefügt.

b) In Absatz 1 Satz 4, Absatz 4 und Absatz 5 Satz 1 wird jeweils das Wort "Schätzer" durch das Wort "Schadensschätzer" ersetzt.

c) In Absatz 6 Satz 1 wird das Wort "Schätzers" durch das Wort "Schadensschätzers" ersetzt.

43. In § 49 wird der Klammerzusatz "(§ 36 Abs. 2 Nr. 1 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 36 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

44. § 50 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird aufgehoben.

b) Der bisherige Absatz 4 wird der Absatz 3.

c) Folgender neue Absatz 4 wird angefügt:

"(4) Zuständige Behörde in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt und des Bundes sowie den im Nationalpark Hainich liegenden Jagdbezirken ist für die Bejagung nach § 32 und die Verhinderung übermäßiger Wildschäden nach § 27 des Bundesjagdgesetzes die oberste Jagdbehörde. Bestätigungen oder Festsetzungen der Abschusspläne und Anordnungen nach § 27 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes erfolgen für die im Nationalpark liegenden Jagdbezirke im Benehmen mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium."

45. § 51 erhält folgende Fassung:

"§ 51 Jagdberater

Zur sachverständigen Beratung der unteren Jagdbehörden sind nach Anhörung des Jagdbeirates ehrenamtliche Jagdberater zu bestellen. Die Jagdberater und je ein Stellvertreter werden aus dem Kreis der Jagdscheininhaber für fünf Jagdjahre widerruflich bestellt. Die Zahl der Jagdberater soll je Behörde zwei nicht überschreiten. Ihre Aufgabe und Stellung innerhalb der Jagdbehörde und die Aufwandsentschädigung werden durch Rechtsverordnung der obersten Jagdbehörde geregelt. In der Regel sollen die Jagdberater kein wichtiges Amt in einer Organisation der im Jagdbeirat vertretenen Interessengruppen bekleiden."

46. § 52 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird der Klammerzusatz "(§ 37 Abs. 1 BJG)" durch den Klammerzusatz "(§ 37 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

- b) Die Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

"(2) Der Jagdbeirat bei der unteren Jagdbehörde besteht aus deren Vertreter als Vorsitzenden und aus neun Mitgliedern, nämlich zwei Vertretern der Jagd und je einem Vertreter der Landwirtschaft, der staatlichen, privaten und kommunalen Forstwirtschaft, der Jagdgenossenschaft, des Amtstierarztes und des Naturschutzes.

(3) Der Jagdbeirat bei der obersten Jagdbehörde besteht aus deren Vertreter als Vorsitzenden und fünfzehn Mitgliedern, nämlich je zwei Vertretern der Jagd, der Jagdgenossenschaft und der Landwirtschaft sowie je einem Vertreter der Berufsjagd, der Falknerei, der Fischereiwirtschaft, der staatlichen, privaten und kommunalen Forstwirtschaft, des Naturschutzes, des Tierschutzes und des Veterinärwesens."

- c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

- aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

"1. der örtlich zuständigen Vereinigungen der Jäger, soweit es sich um Vertreter der Jagd handelt, wobei die örtlich zuständige Vereinigung der Jäger mit der höchsten Mitgliederzahl den Vertreter vorschlagen soll und die anderen örtlich zuständigen Vereinigungen der Jäger den Stellvertreter;"

- bb) In Nummer 6 werden die Worte "§ 29 BNatG anerkannten Naturschutzverbände" durch die Worte "§ 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz in der Fassung vom 23. August 2017 (BGBl. I S. 3290), in der jeweils geltenden Fassung, anerkannten Vereinigungen" ersetzt.

- cc) In Nummer 7 werden vor dem Wort "Jagdgenossenschaftsverbände" die Worte "örtlich zuständigen" eingefügt und das Wort "Jagdgenossenschaften" durch das Wort "Jagdgenossenschaft" ersetzt.

- dd) Folgende neue Nummern 8 und 9 werden eingefügt:

- "8. des Landesverbandes der Berufsjäger Thüringen, soweit es sich um Vertreter der Berufsjagd handelt;
- 9. der Landesvereinigungen für Falknerei, soweit es sich um Vertreter der Falknerei handelt;"

- ee) Die bisherigen Nummern 8 und 9 werden die Nummer 10 und 11.

d) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

"(6) Zu den Beratungen des Jagdbeirates können vom Vorsitzenden weitere Sachkundige sowie Vertreter von Behörden und Hegegemeinschaften gezogen werden. Den Trägern öffentlicher Belange ist auf Verlangen Gelegenheit zur Äußerung zu geben."

47. § 53 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort "Vereinigung" durch das Wort "Mitwirkung von Vereinigungen" ersetzt.

b) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Worte "der Vereinigung" werden durch die Worte "von Vereinigungen" ersetzt.

bb) Der Klammerzusatz "(§ 1 Abs. 3, § 37 Abs. 2 BJJG)" wird durch den Klammerzusatz "(§ 1 Abs. 3, § 37 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes)" ersetzt.

c) In Satz 2 werden die Worte "50 vom Hundert" durch die Worte "die Hälfte" und die Worte "Jahres- oder Dreijahresjagdscheines" durch das Wort "Jahresjagdscheines" ersetzt.

48. § 54 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Verweisung "§ 19 Abs. 3 BJJG" durch die Verweisung "§ 19 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

"(4) Sind in derselben Sache die Zuständigkeitsbereiche mehrerer unterer Jagdbehörden betroffen, kann die oberste Jagdbehörde im Einzelfall die örtliche Zuständigkeit nur einer unteren Jagdbehörde bestimmen."

49. § 55 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 2 wird die Verweisung "§ 41a BJJG" durch die Verweisung "§ 41a des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

b) In Nummer 6 wird die Verweisung "§ 12 Abs. 4 BJJG" durch die Verweisung "§ 12 Abs. 4 des Bundesjagdgesetzes" ersetzt.

50. § 56 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Mit Geldbuße bis zu fünftausend Euro kann belegt werden, wer:

1. entgegen § 21 Abs. 3 die Nester und Gelege des Federwildes beschädigt, wegnimmt oder zerstört,

2. vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehba-
ren Anordnung nach § 21 Abs. 4 zuwider-
handelt,
3. entgegen § 29 Abs. 1 und 3
 - a) als Jagdausübender eine zeit- und weid-
gerechte Nachsuche auf krankgeschos-
senes Wild weder selbst durchführt noch
veranlasst,
 - b) die Jagd auf Wild mit Fanggeräten oder
Fangvorrichtungen ausübt, soweit das
verboten ist,
 - c) die Jagd auf Schalenwild, mit Ausnahme
von Schwarzwild, als Treibjagd ausübt,
 - d) das Wild durch Lappen oder sonstige
Mittel hindert, aus seinen oder in seine
Tageseinstände zu wechseln, soweit das
Ablappen verboten ist,
 - e) die Jagd unter Verwendung von Betäu-
bungs- oder Lähmungsmitteln, Spreng-
stoffen, Gasen oder elektrischem Strom
ausübt,
 - f) die Jagd in einem Umkreis von 100 Me-
tern an Gewässern unter Verwendung
von bleihaltigem Schrot ausübt,
 - g) Fanggeräte und Fangvorrichtungen, die
zum Totschlagen bestimmt sind, verwen-
det,
4. vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 32
Abs. 2 Satz 1, Abs. 4 oder 5
 - a) den Abschussplan für Schalenwild nicht
ordnungsgemäß erfüllt,
 - b) die Streckenliste nicht ordnungsgemäß
führt oder auf Verlangen nicht vorzeigt
oder nicht fristgerecht abgibt,
 - c) der unteren Jagdbehörde den Abschuss
von krankem Wild über den Abschuss-
plan hinaus oder während der Schonzeit
nicht unverzüglich mitteilt oder
 - d) der unteren Jagdbehörde oder den der
Jagdbehörde nach § 32 Abs. 4 Satz 3
gleichgestellten Personen das erlegte
Wild oder Teile desselben auf Verlan-
gen nicht vorzeigt,
5. vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 37
Abs. 1, 2, 3, 4 oder 5
 - a) es unterlässt, das Überwechseln von
krankgeschossenem Wild dem Jagdaus-
übungsberechtigten des benachbar-
ten Jagdbezirks oder dessen Vertreter
unverzüglich anzuzeigen,
 - b) das Erlegen nicht unverzüglich anzeigt,
beim Überschreiten der Grenze gelade-
ne Langwaffen mit sich führt, das Wild
nicht versorgt, das Wild fortschafft oder
dem Jagdausübungsberechtigten des
benachbarten Jagdbezirkes nicht ablie-
fert oder
 - c) es unterlässt, innerhalb von drei Mona-
ten die hinsichtlich der Aneignung von
Trophäen und der Anrechnung von Tro-
phäenträgern auf den Abschussplan ab-
weichende Vereinbarung bei der unteren
Jagdbehörde anzuzeigen,
6. vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 39
Abs. 1, 2 oder 3

- a) bei der Such-, Drück- oder Treibjagd oder bei der Jagd auf Wasserwild oder bei der Nachsuche auf krankgeschossenes Wild keine brauchbaren Jagdhunde verwendet,
 - b) der Verpflichtung zur Haltung eines zur Nachsuche brauchbaren Jagdhundes nicht nachkommt oder
 - c) bei der Gefahr eines Überjagens von Jagdhunden als Jagdausübungsberechtigter des die Jagd oder die Brauchbarkeitsprüfung ausrichtenden Jagdbezirkes die Durchführung derselben spätestens 48 Stunden vor deren Beginn den Jagdausübungsberechtigten der benachbarten Jagdbezirke nicht angezeigt hat oder die zulässige Anzahl überschreitet, ohne hierfür eine anderweitige Vereinbarung vorweisen zu können,
- 7. ohne Begleitung oder schriftliche Erlaubnis des Jagdausübungsberechtigten aufsichtslosen Hunden oder Katzen mit der Schusswaffe nachstellt oder solche tötet,
 - 8. einer vollziehbaren vorläufigen Anordnung nach § 55 über die Ausübung der Jagd und des Jagdschutzes zuwiderhandelt,
 - 9. vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen einer aufgrund der §§ 23, 29 Abs. 6 Satz 1, des § 31 Abs. 2, des § 32 Abs. 7, des § 34 Abs. 3, des § 37 Abs. 7 Satz 3, des § 43 Abs. 3 Satz 2 oder des § 49 erlassenen Rechtsverordnung, die für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldbestimmungen verweist, zuwiderhandelt; Gleiches gilt für die nach § 29 Abs. 6 Satz 3 erlassenen Einzelanordnungen,
 - 10. entgegen § 16 Abs. 3 auch in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Halbsatz 1 der unteren Jagdbehörde beim Erwerb des Jagdscheines unrichtige Angaben macht,
 - 11. entgegen § 17 Abs. 3 vorsätzlich oder fahrlässig als Jagdgast ohne Begleitung eines Jagdausübungsberechtigten, eines angestellten Jägers oder Jagdaufsehers die Jagd ausübt, ohne den Erlaubnisschein bei sich zu führen oder diesen dem Jagdschutzberechtigten auf Verlangen nicht zur Prüfung vorzeigt,
 - 12. einer vollziehbaren Anordnung nach § 32 Abs. 4 über den körperlichen Nachweis der Erfüllung des Abschussplanes zuwiderhandelt,
 - 13. entgegen § 35 Abs. 2 bei der Benutzung eines Jägernotweges geladene, nicht in einem Überzug befindliche oder mit nicht verbundenem Schloss versehene Waffen oder nicht angeleinte Hunde mitführt,
 - 14. trotz Aufforderung des Berechtigten Jagdeinrichtungen nicht verlässt,
 - 15. trotz Abmahnung durch den Berechtigten die Jagdausübung dadurch vereitelt, dass er, ohne die Land-, Forst- oder Fischereiwirtschaft auszuüben, das Wild vergrämt oder

- vorsätzlich die Jagdausübung stört und oder sich oder andere in Gefahr bringt,
16. Hunde in einem Jagdbezirk unbeaufsichtigt frei laufen lässt,
 17. entgegen § 41 Abs. 7 als Jagdausübungsberechtigter oder als bestätigter Jagdaufseher bei der Ausübung des Jagdschutzes auf Verlangen des Betroffenen sich nicht ausweist, sofern das zumutbar ist oder als bestätigter Jagdaufseher das Dienstabzeichen nicht trägt,
 18. entgegen § 42 Abs. 1 Satz 1 der Aufforderung eines für den Jagdbezirk zuständigen Jagdschutzberechtigten, Angaben über die Person zu machen, nicht oder nicht richtig nachkommt, soweit die Tat nicht aus anderen Gründen mit Strafe oder Geldbuße bedroht ist,
 19. a) vorsätzlich oder fahrlässig an Orten, an denen ihm die Ausübung des Jagdrechts nicht zusteht, Besitz an lebendem oder verendetem Wild oder an Fallwild und Abwurfstangen sowie Eiern des dem Jagdrecht unterliegenden Federwildes erlangt und diese Gegenstände nicht binnen drei Tagen entweder dem Jagdausübungsberechtigten oder der nächsterreichbaren Polizeidienststelle abliefern oder den Sachverhalt anzeigt,
 - b) als Fahrzeugführer Schalenwild durch An- oder Überfahren verletzt oder tötet und dies nicht unverzüglich einer der in § 24 Abs. 1 genannten Stellen anzeigt.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und erhält folgende Fassung:

"(2) Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Bundesjagdgesetz und nach diesem Gesetz ist im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602) in der jeweils geltenden Fassung die untere Jagdbehörde. Zuständige Behörde nach § 56 Abs. 1 Nr. 4 ist in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt und des Bundes sowie den im Nationalpark Hainich liegenden Jagdbezirken die oberste Jagdbehörde."

51. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 2

Weitere Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

Das Thüringer Jagdgesetz in der Fassung vom 28. Juni 2006 (GVBl. S. 313), zuletzt geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. § 29 Abs. 3 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

"5. die Jagd unter Verwendung von bleihaltigem Schrot auszuüben;"

2. § 56 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. f erhält folgende Fassung:

"f) die Jagd unter Verwendung von bleihaltigem Schrot ausübt,"

Artikel 3
Inkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 2 tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass sich die Jagd in Thüringen an ökologischen und wildbiologischen Grundsätzen orientieren und den neuesten Erkenntnissen der Jagdpraxis, Werten des Tiereschutzes und Erfordernissen der Lebensmittelhygiene Rechnung tragen soll. Dazu wurden die Regelungen des Thüringer Jagdgesetzes einem offenen Diskussionsprozess unterzogen. Im Ergebnis dieses Diskussionsprozesses hat sich der in diesem Gesetzentwurf niedergelegte Änderungsbedarf am Thüringer Jagdgesetz ergeben.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1**

Zu Nummer 1

Redaktionelle Änderungen

Zu Nummer 2

Das Land ist nach den §§ 5, 7 und 8 des Bundesjagdgesetzes in Jagdbezirke gegliedert. Bestand, Umfang und Grenzen eines Jagdbezirks sollen im Streitfall oder in sonstigen Fällen durch Verwaltungsakt festgestellt werden können. In der Praxis hat sich insofern ein Regelungsbedürfnis ergeben, dass hierfür eine klare Rechtsgrundlage bestehen muss, aus der sich unmissverständlich ergibt, zu welchen Sachverhalten eine Feststellung getroffen werden kann.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Änderung

Zu Buchstabe b

Mit dieser Regelung wird klargestellt, dass neben der Möglichkeit der unteren Jagdbehörde, in befriedeten Bezirken eine beschränkte Jagdausübung zu gestatten, das Fangen und Töten von Haarraubwild und Wildkaninchen nur sachkundigen Eigentümern und Nutznießern gestattet sein soll, um Verstöße gegen Bestimmungen des Tierschutzgesetzes und des Bundesjagdgesetzes infolge mangelnder Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermeiden. Das Erlangen der Sachkunde liegt in der Verantwortung des handelnden Eigentümers und Nutznießers. Unter Sachkunde in diesem Sinne verstehen sich die nach § 19 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes notwendigen Kenntnisse zum Fangen von Wild und die nach § 4 Abs. 1 Satz 3 des Tierschutzgesetzes notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten zum Töten eines Wirbeltieres. Die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes sind bei der Ausübung von Handlungen nach § 6 Abs. 3 Satz 2 zu beachten.

Für die nach § 4 Abs. 1 Satz 3 des Tierschutzgesetzes notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten ist entscheidend, ob der an einer Tötung Mitwirkende jene (gleichviel auf welchem Weg erworbene) Sachkenntnis und Fähigkeit besitzt, die erforderlich ist, um einem bestimmten Tier

bei der gewählten Tötungsart alle objektiv vermeidbaren Schmerzen und Leiden zu ersparen.

Zu Nummer 4

Diese Regelung dient der Klarstellung, dass die zur Jagdausübung Dienstverpflichteten der Landesforstanstalt in deren Jagdbezirken zugleich für den Jagdschutz verantwortlich sind. Sie können sich nach § 41 Abs. 7 mit ihrem Dienstausweis als Vertreter des Jagdausübungsberechtigten (Landesforstanstalt) ausweisen.

Zu Nummer 5

Die meisten Inhaber eines gültigen Jagdscheines sind aufgrund der begrenzten Zahl an Jagdbezirken nicht jagdausübungsberechtigt. Da nach § 31 Abs. 1 des Thüringer Waldgesetzes der Staatswald dem Allgemeinwohl im besonderen Maße dient, in ihm die Grundsätze ordnungsgemäßer Forstwirtschaft vorbildlich zu erfüllen und die Funktionen des Waldes bestmöglich zur Wirkung zu bringen sind, soll insbesondere den nicht jagdausübungsberechtigten Inhabern eines gültigen Jagdscheins in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt die Ausübung der Jagd ermöglicht werden. Dies hat sich bereits in der Vergangenheit in den Landesjagdbezirken bewährt. Aufgrund des Wegfalls der Regelung zu den Landesjagdbezirken nach dem bisherigen § 9 Abs. 3 wird die entsprechende Regelung als § 8 Abs. 2 gefasst.

Zu Nummer 6

Mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst" vom 25. Oktober 2011 (GVBl. S. 273) in der jeweils geltenden Fassung am 1. Januar 2012 ging nach dessen § 11 das bisher im Eigentum des Landes stehende und durch die Landesforstverwaltung verwaltete Vermögen, einschließlich der Grundstücke und Gebäude der Forstverwaltung, auf die Landesforstanstalt über.

Mit Abschluss der Grundbuchberichtigung stehen im Landeseigentum nur noch wenige, zumeist landwirtschaftlich genutzte Grundstücke, deren zusammenhängende land-, forst- oder fischereiwirtschaftlich nutzbare Flächen die Mindestgröße von 75 Hektar erreichen und die somit nach § 5 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes Eigenjagdbezirke bilden. Die Ausübung des Jagdrechts in diesen Jagdbezirken ist seit vielen Jahren an Dritte verpachtet.

Die Regelung zu den Landesjagdbezirken wird daher mangels praktischer Relevanz aufgehoben.

Zu den Nummern 7 bis 10

Redaktionelle Änderungen

Zu Nummer 11

Zu Buchstabe a

Die Pachtdauer soll, wie auch in § 11 Abs. 4 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes bestimmt, mindestens neun Jahre betragen. Diese Soll-Regelung entspricht deutlich mehr den Interessen von Pächtern und Verpächtern, weil sie die private Vertragsfreiheit wahrt und auf eine neunjährige Lauf-

zeit der Pachtverträge orientiert, aber auch den schnellen Änderungen in der heutigen Arbeitswelt oder im Wildschadensgeschehen Rechnung trägt. Zur Ermöglichung einer Abweichung von der neunjährigen Pachtdauer war die bisherige landesrechtliche Regelung nach Satz 1 zur Mindestpachtzeit für Hoch- und Niederwildjagden zu streichen.

Zu Buchstabe b

Die Aufhebung des Absatzes 3 ergibt sich als Folge der Änderungen in Absatz 2. Einer Regelung, welcher Jagdbezirk zur Hochwildjagd oder Niederwildjagd zählt, bedarf es nicht, weil die Regelung zur Mindestpachtzeit für Hochwildjagden und Niederwildjagden aufgehoben wurde.

Zu den Buchstaben c und d

Es erfolgen redaktionelle Änderungen, weil zum Bundesjagdgesetz bislang keine amtliche Abkürzung verkündet wurde.

Zu Nummer 12

Zu Buchstabe a

Nach der bisherigen Regelung in Absatz 1 Halbsatz 2 durfte in Jagdbezirken, die größer als 250 Hektar sind, je weitere volle 75 Hektar in einer Niederwildjagd und je weitere volle 150 Hektar in einer Hochwildjagd eine zusätzliche Person Pächter sein. Als Folge der Änderung in § 14 Abs. 2 und um den Jagdpachtmarkt einer möglichst großen Zahl von Jagdpachtanwärtern offen zu halten, aber zugleich aus Gründen der einheitlichen Jagdausübung einen Jagdbezirk nicht in Pachteinheiten von 75 Hektar rechnerisch aufzuteilen, wurde mit der neuen Regelung eine Änderung der beiden, in die Berechnung eingehenden Größen vorgesehen.

Zu Buchstabe b

In Absatz 2 wird geregelt, dass bereits ab zwei Personen, die Pächter eines Jagdbezirkes sind, ein Gesellschaftsvertrag abgeschlossen und ein Geschäftsführer bestellt werden muss. Damit vereinfachen sich Abstimmungen zwischen Verpächter und Pächter. Dies soll außerdem dem Umstand Rechnung tragen, dass die Mitpächter kraft Gesetzes eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts bilden, weil sie sich zur gemeinsamen Bejagung eines Jagdbezirkes zusammengeschlossen haben (gemeinsamer Zweck). Als Pächter im Sinne dieser Regelung sind nur die Mitpächter zu verstehen; nicht gemeint ist die Unter- und Weiterverpachtung.

Zu Buchstabe c

Durch Absatz 3 Satz 1 werden die Bestimmungen über den Jagdpachtvertrag, mit Ausnahme des § 14 Abs. 2 über die Mindestpachtzeit, auf die Weiter- und Unterverpachtung ausdrücklich für anwendbar erklärt. Da auf dem Umweg über diese Pachtarten die Höchstzahl der gesetzlich zugelassenen Pächter nicht überschritten werden darf, wird mit Satz 2 ausdrücklich klargestellt, dass in diesen Fällen die Zahl der jagdausübungsberechtigten Personen die nach Absatz 1 zulässige Zahl der Jagdpächter nicht überschreiten darf.

Für die nachträgliche Mitpacht gilt das Gleiche, weil auch sie eine Erweiterung des Personenkreises der Pächter bewirkt. Da die nachträgliche Mitpacht eine Änderung des Pachtvertrages darstellt, ist sie im Übrigen über § 14 Abs. 4 den Pachtbestimmungen unterworfen.

Zu Nummer 13

Redaktionelle Änderung

Zu Nummer 14

Zu Buchstabe a

Der entgeltlichen Jagderlaubnis auf Dauer liegt ein Vertrag des Jagdgastes mit dem Inhaber des Jagdbezirkes zugrunde, der zwar kein Pachtvertrag ist, weil nur die Jagdausübung ohne Fruchtziehung überlassen wird, auf den aber bestimmte Regelungen über den Jagdpachtvertrag, nämlich § 11 Abs. 4 Satz 1 (Erfordernis der Schriftlichkeit) und Absatz 5 (Erfordernis der Jagdpachtfähigkeit), die §§ 12 und 13 des Bundesjagdgesetzes (Anzeige- und Beanstandungsverfahren, Erlöschen des Pachtvertrages) sowie § 15 Abs. 1 (Anzahl von Jagdpächtern) und § 16 (Pachthöchstfläche; Eintragung in den Jagdschein) für entsprechend anwendbar erklärt werden.

Neben der entgeltlichen Jagderlaubnis auf Dauer, deren Fläche nach § 11 Abs. 7 des Bundesjagdgesetzes von der zuständigen Jagdbehörde in den Jagdschein einzutragen ist, soll die vorübergehende Überlassung der Jagdausübung in der Zeit von weniger als drei Monaten gegen Entgelt möglich sein, ohne dass diese Art der entgeltlichen Jagderlaubnis auf Dauer von der zuständigen Jagdbehörde in den Jagdschein einzutragen ist. Eine solche Überlassung der Jagdausübung ist umfassender als eine Erlaubnis zum Abschuss eines oder mehrerer Stücke Wild, weil sie auch andere Jagdmethoden, wie beispielsweise die Fangjagd oder die Falknerei, zulässt. Die vorübergehende Überlassung der Jagdausübung kann entgeltlich oder unentgeltlich sein.

Zu den Buchstaben b und c

Redaktionelle Änderungen

Zu den Nummern 15 bis 17

Redaktionelle Änderungen

Zu Nummer 18

Zu den Buchstaben a und b

Redaktionelle Änderungen

Zu Buchstabe c

Mit dem Schutz der Nist-, Brut-, Aufzucht-, Ernährungs- und Zufluchtsstätten des Wildes ist es nicht vereinbar, wenn diese von jedermann unbeschränkt betreten werden können. Das als Grundrecht bestehende allgemeine Betretungsrecht besteht zwar grundsätzlich in allen freien Teilen der Natur. Seiner Ausübung sind jedoch Schranken gesetzt. Beschränkungen des Rechts auf Erholung in der freien Natur und dem Genuss der Naturschönheiten sind überall dort angebracht, wo der Gedanke der Gemeinschaftsbezogenheit des Menschen und andere schutzwürdige Güter dies erfordern.

Zum Schutz der Lebensbereiche, die der wildlebenden Tierwelt als Nahrungsquelle, Zuflucht, Aufzucht-, Brut- und Nistgelegenheit dienen, je-

doch nicht die Voraussetzungen des § 39 Abs. 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes erfüllen, sollten deshalb Beschränkungen des Betretungsrechts möglich sein. Das Gleiche gilt für die Wildfütterungsstellen in der Notzeit; dies ist notwendig, weil sich gezeigt hat, dass Schaulustige ohne sachkundige Führung das Wild an der Nahrungsaufnahme hindern und Sammler von Trophäen das Wild in der Notzeit aufmüden, beunruhigen und die Hirsche bis zum Abwerfen der Geweihstangen hetzen, was unweigerlich zu erhöhtem Energiebedarf des Wildes und in der Folge zu Wildschäden führt. Die Beschränkung des Betretens von Teilen der freien Natur kann auch für Gesellschaftsjagden notwendig sein, die der Regulierung des Wildbestandes oder der Verhinderung übermäßiger Wildschäden dienen oder die aus Gründen der Sicherheit eine solche Regelung bedingen. Die Beschränkungen sollen von der unteren Jagdbehörde auf Antrag des Jagdausübungsberechtigten verfügt werden.

Bei Erteilung der Beschränkungen sind von der unteren Jagdbehörde im Rahmen ihrer Ermessensausübung die Belange der ordnungsgemäßen land-, fischerei- und forstwirtschaftlichen Nutzung zu berücksichtigen.

Zu Nummer 19

Die Regelung zur Bildung von Wildschutzgebieten hat sich als nicht notwendig erwiesen. Die diesbezüglichen Regelungen in den für Thüringen geltenden Naturschutz-, Wald- und Jagdvorschriften, die Regelung der Jagd- beziehungsweise Schonzeiten für das Wild durch Rechtsverordnung sowie die Verwaltungsvorschrift über die "Landeseinheitliche Kennzeichnung von Erholungswegen im Wald und in der offenen Landschaft" (ThürStAnz. 22/2012 S. 701), in der jeweils geltenden Fassung, reichen aus, um den bestandsbedrohten Wildarten zeitweise Schutz zu gewähren. Auch gibt es in Thüringen keine Flächen, die von solch besonderer Bedeutung für die Wildschadensverhütung oder die Wildforschung sind, dass sie zu Wildschutzgebieten erklärt werden müssten. § 22 wurde daher aufgehoben.

Zu Nummer 20

Soweit von den Regelungen für das Aufnehmen, die Pflege und die Aufzucht verletzten oder kranken Wildes und dessen Verbleib nach dem Naturschutzrecht besonders oder streng geschützte Arten betroffen sind, ist das Einvernehmen mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium erforderlich. Des Weiteren erfolgt eine redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 21

Zu Buchstabe a

Die Gesetzgebungszuständigkeit für das Jagdwesen wurde aus der Rahmenkompetenz des Bundes in die konkurrierende Gesetzgebung überführt (Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, Artikel 74 Abs. 1 Nr. 28 und Artikel 125b Abs. 1 des Grundgesetzes). Die Befugnisse der Länder bei der früheren Rahmengesetzgebung wurden durch ein Abweichungsrecht von der bundesgesetzlichen Regelung ersetzt. Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 des Grundgesetzes enthält jedoch eine Ausnahme von der Abweichungsmöglichkeit, nämlich für das Recht der Jagdscheine ("abweichungsfester Kernbereich"), das in den §§ 15 bis 18 des Bundesjagdgesetzes die Voraussetzungen für die Erlangung von Jagdscheinen sowie Versagungs- und Einziehungsgründe regelt.

Solange und soweit der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht nicht Gebrauch gemacht hat, dürfen die Länder auch die abweichungsfesten Kernbereiche regeln. Hat der Bund aber von seinem Gesetzgebungsrecht Gebrauch gemacht, sind die Länder insoweit nicht mehr zu abweichenden Regelungen befugt. Für das Verhältnis zwischen Bundes- und Landesrecht auf den Gebieten, die Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes nennt, gilt nicht Artikel 31 des Grundgesetzes. Vielmehr bestimmt Artikel 72 Abs. 3 Satz 3 des Grundgesetzes, dass das jeweils spätere Gesetz vorgeht.

Nach § 15 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes wird der Jagdschein von der für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Behörde als Jahresjagdschein für höchstens drei Jagdjahre oder als Tagesjagdschein für vierzehn aufeinanderfolgende Tage nach einheitlichen, vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft bestimmten Mustern erteilt.

Während die Erteilung der Jagdscheine für Personengruppen (Ausländer, Falkner, Jugend) in den § 15 Abs. 2, 4, 6 und 7 sowie § 16 des Bundesjagdgesetzes geregelt sind, können die Länder bestimmen, für wie viele Jahre ein Jahresjagdschein zu erteilen ist. In Thüringen soll aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung der Jahresjagdschein nur als Einjahresjagdschein und Dreijahresjagdschein erteilt werden. In Absatz 1 werden daher die Jagdscheine für Personengruppen (Ausländer, Falkner, Jugend) gestrichen. Die Erteilung dieser Jagdscheine, insbesondere des Jugendjagdscheines für bis zu zwei Jagdjahre, ist gemäß § 15 Abs. 2, 4, 6 und 7 sowie § 16 des Bundesjagdgesetzes nach wie vor möglich.

Zu Buchstabe b

Nach § 50 Abs. 1 obliegt der Vollzug des Bundesjagdgesetzes, dieses Gesetzes und der aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen den Jagdbehörden. Während nach § 54 Abs. 1 die oberste Jagdbehörde für die Anerkennung von Fachinstituten nach § 19 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes zuständig ist, sind die unteren Jagdbehörden nach § 54 Abs. 2 für die übrigen staatlichen Aufgaben auf dem Gebiet des Jagdwesens zuständig, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Die bisher in Absatz 2 Satz 2 enthaltene Kann-Bestimmung, dass die untere Jagdbehörde im Einzelfall vor ihrer Entscheidung zur Erteilung, Versagung und Einziehung des Jagdscheines, die Vereinigung der Jäger und den Jagdbeirat auf deren Antrag hin hört, ist angesichts der umfangreichen Rechtsprechung zum Jagdschein obsolet.

Der bisherige Absatz 2 wurde daher insgesamt aufgehoben.

Zu Buchstabe c

Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind, können unter Nachweis des Bestehens einer Jägerprüfung nach § 15 Abs. 5 des Bundesjagdgesetzes oder einer als gleichwertig anerkannten Jägerprüfung den bundesdeutschen Jagdschein als Tagesjagdschein für vierzehn aufeinanderfolgende Tage oder als Jahresjagdschein für höchstens drei Jagdjahre erhalten. Einen Ausländerjahresjagdschein gibt es jedoch nach den einheitlichen Bundesmustern nicht.

Im Übrigen erfolgte redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe d

Nach § 17 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Bundesjagdgesetzes ist der Jagdschein zu versagen bei "Personen, die keine ausreichende Jagdhaftpflichtversicherung (fünfhunderttausend Euro für Personenschäden und fünfzigtausend Euro für Sachschäden) nachweisen; die Versicherung kann nur bei einem Versicherungsunternehmen mit Sitz in der Europäischen Union oder mit Niederlassung im Geltungsbereich des Versicherungsaufsichtsgesetzes genommen werden; die Länder können den Abschluss einer Gemeinschaftsversicherung ohne Beteiligungszwang zulassen."

Geregelt wird im neuen Absatz 3, dass der Jagdscheininhaber das Bestehen einer ausreichenden Jagdhaftpflichtversicherung gegenüber der unteren Jagdbehörde nachzuweisen oder bei Wegfall einer solchen, den ihm erteilten Jagdschein unverzüglich der unteren Jagdbehörde abzuliefern hat. Sofern der Jagdscheininhaber es unterlässt, die untere Jagdbehörde vom Wegfall der ausreichenden Jagdhaftpflichtversicherung in Kenntnis zu setzen, wird geregelt, dass der Jagdschein für ungültig zu erklären und einzuziehen ist.

Zu Buchstabe e

Redaktionelle Änderung

Zu Buchstabe f

Die Regelung im bisherigen Absatz 6, Personen, denen der Jagdschein nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 des Bundesjagdgesetzes aus Gründen mangelnder Zuverlässigkeit zu versagen und zu entziehen ist, weil sie über die Bestimmungen der §§ 5 und 6 des Waffengesetzes hinaus gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben, insbesondere wenn sie die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 1. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundrechte verletzt haben, kann in Ermangelung von Fällen und einer diesbezüglich gleichlautenden Regelung im Bundesjagdgesetz oder in den Jagdgesetzen anderer Bundesländer (bundesweite Gültigkeit des Jagdscheins) aufgehoben werden. Das Gleiche trifft für die Regelung zu, dass bei Personen mit politischen Führungsfunktionen in der DDR in jedem Fall eine Einzelfallprüfung der Zuverlässigkeit vorzunehmen ist.

Zu Buchstabe g

Redaktionelle Änderung

Zu Buchstabe h

Durch die Regelung im neuen Absatz 6 wird die oberste Jagdbehörde ermächtigt, innerhalb des gesetzlichen Rahmens durch Rechtsverordnung Festsetzungen zur Höhe, zur Ermäßigung und zur Erlassung der Jagdscheingebühr zu treffen. Dies soll in der Verwaltungskostenordnung des für das Jagdwesen zuständigen Ministeriums erfolgen. Die Jagdabgabe wird nunmehr in § 27 geregelt.

Zu Nummer 22

Durch das Land werden zurzeit keine Mittel zur Förderung des Jagdwesens bereitgestellt. Aufgrund dessen soll auch weiterhin die zur Förde-

zung des Jagdwesens eingeführte Jagdabgabe diesbezüglich verwendet werden.

Zur Berücksichtigung von Gebührenanpassungen für die Erteilung der Jagdscheine wird die oberste Jagdbehörde ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für das Finanzwesen zuständigen Ministerium die Höhe der Jagdabgabe durch Rechtsverordnung festzusetzen. Die Jagdabgabe darf das Doppelte der Jagdscheingebühr nicht überschreiten.

Die Jagdabgabe, die von den Jagdscheininhabern erhoben wird, zählt nach dem Steuer- und Gebührenrecht zu den sogenannten Sonderabgaben mit Finanzierungsfunktion, die weder Steuern noch Gebühren im Rechtssinne darstellen. Die Zulässigkeit solcher Sonderabgaben ist in Rechtsprechung und Literatur anerkannt (vergleiche Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1. Senat vom 15. Dezember 1970, Az. 1 BvR 559/70, 1 BvR 571/70, 1 BvR 586/70 in BVerfGE 29, 402; Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz vom 15. Februar 2017, Az. 8 A 10578/16). Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit zweckgebundener Abgaben hat allerdings unter anderem die Voraussetzung, dass sie nicht einzelne Personen oder Gruppen mit Abgaben belasten, die für andere Personen oder Gruppen oder andere Zwecke ausgegeben werden. Mit den Regelungen in § 27 sollen im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grundsätze die wichtigsten Gegenstände der Förderung festgelegt werden. Die gesetzliche Fixierung der Förderung auf Antrag und der Verwendungsschwerpunkte erleichtert zudem den Verwaltungsvollzug.

Aufgrund der mit Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370) zum 15. März 2018 erfolgten Einfügung des § 28a ins Bundesjagdgesetz wird bei den Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes die Bekämpfung invasiver gebietsfremder Tierarten, die dem Jagdrecht unterliegen, gesondert genannt.

Hinzukommen sollen Maßnahmen zur jagdlichen Umweltbildung und zur Information der Öffentlichkeit über das Jagdwesen, weil in der Gesellschaft diesbezüglich ein immenser Nachholbedarf besteht. Neben dem Jagdhundewesen sollen auch die Falknerei, das jagdliche Brauchtum und die Jagd als Kulturgut stärker als bisher gefördert werden.

Zu Nummer 23

Redaktionelle Änderung

Die in § 27 Abs. 2 Nr. 5 aufgeführten Maßnahmen zur jagdlichen Umweltbildung und zur Information der Öffentlichkeit über das Jagdwesen zählen zu den sonstigen zentralen Zwecken und sollen daher in die Entscheidung der obersten Jagdbehörde über die Verteilung der zu verwendenden Anteile der Jagdabgabe im Benehmen mit der anerkannten Vereinbarung der Jäger einbezogen werden.

Zu Nummer 24

Zu Buchstabe a

Mit der Regelung in dem neuen Absatz 2 wird das Gebot der zeit- und weidgerechten Nachsuche nach Absatz 1 um eine Regelung zum Schießnachweis für Gesellschaftsjagden ergänzt.

Dem Jagdleiter einer Gesellschaftsjagd, anlässlich der Wild gezielt in Bewegung gebracht wird, soll künftig von den mit einer Langwaffe Teilnehmenden (potentiellen Schützen) jeweils ein Nachweis vorgelegt werden, aus welchem hervorgeht, dass diese das Schießen mit der Büchse, Flinte oder kombinierten Waffe auf bewegliche Ziele (Wurfscheibe, Scheibe laufender Überläufer oder Filmsequenz) in einer Schießstätte geübt haben, die für das jagdliche Schießen (Schießstand, Echtschuss-Kino) geeignet ist. Das geforderte jagdliche Übungsschießen mit der Langwaffe auf bewegliche Ziele bringt den Übenden die Sicherheitsvorschriften für Gesellschaftsjagden in Erinnerung, verbessert unter Aufsicht des geschulten Standpersonals die sichere Handhabung mit der Waffe und das tödliche Treffen mit dem ersten Schuss. Die Laufzeitbegrenzung des Schießnachweises sorgt für ein jährliches Auffrischen der Kenntnisse und Schießfertigkeiten.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Redaktionelle Änderung

Zu Doppelbuchstabe bb

Das Verbot im bisherigen Absatz 2 Nr. 4, die Jagd unter Verwendung von synthetischen Mitteln auszuüben, soll gestrichen werden, weil zum Anlocken und Fangen des Wildes, aber auch zum Ablenken des Wildes für den Schutz land- und forstwirtschaftlicher Kulturen und des Straßenverkehrs üblicherweise Mittel einzusetzen sind, die synthetisch hergestellt werden. Das Töten oder Betäuben des Wildes unter Verwendung von bestimmten Mitteln bleibt jedoch nach § 19 Abs. 1 Nr. 15 des Bundesjagdgesetzes verboten.

Die Jagdausübung auf Schalenwild unter Verwendung von Schusswaffen mit Schalldämpfern soll in den Fällen freigegeben werden, in denen dies waffenrechtlich, insbesondere zum Lärmschutz, zulässig ist.

Die jeweiligen Bestimmungen des Waffenrechts bleiben unberührt. Nur bei Erfüllung der im Waffenrecht normierten Voraussetzungen dürfen Personen Schalldämpfer erwerben und besitzen. Der Wegfall des Verbots der Verwendung von Schusswaffen mit Schalldämpfern für das Schießen auf Wild mit Büchsenpatronen, deren Auftreffenergie auf 100 Meter (E 100) mehr als 1.000 Joule beträgt, impliziert für den Jäger daher nicht die waffenrechtliche Zulässigkeit des Erwerbes und Besitzes eines Schalldämpfers.

Zu Doppelbuchstabe cc

Als Nummer 6 wird aus Gründen des Artenschutzes das Verbot von Fanggeräten oder Fangvorrichtungen, die zum Tötschlagen des Wildes bestimmt sind, aufgenommen. Mit Tötschlagfallen wird nicht selektiv gefangen. Im Hinblick darauf, dass die Möglichkeit des Lebendfanges besteht, soll auf den Einsatz von tötschlagenden Fanggeräten und Fangvorrichtungen verzichtet werden.

Zu Buchstabe c

Zu Doppelbuchstabe aa

Nach dem neuen Absatz 4 Nr. 1 kann die untere Jagdbehörde Ausnahmen in begründeten Einzelfällen zu wissenschaftlichen Zwecken oder

zur Verminderung überhöhter Wildbestände oder übermäßiger Wildschäden zulassen. Als Beispiel der begründeten Einzelfälle wird die Durchführung von Hegemaßnahmen aufgeführt. Künftig soll es möglich sein, Ausnahmen vom dem Verbot des Absatzes 3 Nr. 1 nicht nur für überhöhte Schwarzwildbestände zuzulassen, sondern für alle überhöhten Wildbestände und bei übermäßigen Wildschäden, falls ein überhöhter Wildbestand nicht nachzuweisen ist.

Zu Doppelbuchstabe bb

Durch die Regelung in der neuen Nummer 2 kann die untere Jagdbehörde nunmehr in besonderen Einzelfällen von den Verboten des Absatzes 3 Nr. 4 und 6 Ausnahmen zulassen. Als besondere Einzelfälle gelten unter anderem der Einsatz von Betäubungs- und Lähmungsmitteln zur Immobilisierung des Wildes im Rahmen von Telemetrie-Untersuchungen sowie der Einsatz von Fanggeräten oder Fangvorrichtungen, die zum Totschlagen des Wildes bestimmt sind, zur Bekämpfung von Tierarten, die als invasiv gelten, Krankheitserreger verbreiten oder Seuchen auf Mensch und Tier übertragen. Da hierbei auch grundsätzliche Belange des Tierschutzes und der Tierseuchenbekämpfung betroffen sind, soll das für Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung zuständige Ministerium einbezogen werden.

Zu Doppelbuchstabe cc

Nach der bisherigen Regelung in Nummer 2, nun Nummer 3, konnte die untere Jagdbehörde für die Nachtjagd auf weibliches Rot-, Dam- und Muffelwild und geringe Rothirsche (Geweihentwicklung) Ausnahmen von dem Verbot des § 19 Abs. 1 Nr. 4 des Bundesjagdgesetzes zulassen, soweit es zur Wildschadensabwehr und zur Erfüllung des Abschussplanes dringend geboten war. Diese Ausnahmeregelung soll mit der Neufassung der Regelung auf sämtliches Schalen- und Federwild erweitert werden, wobei künftig ein Erfordernis der Landeskultur, insbesondere der Wildschadensabwehr, als Grund hierfür bestehen muss. Keinesfalls soll zur Erfüllung des Abschussplanes eine Ausnahme vom Verbot der Nachtjagd zugelassen werden können, denn hierfür gibt es ausreichend andere Möglichkeiten. Der Begriff der Landeskultur umfasst dabei alle Maßnahmen zur Verbesserung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung des Bodens einschließlich der Erhaltung der Kulturlandschaft.

Zu Buchstabe d

Die Fütterung in Notzeiten gilt als Maßnahme der Hege, um das Wild vor dem Hungertod zu bewahren. Hieraus leitet sich das Verbot in § 19 Abs. 1 Nr. 10 des Bundesjagdgesetzes ab, in Notzeiten Schalenwild in einem Umkreis von 200 Metern von Fütterungen zu erlegen. Die Kirmung, bei der ebenfalls in Notzeiten dem Wild Futter vorgelegt wird, dient jedoch ausschließlich der Bejagung, das heißt, dem Anlocken und Erlegen des Wildes. Die Fütterung und Kirmung, insbesondere die Zeiten, Standorte, Anzahl je Flächeneinheit, tierartenspezifischen Futtermittel, zulässigen Futtermengen und örtlichen Verbote werden durch Rechtsverordnung vorgegeben. Die Fütterung und Kirmung sind derzeit im Siebten Abschnitt der Verordnung zur Ausführung des Thüringer Jagdgesetzes vom 7. April 2006 (GVBl. S. 245) in der jeweils geltenden Fassung geregelt.

Zu Buchstabe e

Zu Doppelbuchstabe aa

Durch die Regelung in Absatz 6 Satz 1 wird aus Gründen des Tierschutzes die oberste Jagdbehörde unter anderem ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung das Nähere zur Fangjagd, wie beispielsweise die Kontrollhäufigkeit für Lebendfangfallen und der Umgang mit Fangmeldetechnik, zu regeln. Im Übrigen erfolgte redaktionelle Änderung.

Zu Doppelbuchstabe bb

Mit dem neu eingefügten Satz 2 wird bestimmt, dass der Erlass einer Rechtsverordnung aufgrund einer Störung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes im Einvernehmen mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium erfolgt.

Zu Nummer 25

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Änderung

Zu Buchstabe b

Es erfolgt eine Präzisierung der Begriffe Treibjagd und Drückjagd. Die Anforderungen an die Brauchbarkeit von Jagdhunden ergeben sich aus § 39 Abs. 1.

Bei der Treibjagd wird das Wild aus seiner Deckung gedrückt und getrieben. Dies erfolgt mit Treibern und Jagdhunden, die eine Treiberwehr bilden. Dabei richten die Treiber ihren Abstand zum Nebenmann an der Vegetation aus, so dass möglichst wenig Wild zwischen ihnen hindurchgeht und dem flüchtenden Wild die Richtung vorgegeben wird.

Bei der Drückjagd wird das Wild durch Treiber und Jagdhunde in den Einständen so lange beunruhigt, dass es die Deckung verlässt und in die nächsten Einstände wechselt. Die Fluchtrichtung des Wildes außerhalb der Einstände wird nicht durch das Bilden von Treiberwehren bestimmt.

Zu Nummer 26

Redaktionelle Änderung

Zu Nummer 27

Die neuen Regelungen dienen der Deregulierung und das Verfahren zur Aufstellung, Bestätigung und Festsetzung des Abschusses wird neu geordnet.

Zu Buchstabe a

Zu Absatz 1

Mit diesem Verfahren wird vorgesehen, dass der Jagdausübungsberechtigte den Abschussplan nach § 21 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes in der Regel für drei Jahre aufstellt und dazu das Einvernehmen mit dem

Jagdvorstand des Gemeinschaftsjagdbezirks oder mit dem Eigentümer oder Nutznießer des Eigenjagdbezirks einholt. In verpachteten Jagdbezirken sollen die Jagdausübungsberechtigten und Jagdrechtsinhaber (Verpächter) gemeinsam den Jagdbezirk begehen, um ihre Vorstellungen abzustimmen und die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Jagdausübung besser wahrnehmen zu können. Erst hiernach soll der einvernehmlich abgestimmte Abschussplan vom Jagdausübungsberechtigten der unteren Jagdbehörde angezeigt werden. Für die Regelung der Bejagung in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt und des Bundes sowie der im Nationalpark Hainich liegenden Jagdbezirke ist nach § 50 Abs. 4 (neu) die oberste Jagdbehörde zuständig.

Der für mehrere Jahre geltende Abschussplan muss den auf jedes einzelne Jagdjahr entfallenen Abschuss, getrennt nach Geschlecht und Altersklassen, enthalten. Die Einzelheiten der Regelungen, insbesondere die Fristen, sollen den Ausführungsvorschriften vorbehalten bleiben.

Ein wichtiger Weiser für einen Wildbestand, der in einem ausgewogenen Verhältnis zu seinen natürlichen Lebensgrundlagen steht und an die landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepasst ist, ist der Zustand der Vegetation. Im Bereich der Forstwirtschaft ist etwa dies der Fall, wenn die vorkommenden Hauptholzarten sich ohne Zaunschutzz verjüngen lassen. Daher ist in Satz 4 vorgesehen, der unteren Forstbehörde vor Bestätigung oder Festsetzung der Abschusspläne, insbesondere vor der Entscheidung des Jagdbeirates über das zu erteilende Einvernehmen zum Abschussplan, Gelegenheit zu geben, sich über den Zustand der Vegetation und die Tragbarkeit entstandener Wildschäden an dieser zu äußern sowie einen Hinweis über die erforderliche Höhe des Abschusses nach Satz 5 abzugeben. Damit ist zwar keine Beteiligung der unteren Forstbehörde an der Bestätigung oder Festsetzung des Abschusses beabsichtigt, aber die Hinweise der unteren Forstbehörde sind von der unteren Jagdbehörde bei ihrer Entscheidungsfindung abzuwägen.

Der Abschussplan ist von der unteren Jagdbehörde entweder im Einvernehmen mit dem Jagdbeirat nach § 52 zu bestätigen oder festzusetzen, sofern eine Bestätigung nicht in Betracht kommt. Zur Vereinfachung des Verfahrens gilt nach Satz 6 der Abschussplan im Einvernehmen mit dem Jagdbeirat als bestätigt, sofern er nicht bis zum 1. Mai festgesetzt wird.

Für das Rehwild gilt nach Satz 8 der bestätigte Abschussplan als Mindestabschuss, weil der Rehwildbestand nicht exakt genug geschätzt werden kann, die Abschusspläne daher meist zu gering ausfallen und Rehwild den Abschuss mit einem Anstieg der Reproduktion ausgleicht. Aufgrund der in den Jagdbezirken divergierenden forstwirtschaftlichen Zielvorstellungen der Grundeigentümer und der für alle Jagdbezirke geltenden Schonzeiten ist analog zum Schwarzwildbestand keine Übernutzung des Rehwildbestands zu befürchten. Durch den Mindestabschuss für Rehwild wird unnötiger Verwaltungsaufwand im Rahmen von Nachbeantragungen zum Abschussplan vermieden.

In Hegegemeinschaften soll es nach Satz 9 im Sinne einer ausgewogenen Hege der vorkommenden Wildarten und einer einheitlich großräumigen Abschussregelung nach § 13 sowie zum Zweck der besseren Abschussplanerfüllung zulässig sein, dass Jagdausübungsberechtigte Abschusspläne gemeinschaftlich aufstellen oder im Jagdjahr hierzu übergehen.

Zu Absatz 2

Mit dieser Regelung wird nunmehr ausdrücklich bestimmt, dass der für Schalenwild bestätigte oder festgesetzte Abschussplan notfalls unter Hinzuziehung anderer Jagdscheininhaber erfüllt werden muss. Er ermächtigt gleichzeitig die untere Jagdbehörde, die erforderlichen Anordnungen zu erlassen. Diese Ermächtigung gibt der Jagdbehörde einen weiten Ermessensspielraum, von der Aufforderung mit Fristsetzung, der Anwendung von Verwaltungszwang bis zur Ersatzvornahme. Vergleiche § 27 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes, auf den im Satz 3 verwiesen wird.

Die Bußgeldbewehrung von Verstößen gegen den Abschussplan hat sich als nicht ausreichend erwiesen, weil ein Verschuldensnachweis in der Regel nicht zu führen ist. In Satz 4 wird daher die Beitreibung eines angedrohten Zwangsgeldes für die nicht ordnungsgemäße Erfüllung des Abschussplanes auch im Nachhinein ermöglicht, wenn die vorzunehmende Handlung nicht mehr nachgeholt werden kann.

Zu Buchstabe b

Die Worte "Teile des Wildes" umfassen insbesondere die Trophäe, das Haupt, den Kopf oder den Unterkieferast. Die Formulierung wurde daher angepasst.

Zu Buchstabe c

In Absatz 7 wurden die Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen zusammengefasst, welche die Regelung der Bejagung und Hege im engeren Sinne zum Gegenstand haben.

Die bisherige Nummer 1 wurde hinsichtlich des Verwaltungshandelns konkretisiert.

Die in den Nummern 1 und 2 vorgesehenen Regelungen über die Erhebung von Daten zu den Jagdbezirksverhältnissen, zum Vorkommen und Bestand von Wildarten, zur Planung, Bestätigung und Festsetzung des Abschusses, zu den Abschuss- und Fangergebnissen sowie zum verendeten Wild (Gesundheitszustand, Wildbretgewichte) sind notwendig, damit die Jagdbehörden einen besseren Überblick über den tatsächlichen Wildbestand erhalten und sachgerechte Entscheidungen bei der Abschussplanung nach Absatz 1, aber auch nach Absatz 4 oder § 33 treffen können.

Die Möglichkeit nach Nummer 3, die im Rahmen des § 32 zu meldenden Daten und entsprechend zu erlassenden Verwaltungsakte künftig auch in elektronischer Form zu übermitteln, soll bei allen Beteiligten den Aufwand deutlich reduzieren.

Die in den Nummern 4 bis 6 vorgesehenen Regelungen sind notwendig, damit die Bejagung und Hege der Wildbestände nach einheitlichen Kriterien erfolgt.

Zu Buchstabe d

Die bisherige Regelung wurde in § 32 Abs. 7 Nr. 6 neu gefasst. Absatz 9 wurde daher aufgehoben.

Zu Nummer 28

Zu Buchstabe a

In Absatz 1 Nr. 1 wird geregelt, dass der Erlass einer Rechtsverordnung zur Erweiterung und Einschränkung der Liste der unter Jagdrecht stehenden Tierarten sowie zur Festlegung von Jagdzeiten bei den nach nationalem, europäischem und internationalem Naturschutzrecht streng und besonders geschützten Tierarten im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde erfolgt. Eine entsprechend überarbeitete Rechtsverordnung soll bis zum 31. Dezember 2020 in Kraft treten.

Im Übrigen erfolgten redaktionelle Änderungen.

Zu Buchstabe b

Das fehlerhafte Wort "Tierseuchenbekämpfung" und das Wort "Wildseuchenbekämpfung" wird jeweils durch das Wort "Tierseuchenbekämpfung" ersetzt, weil die Tierseuchenbekämpfung sowohl wildlebende als auch in Haltung des Menschen lebende Tiere umfasst und die Übertragung von Seuchen nicht an der Lebensart von Tieren halt macht.

Im Übrigen erfolgte eine redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe c

In Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 werden aus bisher abschließend aufgeführten Gründen besondere Gründe, die eine beispielhafte Aufzählung erfahren. Zu dieser Aufzählung von besonderen Gründen kommt die Tierseuchenbekämpfung hinzu, um die land- und ernährungswirtschaftlichen Schäden, die sich aus einer Tierseuche ergeben, so gering wie möglich halten zu können.

Für Regelungen nach Satz 1 Nr. 1 bedarf es nach Satz 2 zur Rechtsverordnung der Herstellung des Einvernehmens mit dem für Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung zuständigen Ministerium hinsichtlich der Feststellung der Tierseuchenbekämpfung als besonderen Grund.

Im Übrigen erfolgten redaktionelle Änderungen.

Zu Buchstabe d

Redaktionelle Änderungen

Zu Nummer 29

Redaktionelle Änderungen

Zu Nummer 30

Eine Verbreitung des Muffelwildes hätte nachteilige Auswirkungen auf die natürliche Waldvegetation. Aus naturschutzfachlichen Gründen ist die bisherige Verbreitung des Muffelwildes beizubehalten.

Im Übrigen erfolgten redaktionelle Änderungen.

Zu Nummer 31

Durch § 22a des Bundesjagdgesetzes wird den Ländern der Auftrag gegeben, hinsichtlich der Wildfolge Näheres zu regeln. Diesem Auftrag

wird im Interesse des Tierschutzes und der Wildbrethygiene mit der Regelung in § 37 entsprochen.

Nach der bisherigen Regelung in Absatz 1, gemäß der die Jagdausübungsberechtigten benachbarter Jagdbezirke verpflichtet sind, innerhalb von drei Monaten nach der Entstehung neuer Jagdbezirke, nach Neuverpachtungen oder nach Wechsel der Pächter Wildfolgevereinbarungen schriftlich abzuschließen und diese der unteren Jagdbehörde zur Kenntnis vorzulegen, galt die Achtung der Jagdbezirksgrenze für den die Jagdausübenden als oberstes Gebot. Dieser darf, wenn die Wildfolge nicht vereinbart ist, die Jagdbezirksgrenze auch nicht zu dem Zweck überschreiten, um ein krankgeschossenes Stück Wild, selbst wenn es sich in Sicht- oder gar Reichweite niedergefallen hat, von seinen Leiden und Qualen durch Fangschuss zu erlösen. Auch wenn die gesetzliche Pflicht besteht, Wildfolgevereinbarungen schriftlich abzuschließen und der unteren Jagdbehörde zur Kenntnis vorzulegen, ist dies aus verschiedenen Gründen des Öfteren nicht geschehen. Die Regelung des bisherigen Absatzes 1 wurde daher nicht fortgeführt.

In den Absätzen 1 bis 4 wurde mit den Regelungen der Wildfolge, die zwischen benachbarten Jagdausübungsberechtigten zu vereinbaren und der Jagdbehörde zur Kenntnis vorzulegen sind, eine durch Gesetz bestimmte Regelung der Wildfolge festgelegt. Durch diese Änderung wird, ohne zu weit in das Jagdausübungsrecht einzugreifen, für alle Beteiligten unnötiger Aufwand vermieden, diesbezügliche Regelungen zur Wildfolge abschließen und anzeigen zu müssen.

Mit Absatz 1 werden die Erstmaßnahmen geregelt, die der die Jagd Ausübende zu ergreifen hat. Der für einen Jagdbezirk verantwortliche Jagdausübungsberechtigte ist mit § 7 bestimmt. Wechselt krankgeschossenes Wild in einen benachbarten Jagdbezirk, ohne sich in Sichtweite von der Grenze nieder zu tun, so hat der Jagdausübende wie bisher den Anschuss und die Stelle des Wechsels kenntlich zu machen sowie das Wechseln dem Jagdausübungsberechtigten des benachbarten Jagdbezirks oder dessen Vertreter unverzüglich anzuzeigen. Das gilt auch für das Wechseln des durch andere Ursachen schwer erkrankten oder verletzten Wildes in einen benachbarten Jagdbezirk. Unverzüglich bedeutet ohne schuldhaftes Zögern und so zeitnah, dass der in seinem Jagdrecht beeinträchtigte, benachbarte Jagdausübungsberechtigte die Wahrung seiner Rechte und die Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Wildfolge noch nachvollziehen kann. Eine mit den Vorgängen vertraute Person ist eine Person, die ausreichend über das Geschehnis informiert ist und in der Örtlichkeit den Anschuss und die Stelle des Überwechsels zeigen kann.

Mit Absatz 2 wird geregelt, dass neben dem Jagdgast als Jagdausübenden auch der Jagdausübungsberechtigte zur Anzeige verpflichtet ist, wenn er vom Wechseln des krankgeschossenen beziehungsweise des schwer erkrankten oder verletzten Wildes Kenntnis erlangt. Somit steht ein jagdausübender Jagdgast auch in der Verantwortung, bei Unkenntnis des nachbarlichen Jagdausübungsberechtigten seinen Gastgeber (Jagdausübungsberechtigten) unverzüglich über das besagte Wechseln in Kenntnis zu setzen, so dass durch diesen eine Anzeige an den Jagdausübungsberechtigten des benachbarten Jagdbezirks erfolgt.

Nach der bisherigen Regelung in Absatz 4 durften die ohne Fangschuss im benachbarten Jagdbezirk in Sichtweite verendeten Stücke Wild nicht versorgt werden. Nunmehr ist durch die Regelung in Absatz 3 der Jagdausübende gesetzlich verpflichtet und berechtigt, sowohl ein über

die Grenze in einen benachbarten Jagdbezirk gewechseltes krankgeschossenes Stück Wild, das in Sichtweite verbleibt, durch Abgabe eines sicheren Fangschusses zu erlegen als auch das in Sichtweite durch Fangschuss erlegte oder verendete Stück Wild zu versorgen. Einer solch dezidierten Regelung zum Fangschuss über die Jagdbezirksgr Grenze hinweg und zum Versorgen des erlegten oder verendeten Wildes im fremden Jagdbezirk bedarf es, weil nach § 3 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes das Jagdrecht nur in Jagdbezirken ausgeübt werden darf, aber Grenzfälle im Sinne der Wahrung von Eigentum und Tierschutz zu regeln sind.

Nach der bisherigen Regelung in Absatz 4 war es nicht zulässig, zum Versorgen des Wildes Langwaffen (Schusswaffen) über die Jagdgrenze hinweg mitzuführen. Diese konnten oftmals nur in Sichtweite in dem Jagdbezirk, in dem man das Jagdausübungsrecht oder die Erlaubnis zur Jagdausübung innehat, verbleiben, um sich durch das Mitführen von schussbereiten Waffen nicht der Wilderei schuldig zu machen. Aus Sicherheitsgründen soll es nun zulässig sein, (geladene) Kurzwaffen und nicht geladene Langwaffen nach Absatz 3 Satz 2 mitzuführen, weil die bisherige Regelung im Einzelfall zur Folge hätte, dass der Jagdausübende ungeschützt wäre und die Langwaffen unbeaufsichtigt im Jagdbezirk zurücklassen müsste. Mit der neuen Regelung wird davon ausgegangen, dass in diesem Bereich des nachbarlichen Zusammenwirkens im Interesse der Sicherheit das Vertrauen gegenüber dem redlichen und weidmännischen Verhalten des Nachbarn obsiegen muss.

Das Fortschaffen des erlegten Wildes ist nicht zulässig, weil dies den Tatbestand der Wilderei erfüllt. Die notwendige Versorgung des Wildbrets hat unmittelbar zu erfolgen, damit sein Genuss durch den Menschen sichergestellt ist. Aus bestimmten Gründen (Verderbnis durch Hitze, Anschneiden durch Aasfresser) kann ein Fortschaffen des Wildes oder Fortbringen des Wildes durch den Hund erfolgen, so dass eine Ablieferungspflicht geboten ist. Fortgeschafftes oder vom Hund aus dem Nachbarjagdbezirk gebrachtes Wild ist daher nach Absatz 3 Satz 4 dem benachbarten Jagdausübungsberechtigten abzuliefern.

Mit Absatz 4 wird geregelt, dass dem Jagdausübenden die Trophäe des erlegten Wildes gehört, im Übrigen das Aneignungsrecht des zuständigen Jagdausübungsberechtigten unberührt bleibt. Der Abschuss von Trophäenträgern wird auf den Abschussplan des Jagdbezirkes angerechnet, in dem das Stück krankgeschossen wurde; alles andere Wild wird auf den Abschussplan des Jagdbezirkes angerechnet, in dem es zur Strecke gekommen ist. Diese Verteilungsregelungen sind dazu bestimmt, sowohl die Rechte des Jagdausübenden aber auch des in seinem Jagdrecht beeinträchtigten, benachbarten Jagdausübungsberechtigten zu wahren, Wilderei und Streitfällen vorzubeugen, die gesetzlichen Vorgaben der Wildfolge zu erfüllen und somit zu einem guten Nachbarschaftsverhältnis beizutragen.

Mit Absatz 5 wird geregelt, dass die Jagdausübungsberechtigten benachbarter Jagdbezirke sich abweichend von der Regelung nach Absatz 3 hinsichtlich des nicht zulässigen Fortschaffens erlegten Wildes und von der Regelung nach Absatz 4 hinsichtlich der Aneignung der Trophäen und der Anrechnung des Wildes auf den Abschussplan schriftlich vereinbaren können, dies jedoch der unteren Jagdbehörde anzuzeigen haben. So kann es zum Beispiel aus Gründen der Verwertbarkeit des Wildbrets erforderlich sein, dass versorgtes Schalenwild im Hochsommer unverzüglich in die Kühlung fortgeschafft wird. Auch kann es bei einem guten Nachbarschaftsverhältnis geboten sein, die Aneignung der

Trophäen und die Anrechnung des Wildes auf den Abschussplan durch Vereinbarung abweichend vom Gesetz zu regeln.

Die Überwachung des Abschlusses von Wildfolgevereinbarungen hat sich als Folge der Regelungen in den Absätzen 1 bis 4 erübrigt. Die Benennung der Jagdrechtsinhaber und Jagdausübungsberechtigten der angrenzenden Jagdbezirke nach Absatz 6 dient dem nachbarlichen Zusammenwirken und soll auf Antrag erfolgen.

In Absatz 7 werden Regelungen zu bestätigten Schweißhundeführern festgelegt, weil diese Regelungen in unmittelbarem Sach- und Rechtszusammenhang zu der vom Gesetz bestimmten Wildfolge stehen. Aus Gründen der Jagdbezirksstruktur, des gegebenenfalls mehrfachen Grenzübertritts, soll neben der gesetzlichen Regelung der Wildfolge aus Gründen des Tierschutzes und der Wildbrethygiene ein von der unteren Jagdbehörde bestätigter und vom Jagdausübungsberechtigten beauftragter Schweißhundeführer berechtigt sein, eine Nachsuche auf Schalenwild mit Jagdhund und geladener Schusswaffe ohne Rücksicht auf Jagdbezirksgrenzen durchzuführen und das nachgesuchte Wild zu erlegen. Darüber hinaus wird die oberste Jagdbehörde ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen und das Verfahren für die Bestätigung der Schweißhundeführer zu regeln, so dass die Regelungen zu bestätigten Schweißhundeführern von den Jagdausübungsberechtigten akzeptiert werden und für die bestätigten Schweißhundeführer Rechtssicherheit gegeben ist.

Zu Nummer 32

Der bisherige § 37a wird aufgehoben, weil die bestätigten Schweißhundeführer die Wildfolge nach § 37 Abs. 1 bis 6 über Jagdbezirksgrenzen hinweg wahrnehmen sollen und die Regelungen hierzu nunmehr in § 37 Abs. 7 erfolgen.

Zu Nummer 33

Zu Buchstabe a

Mit Aufhebung der bisherigen Regelung in § 9 zu den Landesjagdbezirken wird die Regelung des bisherigen Absatzes 3 hinfällig.

Stattdessen wird im neuen Absatz 3 das Überjagen von Jagdhunden im Rahmen der zulässigen Jagdausübung geregelt. Unter Abwägung der betroffenen Rechtsgüter, wie der Schutz des Jagdausübungsrechts und der Schutz des Grundeigentums sowie seiner land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung vor Beeinträchtigung durch Wildschäden sowie die Verhinderung von Wildseuchen, erscheint es angemessen, dass bis zu zweimal im Jahr das dem Jagdausübungsberechtigten des benachbarten Jagdbezirks rechtzeitig schriftlich oder elektronisch angezeigte Überjagen von Jagdhunden nach Absatz 1 von diesem hinzunehmen ist. Unbeschadet einer anderweitigen Vereinbarung zwischen den Jagdausübungsberechtigten benachbarter Jagdbezirke ist das Überjagen von Jagdhunden mit rechtzeitiger Anzeige bis zu zweimal im Jagdjahr zulässig.

Zu Buchstabe b

Im Verbandswesen sind Änderungen eingetreten. Neben den Zuchtverbänden für Jagdhunde haben sich Prüfungsverbände für Jagdhunde etabliert, neben dem Landesjagdverband haben sich weitere Jagdverbän-

de in Thüringen gegründet und die Landesforstanstalt wurde errichtet, die auf etwa 15 Prozent der Jagdfläche Thüringens zur Jagdausübung berechtigt ist. Diesen Änderungen wird mit der Änderung in Absatz 4 Satz 2 Rechnung getragen.

Zu Nummer 34

Redaktionelle Änderung

Zu Nummer 35

Zu Buchstabe a

Die Befugnisse des Jagdschutzberechtigten erfordern regelmäßig ausreichende Kenntnisse in der Jagd und im Naturschutz sowie ein verantwortungsvolles Handeln. Es ist daher sachgerecht, dass nach dem bisherigen Absatz 1 Satz 1 nur volljährige und zuverlässige Personen hierfür in Frage kommen. Die Regelungen in Satz 2, dass mehrere Jagdausübungsberechtigte für ihre aneinander grenzenden Jagdbezirke einen gemeinsamen Jagdaufseher anstellen können, der Berufsjäger oder geprüfter Jagdaufseher sein soll, haben in Thüringen zu keiner nennenswerten Anstellung von Berufsjägern oder geprüften Jagdaufsehern geführt. Deshalb können sowohl die normative Vorgabe zum Ausbildungsstand als auch die Kann-Regelung zur gemeinsamen Anstellung entfallen. Den Jagdausübungsberechtigten benachbarter Jagdbezirke bleibt es unbenommen, zum Schutze der Jagd dieselbe volljährige, zuverlässige Person als Jagdaufseher anzustellen.

Zu Buchstabe b

Redaktionelle Änderung

Zu Buchstabe c

Da nach der bisherigen Regelung in Absatz 4 einem Jagdgast die Ausübung des Jagdschutzes erlaubt werden kann, soweit er den Schutz des Wildes vor Tieren im Sinne des § 40 Abs. 1, vor Futternot und Wildseuchen umfasst und diese Erlaubnis schriftlich zu erteilen ist, wird in Satz 3 darauf verwiesen, dass der § 17 Abs. 3 sinngemäß gilt. Zweckmäßig ist es, diese Erlaubnis in den Jagderlaubnisschein einzutragen.

Zu Buchstabe d

Für das Verlangen einer unteren Jagdbehörde, dass der Jagdausübungsberechtigte volljährige und zuverlässige Personen, die geprüfte Jagdaufseher, Berufsjäger oder forstlich ausgebildet sind, als bestätigte Jagdaufseher anstellt, bedarf es gewisser Voraussetzungen. Zu diesen gehören die Notwendigkeit, Zumutbarkeit und sachliche Begründetheit. Nach § 25 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes obliegt der Jagdschutz in einem Jagdbezirk neben den zuständigen öffentlichen Stellen dem Jagdausübungsberechtigten, sofern er Inhaber eines Jagdscheines ist, und den von der zuständigen Behörde bestätigten Jagdaufsehern. Hauptberuflich angestellte Jagdaufseher sollen Berufsjäger oder forstlich ausgebildet sein. Berufsjäger sind im Hauptberuf als Jäger tätig. Für die Ausbildung zum Berufsjäger gilt seit dem 1. August 2010 bundesweit die Verordnung über die Berufsausbildung zum Revierjäger/zur Revierjägerin vom 18. Mai 2010 (BGBl. I S. 631, 795) in der jeweils geltenden Fassung, die die bis dahin geltende Revierjäger-Ausbildungsverordnung vom 26. April 1982 (BGBl. I S. 554) abgelöst hat. Als forstlich ausgebil-

det gilt, wer eine Laufbahnprüfung des Forstdienstes der Länder oder des Bundes bestanden hat. Bestätigten Jagdaufsehern, die nach § 25 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes Berufsjäger oder forstlich ausgebildet sind, stehen weitergehende Rechte zu, die über die Befugnisse der Jagdschutzberechtigten und der bestätigten Jagdaufseher ohne eine derartige Ausbildungsqualifikation hinausreichen.

In Satz 1 wird deshalb die Zahl anzustellender Personen auf mehrere erweitert und als fachliche Eignung die bestätigten Jagdaufseher bestimmt. Des Weiteren werden die Voraussetzungen bestimmt, aufgrund derer ein solches Verlangen zulässig ist. Als Voraussetzung für das Verlangen der unteren Jagdbehörde gelten künftig nicht nur die Zumutbarkeit für den Jagdausübungsberechtigten und die Notwendigkeit zum Jagdschutz, sondern vielmehr auch der wiederholte Verstoß des Jagdausübungsberechtigten gegen seine Verpflichtungen zur Hege oder Regulierung des Wildbestandes.

Die in Satz 2 bestimmten Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit die Jagdbehörde eine hauptberufliche Anstellung bestätigter Jagdaufseher verlangen kann.

Zu Buchstabe e

Entbehrlich ist der Erlass einer Dienstanweisung für die Dienstaufsicht der unteren Jagdbehörden über die bestätigten Jagdaufseher, weil die oberste Jagdbehörde im Einvernehmen mit dem für Inneres zuständige Ministerium durch Rechtsverordnung Regelungen über die Dienstabzeichen nach Absatz 7 Satz 3 erlässt und der Jagdaufseher im Rahmen der Bestätigung durch die untere Jagdbehörde über seine Rechte und Pflichten nach dem Bundesjagdgesetz, dem Thüringer Jagdgesetz sowie dem Strafgesetzbuch zu belehren und auf die gewissenhafte und treue Pflichterfüllung hinzuweisen ist. Absatz 6 Satz 2 war daher aufzuheben.

Zu Buchstabe f

In Absatz 7 wird die Pflicht zur Ausweisung neugeregelt, insbesondere die Möglichkeiten der Ausweisung. Die Einschränkung der Ausweisung gilt für die Fälle, in denen eine Gefahr für Leib und Leben der Jagdausübungsberechtigten und bestätigten Jagdaufseher gegeben ist. Nach § 25 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes haben die bestätigten Jagdaufseher innerhalb ihres Dienstbezirkes in Angelegenheiten des Jagdschutzes die Rechte und Pflichten der Polizeibeamten und sind Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft, sofern sie Berufsjäger oder forstlich ausgebildet sind. Sie haben bei der Anwendung unmittelbaren Zwanges die ihnen durch Landesrecht eingeräumten Befugnisse. Aufgrund dieser, im Bundesjagdgesetz auf den Verwaltungsakt der Bestätigung sowie die fachliche Qualifikation abstellenden Regelung haben nicht alle Jagdschutzberechtigten, sondern nur die von der unteren Jagdbehörde bestätigten Jagdaufseher ein Dienstabzeichen zu tragen, das ihnen wie den Polizeibeamten und Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft die Kontrolle von Personen erheblich erleichtern soll (Ordnungsfunktion).

Dagegen stellt die Ausgabe und Einziehung von Jagdschutzabzeichen an alle Jagdschutzberechtigten (Jagdausübungsberechtigten und Jagdaufseher) sowie der Ersatz im Verlustfalle keine rechtliche Notwendigkeit dar. Aufgrund des damit verbundenen, unnötigen Verwaltungsaufwands wird die bisherige Regelung zu den Jagdschutzabzeichen eingeschränkt und umfasst künftig nur noch die bestätigten Jagdaufseher.

Nach Satz 3 wird die oberste Jagdbehörde ermächtigt, im Einvernehmen mit dem für das Innere zuständigen Ministeriums durch Rechtsverordnung Regelungen über die Dienstabzeichen zu erlassen.

Zu Nummer 36

Zu Buchstabe a

Nach der bisherigen Regelung in § 42 Abs. 1 Nr. 2 darf der Jagdschutzberechtigte wildernde Hunde und streunende Katzen erlegen, wenn sie im Jagdbezirk in einer Entfernung von mehr als 200 Metern vom nächsten bewohnten Gebäude angetroffen werden; es sei denn, dass sich der Hund nach erkennbaren Umständen nur vorübergehend der Einwirkung seines Herrn entzogen hat. Diese Befugnis erstreckt sich auch auf solche Hunde und Katzen, die sich in Fallen gefangen haben. Sie gilt nicht gegenüber Blinden-, Dienst-, Hirten-, Jagd- und Rettungshunden, soweit diese als solche kenntlich sind und solange diese von dem Führer zu seinem Dienst verwendet werden oder sich aus Anlass des Dienstes seiner Einwirkung entzogen haben.

Nach dieser Regelung wird zum einen davon ausgegangen, dass aus Gründen der Wildhege wirksame Maßnahmen gegen wildernde Hunde und streunende Katzen zu treffen sind, weil Hunde und Katzen, die sich nicht im Einwirkungsbereich ihres Herrn beziehungsweise Besitzers befinden, bereits potentiell eine Gefahr für das Wild darstellen, zum anderen, dass es unbeachtlich sein muss, ob die im Jagdbezirk wildernden Hunde oder streunenden Katzen sich dauernd oder nur vorübergehend außerhalb der Einwirkung ihrer Herrn beziehungsweise Besitzer befinden.

Die strikte Anwendung dieser Regelung kann jedoch zu tierschutzfachlich unerwünschten Tötungen führen, die dem Jagdausübungsberechtigten angelastet werden. Die Regelung wurde neugefasst, um dies weitgehend auszuschließen. Hiernach ist das Töten von Hunden und Katzen erlaubt, wenn diese als wildernd gelten. Darüber hinaus bedarf die Tötung von Hunden der Genehmigung der unteren Jagdbehörde.

Die Tötung wildernder Katzen und Hunde setzt jedoch voraus, dass andere zumutbare und mildere Maßnahmen des Wildtierschutzes zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgversprechend sind. So soll beispielsweise dem Verscheuchen, Vergrämen oder Fangen wildernder Hunde und Katzen der Vorrang eingeräumt werden. Die Tötung umfasst das Töten mit der Schusswaffe, sofern tierschutzrechtliche Gründe nicht entgegenstehen.

Hunde gelten als wildernd, wenn sie mehrfach (mehr als einmal) dem Wild nachstellen und dieses im Jagdbezirk erkennbar gefährden können, es sei denn, dass sie sich nach erkennbaren Umständen nur vorübergehend der Einwirkung ihres Herrn entzogen haben. Die Befugnis zum Töten eines Hundes gilt nicht gegenüber Jagd-, Dienst-, Blinden- und Hirtenhunden, soweit sie als solche kenntlich sind und solange sie von dem Hundeführer zu seinem Dienst verwendet werden oder sich aus Anlass des Dienstes seiner Einwirkung entzogen haben. Auf Antrag und Nachweis (durch Bild oder Beschreibung) des Jagdausübungsberechtigten erteilt die untere Jagdbehörde die Tötungsgenehmigung für die vom Wildern betroffenen Jagdbezirke ihres Zuständigkeitsbereiches. Diese kann auch als Allgemeinverfügung ergehen, so dass für den Verwaltungsakt keine Gebühren zu erheben sind, die Öffentlichkeit informiert und der bekannte oder unbekannte Hundehalter aufgefordert ist, Einfluss auf seinen Hund zu nehmen.

Katzen gelten als wildernd, wenn sie im Jagdbezirk in einer Entfernung von mehr als 500 Metern vom nächsten bewohnten Gebäude dem Wild nachstellend angetroffen werden. Die Tötungsbefugnis erstreckt sich nicht auf Katzen, die in Lebendfangfallen gefangen wurden. Lebend gefangene Katzen gelten als Fundsache, auf die die zivilrechtlichen Vorschriften zum Fund anzuwenden sind. Mit der Ausweitung des Abstandes vom nächsten bewohnten Gebäude auf 500 Meter, ist in den meisten Fällen dem Anliegen der Katzen-Halter Rechnung getragen.

Zu Buchstabe b

Redaktionelle Änderung

Zu Nummer 37

Zu Buchstabe a

Mit der Ergänzung der Regelung in § 43 Abs. 3 Satz 2 wird die Ermächtigung der obersten Jagdbehörde erweitert, die Notzeit zu regeln, weil diese eine Voraussetzung für die Wildfütterung als Hegemaßnahme ist.

Im Übrigen erfolgte eine redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe b

Die bisherige Regelung in Absatz 4 wird in Übereinstimmung mit § 1 Abs. 3, wonach die Nachhaltigkeit der in Thüringen vorkommenden Wildarten mit der Hege, die jeder Jagdausübungsberechtigte durchzuführen hat, zu gewährleisten ist, aufgehoben. Die Fütterung des Wildes in Notzeiten gilt als Hegemaßnahme. Aufgrund der Kleinstrukturiertheit Thüringens sind jedoch nur bei extrem harten Wintern (tiefe Temperaturen, extreme Eisschichten oder Schneehöhen) für das Schalenwild die Kriterien einer Notlage (Bewegungs- und Nahrungsmangel) gegeben.

Hinzu kommt, dass die Politik für Land- und Forstwirtschaft, insbesondere die Förderpolitik der Europäischen Union sowie die hiesige Agrar- und Forstpolitik, im Feld zum sogenannten Dauergrünland und im Wald zum sogenannten Dauerwald führen. In den meisten Jagdbezirken Thüringens steht dem Wild während der Winterzeit Äsung und Deckung in ausreichender Menge, Qualität und Verteilung zur Verfügung. Die Fütterung des Schalenwildes in der Notzeit dürfte sich dadurch erheblich einschränken und keineswegs mehr der Regelfall sein.

Darüber hinaus senkt das Wild in der Winterzeit seinen Nahrungsbedarf, während sich der Ruhebedarf erhöht. Die Tiere haben sich über Millionen Jahre an die natürlichen Verhältnisse angepasst. Immer mehr jagdwissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die flächendeckende Winterfütterung des Wildes, insbesondere die zum Teil unsachgemäße Fütterung, diese natürliche Überlebensstrategie der wildlebenden Tierarten empfindlich stört.

Zu beachten ist auch, dass angesichts des vermehrten Auftretens von Tierseuchen bei hohen Wildbeständen künstliche Konzentrationen des Wildes im Winter zu vermeiden sind.

Für Thüringen ist davon auszugehen, dass die Pflicht des Jagdausübungsberechtigten, in der Notzeit für angemessene naturnahe und ausgewogene Wildfütterung zu sorgen und die dazu erforderlichen Fütterungsanlagen zu unterhalten, entfallen kann. Sein Recht zur Wildfütterung im Rahmen der Hege bleibt bestehen.

Absatz 5 wird mit Verweis auf die Begründung von Absatz 4 ebenfalls aufgehoben.

Zu Nummer 38

Redaktionelle Änderungen

Zu Nummer 39

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Änderung

Zu Buchstabe b

Mit der Ermächtigungsregelung in Absatz 5 soll die Verpflichtung zur Leistung von Wildschadensersatz bei berechtigten Ansprüchen von Grundeigentümern und Nutzungsberechtigten bestimmt und auch festgelegt werden, welche die nach § 32 Abs. 2 Satz 2 des Bundesjagdgesetzes üblichen Schutzvorrichtungen sind.

Nach § 32 Abs. 2 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes wird der Wildschaden, der an Weinbergen, Gärten, Obstgärten, Baumschulen, Alleen, einzeln stehenden Bäumen, Forstkulturen, die durch Einbringen anderer als der im Jagdbezirk vorkommenden Hauptholzarten einer erhöhten Gefährdung ausgesetzt sind, oder Freilandpflanzungen von Garten- oder hochwertigen Handelsgewächsen entsteht, soweit die Länder nicht anders bestimmen, nicht ersetzt, wenn die Herstellung von üblichen Schutzvorrichtungen unterblieben ist, die unter gewöhnlichen Umständen zur Abwendung des Schadens ausreichen. Nach § 32 Abs. 2 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes können die Länder bestimmen, welche Schutzvorrichtungen als üblich anzusehen sind. Zur Ausgestaltung dieser Vorgaben dient die Ermächtigungsgrundlage in Nummer 2.

Zu Nummer 40

Redaktionelle Änderung

Zu Nummer 41

Zu Buchstabe a

Durch den Mangel an Personen, die geeignet und willens sind, sich als Schadensschätzer bestellen zu lassen und infolge der Zunahme an technischen Neuerungen beim Ermitteln von Wildschäden in Wald und Feld, wie beispielsweise das Überfliegen, Fotografieren, Messen und Berechnen mittels Sensor-, Bild- und Rechentechnik, sollen im Zuständigkeitsbereich der unteren Jagdbehörden für die Dauer von fünf Jahren nur noch mindestens fünf Schadensschätzer in den Landkreisen - möglichst gleichmäßig über die Fläche verteilt - und zwei Schadensschätzer in den kreisfreien Städten bestellt werden.

Zu Buchstabe b

Die Mindestzahl der Schadensschätzer ist bereits in Satz 1 enthalten. Eine Vertreterregelung ist entbehrlich. Satz 2 wird daher aufgehoben.

Zu Buchstabe c

Folgeänderung zu Buchstabe a und redaktionelle Änderung

Zu Nummer 42

Zu Buchstabe a

Der Antrag nach Absatz 2 Satz 1, dass der Schaden erst in einem späteren, kurz vor der Ernte abzuhaltenden Termin festgesetzt werden soll, kann nicht für den Wildschaden im Wald gelten, weil der forstwirtschaftliche Produktionszeitraum in der Regel weit über den ein- bis mehrjährigen landwirtschaftlichen Produktionszeitraum hinausgeht.

Zu den Buchstaben b und c

Redaktionelle Änderungen

Zu Nummer 43

Redaktionelle Änderung

Zu Nummer 44

Zu Buchstabe a

Mit der Aufhebung des bisherigen § 9 zu den Landesjagdbezirken ist die Voraussetzung für § 50 Abs. 3 entfallen. Auch die Eigenjagdbezirke des Bundes bedürfen angesichts ihrer geringen Zahl und Größe keiner Übertragung von jagdbehördlichen Aufgaben.

Zu Buchstabe b

Folgeänderung zu Buchstabe a

Zu Buchstabe c

Aufgrund der Vorbildfunktion des Staatswaldes (§ 31 des Thüringer Waldgesetzes) und der sich zum Teil über mehrere Landkreise hinweg ausdehnenden Eigenjagdbezirke der Landesforstanstalt sowie der besonderen Bedeutung des Nationalparks Hainich für die Vielfalt, besondere Eigenart und hervorragende Schönheit der in Mitteleuropa einzigartigen großflächigen zusammenhängenden und naturnahen Laubmischwälder (§ 3 des Thüringer Gesetzes über den Nationalpark Hainich) soll in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt und des Bundes sowie den im Nationalpark Hainich liegenden Jagdbezirken für die Regelung der Bejagung (§ 32) und die Verhinderung übermäßiger Wildschäden (§ 27 des Bundesjagdgesetzes) die der unteren Jagdbehörde übertragene Zuständigkeit durch die oberste Jagdbehörde wahrgenommen werden. Bestätigungen oder Festsetzungen der Abschusspläne und Anordnungen nach § 27 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes sollen für die im Nationalpark liegenden Jagdbezirke im Benehmen mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium erfolgen.

Zu Nummer 45

Mit § 51 wird geregelt, dass die Jagdberater aus dem Kreis der Jagdscheininhaber kommen und sowohl die Jagdberater als auch ihre jeweiligen Stellvertreter zu bestellen sind. Da Jagdberater aus Gründen ihrer Position als unabhängiger und objektiver Sachverständiger in der Regel kein wichtiges Amt in einer Organisation der im Jagdbeirat vertretenen Interessengruppen bekleiden sollen, wird hiermit klargestellt, dass andere von ihnen in Organisationen wahrgenommene Funktionen, wie

beispielsweise im Vorstand einer Jagdgenossenschaft oder einer Hegegemeinschaft, für die beratende Tätigkeit nicht zum Nachteil sind.

Zu Nummer 46

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Änderung

Zu Buchstabe b

Mit Absatz 2 wird der Vertreter der unteren Jagdbehörde als Vorsitzender des Jagdbeirates bestimmt sowie die Herkunft von weiteren neun Mitgliedern zur paritätischen Interessenvertretung.

Mit Absatz 3 wird der Vertreter der obersten Jagdbehörde als Vorsitzender des Jagdbeirates bestimmt sowie die Herkunft von weiteren fünfzehn Mitgliedern zur paritätischen Interessenvertretung.

Zu Buchstabe c

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Erweiterung der bisherigen Regelung in Absatz 5 Nr. 1 sieht aus Gründen der Kommunikation und des Interessenausgleich zwischen den Vereinigungen der Jäger vor, dass die in der Mitgliederzahl kleineren örtlich zuständigen Vereinigungen der Jäger in den Jagdbeiräten der Jagdbehörden vermehrt als stellvertretende Mitglieder berücksichtigt werden können.

Zu den Doppelbuchstaben bb, cc und ee

Redaktionelle Änderungen

Zu Doppelbuchstabe dd

Die Einfügung dieser Regelung dient der Klarstellung.

Zu Buchstabe d

Nach Absatz 6 können zu den Beratungen des Jagdbeirates vom Vorsitzenden (Vertreter der Jagdbehörde) nach Bedarf weitere Sachkundige, wie beispielsweise Vertreter der Wissenschaft, der Verbände oder der Träger öffentlicher Belange, sowie Vertreter von Behörden und Hegegemeinschaften hinzugezogen werden, so dass in grundsätzlichen Fragen und in besonderen Fällen sachgerechte Empfehlungen gefasst werden. Im Gegenzug und zur Wahrung der § 1 Abs. 2 Nr. 4 enthaltenden Interessen und öffentlichen Belangen sollen die Träger öffentlicher Belange ein Äußerungsrecht im Jagdbeirat erhalten, so dass auch ohne gesonderte Einladung bedeutsame Gesichtspunkte vorgetragen werden können. Das bisher für ein Hinzuziehen weiterer Sachkundiger und Behördenvertreter erforderliche Benehmen mit der Jägerschaft auf der Ebene der unteren Jagdbehörde und mit der Vereinigung der Jäger auf der Ebene der obersten Jagdbehörde erschwert unnötig die Arbeit des Beirats und seines Vorsitzenden. Es soll daher entfallen.

Zu Nummer 47

Zu Buchstabe a

In Thüringen gibt es wie in den anderen Ländern mehrere Vereinigungen der Jäger, die bei der Anerkennung als mitwirkungsberechtigte Vereinigung der Jäger zu berücksichtigen sind. Die Mitwirkung von Vereinigungen der Jäger ist für die Fälle vorgesehen, in denen Jagdscheininhaber gegen die Grundsätze der Weidgerechtigkeit verstoßen (§ 1 Abs. 3 und § 37 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes).

Konkret besteht solch eine Mitwirkung nach § 37 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes darin, dass ein von der mitwirkungsberechtigten Vereinigung der Jäger zu bildender Ausschuss, dem mindestens drei Inhaber von Jahresjagdscheinen angehören sollen, von denen einer die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst haben muss,

1. Gelegenheit zur Stellungnahme erhält, wenn die Jagdbehörde von Amts wegen einen Jagdschein nach § 17 Abs. 2 Nr. 4 des Bundesjagdgesetzes versagen oder nach § 18 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Nr. 4 des Bundesjagdgesetzes entziehen will oder wenn Gegenstände nach den Regelungen der §§ 22 bis 29 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) eingezogen werden sollen,
2. bei der Jagdbehörde beantragen kann, dass wegen Verstoßes gegen die Grundsätze der Weidgerechtigkeit (§ 1 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes) ein Jagdschein versagt oder entzogen oder ein Gegenstand eingezogen wird.

Die mitwirkungsberechtigte Vereinigung der Jäger sollte daher auf Kreis- und Landesebene organisiert sein.

Zu Buchstabe b

Redaktionelle Änderungen

Zu Buchstabe c

Die sprachlichen Änderungen zur Zahl der in Thüringen wohnhaften Inhaber eines Jahresjagdscheines dienen der besseren Lesbarkeit. Der Dreijahresjagdschein ist ein Jahresjagdschein mit dreijähriger Laufzeit.

Zu Nummer 48

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Änderung

Zu Buchstabe b

Unter anderem erfolgt die naturschutzfachliche Beringung von Vogelarten, die dem Jagdrecht unterliegen, in den Zuständigkeitsbereichen (Dienstbezirken) mehrerer unterer Jagdbehörden. Die Möglichkeit, dass die oberste Jagdbehörde eine der betroffenen Behörden für die jeweilige Verwaltungssache als räumlich zuständig bestimmt, bietet die Vorteile des einheitlichen Vollzugs, der gebündelten Bearbeitung, der Verringerung des Aufwandes für Antrag und Bewilligung sowie der einmaligen Gebühr für den Antragsteller.

Zu Nummer 49

Redaktionelle Änderungen

Zu Nummer 50

Zu Buchstabe a

In dieser Bestimmung werden im Einzelnen die Tatbestände festgelegt, die als Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen und zu ahnen sind. Sie hält nur die unbedingt notwendigen Sanktionsnormen der bisherigen Regelung in § 56 aufrecht und berücksichtigt rechtsstaatliche Erfordernisse, die eine zumindest stichwortartige Beschreibung der Bußgeldtatbestände verlangen. Ergänzende Regelungen wurden nur insoweit aufgenommen, als die materiellen Regelungen des Thüringer Jagdgesetzes eine Bußgeldbewehrung zwingend erfordern. Hinzukommen unter anderem die Sanktionierung bei Verwendung von Totschlagfallen. Gestrichen wird unter anderem die Sanktionierung der Verwendung von synthetischen Mitteln bei der Jagdausübung.

Das Bundesjagdgesetz und die Mehrzahl der Landesjagdgesetze sieht zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten eine Geldbuße von bis zu 5.000 Euro vor. Da in Thüringen ein entsprechendes Bedürfnis auch für bestimmte Verstöße gegen das Landesrecht besteht, sollen für die Absatz 1 genannten Verstöße ebenfalls Geldbußen in der Höhe von bis zu 5.000 Euro verhängt werden können.

Zu Buchstabe b

Absatz 2 wird aufgehoben, weil nunmehr alle Tatbestände, die als Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen und zu ahnden sind, in Absatz 1 aufgeführt werden.

Zu Buchstabe c

Mit dem neuen Absatz 2 Satz 1 wird geregelt, dass zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Bundesjagdgesetz und nach diesem Gesetz im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG die untere Jagdbehörde ist. In Satz 2 wird bestimmt, dass aufgrund der Vorbildfunktion des Staatswaldes (§ 31 des Thüringer Waldgesetzes) und der sich zum Teil über mehrere Landkreise hinweg ausdehnenden Eigenjagdbezirke der Landesforstanstalt sowie der besonderen Bedeutung des Nationalparks Hainich für die Vielfalt, besondere Eigenart und hervorragende Schönheit der in Mitteleuropa einzigartigen großflächigen zusammenhängenden und naturnahen Laubmischwälder die der unteren Jagdbehörde für § 56 Abs. 1 Nr. 4 übertragene Zuständigkeit in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt und des Bundes sowie den im Nationalpark Hainich gelegenen Jagdbezirken durch die oberste Jagdbehörde wahrgenommen wird.

Zu Nummer 51

Durch diese Regelung wird die Inhaltsübersicht des Stammgesetzes angepasst.

Zu Artikel 2

Zu Nummer 1

Das Verbot in § 29 Abs. 3 Nr. 5, die Jagd in einem Umkreis von 100 Metern an Gewässern unter Verwendung von bleihaltigem Schrot auszuüben, soll sich ab dem 1. Januar 2022 nicht mehr auf den Gewässerumkreis beschränken, sondern für die gesamte Landfläche gelten. Die

Übergangszeit ist notwendig, damit bereits beschaffte, bleihaltige Schrotmunition verbraucht und bei der EU die mit dem Verbot der Jagdausübung unter Verwendung von bleihaltigem Schrot einhergehende, wettbewerbsrechtliche Einschränkung notifiziert werden kann.

Zu Nummer 2

Durch diese Regelung wird der Tatbestand angepasst, der als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen und zu ahnden ist.

Zu Artikel 3

Zu Nummer 1

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Artikels 1.

Zu Nummer 2

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Artikels 2.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

NABU Thüringen e.V.
Verband Deutscher Falkner Landesverband Thüringen e.V.
ThüringenForst
Jagdgebrauchshundverband e.V.
Landesjagdverband Thüringen e. V.
Thüringer Forstverein e. V.
Ökologischer Jagdverein Thüringen e. V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Thüringer Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbezirkhaber e. V.
Waldbesitzerverband für Thüringen e. V.
Thüringischer Landkreistag e.V.
Arbeitsgruppe ARTENSCHUTZ Thüringen e.V.
Thüringer Bauernverband e.V.
Bündnis für Wald und Wild
Landesjagdverband Thüringen e. V.
Landesjagdverband Thüringen e. V.
ThüringenForst
Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Ökologischer Jagdverband Thüringen e.V.
NABU Landesverband Thüringen
Deutscher Falkenorden Landesverband Thüringen e. V.
Thüringer Bauernverband e.V.
Thüringer Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbezirkhaber e.V.
Thüringischer Landkreistag e.V.
Landesverband der Berufsjäger Thüringen e.V.
Thüringer Forstverein e.V.
Waldbesitzerverband für Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

THÜR. LANDTAG POST
27.05.2019 16:52

1201012019



NABU Thüringen • Leutra 15 • 07751 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des

AGILF

Landesverband Thüringen

Landesvorsitzender

Fax +49 (0)36 41.21 54 11

Anhörungsverfahren gemäß 579 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtags

Ihr Zeichen: Drs. 6/6959-A 6.1/wa

Jena, 27. Mai 2019

Sehr geehrter Herr
sehr geehrte Damen und Herren,

der NABU Thüringen bedankt sich für die Bereitstellung der Unterlagen und die
Möglichkeit zur Stellungnahme.

Nachfolgend unsere Hinweise und Einwände zum vorliegenden Gesetzesentwurf:

Unserer Einschätzung nach erscheint der vorliegende Gesetzesentwurf zu
unpräzise formuliert.

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t

6 / 2 9 9 1

zu Drs. 6/6959

- mündlich Anzuhörender

zu § 29 Verbot von Bleischrot (und Totschlagfallen)

Wir fordern das Verbot von Bleischrot ab dem 1.1.2020 und nicht erst ab dem
1.1.2022 sowie das generelle Verbot von Totschlagfallen.

zu § 56 Abs. 1 Satz 3 f)

Dieser Punkt ist mit Blick auf das gänzliche Verbot von Bleischrot zu formulieren.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

NABU Thüringen

Leutra 15

07751 Jena

Tel. +49 (0)36 41.60 57 04

Fax +49 (0)36 41.21 54 11

Lgs@NABU-Thueringen.de

www.NABU-Thueringen.de

Bankverbindung

Sparkasse Jena-Saale-Holzland

IBAN DE40 8305 3030 0000 0605 60

BIC HELADEF1JEN

Naturschutzbund (NABU) Thüringen e.V.

Der NABU Thüringen ist ein staatlich
anerkannter Naturschutzverband
(nach § 63 BNatSchG) und nimmt Stellung
zu naturschutzrelevanten Planungen.
Spenden und Beiträge sind steuerlich
absetzbar, Erbschaften und Vermächtnisse
an den NABU Thüringen sind steuerbefreit.



Verband Deutscher Falkner

- Bund für Falknerei und Greifvogelschutz -

Landesverband Thüringen e.V.

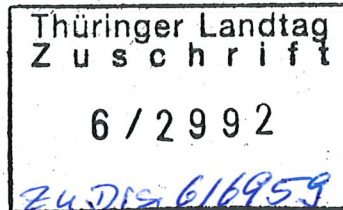
Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
28.05.2019 07:21

1201419

Den Mitgliedern des

..... *APILF*



*Zu Drs. 6/6959
(schriftlich anzuhörenden)*

27.05.2019

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages
hier: Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

Ihr Zeichen: Drs. 6/6959-A 6.1/wa

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter

für die Übersendung des Entwurfs des zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes und die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens bedanken wir uns. Von der gebotenen Möglichkeit machen wir gerne Gebrauch.

Der Wunsch der Gesellschaft an einer modernen Gesetzgebung und einer dem aktuellen Wissensstand und der guten Praxis entsprechenden jagdrechtlichen Regelung in Thüringen, dürfte mit dem vorliegenden Entwurf weitgehend zu erfüllen sein. Die langjährigen und guten Erfahrungen, die wir mit dem Thüringer Jagdgesetz bisher machen durften, waren maßgeblich von Praxisnähe und hohem Sachverstand gekennzeichnet. Es ist durchaus wünschenswert, wenn diese Philosophie auch für zukünftige Fassungen beibehalten wird.

In Bezug auf die Ergebnisse des offenen Diskussionsprozesses stellt der vorliegende Entwurf des ThJG aus unserer Sicht eine gute Basis für die künftigen jagdrechtlichen Regelungen in Thüringen dar. Wir begrüßen insbesondere, dass die Regelungen für die Ausübung und den Erhalt der Falknerei als immaterielles Kulturerbe der UNESCO praxisnah gestaltet wurden und die Hinweise unserer Stellungnahme an das TMIL im Rahmen der ersten Verbändeanhörung weitgehend Berücksichtigung gefunden haben. Die mit der Aufnahme der Falknerei als immaterielles Kulturerbe eingegangene Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland sowie seiner Bundesländer zum Erhalt und zur Förderung des immateriellen Kulturerbes Falknerei fand im vorliegenden Entwurf Berücksichtigung und ist positiv eingeflossen. Dafür bedanken wir uns.

Seite 1 von 2

Verband Deutscher Falkner
Bund für Falknerei und Greifvogelschutz
Landesverband Thüringen e.V.
Sitz: Erfurt
Amtsgericht Erfurt VR 162876
Steuer-Nr. 157/142/26069

Vorsitzender:
stellv. Vorsitzender:
Geschäftsführer:
Schatzmeister:
Schriftführer:

Bankverbindung:
Sparkasse Mittelhüringen
VDF LV Thüringen
IBAN: DE 10 8205 1000 0365 002321
BIC: HELADEF1WEM

Geschäftsstelle:
Verband Deutscher Falkner
Landesverband Thüringen e.V.
Mittlere Str. 22
36404 Gehaus

www.verband-deutscher-falkner.i



Verband Deutscher Falkner

- Bund für Falknerei und Greifvogelschutz -

Landesverband Thüringen e.V.

Dennoch sehen wir im vorliegenden Gesetzesentwurf deutlichen Handlungsbedarf für die Realisierung des Artenschutzes. Der Gesetzgeber hat das Artenschutzrecht in der Bundesrepublik Deutschland sowohl im Bundesnaturschutzrecht als auch im Jagdrecht verankert, was dadurch gerechtfertigt ist, dass der verfassungsändernde Gesetzgeber betont hat, dass das Recht des Artenschutzes nicht den jagdrechtlichen Artenschutz umfasst. Der Artenschutz steht durch die Trennung in jagdrechtlichen und naturschutzrechtlichen Artenschutz auf zwei Kompetenzpfadern.

Für eine dem Jagdrecht unterstellte Tierart - auch im Falle einer ganzjährigen Schonzeit - ist die Pflicht zur Hege verbunden, die dem Schutz und der Pflege wildlebender Tiere dient, mit dem Ziel der Erhaltung eines den landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten artenreichen und gesunden Wildbestandes. Über die Pflicht zur Hege hinaus umfasst das Jagdrecht auch die Pflicht zur Pflege und Sicherung der Lebensgrundlagen der unter Jagdrecht stehenden Tierarten.

Die aktuellen vielschichtigen Herausforderungen zur Bejagung des Schalenwildes, gerade in Bezug auf die Waldverjüngung oder die Wildseuchenbekämpfung (z.B. ASP), dürfen jedenfalls nicht dazu führen, dass andere Tierarten aus dem Jagdrecht gestrichen werden und somit de facto der exklusive jagdrechtliche Artenschutz - für diese aus jagdlicher Sicht nicht so sehr im Focus stehenden Arten - aufgegeben wird. Es kann also keinesfalls im Sinne des Artenschutzes sein, die Jägerschaft leichtfertig aus ihrer umfassenden gesetzlichen Pflicht zur Hege und zur Sicherung der Lebensgrundlagen dieser Tierarten zu entbinden.

Deshalb bitten wir eindringlich § 33 Abs. 1 Nr. 1 wie folgt zu ändern:

„1. die Liste der Tierarten, die unter Jagdrecht stehen, zu erweitern und Jagdzeiten festzulegen oder die Liste wieder einzuschränken, wobei dies für die nach nationalem, europäischem und internationalem Naturschutzrecht streng und besonders geschützten Tierarten im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde erfolgt;“

Weiterhin regen wir in Bezug auf die geplante Änderung des § 15 Anzahl der Jagdpächter an, etwa einen Zusatz einzufügen, der bei in-Kraft-treten der Gesetzesänderung bereits bestehende Jagdpachtverträge für deren Laufzeit von den Neuregelungen ausnimmt.

Für eventuelle Fragen stehen wir gerne zur Verfügung und sind für die Berücksichtigung unserer Hinweise dankbar.

Mit besten Grüßen

Vorsitzender

Seite 2 von 2

Verband Deutscher Falkner
Bund für Falknerei und Greifvogelschutz
Landesverband Thüringen e.V.
Sitz: Erfurt
Amtsgericht Erfurt VR 162876
Steuer-Nr. 157 /142 /26069

Vorsitzender:
stellv. Vorsitzender:
Geschäftsführer:
Schatzmeister:
Schriftführer:

Bankverbindung:
Sparkasse Mittelhörsingen
VDF LV Thüringen
IBAN: DE 10 8205 1000 0365 002321
BIC: HELADEF1WEM

Geschäftsstelle:
Verband Deutscher Falkner
Landesverband Thüringen e.V.
Mittlere Str. 22
36404 Gehaus

www.verband-deutscher-falkner.de

Stellungnahme der Landesforstanstalt „ThüringenForst – AöR“ im Anhörungsverfahren des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten des Thüringer Landtages zum Gesetzentwurf des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes“

Die Thüringer Jäger erbringen täglich wertvolle Leistungen die der Natur, dem Wald, der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, der Gesellschaft und nicht zuletzt dem Wild zu Gute kommen. Tausende Stunden werden dabei sowohl in die Wildhege und -regulierung, als auch in die Biotoppflege und den Tier- und Artenschutz investiert. Das Engagement der Thüringer Jäger ist hierbei nicht hoch genug zu werten. Die naturschutzfachlichen Leistungen kommen weit mehr Arten der heimischen Fauna zugute, als die Liste der dem Jagdrecht unterliegenden Arten umfasst.

Thüringen ist geprägt von Kulturlandschaften, in der sich der Wildbestand nicht selbstständig reguliert. Dies gilt auch für wenig oder nicht vom Menschen bewirtschafteten Landschaftsräume. Die Jagd ist notwendiger Bestandteil, um Schäden in der heimischen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft abzuwenden und nicht zuletzt um ein hochwertiges Lebensmittel nachhaltig zu produzieren. Dabei hat sie aus unserer Sicht vor allem eine dienende Funktion zur Unterstützung der Landnutzer und dem Schutz des Grundeigentums.

Die Jagd in Thüringen und die jagdliche Gesetzgebung sollten sich der ablehnenden Haltung der heutigen Gesellschaft gegenüber der Trophäenjagd annehmen. Auch ThüringenForst steht der auf Jagdtrophäen ausgerichteten Jagd ablehnend gegenüber. Hegeziel kann nicht der sogenannte reife, männliche Trophäenträger mit hohen Gewichten an Kopfschmuck sein, sondern sollte sich an einer vitalen Tierpopulation orientieren die so in natürlicher, arttypischer Lebensweise in den Kulturlandschaften Thüringens leben kann.

Das Jagdgesetz soll hierbei Ziele, Rahmen und Leitplanken der Jagd vorgeben. Es soll nicht eingrenzen und von überholten Verboten geprägt sein, sondern Möglichkeiten aufzeigen, die eine gesetzeskonforme Jagd mit verschiedenen Jagdstrategien möglich machen.

Ziel einer Änderung des Thüringer Jagdgesetzes sollte es daher sein, Hemmnisse, die einer effektiven Bejagung entgegenwirken sowie aufwendiges behördliches Handeln zu reduzieren. Zudem sollten in einem modernen Jagdgesetz die bewährten Jagdtraditionen in einen zeitgemäßen Rahmen gesetzt werden.

Der übermittelte Gesetzentwurf enthält konstruktive Elemente, die Thüringen den Zielen nach § 1 des Thüringer Jagdgesetzes näherbringen. Besonders hervorzuheben ist hierbei, die Möglichkeit der Nutzung eines Schalldämpfers aus Gesundheits-, Arbeits- und Tierschutzgründen für alle Jäger in Thüringen sowie die Neuregelungen zum Überjagen von Jagdhunden bei Bewegungsjagden. Auch die Ansätze zur Neuregelung bzw. Vereinfachung der Abschussplanerstellung und -genehmigung sind erfreulich. Durch einen Mindestabschussplan beim Rehwild kann behördliches Handeln reduziert werden. Andere Bundesländer gehen hier bereits weiter und haben für Rehwild, adäquat dem Schwarzwild, keinen Abschussplan mehr vorgesehen. Auch in Thüringen ist dies in zwei Projektgebieten, u.a. im Projekt „Rehwildbewirtschaftung ohne Abschussplan in der Rehwildhegegemeinschaft Hainich“, seit Jahren erfolgreich praktiziert worden.

Leider sind aber auch Änderungen enthalten, die die Landesforstanstalt nicht befürworten kann. Zu nennen sind hier insbesondere die Streichung des § 9 und § 50 (3) ThJG. Aus unserer Sicht können Forderungen der Verwaltungsreform und -vereinheitlichung eine Streichung des § 50 (3) nicht begründen. Eine Übertragung der Aufgaben der Abschussplangenehmigung der Landesjagdbezirke an die Oberste Jagdbehörde ist gegenüber der bisherigen Regelung mit Mehraufwand auf beiden Seiten

verbunden, stellt jedoch entgegen der zunächst überlegten Variante „Abgabe an die Unteren Jagdbehörden“ eine deutlich praktikablere Lösung dar. Mussten mit der derzeitigen Regelung 24 Abschusspläne in den Landesjagdbezirken geführt werden, so erhöht sich diese Zahl auf über 80 Pläne in den neu entstandenen Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt. Die derzeitige ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung wird aktuell erfolgreich und könnte auch weiterhin durch die Zentrale der Landesforstanstalt gewährleistet werden. Eine mögliche Aufgabenübertragung auf die Unteren Jagdbehörden der Landkreise führt aus unserer Sicht zu weiteren Bürokratisierung, da viele Landesjagdbezirke über mehrere Kreisgrenzen verlaufen. Eine Übernahme der bisherigen Aufgaben nach § 50 (3) hätte eine deutliche Steigerung der Belastung (Kosten) der Landkreise, wie auch bei ThüringenForst zur Folge. Neben der Abschussplanung der Landesforstanstalt würden künftig auch Anordnungen zum Schutz von Kulturen und insbesondere die Streckenaufnahme und –statistik zu den Aufgaben der Unteren Jagdbehörden zählen. Die Strecke der Landesforstanstalt von jährlich ca. 20 000 Stück Schalenwild müsste zudem über die Unteren Jagdbehörden der Landkreise verwaltet werden. Wir denken nicht, dass diese personell und kapazitiv auf diese Aufgaben vorbereitet sind.

Die Landesforstanstalt, mit der jagdrechtlichen Zuständigkeit, übernimmt für den Freistaat Thüringen weitere jagdliche Aufgaben. So ist die Landesforstanstalt eng in das Maßnahmenpaket „Plan zur Tilgung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen nach Artikel 16, RL2002/60/EG“ eingebunden. ThüringenForst hat sich im Seuchenfall bereiterklärt, kurzfristig Personal und Material zur Vorsorge, Tilgung, Suche und Bergung bereitzustellen (keine andere Institution des Freistaates Thüringen konnte diese Leistungen garantieren). Des Weiteren übernimmt die Landesforstanstalt die Aufgabe der Auszahlung pauschaler Festbeträge für die Durchführung vorbeugender Maßnahmen gegen den Eintrag der Afrikanischen Schweinepest nach Thüringen. Auch dieses stellt eine jagdhoheitliche Aufgabe dar. Bei Verlust des § 50 (3) wird es schwer, den Mitarbeitern der Landesforstanstalt zu erklären, dass auf der einen Seite erfolgreich umgesetzte jagdhoheitliche Aufgaben der Landesforstanstalt entzogen werden und auf der anderen Seite Anforderungen zur Übernahme zusätzliche jagdhoheitliche Aufgaben entstehen. Dies ist bezüglich des Engagements und der Motivation der Mitarbeiter der Landesforstanstalt in diesem Bereich nicht förderlich.

Die Streichung des Paragraphen zu den Landesjagdbezirken hat weitreichende Folgen für die Jagdausübung bei der Landesforstanstalt. Hier fehlen im Gesetzentwurf entsprechende Anpassungen, um den gesetzlichen Auftrag weiter zu gewährleisten. Hinsichtlich der Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung wären Änderungen besonders in Bezug auf die Hegegemeinschaften notwendig gewesen. Ob die derzeitigen Regelungen zu den Hegegemeinschaften grundgesetzkonform sind, ist unklar, aus unserer Sicht ist dies zu Verneinen.

Der Wald in Thüringen erlebt gerade durch die Winter- und Frühjahrsstürme sowie die Trockenheit des Jahres 2018 eine Borkenkäferkalamität, wie in den letzten 70 Jahren nicht mehr. Die Fichte, der Brotbaum in Deutschlands Wäldern, ist hierbei am stärksten betroffen. Aber auch Laubbäume zeigen Auswirkungen der Trockenheit, die mit der Zunahme neuer und bekannter Schadorganismen einhergehen. Eschentriebsterben, Eichenprozessionsspinner und Ahornrußrindenkrankheit sind Krankheiten und Schadinsekten, mit denen sich der Waldbesitzer heute auseinandersetzen muss. Der Klimawandel ist in Thüringen Realität geworden. Den Wald trifft dies am deutlichsten, da sich die langlebigen Wälder nur schwer an diese doch kurzfristigen Änderungen einstellen können. Das uns vertraute Waldbild wird sich vielerorts deutlich ändern. Bäume sterben ab, neue Bäume müssen gepflanzt werden. Die Neuanpflanzungen müssen erfolgreich in kurzer Zeit in den Wäldern ohne Schale und Verbiss etabliert werden. Die Waldbesitzer, Förster und Forstarbeiter stehen hier in den nächsten Jahren vor einer Jahrhundertaufgabe. Der Bau von Wildschutzzäunen ist bei diesem Umfang der Aufforstungsfläche keine Option zum Schutz der jungen Bäume. Den Jägern kommen hierbei ebenfalls neue Aufgaben der Wildschadensverhütung zu. Durch ein modernes Jagdgesetz, mit dessen Hilfe

flexibel und effektiv auf diese Ausnahmesituation reagiert werden kann, können die Jäger Thüringens hierbei unterstützt werden.

Stellungnahme zu den Änderungen im Einzelnen:

Artikel 1

(Auf die redaktionellen Änderungen im Entwurf wird nicht näher eingegangen.)

Zu Nummer 1

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 2 (§ 3 – Feststellung der Jagdbezirke)

Die Änderung ist erforderlich und wird befürwortet.

Zu Nummer 3 (§ 6 – Befriedete Bezirke, Ruhen der Jagd)

Die Änderung wird befürwortet. Die Landesforstanstalt geht davon aus, dass ein Jagdscheininhaber die notwendige Sachkunde zum Fangen und Töten eines Tieres besitzt. Eine Klarstellung im Gesetzestext ist erforderlich.

Zu Nummer 4 und 5 (§§ 7, 8 – Verantwortlicher Jagdausübungsberechtigter, Eigenjagdbezirke)

Der Zusatz wird nur für notwendig erachtet, sofern § 9 des ThJG entfallen soll.

Zu Nummer 6 (§ 9 Landesjagdbezirke)

Die Streichung des § 9 des ThJG wird abgelehnt. Auf Grund der besonderen Allgemeinwohlverpflichtung, der Verpflichtung zur vorbildlichen Umsetzung der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft sowie Gewährleistung aller Waldfunktionen nach Thüringer Waldgesetz, stellen die Landesjagdbezirke eine Sonderstellung bei den Jagdbezirken dar. Eine gesonderte Darstellung der Landesjagdbezirke der Landesforstanstalt „ThüringenForst – AöR“ im Thüringer Jagdgesetz wird daher für notwendig erachtet. Die praktische Relevanz dieser Regelung wird auch nach Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ vom 25. Oktober 2011 und dem Übergang des bisher im Eigentum des Landes stehenden Grundvermögens auf die Landesforstanstalt gesehen.

Zu Nummer 7-10

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 11 (§ 14 – Verpachtung von Teilen des Jagdbezirkes; Mindestpachtzeit; Beanstandungsverfahren; Änderung von Jagdpachtverträgen)

Die Anpassung der Mindestpachtdauer an das Bundesjagdgesetz wird befürwortet. Es wird angeregt, eine noch kürzere Mindestpachtdauer von 5 Jahren vorzusehen. Eine Mindestpachtdauer von 9 Jahren wird als zu lang erachtet. Den unterschiedlichen Lebensmodellen vieler, vor allem junger Jäger, in der heutigen Gesellschaft würde eine kürzere Mindestpachtdauer deutlich entgegenkommen. Ein deutliches Signal zur Verjüngung der Jagdausübenden und der Modernisierung der Jagd insgesamt wäre damit gesetzt.

Zu Nummer 12 (§ 15 – Anzahl der Jagdpächter)

Die Änderung wird nur teilweise befürwortet. Die Änderung in Absatz 1 zur Anzahl der Pächter wird befürwortet. Die Änderung, bereits ab einer Pächtergemeinschaft von zwei Personen einen Gesellschaftervertrag abzuschließen, erhöht den Aufwand bei der Jagdverpachtung und führt nachfolgend

zu Aufwand, zusätzliche Gesellschafterverträge bei Pächtergemeinschaften durch die Unteren Jagdbehörden abzufordern. Diese Änderung ist abzulehnen.

Zu Nummer 13

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 14 (§ 17 – Jagderlaubnisschein)

Die Änderung wird befürwortet, sie ist jedoch dringend zu ergänzen. Mit Entfall der Landesjagdbezirke nach § 9 unterliegt die Vergabe der Jagderlaubnisscheine der Landesforstanstalt den allgemeinen gesetzlichen Grundlagen nach ThJG. Auf Grund der besonderen Verpflichtung der Landesforstanstalt nach dem neuen Absatz 2 des § 8 ist hierfür der entsprechende Rahmen zu schaffen. In Absatz 2 ist der Satz zu ergänzen: „Dies gilt ebenfalls nicht für eine vorübergehende Überlassung der Jagdausübung in der Zeit von weniger als einem Jahr in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt“. Dies stellt u. a. sicher, dass auch künftig Jungjäger die Möglichkeit der längerfristigen Jagdausübung in der Landesforstanstalt erhalten können und dass nicht alle Jagderlaubnisse, wie z. B. Pirschbezirke, in die Jagdscheine der Jagdausübenden eingetragen werden müssen. Dies trägt zur Vereinfachung des Verwaltungshandelns bei den Unteren Jagdbehörden bei. Gleichwohl ist im Absatz 5 der Satz um die „zur Jagd dienstverpflichtete Mitarbeiter der Landesforstanstalt“ zu erweitern. Dies stellt sicher, dass die zur Jagd dienstverpflichteten Mitarbeiter der Landesforstanstalt ebenfalls keinen Jagderlaubnisschein bei der Jagdausübung mit sich führen müssen.

Zu Nummer 15-17

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 18 (§ 21 – Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 19 (§ 22 – Wildschutzgebiete)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 20 (§ 23 – Schutz kranken und verletzten Wildes)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 21 (§ 26 – Jagdschein)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 22 (§ 27 – Mittel zur Förderung des Jagdwesens und Gegenstand der Förderung)

Die Änderung wird abgelehnt. Die Jagdabgabe nach § 27 ThJG wurde durch den Thüringer Rechnungshof im Jahr 2014 geprüft. Die Jagdabgabe wurde als nicht zielerreichend und in ihrer Beitreibung und Ausreichung als aufwändig bewertet. § 27 sowie die entsprechenden dazugehörigen Abschnitte im ThJG (§ 2 Absatz 2) sind aus dem Gesetzentwurf zu streichen.

Zu Nummer 23

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 24 (§ 29 – Sachliche Gebote und Verbote)

Die Änderung wird nur teilweise befürwortet. Neuaufnahme des Absatzes 2 zum Schießnachweis bei Gesellschaftsjagden sowie die Einsatzmöglichkeit von Schalldämpfern bei der Jagdausübung zum Gesundheits- und Tierschutz wird ausdrücklich begrüßt und befürwortet. Das Verbot, Fanggeräte oder Fangvorrichtungen, die zum Totschlagen des Wildes bestimmt sind, zu verwenden, sollte nochmals geprüft werden. Totschlagfallen sind ein effektives, tierschutzgerechtes Fallensystem um Raub-

wild, insbesondere invasives Raubwild, zu bejagen. Im Zuge des stetigen Rückgangs der Niederwildbestände werden derartige Fallensysteme eine zunehmende Bedeutung erhalten.

Zu Nummer 25 (§ 30 – Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd)

Die Änderung wird ausdrücklich befürwortet. Die alte Definition der Treib- und Drückjagd hat in der Vergangenheit oft zu Missverständnissen geführt. Die neue Definition schätzen wir als sehr gelungen und übernahmewürdig ein.

Zu Nummer 26

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 27 (§ 32 – Regelung der Bejagung)

Die Änderung wird befürwortet. Die Planung des Abschusses sollte weiter vereinfacht werden. Sofern Planungen im Einvernehmen zwischen Jagdrechtsinhabern und Jagdausübungsberechtigten aufgestellt werden, sind zusätzliche Organe, wie Jagdbeiräte und Hegegemeinschaften entbehrlich. Jagdbeiräte und Hegegemeinschaften sollten im Verfahren der Aufstellung und Bestätigung der Pläne auch im Kontext eines stringenten Ablaufs unberücksichtigt bleiben. Das Anzeigeverfahren von Abschussplänen wird begrüßt. Dem forstlichen Gutachten ist bei der Planbestätigung ein größeres Augenmerk zu geben. Die Festlegung des Abschussplanes beim Rehwild als Mindestabschussplan als einen ersten Schritt wird begrüßt. Es wird jedoch angemerkt, das Rehwild als territoriale Wildart an sich keinen Abschussplan benötigt. Eine dahingehende Verwaltungsvereinfachung bei den Unteren Jagdbehörden durch Abschaffung der Rehwildabschusspläne wird angeregt. Andere Bundesländer sind diesen Weg der Abschaffung von Rehwildabschussplänen bereits gegangen.

Zu Nummer 28 (§ 33 – Jagd- und Schonzeiten)

Eine Stellungnahme dazu ist derzeit nicht möglich, da als Grundlage der Entwurf einer neuen Verordnung über die bejagbaren Tierarten und der Schonzeiten vorliegen muss.

Zu Nummer 29

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 30 (§ 34 – Aussetzen von Tieren)

Die Änderung wird befürwortet. Insbesondere der Genehmigungsvorbehalt für das Aussetzen von Muffelwild wird begrüßt. Eine weitere Verbreitung des Muffelwildes ist aus Gründen nachteiliger Auswirkungen auf die Waldvegetation und des Tierschutzes (Schalenkrankheit des Muffelwildes) abzulehnen.

Zu Nummer 31 und 32 (§§ 37, 37a – Wildfolge, bestätigter Schweißhundeführer)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 33 (§ 39 – Verwendung von Jagdhunden)

Die Änderung wird ausdrücklich befürwortet. Das Duldungsgebot von überjagenden Hunden ist ein wesentlicher Beitrag zur Durchführung großräumiger, jagdbezirksübergreifender Bewegungsjagden und damit eine wesentliche Voraussetzung zur Bestandsreduktion beim Schwarzwild im Zuge der ASP-Prophylaxe. Jagdhunde jagen nach Instinkt, Jagdbezirks Grenzen kennen Hunde nicht. Ebenfalls wird befürwortet die Neuregelung zur Feststellung der jagdlichen Brauchbarkeit bei Jagdhunden. In der Landesforstanstalt gibt es zahlreiche zur Jagd dienstverpflichtete Mitarbeiter, die aktiv im Jagdhundewesen mitwirken und die Bestätigung als Prüfer für Jagdhundeprüfungen besit-

zen. Die Jagdhundehaltung gilt überdies als Dienstpflicht. Die Austragung von Prüfungen in der Landesforstanstalt trägt zur Reduktion von Verwaltungshandeln bei den Unteren Jagdbehörden bei.

Zu Nummer 34

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 35 (§ 41 – Jagdschutzberechtigte)

Die Änderung wird befürwortet. Im Absatz 7 ist aufzunehmen, dass die zur Jagd Dienstverpflichteten Mitarbeiter der Landesforstanstalt sich durch Vorlage ihres Dienstausweises bei Ausübung des Jagdschutzes ausweisen sollen.

Zu Nummer 36 (§ 42 – Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten)

Im gesamtgesellschaftlichen Kontext ist die Änderung des Gesetzestextes zum Töten von wildernden Hunden und Katzen nachvollziehbar. Der Tierschutz hat einen zunehmenden Stellenwert in der Bevölkerung, wie in der gesellschaftlichen Diskussion. Die Praktikabilität der neuen Regelungen zur Tötung von wildernden Hunden und Katzen sollte nochmals überprüft werden. Gleiches gilt für die Regelung für in Fallen gefangene Katzen.

Zu Nummer 37 (§ 43 – Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes)

Die Änderung wird befürwortet. Der Entfall der Verpflichtung zur Fütterung in der Notzeit wird ausdrücklich begrüßt. Notlagen für das Wild in Thüringen, die eine Fütterung notwendig machen, sind in Thüringen nur bei extrem harten Wintern gegeben. Die Notwendigkeit der Fütterung von Wild in jedem Winter wird damit nicht mehr gesehen. Unsachgemäße Fütterung, falsche Futtermittel oder Konzentration von Wild auf kleiner Fläche Schaden dem Wild bei der Fütterung oft mehr als der mögliche Nutzen eines üppigen Nahrungsangebotes. Der Verzicht auf Fütterung wird in Studien oft günstiger bewertet als die Fütterung selbst.

Zu Nummer 38

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 39 (§ 45 – Erstattungsausschluss, Ersatz weiterer Wildschäden)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 40

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 41 (§ 47 – Schadensschätzer)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 42 (§ 48 – Verwaltungsverfahren)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 43

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 44 (§ 50 – Jagdbehörden)

Die Aufhebung des § 50 (3) ThJG wird entschieden abgelehnt, die Regelungen sollen in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben. Der § 50 (3) ThJG regelt die Übertragung von Zuständigkeiten der Unteren Jagdbehörden auf die Landesforstanstalt bzw. Bundesforstverwaltung (Abschussplanung und Wild in eingezäunten Waldflächen) in den Landes- und Bundesjagdbezirken. Mit der Forderung der

Abschaffung des § 50 (3) ThJG werden dessen Inhalt, Rolle und Bedeutung verkannt. Die Behauptung, dass in Thüringen auf einer Fläche zwei gleichrangige Jagdbehörden bestehen, ist unzutreffend. Die Untere Jagdbehörde ist allein die in § 50 (2) Nr. 2 ThJG bestimmte, d. h. die Untere Jagdbehörde des zuständigen Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt.

Der Landesforstanstalt sind mit § 50 (3) ThJG lediglich einige konkrete Aufgaben, welche außerhalb der im Eigentum der Landesforstanstalt stehenden Grundflächen der Unteren Jagdbehörde obliegen, zugewiesen. Dies ist aus keinem Sach- und Rechtsgrund zu beanstanden, sondern regelt die hoheitliche Aufgabenerfüllung durch eine staatliche Verwaltungsbehörde. Weiterhin ist festzustellen, dass gerade die mit der in Bezug genommener Vorschrift geregelten Aufgabenübertragung auf die Landesforstanstalt eine Entlastung der Unteren sowie der Obersten Jagdbehörde einhergeht. Eine formaljuristisch und jagdfachlich korrekte Arbeitsweise bei den übertragenen Aufgaben nach ThJG wird durch die Zentrale der Landesforstanstalt in Erfurt gewährleistet. In den Landkreisen wäre deutlich mehr Personal für die Aufgabenerfüllung notwendig, da aus einer zentralen Diensteinheit dieses dezentralisiert werden würde. Gleichsam wären personelle Aufstockungen in der Obersten Jagdbehörde zur Aufgabenerfüllung notwendig. Die Beibehaltung des § 50 (3) sichert eine flächendeckend gleichmäßige Durchsetzung des Jagdgesetzes (Bejagung) auf den landeseigenen Flächen der Landesforstanstalt. Die vorbildliche und gesetzkonforme Bejagung auf Flächen des Freistaats Thüringen (hier der Landesforstanstalt) wird somit in besonderem Maße gewährleistet. Mögliche Restriktionen der Bejagung in einzelnen Landkreisen aus lokalpolitischen Gründen können so von vornherein ausgeschlossen werden. Der Grundsatz, dass die Jagdausübung dem Grundeigentümer dient, darf nicht ins Gegenteil verkehrt werden. Der vorgebrachte Einwand, alle (vermeintlich) doppelten Zuständigkeiten in der Behördenstruktur sind abzustellen, widerspricht jahrzehntelang bewährten Strukturen und kann nur zu Mehraufwand und Personalaufstockung führen. „Doppelte Zuständigkeiten“ sind im Bereich der Land- und Forstwirtschaft allgegenwärtig und auch in der Zukunft nicht zu umgehen. Genannt seien hier als Beispiele das Pflanzenschutzrecht und das Sachverständigenwesen im Forst- und Landwirtschaftsbereich. Der § 50 (3) des ThJG ein Merkmal der Einheitsforstverwaltung von Thüringen. Schließlich bewirtschaftet die Landesforstanstalt nicht nur ihren Wald und betreut zahlreiche private und körperschaftliche Waldbesitzer, sondern wirkt zudem auch als Untere Forstbehörde. Alle politischen Parteien in Thüringen haben sich bislang für das Einheitsforstamt in Thüringen ausgesprochen. Mit Wegfall des § 50 (3) würde ein wichtiger Pfeiler der vorbildlichen Bewirtschaftung entfallen.

Auf das in der Einleitung zur Stellungnahme genannte Engagement der Landesforstanstalt beim „Plan zur Tilgung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen nach Artikel 16, RL2002/60/EG“ und der „Bekanntmachung des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft über die Auszahlung pauschaler Festbeträge für die Durchführung vorbeugender Maßnahmen gegen den Eintrag der Afrikanischen Schweinepest nach Thüringen“, wird an dieser Stelle nochmals verwiesen.

Zu Nummer 45 (§ 51 – Jagdberater)

Die Änderung wird mit einer Ergänzung befürwortet. Nach dem dritten Satz sind die Sätze: „Ein Jagdberater sowie dessen Stellvertreter soll eine forstliche Fach- oder Hochschulausbildung besitzen. Das Vorschlagsrecht für diesen Jagdberater und seinen Stellvertreter besitzt die Landesforstanstalt.“ einzufügen. Im Kreis der Jagdberater muss neben dem jagdpraktischen Wissen auch forstliches Wissen und das Wissen der Zusammenhänge im Ökosystem Wald, von Wildschäden und dessen Verhinderung sichergestellt sein. Die Forderung nach einer entsprechenden Ausbildung stellt dies sicher.

Zu Nummer 46 (§ 52 – Jagdbeirat)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 47 (§ 53 – Vereinigungen der Jäger)

§ 53 ist ersatzlos zu streichen. Die Mitwirkung von Vereinigungen der Jäger bei Verfahren nach § 1 Abs. 3 bzw. § 37 Abs. 2 Bundesjagdgesetz ist entbehrlich.

Zu Nummer 48 (§ 54 – Sachliche Zuständigkeit)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 49

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 50 (§ 56 – Ordnungswidrigkeiten)

Die Änderung wird befürwortet. Bezüglich der Übertragung der Aufgaben als zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt wird auf die Stellungnahme zu Nummer 34 (§ 50 - Jagdbehörden) verwiesen.

Zu Nummer 51

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 2 (Weitere Änderung des Thüringer Jagdgesetzes)

Bezüglich des Verbotes die Jagd ab 1. Januar 2022 mit bleihaltigem Schrot auszuüben, wird angeregt eine bundeseinheitliche Regelung im Bundesjagdgesetz zur „Bleiminimierung“ abzuwarten. Die Landesforstanstalt sieht, wie viele andere Akteure beim Thema Jagd, Sicherheitsbedenken beim Einsatz „bleifreien Schrotes“ durch unkontrolliertes Abprallverhalten. Ein Mehrwert dieses Verbotes beim Gesundheitsschutz der Menschen beim Wildbretverzehr und im Naturschutz wird nach neueren Erkenntnissen nicht gesehen.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Keine Anmerkungen.

Folgende im Diskussionsprozess zum Thüringer Jagdgesetz angesprochenen Änderungen sollten dringend diskutiert und in den Gesetzentwurf aufgenommen werden:

Anpassung der Grundsätze der Jagd (§ 1 Abs. 3 ThJG)

Der Hegegedanke sollte sich konkret auf den gesunden, an seinen Lebensraum angepassten Wildbestand beziehen (Winteräusungskapazität). Die derzeitige Definition („Nachhaltigkeit der vorkommenden Wildtierarten“) bildet häufig die Begründung für die zu hohen Wildstände in Thüringen.

Kirrungen

Schwarzwildkirrungen sollten verboten oder weiter begrenzt werden. Die bundesweiten Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass durch das Kirren ein bestandserhöhender Effekt auf den Schwarzwildbestand zu beobachten ist, statt zur Reduktion kommt es durch einen zusätzlichen Nahrungsinput zu einer Vitalisierung und Erhöhung der Schwarzwildbestände. Gegenwärtig werden Schätzungen zu Folge für 1 kg Wildbret vom Schwarzwild ca. 12 kg Mals gekirrt.

Hegegemeinschaften

Eine Neufassung des § 13 ist dringend erforderlich. Die Anpassung der Regelungen zu Hegegemeinschaften, insbesondere zur Organisationsform, an das Bundesjagdgesetz wird angeregt. Der Aufgabenbereich der Hegegemeinschaften sollte sich deutlich reduzieren und weniger Einfluss auf das Jagdrecht des Grundeigentümers haben. Die Bestimmung von Hegezielen durch eine Hegegemeinschaft sowie die Einflussnahme auf die Abschussplanung ist entbehrlich und abzulehnen. Die Hege-

gemeinschaften in Thüringen haben sich in der Zielerreichung entsprechend ThJG § 1 nicht bewährt. Hegegemeinschaften werden als Hemmnis der Zielerreichung wahrgenommen. Der Stand der Wildschäden in Thüringen und die Streckenentwicklung der Schalenwildarten in Thüringen zeigen dies überdeutlich. Es sollte auf die Grundintention der Hegegemeinschaften nach § 10a Bundesjagdgesetz zurückgefallen werden. Hegegemeinschaften sollten allein als privatrechtliche Zusammenschlüsse gebildet werden. Der Einfluss auf die Abschussplanung sollte sich so weit wie möglich reduzieren. Bereits bestehende Hegegemeinschaften in Thüringen sollten in eine private Rechtsform umgewandelt werden. Die Grundeigentümer als Inhaber des Jagdrechts müssen Sitz und Stimme in Hegegemeinschaften erhalten. Die Bildung staatlicher Hegegemeinschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts sowie eine Zwangsmitgliedschaft wird als nicht grundgesetzkonform (Vertragsfreiheit) abgelehnt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass sich der Deutsche Jagdverband e. V., dessen Mitglied der Landesjagdverband Thüringen ist, in seiner auf einem Bundesjägartag in Rostock-Warnemünde am 23. Juni 2017 einstimmig beschlossenen „Grundsatzposition Jagd“ dafür ausgesprochen hat, dass die Gründung von und die Mitgliedschaft in Hegegemeinschaften grundsätzlich auf freiwilliger Basis erfolgen soll.



Anhörungsverfahren gem. § 79 GO ThL

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
-Drucksache 6/6959-**

**Stellungnahme des Landesjagdverbandes Thüringen e.V.
zum zweiten Gesetzentwurf im Rahmen der mündlichen Anhörung am 6. Juni 2019**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete
und Mitglieder des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten des Thüringer
Landtags,

zum vorliegenden Gesetzentwurf nehmen wir wie folgt Stellung:

Der Landesjagdverband Thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit, vor diesem Gremium im Rahmen der zweiten Anhörung nochmals aus fachlicher Sicht auf kritische Punkte des Entwurfs und auf „No Goes“ einzugehen. Wir möchten auch Hinweise und Empfehlungen geben, bei deren Berücksichtigung das Gesetzgebungsverfahren noch zu einem erfolgreichen Abschluss kommt.

Wir beginnen mit einem Zitat aus dem Buch „Jagdliches Eigentum“ (2017, Hrsg. Prof. Dr. Johannes Dietlein und Dr. Judith Froese, Springer-Verlag)

„Das Eigentumsrecht als Grundrecht unserer Verfassung gem. Artikel 14 Grundgesetz ist in seinem täglichen Umgang zu schützen. Wir bekennen uns natürlich zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Das darf aber nicht bedeuten, dass das Eigentum als solches unzulässig ausgehöhlt oder eingeschränkt wird. ...

Zu den Eigentumsrechten, die momentan immer mehr eingeschränkt werden, gehört auch das Jagdrecht. Auch hier darf die fundamentale Bedeutung der Eigentumsgarantie nicht nur als Verfassungsprinzip bestehen, sondern muss in der täglichen Arbeit der Gesetzgeber und der Verwaltung respektiert und durchgesetzt werden.

Im Übrigen besteht auch aus ökologischen Gründen kein Bedarf an einer Einschränkung des Jagdrechts. Es nimmt schon heute die Gesichtspunkte des Schutzes von Flora und Fauna in enger Zusammenarbeit von Forst- und Landwirtschaft wahr. Beweis dafür ist der vielfältige und hohe Bestand an Wildtieren in unseren Wäldern. Der regulierende, aber auch streng kontrollierte Eingriff der Jagd in den Tierbestand ist unverzichtbar, um einen Überbesatz zu vermeiden und die daraus folgenden Schäden für die Flora zu verhindern. ...

Dr. Hermann Otto Solms (2017)“

In der ersten sehr umfassenden Stellungnahme des Landesjagdverbandes Thüringen aus dem März 2018 wurden weit über 25 Kritikpunkte geäußert, die aus rechtlicher und fachlicher Sicht bedenklich oder gänzlich abzulehnen waren. Ein Großteil dieser fand Berücksichtigung. Aber auch der jetzige Entwurf weist fachlich Defizite auf, mit denen wir keinesfalls einverstanden sind.

In der Ihnen schriftlich vorliegenden Stellungnahme wird auf jede der vorgesehenen Änderungen nochmals eingegangen:

Artikel 1

Nr. 1 - § 1 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 2 - § 3 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 3 - § 6 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 4 - § 7 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 5 - § 8 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 6 - § 9 – Zustimmung zur Streichung

Nr. 7 - § 10 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 8 - § 11 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 9 - § 12 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 10 - § 13 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 11 - § 14 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 12 - § 15 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 13 - § 16 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 14 - § 17 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 15 - § 18 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 16 - § 19 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 17 - § 20 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 18 - § 21 – Änderungsvorschlag des Landesjagdverbandes

Hier erfolgt Zustimmung zu den Änderungen in a) und b) Der neu hinzugekommene Absatz 4 ist zu ergänzen um die Möglichkeit der Beantragung zur Einschränkung des Betretens auch des Waldes durch die Hegegemeinschaft. Die Hegegemeinschaft stellt den territorialen Zusammenschluss der Jagdausübungsberechtigten dar. Insbesondere bei Notwendigkeit einer „Flächenberuhigung in Notzeiten“ würden somit Einzelanträge des jeweiligen Jagdausübungsberechtigten hinfällig sein, wenn deren Zusammenschluss einstimmig eine derartige Maßnahme für erforderlich erachtet. Der Landesjagdverband schlägt für Absatz 4 in folgender Fassung vor:

(4) Die untere Jagdbehörde kann im Einzelfall auf Antrag des Jagdausübungsberechtigten **oder der Hegegemeinschaft** das Betreten von Teilen der freien Natur im erforderlichen Umfang zum Schutz der dem Wild als Nahrungsquellen, Aufzucht-, Brut- und Nistgelegenheiten dienenden Lebensbereiche sowie zur Durchführung der Wildfütterung in Notzeiten und von Gesellschaftsjagden vorübergehend untersagen oder beschränken. Die Belange der ordnungsgemäßen land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Nutzung sind hierbei zu berücksichtigen.

Nr. 19 - § 22 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 20 - § 23 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 21 - § 26 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 22 - § 27 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 23 - § 28 – Zustimmung zur Änderung, aber Hinweis auf notwendige Korrekturen in § 28 Satz 1

Die oberste Jagdbehörde entscheidet über die Verteilung der für Zwecke der Forschung und für sonstige zentrale Zwecke, wie sie in § 27 Absatz 2 Nr. 1 und 2, sowie 4 bis 6 näher bezeichnet sind, zu verwendenden Anteile der Jagdabgabe im Benehmen mit der anerkannten Vereinigung der Jäger.

Nr. 24 - § 29 – Änderungsvorschlag des Landesjagdverbandes

Die unter Nr. 24 a) und b) von aa) bis bb) vorgenommenen Änderungen, dies betrifft § 29 Abs. 2 und § 29 Abs. 3 Satz 1 und § 29 Abs. 3 Nr. 4 (Schalldämpfer) werden mitgetragen.

Obwohl im Gesetzentwurf nunmehr als separater Artikel 2 Nr. 1 und 2 ausgewiesen und durch Artikel 3 Abs. 2 ergänzt, wird hier bereits auf das Vorhaben des generellen Bleischrotverbots eingegangen.

Die „alte“, in § 29 Abs. 3 Nr. 5 ThJG (2013) stehende Fassung verbietet die Jagd im Umkreis von 100 m an Gewässern unter Verwendung von bleihaltigem Schrot. Diese Fassung wird auch bundesweit von Jägern akzeptiert und beachtet. Schrot wird in den Bundesländern mit hohem Wassergeflügelaufkommen überwiegend bei der Jagd auf Enten und Gänse eingesetzt. Zum Schutz insbesondere der sich von Wasservögeln ernährenden See- und z.T. Fischadler macht ein derartiges Verbot im Umkreis von Gewässern Sinn.

In Thüringen wird der Schrotschuss überwiegend zur Bejagung von Raubwild und Prädatoren eingesetzt. Die Bejagung dieser Wildarten erfolgt aufgrund der angestrebten

und wieder zunehmend an Bedeutung gewinnenden Nutzung wertvoller Winterpelze naturgemäß im Zeitraum Spätherbst-Winter. **Die nach wie vor bedeutsame Bejagung des Fuchses im Rahmen der Seuchenbekämpfung (Staupe ist eine für Haushunde, aber auch für Luchs und Wildkatze tödliche virale Tierseuche, der Waschbärspulwurm ist eine für den Menschen gefährliche Zoonose) erfordert den Schrotschuss als balgschonend und beim gezielten Schuss auf flüchtiges Wild sicher tötend. Mehr als 14.000 erlegte Füchse, 1.700 Dachse und ca. 11.800 der Natur letal entnommene Waschbären sollten Ihnen die Bedeutung des Schrotschusses allein im Jagdjahr 2017-18 verdeutlichen.**

Der Landesjagdverband lehnt ein generelles Bleischrotverbot grundsätzlich ab! Wir betonen ausdrücklich, dass es sich hier ausschließlich um „Schrot“, also um Bleikugeln zwischen 2,5 und 4 mm (max. 8,6 mm Durchmesser) handelt. Im Gegensatz zum „Kugelschuss“ bildet sich beim Schrotschuss nach Auftreffen auf den Wildkörper keine „Bleistaubwolke“, sondern die Schrotkörner bleiben als Ganzes erhalten! Die Tötungswirkung entfalten sie durch Nervenschock aufgrund gleichzeitigen Durchschlagens der Haut, Schrotkörner sind zumeist unmittelbar unter der Haut zu finden und ein Großteil von ihnen wird bereits beim Abbalgen oder Häuten entfernt. Wir haben Ihnen die in Thüringen hauptsächlich durch Schrotschuss erlegten Wildtierarten genannt. Sie erkennen, dass hier eine „Lebensmittelrelevanz“ nahezu ausgeschlossen ist – Fuchs schmeckt nun mal nicht!

Zum Verzehr erlegt wurden auf 1,4 mio ha Jagdfläche 728 Feldhasen und ca. 650 Tauben und 187 Fasane. Für alle anderen evtl. durch Schrotschuss erlegten Wasservogelarten (Enten, Gänse) ist der Einsatz von Bleischrot schon jetzt untersagt.

Nach wie vor sind Alternativmaterialien zu Blei entweder strittig aufgrund fehlender oder bedenklicher toxikologischer Auswirkungen auf die Umwelt (Zn, Bi, Cu als Legierungsbestandteil), aufgrund ihrer fehlenden Eignung für alle in Gebrauch befindlichen Jagdwaffen (Fe, W – setzen Stahlschrotbeschuss voraus, d.h. i.d.R. Erwerb neuer zusätzlicher Jagdwaffen), aufgrund des Abprallverhaltens (Fe!) und aufgrund des hohen Preises (Bi, W).

Im „Schlussbericht Schrote“ (DEVA, 2013) wurden im Ergebnis wissenschaftlichen Versuche folgende relevante Ergebnisse dokumentiert. Hinsichtlich jagdpraktisch bedeutsamer „Abpraller“ und „Rückpraller“ war lediglich Bleischrot unkritisch gegenüber den bleifreien Alternativen.

Diese Ergebnisse wurden mehrfach durch andere Institutionen mit wissenschaftlichen Methoden bestätigt (u.a. KNEUBUEHL, Univ. Bern 2013)

Dass bleifreie Schrotalternativen auch toxikologisch bedenklich sind, bestätigten jüngste Untersuchungen der TU München zur „Metallionenfreisetzung aus Schrotmunition in Gewässern“ (Göttlein et al, 2018).

Allein die seit nunmehr über einem Jahrzehnt neu hinzugekommenen wissenschaftlichen Erkenntnisse stellen ein generelles Bleischrotverbot gänzlich in Frage; sie sollten auch die Koalition davon überzeugen, dass die pauschale Festsetzung eines Verbotes durch angehängten Artikel 2 und 3 des Gesetzentwurfes ab 2022 eben so wenig sinnvoll ist.

Es wird dringend empfohlen, hier eine bundeseinheitliche Lösung abzuwarten, den § 29 Abs. 2 Nr. 5 in der bisherigen Form beizubehalten und Artikel 2 und 3 zu streichen.

Das unter Nr. 24 b) Unterabsatz cc) nunmehr in § 29 Abs. 3 Nr. 6 neu aufgenommene generelle Verbot von Totfangfallen wird abgelehnt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist als Mitglied der Europäischen Union im Jahre 1997 dem AIHTS-Abkommen zwischen Europa, USA und Russland beigetreten, diesem verpflichtet und hat dies zu erfüllen. (AIHTS: "Agreement on Humane Trapping Standards (AIHTS)" - Übereinkommen über internationale humane Fangnormen)

Der Deutsche Jagdverband mit seinen ihm angeschlossenen Landesjagdverbänden setzt sich aus diesem Grund bundesweit für den ausschließlichen Einsatz nach AIHTS zertifizierter Fallensysteme ein. Mit einem generellen Verbot der auch nach AIHTS geprüften und international zertifizierten Totschlagfallen („Eiabzugseisen“ 38 cm und „Kleiner Schwanenhals“ – 46 cm) und würde der Gesetzgeber den Jägern trotz staatlicher Prüfung entsprechende Fachkenntnisse nach § 4 Abs. 1 TierSchG absprechen.

„Die Tötung eines Wirbeltieres ohne Betäubung ist nur im Rahmen weidgerechter Jagdausübung der Jagd oder auf Grund anderer Rechtsvorschriften zugelassen. ... Ist die Tötung eines Wirbeltieres ohne Betäubung im Rahmen weidgerechter Ausübung der Jagd oder auf Grund anderer Rechtsvorschriften zulässig, so darf die Tötung vorgenommen werden, wenn hierbei nicht mehr als unvermeidbare Schmerzen entstehen. ... Ein Wirbeltier töten darf nur, wer die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat.“

Der Einsatz einer für den Fang einer bestimmten Wildtierart zertifizierten Falle führt binnen Sekundenbruchteilen zum Tod des zu fangenden Tieres und zu geringster Verletzung des zu nutzenden Balges. Es ist absolut falsch zu behaupten, dass Totschlagfallen nicht selektiv fangen können, sie können es, wenn geschulte Personen damit ordnungsgemäß umgehen. Der Fang in einer Lebendfalle erfordert weitaus höhere Spezialkenntnisse als der weidgerechte Einsatz von Totschlagfallen.

Den Absolventen einer Jägerprüfung, denen die Grundlagen der Fallenjagd gelehrt und mit einem Zertifikat bestätigt wird, der die gesetzlichen Grundlagen und die Fachpraxis diesbezüglich beherrscht soll lt. Thüringer Jagdgesetz das Fangen mit der Totschlagfalle verwehrt werden.

Bitte hören sie jetzt ganz genau hin!

Jeder Bürger dieses Landes kann aber auf seinem Grundstück ohne jegliche Kenntnisse mit frei erwerbbaaren Totschlagfallen Raubsäuger oder Nagetiere fangen ohne die Garantie, dass weder selektiv noch 100% tödlich gefangen wird.

Das ist Skandal und zeigt, dass hier, wie so oft, mit zweierlei Maß gemessen wird, das ist nicht akzeptabel und jeder vernünftig denkende Mensch kann diesbezüglich zu keinem anderen Schluss kommen.

Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang noch auf die Initiative des DJV eingehen, die die nachhaltige Nutzung von Fellen aus heimischer Jagd verfolgt. Die „Fellwechsel GmbH“, eine Tochter des DJV, betreibt Abbalgstationen in Baden- Württemberg und Schleswig Holstein, die Felle von Raubsäugern aus heimischer Jagd auch aus Thüringen verarbeitet, mit dem Nachweis der lückenlosen Rückverfolgbarkeit und entsprechender Herkunft. Es werden dort hochwertige Bälge aufbereitet, die der Verarbeitung durch das Kürschnerhandwerk zugeführt werden und ökologisch unbedenklich sind, entgegen synthetischen Materials, welches biologisch nicht abbaubar ist.

Mit der sinnvollen Nutzung dieser natürlichen nachwachsenden Ressource richten wir auch eine Forderung an die Politik zur finanziellen Unterstützung für Kühltruhen und Fanggeräte, sowie eine Aufhebung sämtlicher Einschränkung für die Bau- und Fangjagd und ein klares Bekenntnis zur Fellnutzung aus nachhaltiger Jagd.

Der Landesjagdverband fordert den Gesetzgeber auf, den § 29 Abs. 3 Nr. 6 wie folgt zu ändern:

6. nicht nach AIHTS zertifizierte Fanggeräte oder Fangvorrichtungen, die zum Totschlagen des Wildes bestimmt sind, zu verwenden.

Damit in Verbindung stehend fordert der Landesjagdverband den Erhalt des § 29 Abs. 4 Satz 1 (ThJG 2013) in der bisherigen Fassung, jetzt mit nicht zu tragenden Ergänzungen eingegangen in § 29 Abs. 6 Satz 1, welcher ebenfalls zu ändern ist.

Zusätzliche Regelungen zur Fangjagd per Rechtsverordnung erübrigen sich aus Sicht des Landesjagdverbandes, da entsprechende Vorschriften und Hinweise einerseits im AIHTS enthalten sind, andererseits sollten Regelungen zur Fangjagd grundsätzlich bundeseinheitlich gelten. Entsprechend notwendig erscheinende Regelungen sollten bestenfalls durch den deutschen Jagdverband konkretisiert werden.

Nr. 25 - § 30 Änderungsvorschlag des Landesjagdverbandes

Unter Verweis auf die bisherige eindeutige Unterscheidung zwischen den Begriffen „Treibjagd“ und „Drückjagd“ fordert der Landesjagdverband die Beibehaltung des § 30 Abs. 3 in der bisherigen Fassung des ThJG von 2013. Begründung:

Es ist gerade der Verweis auf den Einsatz weniger Personen und (i.d.R. kurz jagender) Hunde, die das Wild nur zum Verlassen seines Einstandes bewegen sollen, damit es den Jäger ruhig und vertraut, d.h. „langsam“ anwechselt, damit er einen gezielten Schuss sicher anbringen kann, der den Unterschied zur Treibjagd ausmacht. Gerade im Interesse einer auch bei Gesellschaftsjagden anzustrebenden hohen Wildbretqualität, d.h. nicht durch Stress überhitztes oder übersäuertes Wildfleisch, sollte die bisher eindeutige Definition der Drückjagd gewahrt bleiben. Dies auch unter dem Aspekt der klaren Abgrenzung zu der auf Schalenwild verbotenen Treibjagd.

3) Drückjagd ist jede Gesellschaftsjagd, bei der Schalenwild durch nur wenige Personen, auch mit kurzjagenden Hunden, so beunruhigt wird, dass es seinen Estand verlässt und den Schützen zumeist vertraut anwechselt.

Nr. 26 - § 31 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 27 - § 32 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 28 - § 33 - Änderungsvorschlag des Landesjagdverbandes

Der im Entwurf unter § 33 Abs. 1 Nr. 1 enthaltenen Fassung von Satz 1 kann nicht zugestimmt werden.

Begründung:

Die Liste der dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten ist in § 2 Bundesjagdgesetz definiert. Die Liste unter Bundesjagdrecht stehenden Tierarten einzuschränken, wäre ein eklatanter Eingriff in das Eigentumsrecht gem. Artikel 14 Grundgesetz.

Das Bundesjagdgesetz sieht nach § 2 Abs. 2 Bundesjagdgesetz lediglich die Möglichkeit der Erweiterung der Liste jagdbarer Tierarten vor. Zwar kann vom Bundesrecht abgewichen werden, aber das sollte in diesem Fall auf Grund der **Komplexität der Zusammenhänge in den Lebensräumen** keinesfalls geschehen, da hier auch durch das zuständige Ministerium auf untergesetzlicher Ebene Regelung angestrebt werden, die ideologisch geprägte Entscheidungen Tür und Tor öffnen und dem Recht des Grundstückseigentümers widersprechen.

Werden aus dem Jagdrecht Tierarten herausgenommen, so können im ungünstigsten Fall jagdlich notwendige Beeinflussung anderer Wildarten zum Schutz der dem Jagdrecht unterliegenden Arten nicht mehr wahrgenommen werden.

Gerade unter diesem Aspekt sollte sich der Gesetzgeber darüber im Klaren sein, dass das Jagdrecht hinsichtlich seiner Komplexität zwischen Regulierung und Schutz der Wildtierarten und ihrer Lebensräume die einmalige Gelegenheit bietet, durch die Jagdausübungsberechtigten eben die ansonsten sehr kostenaufwendigen Schutzmaßnahmen in Eigenverantwortung der Jäger zu belassen. Man benutzt auch den Begriff „Hege“ oder „Hegeverpflichtung“

Die Liste der jagdbaren Arten sollte zwar für neu das Territorium besiedelnde oder auch invasive Arten erweiterbar sein aber keinesfalls eingekürzt werden.

Der Landesjagdverband schlägt folgende Fassung des § 33 Abs. 1 Nr. 1 vor:

§ 33
Jagd- und Schonzeiten

(1) Die oberste Jagdbehörde wird ermächtigt durch Rechtsverordnung

1. die Liste der Tierarten, die unter Jagdrecht stehen, zu erweitern und Jagdzeiten festzulegen, wobei dies für die nach nationalem, europäischem und internationalem Naturschutzrecht streng und besonders geschützten Tierarten im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde erfolgt;

Allen weiteren unter Nr. 28 aufgeführten Änderungen in § 33 wird zugestimmt.

Nr. 29 - § 33 a – Zustimmung zur Änderung

Nr. 30 - § 34 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 31 - § 37 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 32 - § 37 a – Zustimmung zur Aufhebung

Nr. 33 - § 39 – Änderungsvorschlag des Landesjagdverbandes

Dem in § 39 Absatz 3 neu gefassten Änderungen wird vom Grundsatz her zugestimmt. Der Gesetzgeber muss sich aber darüber im Klaren sein, dass überjagende Hunde auch einen Eingriff in fremdes (benachbartes) Eigentumsrecht darstellen und nicht einer grundsätzlichen Duldungspflicht unterliegen. Aus Sicht des Landesjagdverbandes muss die in Satz 1 angegebene Zeitangabe zur Information des/der Jagdnachbarn aber auf **wenigstens 14 Tage** verändert werden.

Begründung:

Eine schriftliche oder elektronische Vorinformation über eine Jagd binnen 48 Stunden lässt dem Benachrichtigten weder Zeit noch Gelegenheit für eine Reaktion. Aufgrund der nach wie vor wachsenden Bedeutung gerade revierübergreifender Jagden sollte eine Information der Jagdnachbarn wenigstens 14 Tage vor der eigentlichen Gesellschaftsjagd erfolgen. Nur dann kann der Nachbar auf seinem Territorium ebenfalls Jäger informieren und sich im Optimalfall an der Jagd beteiligen. Selbst wenn der zu informierende (berufstätige) Jagdnachbar keine eigene Jagd organisieren will, wäre eine binnen 48 Stunden vorher erfolgende Information nicht geeignet, irgendwelche zustimmenden oder gegenteiligen Informationen/Maßnahmen abzusichern. Wir schlagen daher folgende Änderung in Satz 1 vor:

§ 39

Verwendung von Jagdhunden

...

(3) Das Überjagen von Hunden auf benachbarte Jagdbezirke ist zu dulden, sofern der Jagdausübungsberechtigte des die Jagd oder Brauchbarkeitsprüfung ausrichtenden Jagdbezirks die Durchführung derselben spätestens 14 Tage vor deren Beginn den Jagdausübungsberechtigten der benachbarten Jagdbezirke schriftlich oder elektronisch angezeigt hat. ...

Nr. 34 - § 40 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 35 - § 41 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 36 - § 42 – Jagdschutzbefugnisse – Ablehnung zur Änderung

Die ausschließlich einem Meinungsbild folgenden und auch aus Tier- und Artenschutzsicht fraglichen Änderungen des Entwurfes von § 42 Abs. 1 Nr. 2 ThJG werden grundsätzlich abgelehnt. Der Landesjagdverband fordert die Beibehaltung des § 42 ThJG in der Fassung von 2013.

Begründung:

Es wird festgehalten, dass nach § 42 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 nach wie vor die Befugnis des Jägers zur Tötung wildernder Hunde und Katzen bestehen bleibt. Wir weisen darauf hin, dass es sich hierbei nicht um Haustiere handelt, die sich entweder kurzzeitig der unmittelbaren Einwirkung ihres Halters/Besitzers entzogen haben (Hunde) oder um phänotypische Hauskatzen, die als Freigänger im urbanen Gebiet oder im näheren Siedlungsraum unterwegs sind.

Die Tötung wildernder Hunde soll „**nur nach Genehmigung** der Unteren Jagdbehörde“ erfolgen dürfen. In der Begründung zu dieser Verschärfung der Kriterien für eine Tötung wird angegeben, dass vorher andere zumutbare und mildere Maßnahmen des Wildtierschutzes zu diesem Zeitpunkt nicht zum Erfolg geführt haben. Diese Forderungen sind weltfremd und zwingen den Jagdausübungsberechtigten zum Verstoß gegen das Tierschutzgesetz. Es kann nicht sein, dass einem Jagdausübungsberechtigten das Recht zu einer Notstandsmaßnahme ... und nichts anderes ist es, wenn er einen wildernden Hund in flagranti ... darauf legen wir von vornherein Wert! ... im Revier feststellt, von vornherein durch den Gesetzgeber abgesprochen wird. ... Hier beispielsweise ein mehrmaliges wildern zu beobachten, evtl. gar während Brut und Aufzuchtzeit von Jungwild ist mehr als unverständlich. Stellt sich auch die Frage, nach welchen prüfbaren Kriterien eine Jagdbehörde im Büro entscheiden soll ...

Bleibt zur Thematik „wildernde Hunde“ zu ergänzen, dass der Gesetzgeber schon ohnehin sehr strenge Einschränkungen getroffen hat (Dienst-, Hirten-, Blinden- und Jagdhunde), und dass die Tötung eines wildernden Hundes im Freistaat sehr selten erfolgt ist. Dennoch kann sie im Interesse des Artenschutzes auch kurzfristig zwingend notwendig werden (Wolfshybriden, Jungwild in Brut- und Setzzeiten).

Anders als bei Hunden, ist nach übereinstimmenden wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen bei Katzen davon auszugehen, dass sie, sobald streunend, auch wildern. Dahingehend ist die Begründung zur Änderung durch den Gesetzgeber bereits sachlich und wissenschaftlich falsch (Seite 35 Abs. 6!) und widerspricht dem Anliegen zur Gesetzesänderung im Koalitionsvertrag. Bereits 2014 wurde durch die Universität Wien (HACKLÄNDER, 2014) der Einfluss von Hauskatzen auf die heimische Fauna umfassend analysiert. Neuere Studien aus den USA und aus England bestätigten mehrfach die dortigen Ergebnisse.

Beutetiere streunender und verwilderter Hauskatzen sind von Amphibien über Vögel bis hin zum Junghasen alle in Frage kommenden Tiere von jeglichem Schutzstatus.

So stellte ein schwedischer Wissenschaftler (LIBERG, 1984) fest, dass das Beutespektrum bei untersuchten Hauskatzen zu 15 – 90 % aus Wildtieren bestand, wobei verwilderte Katzen viermal mehr Tiere töteten, als reine Hauskatzen. Die besondere Anfälligkeit gewisser Vogelarten wird vielfach bestätigt (Churcher & Lawton 1987; Frank & Loos-Frank 1989; Gillies & Clout 2003; Lepczyk et al. 2003; Baker et al. 2005, 2008; BAFU 2013; Blancher 2013). Für Baden-Württemberg liegen Auswertungen vor, dass 120 dort lebende Vogelarten von Hauskatzen erbeutet wurden (Hölzinger 2013). Freilaufende Hauskatzen in stark fragmentierten Ökosystemen wie Städten können zu einem bedeutenden Gefährdungsfaktor für lokale Vogelpopulationen werden (Churcher & Lawton 1978; Baker et al. 2005, 2008; Tschanz et al. 2010; van Heezik et al. 2010; Balogh et al. 2011). Durch einen zu starken Prädationsdruck von konzentriert auftretenden Hauskatzen in kleinen, fragmentierten Gebieten besteht die reelle Gefahr, dass die dort ansässigen Populationen zu sogenannten „sink populations“ werden (Lüps 2003; Baker et al. 2005; Dauphiné & Cooper 2009), also Populationen, die nur erhalten bleiben, weil ein stetiger Zuzug von außen die Verluste kompensiert.

Die Gefahr von Bastardisierung zwischen Haus- und Wildkatze wird ebenfalls hingewiesen. Insbesondere die sich im Bereich des Thüringer Waldes dokumentierende Ausbreitung der Wildkatze stellt hier den Jäger in Fragen des Jagdschutzes vor besondere Verantwortung. Daniels et al. (2001) untersuchten in Schottland die Hybridisierung zwischen Haus- und Wildkatzen und nennen Hybridisierung als ernstzunehmende Gefahr für die heimische Wildkatze. Schröpfer (2012) äußert für Mitteleuropa ähnliche Bedenken und verweist auf eine stark angestiegene Anzahl verwilderter Katzen. Er sieht in der Hybridisierung zwischen Wild- und Hauskatze eine Problematik, der mit einer Bejagung der Hauskatzen in entsprechenden Wildkatzenlebensräumen entgegengewirkt werden sollte.

Verwilderte Katzen im ländlichen Raum verlagern über die verschiedenen Jahreszeiten hinweg in Abhängigkeit von Nahrungsverfügbarkeit ihre Streifgebiete (Horn et al. 2011). Hauskatzen verbleiben indes das ganze Jahr über stets in der Nähe der Behausungen ihrer Besitzer und haben kleinere Streifgebiete (Schmidt et al. 2007; Horn et al. 2011).

„Fangen – Kastrieren – Freilassen“ – diese von Tierschützern favorisierte Variante des Umgangs mit verwilderten Katzen dient vorrangig deren individuellen Einzelschutz. Die Methode kann in Städten eine sinnvolle Maßnahme zur Reduzierung der Population sein, für den ländlichen Raum und für Schutzgebiete ist sie unbrauchbar. Die kastrierten und wieder ausgesetzten Katzen sind weiterhin eine Gefahr für dort lebende Tiere (Guttilla & Stapp 2010), was für den Naturschutz nicht zielführend ist. In diesem Falle sollte der Tierschutz in Bezug auf die heimischen und wildlebenden Arten über den der verwilderten Katzen gesetzt werden. Das schnellstmögliche Entfernen der verwilderten Katzen hat sich als effektivste Methode zum Schutze von Wildtieren erwiesen (Loyd & DeVore 2010).

Es liegen also durchaus vertretbare Notwendigkeiten vor, im Rahmen des Jagdschutzes dem Jäger die Möglichkeit der Einflussnahme auf streunende und verwilderte Hauskatzen und deren Entnahme weiterhin beizubehalten. Mit einer erweiterten Einschränkung der Entnahmemöglichkeit von streunenden / verwilderten Katzen von 200 m auf 500 m um das nächste bewohnte Gebäude werden in Thüringen durch den Gesetzgeber mehrere Tausend Hektar zu einer ausschließlich dem Schutz von Hauskatzen dienenden Fläche erklärt.

Beispiel:

Ort mit 1000 m Durchmesser hat Fläche von 785.398 m² sind also 78,54 ha

Bei Außengrenze 1.200 m, das 200 m mehr, ist Durchmesser 1.400 m, beträgt „Schutzzone“ um den Ort 75,4 ha (200 m breiter Streifen)

Bei Außengrenze 500 m mehr, ist Durchmesser 2.000 m, beträgt „Schutzzone“ um den Ort 235,6 ha, also das dreifache der Ortsfläche!

Bedenken wir zusätzliche verstreute Einzelgehöfte/Kleinsiedlungen etc. kommen durch Gebietsüberschneidungen weitere Flächen hinzu, in denen entsprechende Jagdschutzmaßnahmen i.S. des Arten- und Biotopschutzes gänzlich ausgeschlossen werden.

Somit wird auch die dem Jäger obliegende gesetzlich verbriefte Hegepflicht zumindest in Teilen eingeschränkt! Ausgerechnet in den Teilen, die unmittelbaren Einfluss auf Arten- und Naturschutz haben.

Dem in der Begründung zur Änderung auf Seite 36 Absatz 6 enthaltenen Hinweis, dass in Lebendfangfallen gefangene Katzen als Fundsache zu behandeln sind und entsprechend zivilrechtlicher Vorschriften zu verfahren ist, schließen wir uns bei Zustimmung aller Betroffenen gern an. Es sei dennoch darauf verwiesen, dass diese Verfahrensweise der Gesellschaft und insbesondere den Kommunen damit eine nicht abzuschätzende finanzielle Belastung auferlegt wird, da es bei ca. 2 Mio in Deutschland vorkommenden verwilderten Hauskatzen und insbesondere bei Fallenfängen im ländlichen Raum schwer fallen wird, ein dem „Phänotyp Hauskatze“ entsprechendes Tier jemals einem Besitzer zuzuordnen. Wie mit diesen Tieren, die auch nicht wieder ausgesetzt werden dürfen, zu verfahren ist, möge sich der Gesetzgeber ernsthaft überlegen.

§ 42

Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten

(1) Die zur Ausübung des Jagdschutzes berechtigten Personen sind befugt:

1. Personen, die in einem Jagdbezirk unberechtigt jagen oder eine Zuwiderhandlung gegen jagdrechtliche Vorschriften begehen oder außerhalb der zum allgemeinen Gebrauch bestimmten Wege ohne Berechtigung hierzu zur Jagd ausgerüstet angetroffen werden, zur Feststellung ihrer Personalien anzuhalten und ihnen gefangenes oder erlegtes Wild, Waffen, Jagd- und Fanggeräte, Hunde und Frettchen sowie Beizvögel abzunehmen;
2. wildernde Hunde und streunende Katzen zu erlegen, wenn sie im Jagdbezirk in einer Entfernung von mehr als 200 Meter vom nächsten bewohnten Gebäude angetroffen werden; es sei denn, dass sich der Hund nach erkennbaren Umständen nur vorübergehend der Einwirkung seines Herrn entzogen hat. Diese Befugnis erstreckt sich auch auf solche Hunde und Katzen, die sich in Fallen gefangen haben. Sie gilt nicht gegenüber Jagd-, Dienst-, Blinden- und Hirtenhunden, soweit sie als solche kenntlich sind und solange sie von dem Führer zu seinem Dienst verwendet werden oder sich aus Anlass des Dienstes seiner Einwirkung entzogen haben.

(2) Soweit der Jagdausübungsberechtigte einem Jagdgast nach § 41 Abs.4 die Ausübung des Jagdschutzes schriftlich übertragen hat, stehen diesem die Befugnisse nach Absatz 1 Nr.2 ebenfalls zu.

(3) Der Eigentümer eines in einem Jagdbezirk getöteten Hundes oder einer dort getöteten Katze kann wegen der Tötung und Beseitigung Schadenersatz nur verlangen, sofern er nachweist, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Tötung nicht vorgelegen haben.

Nr. 37 - § 43 Natürliche Äsung, Fütterung - Änderungsvorschlag zum Entwurf

Einer durch den Gesetzgeber mit Streichung der Absätze 4 und 5 vorgesehene Abschaffung einer gesetzlichen Verankerung der Fütterungspflicht in Notzeiten wird nicht zugestimmt.

Es ist unverständlich, warum der Gesetzgeber in seiner Begründung eine Notzeit ausschließlich auf Schalenwild reflektiert. Es gibt sowohl national als auch international genügend wissenschaftliche Untersuchungen zur Thematik „Notzeit“ für den Bereich des Niederwildes durch „Ernteschock“. **Klimaextreme, wie auch der Sommer 2018 mit extremer Trockenheit führen ebenfalls zu einer Notzeit für Wildtiere.** Die durch den Gesetzgeber abgegebene Begründung erscheint auch dahingehend nicht wirklich stichhaltig, als dass anthropogene Einflussnahmen auf den Lebensraum nahezu ausgeblendet wurden. Aktuell befinden wir uns in der Phase des Waldumbaus. **Walderntemaßnahmen erfolgen vielfach in den Wintermonaten, touristische Nutzung der Wildlebensräume hat enorm zugenommen, natürliche Migrationsmöglichkeiten für das Schalenwild fehlen zumeist oder sind durch regional erfolgende Waldumbaumaßnahmen auch nicht erwünscht.** In der Begründung wird die Thematik „flächendeckende Winterfütterung“, die hier nicht zur Debatte steht, einer „Fütterung in Notzeit“ gleichgesetzt, dies ist sachlich falsch! Dem Landesjagdverband liegen keine Ergebnisse einer flächendeckenden Habitatanalyse vor, die die in der Begründung zur Streichung der Absätze 4 und 5 angegebene Behauptung, dem Wild stehe in der Winterzeit Äsung und Deckung in ausreichender Menge, Qualität und Verteilung zur

Verfügung, stützen würde. Die über Millionen Jahre erfolgte Anpassung des Wildes an natürliche Verhältnisse beinhaltet nicht die in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegene Beeinflussung der Wildtierlebensräume durch den Menschen.

Die in Absatz 3 vorgenommene Ergänzung zur Ermächtigung für die Oberste Jagdbehörde zur Regelung von Notzeit und Wildfütterung bietet Möglichkeiten, genauere Angaben zu Definition der Notzeit aufzunehmen. Sicher sind nach heutigen Erkenntnissen in Vergangenheit getroffenen Definitionen dort zu überarbeiten, dies sollte aber nicht davon abhalten, eine Fütterungspflicht in Notzeit weiter im Gesetz zu verankern. **Aus Sicht des Landesjagdverbandes ist es aber überaus wichtig, dass in einer entsprechenden RVO auch die Möglichkeit zur Einzelanordnung einer Notzeit durch die Untere Jagdbehörde auf Antrag eines Jagdausübungsberechtigten oder einer Hegegemeinschaft für ein bestimmtes Gebiet erfolgen kann. Die Absätze 4 und 5 des ThJG in der Fassung von 2013 sollten erhalten bleiben.**

4) Der Jagdausübungsberechtigte ist verpflichtet, in der Notzeit für angemessene naturnahe und ausgewogene Wildfütterung zu sorgen und die dazu erforderlichen Fütterungsanlagen zu unterhalten. Das gilt nicht für Wildarten, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach §32 Abs.7 Nr.3 nicht gehegt werden dürfen. Die Definition der Notzeit regelt die oberste Jagdbehörde durch Rechtsverordnung.

(5) Kommt der Jagdausübungsberechtigte der Verpflichtung nach Absatz 4 trotz Aufforderung durch die untere Jagdbehörde nicht nach, so kann diese auf seine Rechnung die Fütterung vornehmen und ausreichende Fütterungsanlagen aufstellen lassen.

Nr. 38 - § 44 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 39 - § 45 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 40 - § 46 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 41 - § 47 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 42 - § 48 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 43 - § 49 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 44 - § 50 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 45 - § 51 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 46 - § 52 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 47 - § 53 – Änderungsvorschlag des Landesjagdverbandes

Es wird vorgeschlagen, in Satz 2 die Worte „die Hälfte“ durch „ein Drittel“ zu ersetzen.
Begründung:

Es gibt inzwischen neben „unorganisierten Jägern“ noch zwei weitere Vereinigungen von Jägern. Um im Falle der Notwendigkeit von Handlungen nach § 53 Satz 1 weiter eine Mitwirkung der Jäger sicherzustellen, ist somit ein Organisationsgrad von „mehr als 1/3 der in Thüringen wohnhaften Inhaber eines Jahresjagdscheines“ besser geeignet, langfristig die Mitwirkung der Jäger zu gewährleisten. Die anderen enthaltenen Änderungen werden befürwortet.

§ 53

Mitwirkung von Vereinigungen der Jäger

Die oberste Jagdbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Mitwirkung von Vereinigungen der Jäger für die Fälle vorzusehen, in denen Jagdscheininhaber gegen die Grundsätze der Weidgerechtigkeit verstoßen (§ 1 Abs. 3, § 37 Abs. 2 des Bundesjagdgesetzes), sowie die Voraussetzungen und Verfahren für die Anerkennung der Vereinigung der Jäger zu bestimmen und diesen mit ihrer Zustimmung nicht hoheitliche Aufgaben auf dem Gebiete des Jagdwesens zu übertragen. Eine Vereinigung der Jäger ist als mitwirkungsberechtigte Vereinigung anzuerkennen, wenn sie nachweislich mehr als ein Drittel der in Thüringen wohnhaften Inhaber eines Jahresjagdscheines als Mitglieder hat. Die Anerkennung oder ihre Rücknahme oder ihr Widerruf werden durch die oberste Jagdbehörde ausgesprochen.

Nr. 48 - § 54 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 49 - § 55 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 50 - § 56 – Änderungsvorschlag des Landesjagdverbandes

Basierend auf den bisherigen Änderungsvorschlägen bzw. auf erfolgter Ablehnung einer Änderung bisheriger Paragraphen macht sich eine Überarbeitung und Änderung des Entwurfes des § 56 in folgenden Punkten notwendig:

1. § 56 Abs. 1 Nr. 3 g) – Änderungsvorschlag

g) nicht nach AIHTS zertifizierte Fanggeräte und Fangvorrichtungen, die zum Totschlagen des Wildes bestimmt sind, verwendet

2. § 56 Abs. 1 Nr. 6 c) – Änderungsvorschlag

c) bei der Gefahr eines Überjagens von Hunden als Jagdausübungsberechtigter des die Jagd oder die Brauchbarkeitsprüfung ausrichtenden Jagdbezirks die Durchführung derselben spätestens 14 Tage vor deren Beginn den Jagdausübungsberechtigten der benachbarten Jagdbezirke angezeigt hat oder die zulässige Anzahl überschreitet, ohne hierfür eine anderweitige Vereinbarung vorweisen zu können;

3. § 56 Abs. 1 Nr. 7 - Änderungsvorschlag

7. ohne Begleitung oder schriftliche Erlaubnis des Jagdausübungsberechtigten wildernden Hunden oder Katzen mit der Schusswaffe nachstellt und solche erlegt oder streunende Katzen in einer Entfernung von weniger als 200 m vom nächsten bewohnten Gebäude entfernt bejagt

Nr. 51 – Anpassung Inhaltsverzeichnis – Zustimmung

Artikel 2 – Bleischrot – grundsätzliche Ablehnung unter Verweis auf die unter § 29 erfolgte Positionierung

Artikel 3 - Änderung aufgrund notwendiger Streichung von Abs. 2 durch Wegfall von Artikel 2



**Den Mitgliedern des
AfILF**

(mündlich Anzuhörender)

THUR. LANDTAG POST
03.06.2019 08:39

12381/2019

**Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Str.1**

99096 Erfurt

Ihr Ansprechpartner:

Durchwahl:

info@oejv-thueringen.de

<http://www.oejv.org/landesgruppen/thueringen/>

Ihr Zeichen:Drs. 6/6959-A 6.1

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtag
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6/6959 -**

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben)

Sehr geehrter Damen und Herren,

Stadtroda
29.05.2019

vielen Dank, dass wir als junger Jagdverein in Thüringen die Möglichkeit erhalten, eine
Stellungnahme zur geplanten Änderung des Thüringer Jagdgesetzes abgeben zu dürfen.

Ein Jagdgesetz sollte so wenig wie möglich regulieren und maßgeblich dazu beitragen, dass
eine Jagdausübung durchgeführt werden kann, die praktikabel, gesellschaftlich akzeptiert
und erfolgreich ist. Dies ist dem jetzigen Entwurf in vielen Bereichen gelungen.

Anmerkungen zu den geplanten Änderungen:

§ 14 Mindestpachtzeiten

Die Aufhebung der Unterscheidung von Mindestpachtzeiten für Hoch- und Niederwildreviere
wird begrüßt. Eine kürzere Mindestpachtzeit als die jetzigen neun Jahre wäre
wünschenswert. Sie gäbe den Grundeigentümern die Möglichkeit schneller einen
Pächterwechsel bei Differenzen durchführen zu können. Auch würde dies mehr jungen
Jägern erlauben Reviere zu pachten, da diese am Anfang ihres (Berufs-)lebens nicht sicher
sein können, ob sie so lange in Reviernähe leben werden.

§ 21 c) Betretungsverbot

...zur Durchführung der Wildfütterung.. dieser Satzteil wird von uns abgelehnt, da jegliche
Fütterung einen unnatürlichen Eingriff in die Ernährungsphysiologie des Wildes darstellt und
somit abzulehnen ist.

§ 29 Schießnachweis/ Schalldämpfer

Die Regelung zum erforderlichen Schießnachweis wird unterstützt. Die Einführung einer
Mindesttrefferquote zum Erlangen dieses Nachweises wäre sinnvoll gewesen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Möglichkeit der Verwendung von Schalldämpfern aus Gesundheits- und Tierschutzgründen.

§ 32 Abschussplanung

Ein Abschussplan für Rehwild erscheint uns entbehrlich und der Verzicht darauf würde viel Bürokratie einsparen. Ein Mindestabschussplan ist ein Schritt in die richtige Richtung und wird begrüßt.

Die Abschussplanung ist generell zu vereinfachen.

§ 39 Überjagen von Jagdhunden/ Jagdverbände

Es war dringend erforderlich das Überjagen von Jagdhunden im Rahmen von angemeldeten Jagden zu regeln und zu legalisieren. Die Beschränkung auf bis zu zwei Mal im Jahr sollte ohne Anrechnung von Brauchbarkeitsprüfungen erfolgen, bzw. auf mehrere Male erweitert werden.

Wir begrüßen ausdrücklich die Neuregelung, dass auch andere Jagdverbände als der Landesjagdverband ermächtigt werden, Brauchbarkeitsprüfungen in Zukunft durchführen zu können.

§ 42 Wildernde Hunde/ Katzen

Wir begrüßen die Neuregelung sehr.

§ 53 Vereinigungen der Jäger

Die Änderungen werden ebenfalls begrüßt.

Artikel 2 Bleihaltiges Schrot

Der zeitliche Übergang und die Abschaffung werden befürwortet. Eine Umtausch-/ Rückgabemöglichkeit für bereits erworbene bleihaltige Schrotmunition sollte geschaffen werden.

Insgesamt begrüßen wir die vorliegenden Änderungen und sehen darin einen Schritt in die richtige Richtung für eine zukunftsfähige Jagd in Thüringen.

Wichtige Änderungen sind dann im Bereich der noch gültigen Verordnungen nötig, wie z. Bsp. die Abschaffung der Güteklassen, Anpassung der Jagdzeiten, Aufhebung der Einstandsgebiete, usw.

Vielen Dank!

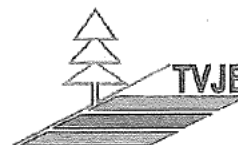
Mit freundlichen Grüßen

(1. Vorsitzender)

Den Mitgliedern des

AfILF

Thüringer Verband der
Jagdgenossenschaften und
Eigenjagdbezirkhaber e.V.



TVJE, Landesgeschäftsstelle, Alfred-Hess-Straße 8, 99094 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
05.06.2019 09:17

127/15/2019

Landesgeschäftsstelle
Alfred-Hess-Str. 8
99094 Erfurt

Telefon
0361 26253-250

Telefax
0361 26253-502

Internet
www.tvje.de

E-Mail
tvje@lbv-erfurt.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht
Drs. 6/6959-A 6.1/

unser Zeichen
TVJE L/EI JG 2019

Bearbeiter

Datum
03.06.2019

Anhebungsverfahren gemäß § 79 Geschäftsordnung (Thüringer Landtag)

Jagdgesetzänderung

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

- Drucksache 6/ 6959-

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3055

zu Drs. 6/6959

(mündlich Anzuhörender)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

das Präsidium des TVJE e.V. bedankt sich im Namen seiner Mitglieder für die Möglichkeit der Stellungnahme zur geplanten Änderung des Thüringer Jagdgesetzes.

Der TVJE e.V. vertritt die Interessen von rund 950 Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer. Damit verbunden sind ca. 370.000 Einzelmitglieder in Thüringen. Unsere Mitglieder sind direkt durch die geplanten Änderungen des Jagdgesetzes betroffen, da sie Jagdgenossen (kraft Gesetz in einer Körperschaft) sind. In den Jahreshauptversammlungen unserer Mitgliedsjagdgenossenschaften wurden die z.T. bekannten Themen einer Jagdgesetzänderung diskutiert. In Auswertung der Mitgliederinformationen und den eigenen fachlichen sowie praxisnahen Erwägungen hier unsere Zustimmungen oder Einwendungen zu den geplanten Änderungen:

Bankverbindung
Erfurter Bank e.G.
BLZ 820 64 228
Kto.-Nr. 1806289

Telefon: (0361) 26253-250
Fax: (0361) 26253-502
BIC: ERFDE33XXX
IBAN: DE 79820642280001806289
Steuer-Nr.: 151/198/10237

Präsident:
Geschäftsführung:

I. Grundsätze

Nr. 1. § 1 - Zustimmung zur Änderung

II. Jagdbezirke und Hegegemeinschaften

Nr. 2. § 3 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 3. § 6 – Zustimmung zur Änderung

Nr. 4. § 7 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 5. § 8 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 6. § 9 - Zustimmung zur Streichung

Nr. 7. § 10 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 8. § 11 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 9. § 12 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 10. § 13 - Zustimmung zur Änderung

III. Beteiligung Dritter

Nr. 11. § 14 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 12. § 15 – bitte prüfen

Hier stellt sich die Frage, inwieweit bereits ein abzuschließender Jagdpachtvertrag bestimmte Forderungen an mehrere Pächter enthält und diese in einem Gesellschaftsvertrag verarbeitet werden müssten! Wir halten es für überreguliert, bereits bei zwei Personen einen Gesellschaftsvertrag zu verlangen. Mehrere Pächter bilden immer eine Gemeinschaft i. S. der §§ 741 ff. BGB. Diese Regelungen sind aus unserer Sicht ausreichend. Insbesondere auch, weil die Mitarbeiter der Unteren Jagdbehörden letztlich kein gesellschaftsrechtliches Wissen besitzen und wenn überhaupt, lediglich die Einhaltung von Mindestanforderungen prüfen werden können.

Nr. 13. § 16 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 14. § 17 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 15. § 18 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 16. § 19 - Zustimmung zur Änderung

IV. Schutz des Wildes und seiner Lebensräume

Nr. 17. § 20 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 18. § 21 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 19. § 22 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 20. § 23 - Zustimmung zur Änderung

V. Jagdausübung und Förderung des Jagdwesens

Nr. 21. § 26 - Zustimmung zur Änderung mit folgender Anmerkung

Absatz 2 alte Fassung - sollte nicht gestrichen werden. Die Zuständigkeitsregelung ist zwar letztlich nur deklaratorisch, dient aber dem Nichtjuristen als Orientierungshilfe. Andernfalls könnte man wohl auf den Gedanken kommen, dass das Landesverwaltungsamt oder weitergehend das TMIL für die Erteilung (etc.) von Jagdscheinen zuständig sein könnte. Der zweite Satz ist aus unserer Sichtweise überflüssig.

Nr. 22. § 27 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 23. § 28 - Zustimmung zur Änderung mit folgender Anmerkung

Änderung des Verweises in Satz 1 prüfen von

... § 27 Satz 4 ... in § 27 Absatz 2 ...

Nr. 24. § 29 - bitte prüfen

Absatz (2)

Das Ansinnen ist gut gemeint, aber aus unserer Sichtweise schlecht gemacht. Zum einen müsste sich die Untere Jagdbehörde bei jeder Gesellschaftsjagd die Teilnehmerliste mit Schießnachweis vorlegen lassen, zum anderen ist diese Regelung jedoch nicht sanktioniert (vgl. § 56 neue Fassung) und läuft damit leer. Davon abgesehen würde der vermutete Gesetzeszweck lediglich durch einen Leistungsnachweis, nicht aber durch einen Tätigkeitsnachweis erreicht werden.

Absatz (3) Nr. 5

Aufgrund der bundesweit übergreifenden fachlichen Diskussionen zu dieser Problematik wird angeregt, eine bundesweite Regelung im Bundesjagdgesetz abzuwarten.

Nr. 25. § 30 - bitte prüfen

Eine Beibehaltung des bisherigen Gesetzestextes erscheint uns sinnvoller, als die neuen Formulierungen.

Betrachtet man die erlegten Wildstrecken auf den personal- und jagdhundeintensiven größeren Gesellschaftsjagden und sieht es im Kontext mit der Owi-regelung in § 56 Absatz (1) Satz 3 c) so ist fraglich, ob hier nicht Treibjagden vorliegen. Wild kennt keine Fluchtrichtung und geht auch gerne durch eine sogenannte Treiberwehr bzw. lässt sich, wie die Jäger es nennen, auch gerne einmal „überlaufen“. Hunde hetzen nicht nur Wildschweine, sondern jegliches Schalenwild (Rot- und Damwild, Muffelwild und Rehwild), welches Ihnen „in den Wind“ kommt. Darüber hinaus leidet anerkannt die Fleischqualität von getriebenem Wild.

Allerdings erkennen wir an, dass bei überhöhten Wildbeständen (sichtbar an deutlich überhöhten Wildschäden!) die Jagd auf Schwarzwild und örtlich bedingt auch auf anderes Schalenwild nur durch Gesellschaftsjagden effektiv Erfolg im Sinne § 1 (2) BJagdG bringen kann.

Um eine bessere Rechtssicherheit für große Jagdeinsätze, auch unter dem Aspekt der zunehmend kritischen öffentlichen Meinung zur Jagd zu schaffen, sollten die Formulierungen auf die Praxis angepasst anders ausfallen.

Nr. 26. § 31 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 27. § 32 - bitte prüfen

Absatz (1)

Ein Abschussplan von Rehwild als Mindestabschuss auszulegen erscheint uns wilddbiologisch nicht haltbar, auch wenn diese Ansicht immer wieder proklamiert wird. In Revieren bzw. Hegebereichen mit einem dem landschaftlichen und landeskulturell angepassten Rehwildbestand muss der Abschuss so gestaltet sein, dass der jährliche Populationszuwachs abgeschöpft wird und die Rehdichte dem Lebensraum angepasst bleibt!

Für die Erhaltung eines qualitativ guten und den örtlichen Bedingungen angepassten Rehwildbestandes ist nicht nur die gesamte Zahl beliebig erlegter Rehe, sondern vor allem auch die gezielte Entnahme der schwächeren Individuen wichtig. Einerseits widerspricht ein Mindestabschuss diesem, insbesondere, wenn das Revier zuvor begangen werden soll, zum anderen sehen wir den Mindestabschuss im Kontext mit den Festschreibungen in § 1 BJagdG kritisch!

Nr. 28. § 33 – sollte gut geprüft sein

§ 33 Absatz (1)

Eine wohl notwendige Regelung, die auch Artikel 16 der FFH-Richtlinie (92/43/EWG) und Artikel 9 der Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG) entspricht.

Weitergehend bleibt aber auch zu beachten, dass die dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten in § 2 Bundesjagdgesetz definiert sind. Die Liste der unter Bundesjagdrecht stehenden Tierarten einzuschränken, wäre für uns ein Eingriff in das Eigentumsrecht gem. Artikel 14 Grundgesetz.

Wildbiologische Auswirkungen für das Ökosystem wären weitergehend gut abzuwägen.

Nr. 29. § 33 a - Zustimmung zur Änderung

Nr. 30. § 34 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 31. § 37 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 32. § 37a - Zustimmung zur Aufhebung

Nr. 33. § 39 – sollte rechtlich gut geprüft sein

Absatz (3)

Die Verpflichtung das Überjagen von Jagdhunden zu dulden und im Gesetz festzuschreiben, sehen wir als eigentumsrechtlich äußerst bedenklich an! Der Gesetzgeber muss sich bewusst sein, dass überjagende Hunde einen Eingriff in fremdes (benachbartes) Eigentumsrecht darstellen. Nicht umsonst wird dieses Ansinnen in anderen Bundesländern seit längerem sehr kritisch diskutiert!

Zum einen wird ein angrenzender Grundstücksinhaber verpflichtet, jagende Hunde auf seinem Grund und Boden zu dulden (Bsp. Eigenjagdbezirkseinhaber), zum anderen zugleich auch der Inhaber des Jagdrechts angrenzender Jagdbezirke (Bsp Jagdgenossenschaft oder Pächter des Jagdrechts) in seinem Eigentumsrecht erheblich eingeschränkt.

Eine solche Regelung sollte, wenn örtlich notwendig, privatrechtlich getroffen werden. Eine Vorschrift durch das Land dürfte hingegen rechtlich angreifbar sein.

Auch einer elektronischen Anzeile der möglichen Eingriffshandlung begegnen unsererseits Bedenken, da nach ständiger Rechtsprechung bei E-Mails der Zugangsnachweis nicht gelingt. Mithin könnte bei zerstrittenen Nachbarpächtern, -grundeigentümern der Informierte den Zugang der E-Mail (ähnlich Whats-App, SMS, o.ä.) schlicht leugnen. Davon abgesehen, ist der Eingangszeitpunkt bei elektronischer Übermittlung nicht rechtlich nachweisbar, es sei denn, es wird ein Signaturverfahren (etc.) verwendet. Strittig ist bereits, was als Eingang zu werten ist: der Eingang auf dem Server oder dem PC des Nutzers. Auch schriftlich dürfte selbst ein Einschreiben den Zugang nicht korrekt nachweisen, da der

Rückschein lediglich Beweis für den Zugang des Briefes, aber nicht für den Inhalt (die hier relevante Benachrichtigung) gibt. Es müsste sodann unter Zeugen eingeworfen werden. (oder wohl per Gerichtsvollzieher zugestellt werden)

Aus Sicht des Besitzers des überjagenden Hundes dürfte die Beschränkung von zwei Anzeigen pro Jagdjahr willkürlich und ebenfalls rechtlich angreifbar sein (z.B. mit dem Argument einer häufigen Durchführung von Drückjagden zur Verminderung des Sauenbestandes mit Blick auf die ASP).

Die Regelung sollte auch aus praxisnahen Gründen nicht aufgenommen werden.

Eine Gesellschaftsjagd i.S. Thüringer Jagdgesetz § 30 kann durchaus auf das eigene Revier beschränkt werden. Sachliche Gründe für das Übergreifen sind nicht erkennbar und werden daher auch in den Praxisgegebenheiten immer wieder heftig diskutiert.

Eine vom Gesetzgeber vorzunehmende Güterabwägung missachtet aus unserer Sicht den Stellenwert der verfassungsrechtlich abgesicherten Eigentumsgarantie.

Das ein Überjagen von Hunden nicht immer zu verhindern ist, erkennen wir an, die gesetzliche Fest-schreibung lehnen wir aus den benannten Hinweisen ab.

Vielleicht könnte eine Regelung zu überjagenden Hunden, wie im saarländischen Jagdgesetz geregelt, die rechtliche und praxisgegebene Seite entschärfen.

Hier heißt es:

„Bei Bewegungsjagden ist durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass die Gefahr des Überjagens von Jagdhunden über die Reviergrenze minimiert wird. Kommt es trotz angemessener organisatorischer Maßnahmen zu einem Überjagen, haben die Jagdausübungsberechtigten der benachbarten Jagdbezirke keinen Anspruch auf Unterlassung. Die Jagdausübungsberechtigten der benachbarten Jagdbezirke sind spätestens drei Tage vor der Bewegungsjagd zu unterrichten.“

Über eine angemessene andere Fristsetzung zur Mitteilung eines Termins einer Gesellschaftsjagd ließe sich dabei noch reden. Eine Verlängerung auf mindestens 14 Tage Informationspflicht im Voraus wäre praxisnah.

Die in § 39 Absatz (3) neu gefasste Änderung wird in der vorliegenden Fassung abgelehnt!

VI. Jagdschutz

Nr. 34. § 40 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 35. § 41 - bitte prüfen

Absatz (5)

Diese Regelung geht zu weit, da die Verpflichtung zur Hege und Regulierung des Wildbestandes nicht Aufgabe des Jagdschutzes ist.

Nr. 36. § 42 – bitte prüfen

Absatz (1) 2.

Diese Regelung ist frei sachdienlichen Erwägungen und praxisfern.

Antrag und Nachweis: Letzterer wird nicht sinnvoll zu erbringen sein. Sofern Hunde mehrfach wildern ist bereits der Nachweis, dass es sich um denselben Hund handelt, schwierig. Gleichsam ist dem Jagd- ausübungsberechtigten dieser Eingriff in sein Recht nicht zuzumuten, wohingegen der Zustandsstörer (Besitzer des wildernden Hundes) aufgrund der Rechtswidrigkeit seines Tuns / Unterlassens nicht schutzwürdig hinsichtlich des Bestandes seines Besitzes / Eigentums ist.

Bezüglich der Katzen ist die Entfernung von 500 m vom nächsten bewohnten Gebäude praxisfern, da gerade in Feldrevieren diese 500 m selten eingehalten werden können.

Es sollte bei der bisherigen praxisgerechten Regelung bleiben.

Nr. 37. § 43 - Zustimmung zur Änderung

VII. Wild- und Jagdschaden

Nr. 38. § 44 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 39. § 45 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 40. § 46 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 41. § 47 – bitte unbedingt prüfen und ändern

Das Wort „Gutachten“ (Absatz (1)) sollte aus rechtlichen und fachlichen Erwägungen ähnlich dem Absatz (2) in „Schätzung“ oder (falls der Gesetzgeber es für notwendig erachtet) in „gutachterliche Stellungnahme“ geändert werden!

Es gibt in den Sachverständigenordnungen von Bestellungsbehörden, -körperschaften (z.B. IHK) sowie in der Fachliteratur klare Aussagen zu den Anforderungen an ein Gutachten. Desweiteren hat auch die Rechtsprechung klare Anforderungen an Inhalt und Aufbau von Gutachten entwickelt!

Nr. 42. § 48 – bitte prüfen

§ 48 Abs. (2)

Endlich – der bisherige sehr praxisferne und damit rechtliche Lapsus zwischen Landwirtschaft und Forst wird ausgeräumt!

Vielleicht kann man jedoch praxisgerecht einen Schritt weiter gehen und die Regelung ganz streichen. Die Praxis zeigt, dass ein Schaden der kurz vor der Ernte geschätzt werden soll, de facto nach der Ernte berechnet wird. Zudem wächst gerade bei Schäden durch Sauen im Feld der Schaden bis zur Ernte an, so dass letztlich kurz vor der Ernte ein anderer, größerer Schaden geschätzt wird, als zum Zeitpunkt der Besichtigung tatsächlich besteht. Eine rechtlich aber notwendige stete Nachmeldung neuer Schäden im Lagebereich des Erstschadens ist aufwendig und stellt bei unterschiedlichen örtlichen Konstellationen auch einen späteren hinzugezogenen Schätzer vor Probleme in der Schätzung / Begutachtung. Diese Regelung ist daher in der Praxis eher problematisch und steht desweiteren einer einvernehmlichen und vor allem einer unkomplizierten sowie schnellen Erledigung der Schadensregulierung im Zuge des Vorverfahrens oftmals im Weg.

VIII. Wildhandel

Nr. 43. § 49 - Zustimmung zur Änderung

IX. Organisation, Zuständigkeiten, Verfahren

Nr. 44. § 50 - Ermessensentscheidung des Gesetzgebers

Hier muss der Freistaat den für ihn angemessenen Weg finden.

Nr. 45. § 51 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 46. § 52 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 47. § 53 - bitte prüfen

Aufgrund der möglichen Mitgliederzahlen und verschiedenen „Vereinigungen“ von Jägern in Thürin-

gen, wäre aus unserer Sichtweise eine Abminderung für mitwirkungsberechtigte Vereinigungen der Jäger vielleicht schon ab einem Drittel der in Thüringen wohnhaften Inhaber eines Jahresjagdscheines praxisgerecht.

Nr. 48. § 54 - Zustimmung zur Änderung

Nr. 49. § 55 - Zustimmung zur Änderung

X. Ahndungsvorschriften

Nr. 50. § 56 - bitte prüfen

Aufgrund vorab genannter Änderungsvorschläge beziehungsweise Kritiken zu fehlenden Sanktionierungen sind bei Beachtung der Hinweise auch weitergehende Änderungen im § 56 notwendig.

Freundliche Grüße

Präsident

- Der Präsident -
Weidigstraße 3a
99885 Ohrdruf
Tel.: 0 36 24 - 31 38 80
Fax: 0 36 24 - 31 51 46

THUR. LANDTAG POST
05.06.2019 08:48

12695/2019

Den Mitgliedern des AfILF



Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen- Fuchs- Str. 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
6/3060
zu Drs. 6/6959
(mündlich Anzuhörender)

Stand 29.05.2019

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 6 / 6959 -

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zur geplanten Änderung des Thüringer Jagdgesetzes abgeben zu können.

Bei einer Gesetzesänderung sollten die Eigentümerinteressen mehr berücksichtigt werden. Die ausufernde Bürokratie muss abgebaut werden.

Die Jagd selbst ist eine der Ursachen für die regional sehr unterschiedlichen Wildbestände und daraus resultierenden hohen Wildschäden (Entmischung von Baumarten, Artenverarmung, hohe Kulturkosten, Instabilität von Beständen durch Rotfäule, Minderung der Qualität der Kulturen). Es müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit Jagdausübungsberechtigte und Waldbesitzer unverzüglich und langfristig auf regional überhöhte Wildbestände reagieren können. Gesellschaftlich gefordert sind Mischwälder, Diversität und die Erhaltung der Funktionen des Waldes. Gerade in der jetzigen Situation mit Kalamitäten ist eine waldbauorientierte Jagd unausweichlich.

Forderungen und Positionen im Einzelnen:

§ 8

Größe der Gemeinschaftsjagdbezirke

Die Mindestgröße sollte auf 150 ha herabgesetzt werden. Dies stärkt den Einfluss der Grundeigentümer auf die Jagd.

§ 14

Mindestpachtzeiten

Die gesetzlich festgelegte Unterscheidung zwischen Hoch- und Niederwildrevieren ist nicht mehr zeitgemäß und wurde aufgehoben. Bei der heute geltenden Vertragsfreiheit ist die Vorgabe von sehr langen Mindestpachtzeiten ein zu starker Eingriff in die Eigentümerrechte und nicht hinnehmbar. Um aber eine kontinuierliche Bejagung bis hin zur Errichtung von jagdlichen Einrichtungen zu ermöglichen, sollte eine Mindestpachtzeit von fünf Jahren festgelegt werden.

§ 21 neuer (4)

Die Regelung der zeitweiligen Sperrung von Teilen der Natur zur Durchführung der Fütterung in Notzeiten und von Gemeinschaftsjagden ist überfällig.

§ 29

Schießnachweis / Schalldämpfer

Der Nachweis eines jährlich erfolgten Schießtrainings auf bewegliche Ziele zur Verbesserung der Ergebnisse der Bejagung wird begrüßt, ebenso der mögliche Einsatz von Schalldämpfern auf Langwaffen bei der Jagdausübung.

Ein Verbot von Totschlagfallen stellt eine zu starke Einschränkung der Eigentümerrechte dar und wird deshalb von uns abgelehnt.

§ 32

Abschussplanung Schalenwild

Exakte Wildbestandsermittlungen als Grundlage der Abschusspläne sind nahezu nicht möglich. Deshalb erfolgt die Abschussplanung bei allen Schalenwildarten häufig sehr subjektiv.

Wir fordern deshalb zumindest die Abschaffung der behördlich festgelegten Rehwildabschusspläne, da die Abschussplanung bei den UJB mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist, ohne einen nachweislichen Einfluss auf Wildbestand und Wildschäden zu erreichen.

Die Festlegung, dass als Grundlage für die qualifizierte Abschussvereinbarung zwischen den Eigentümern und den Jagdausübungsberechtigten gemeinsame jährliche Waldbegänge von Jagdgenossen und Jägern durchgeführt werden, wird ausdrücklich begrüßt.

Beim Rot-, Dam- und Muffelwild ist die Abschussplanung stark zu vereinfachen.

§ 33

Jagdbare Wildarten

Eine zu starke Einschränkung der im Jagdgesetz festgelegten jagdbaren Wildarten können die Waldbesitzer als einen Eingriff in die Eigentümerrechte nicht hinnehmen. Neben den Schalenwildarten müssen zumindest auch Hasen, Kaninchen, Füchse, Waschbären, Enten, Fasane und Rebhühner, wenn der örtliche Bestand gesichert ist, bejagt werden können.

§ 39

Überjagen von Hunden auf Bewegungsjagden

Die Regelung, dass das Überjagen von Hunden auf angemeldeten Bewegungsjagden durch den Jagdnachbarn zweimal pro Jahr zu dulden ist, entspricht der Praxis und sollte noch erweitert werden.

§ 41

Jagdaufseher

Wir lehnen es ab, dass die Untere Jagdbehörde die Anstellung von bestätigten Jagdaufsehern (in bestimmten Fällen auch hauptberuflich) vom Jagdausübungsberechtigten verlangen kann.

Angesichts der Borkenkäfer- und Dürrekatastrophe und der Schäden infolge des Klimawandels müssen die Thüringer Wälder großflächig wieder aufgebaut werden. Dabei wird die Jagd eine große Rolle spielen. Deshalb fordern wir über den Wortlaut des vorliegenden Gesetzentwurfes hinaus Folgendes:

1. Schalenwildbewirtschaftung

Die Bewirtschaftung des Wildes über den Güteklassenabschuss hat sich aus unserer Sicht nicht bewährt und ist abzuschaffen. Stattdessen sollte die Bewirtschaftung nur noch über den Altersklassenabschuss erfolgen.

2. Jagdzeiten

Da die Jagd mit einer Beunruhigung des Wildes verbunden ist, sollten zumindest alle Schalenwildarten gleichzeitig bejagt werden können. Auch wenn kürzere Jagdzeiten aus Tierschutz- und Effektivitätsgründen sinnvoll sind, muss der Gesetzgeber einen weiten Rahmen bei den Jagdzeiten zulassen. Deshalb ist die Jagd bis zum 31. Januar des Jahres zuzulassen.

Nach positiven Erfahrungen aus der Vergangenheit plädieren wir für die Verlängerung der Jagd auf die Jungtiere (Kitze und Kälber) sowie einjährige männliche Stücke bis zum 28. Februar des Jahres, falls keine Notzeit festgelegt ist.

Nur der Jagdausübungsberechtigte vor Ort kann eigenverantwortlich Einschränkungen der Jagdzeiten bis hin zu einer evtl. individuell festzulegenden zweimonatigen Jagdruhe festlegen.

Die Jagdzeit für Rehbocke sollte auch für die Einzeljagd bis zum 31. Januar verlängert werden.

Die Jagdzeit von männlichen und einjährigen Stücken sollte am 15. April beginnen (zumindest beim Rehwild und bei einjährigem Rot- und Damwild). Gründe hierfür ist die Verschiebung der Vegetationszeit (Sichteinschränkung von Blättern gerade bei Laub- und Dauerwäldern und der höhere Aktionsradius von Wild im Frühjahr).

3. Hegegemeinschaften

Die Zwangsmitgliedschaft der Jäger in den Hegegemeinschaften ist abzuschaffen.

Da auch in der Vergangenheit Rehwildhegegemeinschaften häufig nicht existierten oder nicht wirksam wurden, sollte zumindest der Zwang zur Bildung von Rehwildhegegemeinschaften aufgehoben werden.

4. Jagd in Schutzgebieten

Der bisherigen Praxis der Jagd in Natura-2000-Gebieten, Biosphärenreservaten, Naturschutzgebieten etc. folgend, muss die Jagdausübung in Schutzgebieten weitgehend zugelassen werden.

5. Kirrung

Die Möglichkeit des Kirrens muss erhalten bleiben. Wir halten die jetzigen Regelungen für ausreichend. Allerdings muss der Vollzug besser kontrolliert und durchgesetzt werden.

6. Wildfütterung

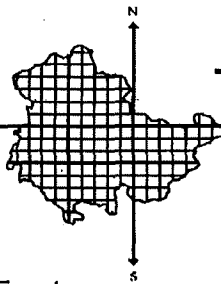
Die Fütterung des Schalenwildes sollte nur noch in Einzelfällen und auf Anordnung der Jagdbehörde erfolgen. Außerdem sollte nur noch Rauhfutter ausgebracht werden.

THUR. LANDTAG POST.

06.06.2019 16:54

12947/19

Arbeitsgruppe ARTENSCHUTZ



Thüringen e.V.

Arbeitsgruppe ARTENSCHUTZ Thüringen e.V., Thymianweg 25, D-07745 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Frau Walzog
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Leiter der Arbeitsgruppe

Telefon (03641) 617454
Telefax (03641) 605625
E-Mail
ag-artenschutz@freenet.de
www.ag-artenschutz.de

Nach Bundesnaturschutzgesetz
anerkannter Naturschutzverein

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

06.06.2019

Stellungnahme

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6/6959 -

Sehr geehrte

bezugnehmend auf das Schreiben vom 5. April 2019 und den beiliegenden Unterlagen nehmen wir zu oben genanntem Gesetzentwurf aus der Sicht des Artenschutzes wie folgt Stellung.

Zu § 42 Wildernde Hunde und Katzen

Diese Probleme werden in ihrer Wirkung nach wie vor verkannt.

Wildernde Katzen müssen ab 300 m vom nächsten bewohnten Gebäude erlegt werden können.

Die Ergebnisse neuester Untersuchungen belegen, wie Hauskatzen in das Artengefüge der unterschiedlichen Landschaften negativ eingreifen (Fang von Vögeln, Kleinsäugetern, Insekten, Kriechtiere).

Zu Beringung von Vogelarten, die dem Jagdrecht unterliegen

Die Beringer arbeiten alle ehrenamtlich. Es ist geradezu erwünscht, dass bestimmte Vogelarten weiter beringt (Beringungsprogramme) werden.

Es müssen daher für den Antragsteller jegliche Gebühren entfallen.

Zu Fang mit Lebendfallen

Der Fang von Raubsäugetern mit Lebendfallen ist unbedingt und uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Die laufende Kontrolle der Fallen durch Jagdberechtigte ist Voraussetzung für den Fallenfang. Er ist und bleibt unverzichtbar.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter der AAT

THÜR. LANDTAG POST
14.06.2019 07:18

13521/2019



Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Alfred-Hess-Str. 8
99094 Erfurt

Telefon
0361 262532 – 0

Telefax
0361 26253-225

Internet
www.tbv-erfurt.de

E-Mail
tbv@tbv-erfurt.de

vorab per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Erfurt, 11. Juni 2019

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

(mündlich Anzuhörender)

im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 GO des Thüringer Landtages wurde dem Thüringer Bauernverband e. V. (TBV) die Gelegenheit eingeräumt, zu dem Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes am 5. Juni 2019 mündlich Stellung zu nehmen. Wir möchten uns für diese Möglichkeit bedanken und ergänzend zu den einzelnen Paragraphen wie folgt schriftlich ausführen:

§ 26 Jagdschein

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 14. März 2018 dargelegt, regt der TBV zu Absatz 6 an, die Entlastung von Hundeführern bei der Jagdscheingebühr zu berücksichtigen. Schwarzwildjagd ist ohne Hund extrem schwierig geworden, so dass eine finanzielle Entlastung zur Förderung von Hundeführern beitragen würde, was auch im Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) hilfreich wäre.

Die Bedrohung der einheimischen Wild- und Hausschweinpopulation durch die ASP ist in den vergangenen Monaten weiter angestiegen. Zudem zeigen auch die aktuellen Ergebnisse der Schwarzwildbejagung ein weiterhin deutliches Wachstum der Schwarzwildpopulation in Thüringen. Nur mit einer Zunahme an gut ausgebildeten

Jagdhunden und motivierten Hundeführern kann dem weiteren Anstieg der Schwarzwildpopulation erfolgreich begegnet werden. Deshalb sollten alle möglichen Instrumente genutzt werden, um das Jagd hundewesen, insbesondere die Ausbildung, den Schutz und den Einsatz von brauchbaren Stöberhunden zu unterstützen. Eine ermäßigte Jagdscheingebühr halten wir aus diesem Grund nach wie vor für sinnvoll, administrierbar und notwendig.

§ 29 Sachliche Gebote und Verbote

Ein generelles Verbot von Bleischrot wird abgelehnt. Der Einsatz von Bleischrot ist bereits heute in sensiblen Gebieten verboten und es bedarf aus unserer Sicht keiner weiteren Verschärfung dieser Regelungen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Prädatorenbejagung ist es eine Frage des Tierschutzes, ob auch weiterhin mit schweren Bleikugeln auf den Fuchs im Winterbalg geschossen werden darf, oder ob andere Munition verwendet werden muss, deren Tötungswirkung aufgrund der geringeren Dichte in Vergleich zu Blei nennenswert schwächer ist. Wir verweisen auf das Bundesjagdgesetz und plädieren dafür, einheitliche Regelungen in ganz Deutschland umzusetzen.

Der TBV begrüßt außerordentlich die aktuelle Formulierung zum Einsatz des Schalldämpfers. Mit der nunmehr gegebenen Möglichkeit des Einsatzes von Schalldämpfern für alle Jäger beim Schießen auf Wild mit Büchsenpatronen, deren Auftreffenergie auf 100 m (E 100) mehr als 1000 Joule beträgt (vgl. § 29 Absatz 3 Nr. 4) wurde dem Gleichbehandlungsgrundsatz Rechnung getragen.

Dem generellen Verbot von Totschlagfallen stehen wir ablehnend gegenüber; wenngleich wir anerkennen, dass der Einsatz von Totschlagfallen in gesellschaftlicher Kritik steht. Deshalb schlagen wir vor, sich bei Ge- und Verboten zur Fallenjagd an den seit 1. Mai 2019 gültigen § 29 a des Bayrischen Jagdgesetzes anzulehnen, der die Fallenjagd einschränkt, aber nicht gänzlich verbietet. Die in Bayern getroffenen Regelungen stellen unserer Meinung nach einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Sichtweisen zur Fallenjagd dar und finden unsere volle Unterstützung.

§ 32 Regelung der Bejagung

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 14. März 2018 ausgeführt, sollten bei der Begehung der Jagdbezirke zur Aufstellung des Abschussplanes nicht nur die Schäden im Wald sondern auch die Schäden in der Feldflur Berücksichtigung finden. Für die Abschussplanung ist daher gesetzlich nach Abs. 1 Satz 3 ein weiterer Satz wie folgt aufzunehmen: „Zudem muss die Abschussplanung Wildschäden auf landwirtschaftlich genutzten Flächen angemessen berücksichtigen.“ Im Allgemeinen sollten die Flächennutzer bereits auf Jagdbezirksebene in die Erarbeitung der Abschussplanung mit einbezogen werden, insbesondere landwirtschaftliche Dauerkulturen (Grünland, Wein- und Obstbau, Kurzumtriebsplantagen etc.) sollten in die Begehung und die darauf basierende Anpassung der entsprechenden Abschusspläne einbezogen werden.

§ 33 Jagd- und Schonzeiten

Die vorgeschlagene Möglichkeit zur Einschränkung der Liste der unter Jagdrecht stehenden Tierarten in § 33 Abs. 1 Nr. 1 wird strikt abgelehnt. Die Beschränkung der Tierarten stellt einen erheblichen Eingriff in das Eigentumsrecht der Landeigentümer dar und führt zur Ungleichbehandlung verschiedener Landeigentümer innerhalb unseres Bundeslandes. Beides ist nicht hinnehmbar. Der TBV plädiert vielmehr dafür, eine vereinfachte Erweiterung der Liste der unter Jagdrecht stehenden Tierarten zu ermöglichen. Dies betrifft insbesondere die Nilgans, den Höckerschwan und auch den Wolf. Hierzu möchten wir klarstellen, dass wir nicht fordern, diese Tierarten zu bejagen, vielmehr sind sie ganzjährig zu schonen. Im begründeten Einzelfall muss allerdings auch die Bejagung dieser Tierarten schnell und unbürokratisch ermöglicht werden können.

§ 43 Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes

Der TBV vertritt die Auffassung, dass auch in Zukunft insbesondere aus Gründen des Tierschutzes eine Fütterungspflicht in Notzeit erhalten bleiben muss. Auch im Hinblick auf Verbiss, Schäl- und andere mögliche Wildschäden an land- und forstwirtschaftlichen Dauerkulturen ist an der bisherigen Regelung festzuhalten.

§ 45 Wildschäden

Den vorgeschlagenen Änderungen wird zugestimmt. Der TBV erkennt an, dass es eine Mitwirkungspflicht insbesondere auch der Landwirte bei der Prävention von Wildschäden gibt. Jedoch möchten wir unter Verweis auf § 33 an dieser Stelle nochmals betonen, dass auch die Nilgans, der Höckerschwan und der Wolf unter das Jagdrecht zu stellen sind.

§ 50 Absatz 4

Der TBV stimmt den Regelungen zur Zuständigkeit der obersten Jagdbehörde für die Eigenjagdbezirke der Landesforstanstalt und des Bundes sowie den im Nationalpark Hainich liegenden Jagdbezirken zu. Wir widersprechen jedoch der formulierten Regelung in § 50 Absatz 4 Satz 2, sich in Bezug auf Maßnahmen zur Verhinderung übermäßigen Wildschadens nach § 27 Bundesjagdgesetz (BJG) in den im Nationalpark Hainich gelegenen Jagdbezirken mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium abstimmen zu müssen. Insbesondere beim Thema Schwarzwildbejagung in und um den Nationalpark Hainich ist die Zuständigkeit für Maßnahmen nach § 27 BJG ausschließlich bei dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium zu verorten!

Im Hinblick auf alle anderen nicht genannten Punkte schließt sich der TBV ausdrücklich der Stellungnahme des Landesjagdverbandes Thüringen e.V. an und verweist auf das gemeinsame Positionspapier der Jagd-, Wald- und Nutzerverbände.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin



Bündnis für Wald und Wild e.V.
gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

THÜR. LANDTAG POST
23.07.2019 15:18

1665112019

Thüringer Landtag
Ausschuss für
Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Helmsdorf, den 20. Juli 2019

Ihr Zeichen: Drs. 6/6959-A 6.1

Gesetzentwurf der Landesregierung;
zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
– Drucksache 6/6959 –

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
das Bündnis für Wald und Wild bedankt sich für die Gelegenheit zur abermaligen Stellungnahme
bezüglich der Drucksache 6/6959.

Es freut uns sehr, dass wir die nochmalige Möglichkeit zur Anhörung erhalten haben und dass sich der
Landtag so intensiv mit dem Thema Jagd auseinandersetzt.

Zum Entwurf der Landesregierung und den Änderungsanträgen der Landtagsfraktionen möchte wir
wie folgt Stellung nehmen:

Definition von Hoch- und Niederwildjagden - § 14:

Wir stimmen dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu.

Förderung des Jagdwesen - § 27:

Wir stimmen dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu.



Bündnis für Wald und Wild e.V.
gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

Verbot der Verwendung bleihaltiger Schrotmunition für die Jagdausübung – Artikel 2 und § 29 Abs. 3 Nr. 5:

Die Thüringer Landesregierung möchte im Rahmen der Novelle des Landesjagdgesetzes die Verwendung bleihaltiger Schrotmunition bei der Jagdausübung verbieten. Die Bejagung des Fuchses, des Waschbären, des Minks und des Marderhundes im Rahmen der Seuchen- und Neozoenbekämpfung macht den sicher wirkenden Schrotschuss auf Raubwild jedoch unumgänglich. Aufgrund seiner spezifischen Dichte und seines Abprallverhalten ist dies derzeit fast nur mit bleihaltiger Schrotmunition möglich. Bleifreie Schrotmunition ist nicht nur überproportional teuer, sondern weist in den meisten Fällen auch eine nicht zufriedenstellende Wirkung im Ziel auf. Dies führt trotz guter Trefferlage zu schwer verletzten Tieren, die dadurch unnötig leiden müssen. Was wiederum einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz darstellt. Zudem weist bleifreie Schrotmunition oftmals ein Abprallverhalten auf, dass zu einer zusätzlichen Umfeldgefährdung führen kann und ist nicht für alle in Gebrauch befindlichen Jagdwaffen geeignet. Im „Schlussbericht Schrote“ der DEVA aus dem Jahr 2013 wurde dies in wissenschaftlichen Versuchen eindeutig belegt.

Hinsichtlich jagdpraktisch bedeutsamer „Abpraller“ und „Rückpraller“ war lediglich Bleischrot unkritisch gegenüber den bleifreien Alternativen. Dass bleifreie Schrotalternativen auch toxikologisch bedenklich sind, bestätigten jüngste Untersuchungen der TU München zur „Metallionenfreisetzung aus Schrotmunition in Gewässern“. Allein die seit nunmehr über einen Zeitraum von zehn Jahren neu hinzugekommenen wissenschaftlichen Erkenntnisse stellen ein völliges Bleischrotverbot in jeglicher Hinsicht vollkommen in Frage! Nicht umsonst hat Norwegen das im Jahr 2005 eingeführte Verbot bleihaltiger Schrotmunition im Jahr 2015 wieder aufgehoben. Zudem fällt es aus Sicht des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) nicht in die Entscheidungsbefugnis der Länder, den Einsatz von bleihaltiger Jagdmunition generell zu verbieten. Unabhängig davon, ob es sich hierbei um Kugelmunition oder Schrotmunition handelt. Dies erklärte auch bereits Dr. Axel Heider vom BMELV bereits im Oktober 2013 öffentlich gegenüber der Fachzeitschrift Top-Agrar.¹ Laut Heider gehört das Verbot von bleihaltiger Munition nicht zum Jagdrecht, sondern zum Waffenrecht, selbst wenn es in einem Landesjagdgesetz stehe. Über die sachlichen Verbote im Bundesjagdgesetz dürften die Bundesländer, soweit Fragen im Zusammenhang mit Waffen oder Munition betroffen seien, nur hinausgehen, wenn damit dem Tierschutz oder der Waidgerechtigkeit gedient werden solle. Aber darum gehe es beim Verbot von bleihaltiger Munition gerade nicht, stellte der Ministerialrat klar. Deswegen dürften die Länder in dieser Frage nicht selbst entscheiden. Ein entsprechendes Verbot bleihaltiger Schrotmunition für die Jagdausübung durch ein Landesjagdgesetz ist unseres Erachtens daher verfassungswidrig. Insofern stimmen wir dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.

¹ <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/nur-der-bund-darf-ueber-verbot-bleihaltiger-jagdmunition-entscheiden-9602848.html>



Bündnis für Wald und Wild e.V.
gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

Verbot der Verwendung von Totschlagfallen - § 29:

Die Thüringer Landesregierung möchte im Rahmen der Novelle des Landesjagdgesetzes die Verwendung von so genannten Totschlagfallen bzw. Schlagfallen für die Jagdausübung verbieten. Bereits die Verwendung des Begriffes „Totschlagfallen“ lässt mangelnde Fachkompetenz erkennen. Totfangfallen dürfen nur im Fangbunker verwendet werden, damit keine Verletzungsgefahr für Menschen (z. B. Kinder, Spaziergänger) und Tiere (z.B. Hunde, Katzen) besteht. Die Fangbunker können aus einer massiven Holzkiste bestehen oder aus Betonteilen, der Deckel ist mit einem Schloss gesichert und lässt sich somit von Unbefugten nicht entfernen. Darüber hinaus muss der Zulauf zum Fangbunker so gestaltet sein, dass ein erwachsener Mensch nicht mit dem Arm und der Hand das Fangeisen erreichen kann. Die Falle wird im Fangbunker so positioniert, dass der bewegliche Bügel genau den Nacken des Tieres trifft und es sofort tötet. Somit ist ein Leiden des Tieres ausgeschlossen. Durch spezielle Beköderung sowie durch die bauliche Gestaltung des Zulaufes ist es weiterhin möglich, Tieren einer bestimmten Größe den Zugang zum Fangbunker und somit zu der Falle selbst zu verwehren. Die als Begründung herangezogene Behauptung, dass Totfangfallen Wild nicht selektiv fangen würde, ist daher schlicht wahrheitswidrig und zeugt von mangelnder Sach- und Fachkompetenz. Zumal man dies auch von Lebendfangfallen behaupten könnte. Schon alleine deshalb ist diese Behauptung für uns nicht hinnehmbar. Die Bundesrepublik Deutschland ist zudem dem AIHTS-Abkommen (Übereinkommen über internationale humane Fangnormen) zwischen Europa, USA und Russland beigetreten, diesem verpflichtet und hat dies zu erfüllen. Wir setzen uns daher für den ausschließlichen Einsatz nach AIHTS zertifizierter Fallensysteme ein. Mit einem generellen Verbot der auch nach AIHTS geprüften und international zertifizierten Schlagfallen und würde der Gesetzgeber den Jägern trotz staatlicher(!) Prüfung entsprechende Fachkenntnisse nach § 4 Abs. 1 TierSchG absprechen und die im Sinne des Artenschutzes dringend gebotene Bejagung von des Waschbären, des Minks und des Marderhundes ad absurdum führen. Eine wirksame Eindämmung des invasiven Raubwildes wäre so nicht mehr durchführbar, was zu einem noch größeren Prädatorendruck auf bedrohte Tierarten, insbesondere Bodenbrüter, führen würde. Insofern stimmen wir den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion und der CDU-Fraktion zu und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.



Bündnis für Wald und Wild e.V.
gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

Aufnahme der Nilgans in das Thüringer Jagdrecht:

Als Jagdverband, der sich der Erhaltung eines gesunden heimischen Wildbestandes verschrieben hat, begrüßen wir es außerordentlich, dass gemäß der vorliegenden Änderungsanträge aller Fraktionen die Nilgans als invasive Tierart endlich in das Landesjagdrecht aufgenommen werden soll. Für uns unverständlich ist es jedoch, dass dies im Gesetzentwurf der Landesregierung nicht bereits von Anfang an vorgesehen war und das dem zugrundeliegenden Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 6/6957) im Thüringer Landtag durch die Koalitionsfraktionen mit höchst fragwürdigen und teilweise lächerlichen Begründungen nicht zugestimmt wurde². Dies hat uns als Zuschauer der Debatte sehr befremdet. Umso mehr freut es uns, dass diese lange überfällige Maßnahme nun endlich nachgeholt werden soll. Die Kanadagans ist zudem weiter auf dem Vormarsch und breitet sich ebenfalls immer mehr im Freistaat aus. Damit dies nicht ebenso wie bei der Nilgans geschieht, muss auch die Kanadagans bereits jetzt ins Jagdrecht aufgenommen werden.

Jagd in befriedeten Bezirken - § 6:

Die im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehene Änderung des Thüringer Jagdgesetzes sehen wir als Eingriff in die Eigentumsrechte an und lehnen ihn in dieser Fassung ab. Zwar kann nach dem Wortlaut des Entwurfes einen Jagdscheininhaber oder eine entsprechend sachkundige Person beauftragt werden, wenn Eigentümer oder Nutznießer von befriedeten Bezirken die erforderliche Sachkunde nicht besitzen. Der Text lässt es jedoch offen, ob es sich bei der beauftragten Person auch um den für das Gebiet zuständigen Jagdausübungsberechtigten bzw. Revierpächter handelt. Sollte diese Regelung in das Gesetz einfließen, sehen wir dadurch Konflikte in der Praxis entstehen. Insofern stimmen wir dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.

Eigenjagdbezirke der Landesforstanstalt, des Nationalparks, der Stiftung Naturschutz Thüringen, des Bundesforstbetriebes und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt - § 9:

Wir befürworten den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion zu und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.

Betretungsverbote und invasive Tierarten - § 21:

Wir befürworten die Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der CDU-Fraktion und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.

²http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/70456/artenschutz_ernst_nehmen_und_invasive_arten_ei_ndaemmen_die_weitere_ausbreitung_der_nilgans_in_thueringen_stoppen.pdf



Bündnis für Wald und Wild e.V.
gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd - § 30:

Wir befürworten den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion zu und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.

Vegetation als Grundlage der Abschussplanung – Regelung der Bejagung § 32a

Es ist seit mehr als 10 Jahren wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Höhe der Wildschäden nicht direkt mit der Höhe des Wildbestandes korreliert (vgl. Herzog; Miller u.a.). Vielmehr sind für Wildschäden vorrangig Faktoren wie falsche Bejagung (zu viele Bewegungsjagden und Jagd im Januar, wenn sich das Wild im „Energiesparmodus“ befindet), Tourismus, land- und forstwirtschaftliche Nutzung, Infrastruktur... verantwortlich, die dem Wild den Zugang zur Nahrung verwehren, seinen Rhythmus, in dem es aus biologischen Gründen Nahrung aufnehmen muss entgegen stehen, sein Sicherheitsbedürfnis beeinträchtigen oder es zu Flucht und damit zu erhöhter Energieaufnahme zwingen, verantwortlich.

Die hier vorgesehenen, rein anthropogenen Zielvorgaben eines Waldzustandsgutachtens sind bereits aus juristischen Gründen nicht anwendbar (so zutreffend Drees NuR 82, 247 unter Hinweis auf BGH Urt. v. 9.12.1968 – III ZR 125/66), eben gerade weil das Wild in naturfernen, instabilen Lebensräumen lebt/ leben muss, in die es der Mensch abgedrängt hat. Darum darf nach vorliegendem Urteil des BGH die Anpassung der Wildbestände an die landeskulturellen Verhältnisse nicht einseitig zu Lasten der für die Land- und Forstwirtschaft „schädlichen“ Wildarten betrieben werden! Ökologisch ist es z. B. völlig unerheblich, ob ein Baum verbissen wurde. Er erfüllt aus ökologischer Sicht noch immer seinen Zweck, bzw. ist ökologisch sogar höherwertig. Es gibt im Entwurf zur Regelung der Bejagung keinerlei Ansatz hinsichtlich der Einhaltung eines Mindestwildbestandes (dazu ist es auch notwendig, genetische Daten zu kennen). Zudem verletzt die hier vorgesehene Abschussplanung rein nach menschlichen Zielvorgaben die verbindlich geregelte Hegeverpflichtung, die einen gesunden Wildbestand (artgemäßes Verhalten muss in artgerechten Sozialstrukturen gewährleistet sein) und damit auch die Forderungen des Tierschutzgesetzes § 17. Dieses Gesetz kann eine thüringische Forstverwaltungsvorschrift oder ein Landesgesetz nicht aushebeln. Z. B. ist nach Untersuchungen von Frau Dr. Miller ein artgemäßes Interagieren bei Rotwild ab einem Bestand von unter 2 Stück/100 ha nicht mehr gegeben. Spätestens ab dieser Bestandsdichte liegt ein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz vor. Dem wird durch Mindestabschusspläne und Vegetationsgutachten nicht Rechnung getragen.

Wir lehnen aus diesen Erwägungen heraus die durch die Landesregierungen geplanten Änderungen grundsätzlich ab.



Bündnis für Wald und Wild e.V.
gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

Einschränkung der Liste der Tierarten, die unter Jagdrecht stehen - § 33 Abs. 1 Nr. 1:

Die Liste jagdbaren Wildarten mittels Rechtsverordnung soll durch die Landesregierung nachträglich eingeschränkt werden können wobei dies für die nach nationalem, europäischem und internationalem Naturschutzrecht streng und besonders geschützten Tierarten im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde soll. Dies öffnet u. E. dem ideologischen Missbrauch Tür und Tor und widerspricht dem Bundesjagdgesetz. Die Liste der jagdbaren Arten sollte vielmehr für neu das Territorium besiedelnde oder auch invasive Arten erweiterbar sein aber keinesfalls eingekürzt werden. *Den Kompromissvorschlag der Koalitionsfraktionen nehmen wir zwar wohlwollend zur Kenntnis, vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen bezüglich der Jagdpolitik mit den Koalitionsparteien, sind wir jedoch sehr skeptisch. Insofern stimmen wir den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion zu und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.*

Aussetzen von Muffelwild - § 34:

Reh- und Muffelwild werden durch den Gesetzentwurf der Landesregierung de facto zu Schädlingen für den Forst erklärt, weil sie als wiederkäuendes Schalenwild ihrer Natur folgend eben auch Bäume verbeißen und schälen können. Gleichzeitig weigern sich große Forstbetriebe meist, in Notzeiten diesen Wildarten alternative Äsungsangebote zu Verfügung zu stellen oder Wildäcker anzulegen. So das die Tiere geradezu gezwungen sind, Bäume zu verbeißen. Diese Tiere, die nur ihrer Natur folgen und überleben wollen zu Schädlingen zu degradieren ist schäbig und soll deren massenweisen Abschuss rechtfertigen. Dies ist ein Skandal. Vielmehr sollte sich die Landesregierung darüber Gedanken machen, den drohenden Verlust des Genpools der mittlerweile in ihrer Heimat selten gewordenen Wildschafe aufzuhalten. Die in Deutschland vorhandene Muffel-Population, bildet den gentechnischen Anker für die im Mittelmeerraum stark bedrohten Muffelwildvorkommen. Wenn der Wolf das letzte Mufflon in Thüringen gefressen hat, ist ein wertvoller Genpool für die Artenvielfalt für immer erloschen. Demgemäß befürworten wir daher die Änderungsanträge der AfD und der CDU und lehnen auch Mindestabschusspläne für das Rehwild ab.

Jagdschutz - § 41:

Jagdausübungsberechtigte wohnen teilweise weit entfernt von ihren Revieren weg. Die Landespolizei ist personell unterbesetzt und bereits oft an der Grenze des zumutbaren belastet. Demgegenüber nehmen u. E. Verstöße gegen den Jagdschutz zu. Ebenso gibt es immer mehr Freizeitsportler in Thüringen, die das Wild illegal stören. Beispielsweise in Form von illegalen Fahrten mit Motorrädern durch die Waldgebiete im Freistaat. Wir befürworten daher grundsätzlich den Änderungsantrag der AfD-Fraktion.



Bündnis für Wald und Wild e.V.
gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

Tötung von wildernden Hunden und streunenden Katzen - § 42:

Die letale Entnahme wildernder Hunde soll nur noch nach Genehmigung der Unteren Jagdbehörde erfolgen dürfen. In der Begründung zu dieser Verschärfung wird angegeben, dass vorher andere zumutbare und mildere Maßnahmen des Wildtierschutzes zu diesem Zeitpunkt nicht zum Erfolg geführt haben. Diese Forderungen sind weltfremd und zwingen den Jagdausübungsberechtigten zum Verstoß gegen das Tierschutzgesetz, da dieser zulassen muss, dass wiederholt Wildtiere getötet oder verletzt werden. Es ist eine Zumutung, dass einem Jagdpächter das Recht zu einer gerechtfertigten Notstandsmaßnahme von vornherein durch den Gesetzgeber abgesprochen wird. Die durch die Landesregierung angedachte Regelung ist schlicht lebensfremd und fördert sogar noch das Tierleid. Dies ist skandalös. Ähnliche Regelungen haben sich bereits in den Jagdgesetzen anderer Bundesländer und in der Praxis nicht bewährt und verursachen massiven bürokratischen Mehraufwand für den Jagdausübungsberechtigten und für die unteren Jagdbehörden. Wildernde Katzen sollen erst dann letal entnommen werden dürfen, wenn sie in einer Entfernung von mehr als 500 Metern vom nächsten bewohnten Gebäude dem Wild nachstellend angetroffen werden. Die vorgesehene Lösung der Landesregierung verschlechtert die bereits schwierige Situation verschiedener bedrohter einheimischer Tierarten. Insbesondere der bedrohten Bodenbrüter und Singvögel. Katzen gehen auch nach einer möglichen Kastration wieder auf die Jagd nach bedrohten Tierarten, wenn die danach wieder freigelassen werden. Weiterhin regelt die geplante Lösung der Landesregierung nicht, was mit Katzen geschehen soll, die durch Jäger in Lebendfangfallen gefangen wurden. Wo sollen die Jäger diese Tiere abliefern und wer bezahlt die aufkommenden Kosten? Wir stimmen dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zu und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.

Notzeitfütterung - § 43:

Die beabsichtigte Aufhebung der Fütterungspflicht in der Notzeit ist nicht hinnehmbar. Durch die klimatischen Veränderungen in Deutschland sind nicht nur die Menschen, sondern auch die Wildtiere massiv betroffen. Wo früher beim Begriff der Notzeit an lang anhaltende Winter mit dichten Schneedecken gedacht wurde, kommen in der heutigen Zeit lange heiße Sommerperioden mit verdorrender Vegetation, austrocknenden Wasserstellen, Waldbränden, zeitlich begrenzte starken Hochwasserphasen und Wälder mit extrem starken Borkenkäferbefall hinzu. Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Bundesjagdgesetz (BJagdG) ist mit dem Jagdrecht die Pflicht zur Hege verbunden. Unter Hege versteht man im Allgemeinen den Schutz und die Pflege aller Tierarten, die nach § 2 BJagdG dem Jagdrecht unterliegen. Sie erstreckt sich daher nicht nur auf die jagdwirtschaftlich bedeutenden Arten. Nach § 1 Abs. 2 BJagdG dient sie der Erhaltung eines artenreichen und gesunden Wildbestandes sowie der Pflege und Sicherung seiner Lebensgrundlagen und ist insofern auch eine Erscheinungsform des Naturschutzes. Das Bundesjagdgesetz enthält hierbei mehrere Bestimmungen zur Wildfütterung. So umfasst zusätzlich § 23 BJagdG genauere Bestimmungen zum Schutz des Wildes insbesondere vor Futternot. § 28 Abs. 5 BJagdG ermächtigt weiterhin die Bundesländer, die Fütterung von Wild zu untersagen oder von einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen. Dies soll verhindern, dass sich das Wild durch Fütterung



Bündnis für Wald und Wild e.V.

gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

außerhalb von Notzeiten über das gewünschte Maß hinaus vermehrt und dadurch übermäßigen Wildschaden anrichtet. Nach § 1 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) ist es Zweck des Gesetzes aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Der Gesetzgeber hat damit dem Tierschutzgesetz das ausdrückliche Bekenntnis zum ethischen Tierschutz vorangestellt. Das Tier wird um seiner selbst willen geschützt, und zwar als Träger eigener Güter wie Leben, körperlicher Unversehrtheit, Gesundheit und Wohlbefinden. Grundlegend für die Zulässigkeit der Wildfütterung ist vor dieser Kulisse die Definition der Notzeit. Dieser Begriff ist jedoch leider rechtlich nicht klar definiert und muss vor dem Hintergrund des sich wandelnden Klimas in Deutschland und der damit verbundenen Habitatsveränderung rechtlich dringend bindend auf der Bundesebene definiert werden. Die hierzu in der Fachliteratur vorliegenden unterschiedlichen Auslegungen des Begriffes (beispielsweise das Kommentar zum Bundesjagdgesetz, Lorz, Metzger und Stöckel in Verbindung mit § 19 Nr. 10 BJagdG) sind unseres Erachtens veraltet, da diese keinen rechtlich bindenden Charakter aufweisen und lange Dürreperioden, ausgetrocknete Wasserstellen, die Anlegung künstlicher Wasserstellen und großflächige Waldbrände mit der damit verbundenen Habitat Zerstörung vollkommen ausblenden. Durch diese Regelungslücke war es beispielsweise möglich, dass durch das seit dem Jahr 2015 gültige Jagd- und Wildtiermanagementgesetz des Landes Baden-Württemberg die Fütterung von Wildtieren selbst in offensichtlichen Notzeiten landesweit untersagt wurde. Was dazu führte, dass Wildtiere bei starken Wintereinbrüchen und strenger Kälte in den Hochlagen des Schwarzwaldes unter massivem Futtermangel litten und gezwungen waren, Bäume zu verbeißen um zu überleben. Daher sieht sogar die Tierschutzbeauftragte von Baden-Württemberg diese Landesregelung überaus kritisch! Ferner kam es im Jahr 2018 im nördlichen Thüringen und in Teilen Sachsen-Anhalts und Brandenburgs zu lang anhaltenden Dürreperioden und zur Austrocknung ganzer Landstriche. Das Wild drohte in manchen Revieren regelrecht zu verdursten und das wiederkäuende Schalenwild versuchte seinen Durst durch die vermehrte Aufnahme von Grünpflanzen zu stillen. Was wiederum zu vermehrten Verbissschäden in den bereits geschädigten Wäldern führte und die Forst- und Jagdbehörden veranlassten, höhere Abschusspläne zu erlassen. Was beim Wild zu einem erhöhten Jagddruck, zu mehr Heimlichkeit und damit einhergehend zu noch größeren Verbissschäden führte. Ein Teufelskreis zum Schaden aller Beteiligten. Gerade durch die menschliche Infrastruktur wird den wandernden Wildarten verwehrt, in ihre angestammten Winterlebensräume zu ziehen, bzw. sind die Winterlebensräume vom Menschen zerstört worden. Allein daher müssen durch Notzeit- und Ablenkfütterungen entsprechende Ausweichstrategien ergriffen werden und entsprechende Wildlenkungsmaßnahmen greifen. Es ist wissenschaftlich belegt, dass sich durch solche wildtierökologischen Maßnahmen auch Wildschäden spürbar reduzieren lassen. Nicht hinnehmbar ist, dass durch die ausgedehnten Jagdzeiten in Thüringen auf den einen und das hier geplante Verbot von Fütterungen auf der anderen Seite der Waldbau in Thüringen ausschließlich mit der Kugel betrieben werden soll, obwohl weitaus effektivere Mittel einsetzbar sind! Wir stimmen den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion und der CDU-Fraktion zu und lehnen den Entwurf der Landesregierung ab.



Bündnis für Wald und Wild e.V.

gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

Jagdbehörden - § 50

Die hier vorgesehene Änderung der Behördenstruktur, nach der die Oberste Jagdbehörde für die Bejagung nach § 32 und die Wildschadensverhütung nach § 27 BJG in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt zuständig sein soll, gibt es bereits ähnlich in anderen Bundesländern, wo sie bereits zu massiven Problemen geführt hat. Bestes Beispiel hierfür ist Sachsen, wo Hegegemeinschaften und Landesjagdverband massiv darum kämpfen, genau diese Regelung wieder abzuschaffen. Es kann vom Gesetzgeber nicht ernsthaft gewollt sein, dass es in Thüringen zwei parallele Behördenstrukturen gibt- die der Landesanstalt und die aller anderen! Da eine Wildpopulation sich nicht auf die Eigenjagdbezirke der Landesanstalt beschränken lässt, muss auch eine Behörde jagdgebietsübergreifend für die Belange nach § 32 und 27 BJG zuständig sein. Bestes Beispiel ist wiederum Sachsen, wo sich der Landesforst u.a. genau auf Grund dieser Regelung zu einem unkontrollierbar gewordenen Staatsbetrieb und zu einem Pool extremer Auffassungen entwickelt hat, der sich nicht einmal vom eigenen Minister einbremsen lässt. Dieses will die Landesanstalt in Thüringen offenbar auch erreichen und hat deshalb auf eine entsprechende Gesetzesänderung hingewirkt. Wir lehnen diesen Änderungsvorschlag entschieden ab!

Jagdbeiräte - § 52:

Die Landesregierung beabsichtigt eindeutig, die Jagdbeiräte zu Gunsten der Interessenvertreter der Forstwirtschaft zu verändern und die Position der Jägerschaft als Interessenvertreter des Wildes zu schwächen. Dies ist für uns nicht akzeptabel. Durch die Hintertür soll so die ideologisch verbrämte Jagdstrategie „Wald vor Wild“ Einzug in die Beiräte halten. Dies lehnen wir ab und befürworten den Änderungsantrag der AfD-Fraktion.

Sonstiges:

Einer grundlegenden Novellierung des Thüringer Jagdgesetzes hätte es aus unserer Sicht nicht gebraucht. Wichtige Änderungen (Nilgans) liegen erst auf den Druck der Oppositionsparteien in Form von Änderungsanträgen vor. Die Landesregierung ist hier wider besseren Wissens und damit vorsätzlich nicht tätig geworden. Der Artenschutz und die Niederwildhege sollen durch das Verbot von Todfangfallen und durch fachlich falsche Begründungen massiv erschwert werden, während die Wolfsproblematik im Gesetzentwurf mit keiner Silbe erwähnt wird. Im Gegensatz dazu werden die wiederkäuenden Schalenwildarten Reh und Mufflon zu Schädlingen herabgewürdigt und ihnen de facto das Existenzrecht abgesprochen. In Bezug auf das geplante Verbot bleihaltiger Schrotmunition soll sogar Bundesrecht gebrochen werden und die Fütterungspflicht in der Notzeit abgeschafft werden. Alle diese Punkte machen den Gesetzentwurf der Landesregierung nicht nur indiskutabel, sondern regelrecht skandalös. Statt endlich die unredliche Thüringer Verordnung zur Festlegung von Einstandsgebieten für das Rot-, Dam- und Muffelwild abzuschaffen, soll die Forstpartie noch größeren Einfluss auf das traditionell gewachsene Jagdwesen in Thüringen erhalten. Insgesamt betrachtet, ist der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Thüringer Jagdgesetzes stark durch die Ideologie „Wald



Bündnis für Wald und Wild e.V.
gemeinnützig anerkannt im Sinne des Natur- und Tierschutzes

vor Wild" geprägt und hat uns sehr enttäuscht. Demgemäß lehnen wir den Gesetzentwurf der Landesregierung vollständig ab.

Mit freundlichen Grüßen



17351 Heimsdorf

zweiter Vorsitzender BWW



THÜR. LANDTAG POST
02.08.2019 13:16

17-1671/9 **Landesjagdverband
Thüringen e. V.**

im Deutschen Jagdschutz-Verband e. V.
Anerkannter Verband nach § 59 Bundesnaturschutzgesetz

LJV Thüringen e. V. Franz-Hals-Str. 6 c 99099 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom: 05.07.2019

Unser Zeichen:

Unsere Nachricht vom:

Unser Aktenzeichen:

Name:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Internet:

www.ljv-thueringen.de

Datum:

02.08.2019

Drs. 6/6959-

**Anhörungsverfahren gem. § 79 GO ThL – Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
i.V.m. Änderungsanträgen der Fraktionen in Vorlagen 6/5654, 6/5666 und 6/5772**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Anlage senden wir Ihnen unsere schriftliche Stellungnahme zu den in den o.g. Vorlagen der Parteien gemachten Änderungsvorschlägen.

Mit Bedauern mußten wir feststellen, dass die Änderungsvorschläge der Koalition fast keine der unsererseits bereits in bisherigen Anhörungen getätigten wissenschaftsbasierten und praxisorientierten Begründungen beinhalten.

Sollten sich Fragen zur Stellungnahmen des Landesjagdverbandes ergeben, können Sie sich während der Geschäftszeiten an unsere Landesgeschäftsstelle oder direkt an den Unterzeichner wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Textteil mit Seite 1 bis 10
Formblatt Datenerhebung

Präsident



Anhörungsverfahren gem. § 79 GO ThL

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
-Drucksache 6/6959-

Stellungnahme des Landesjagdverbandes Thüringen e.V. zur ergänzenden schriftlichen Anhörung am 20.08.2019

i.V.m. den Änderungsanträgen
der Fraktion der AfD in Vorlage 6/5654
der Fraktion der CDU in Vorlage 6/5666 sowie
der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5772

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete
und Mitglieder des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten des Thüringer
Landtags,

zum vorliegenden Gesetzentwurf in Zusammenhang mit den Änderungsvorschlägen der
Fraktionen nehmen wir wie folgt Stellung:

Vorlage 6/5654 der AfD – Änderungsantrag zum Gesetzentwurf

Zweites Gesetz zur Änderung des ThJG
Artikel 1

1. zu Nummer 3 (§ 6) - Zustimmung zum Änderungsvorschlag der AfD

Begründung:

Auch wenn die im Gesetzentwurf vorgesehene Änderung in § 6 Abs. 3 vorrangig der Schaffung von
Rechtssicherheit dient, erscheint sie aus unserer Sicht nicht zwingend notwendig, da sich die Fassung
2013 des ThJG bisher bewährt hat. Der durch die AfD abgegebenen Begründung kann somit gefolgt
werden.

2. zu Nummer 18 (§ 21) – Zustimmung zum Änderungsvorschlag der AfD

Begründung:

Bereits in den BfN - Skripten 438 /2016 legte das Bundesamt für Naturschutz Handlungsanweisungen
im Umgang mit gebietsfremden Arten fest. Betreffs Prävention wurde dort festgelegt:

*„Neben vorsorgenden Maßnahmen, die ein Auftreten invasiver gebietsfremder Arten in der freien
Natur verhindern sollen, gilt es insbesondere, Erst- oder Wiederfunde von invasiven Arten, die bislang
noch nicht in der Union vorkommen oder sich in einer frühen Phase der Invasion befinden,*

schnellstmöglich zu beseitigen (Art. 17).“ Damit eine eindeutige Klarstellung auch im Jagdgesetz erfolgt, dass diese invasiven Tierarten nicht unter die Hegepflicht fallen, davon ausgeschlossen ist nach unserem Selbstverständnis natürlich der Mutttertierschutz nach § 22(4) BJagdG, erachten wir die diesbezügliche Klarstellung durch Vorschlag der AfD im Gesetzentwurf als sinnvoll.

3. Zu Nummer 24 (§ 29 Abs. 3 Nr. 6) - Zustimmung zum Vorschlag der AfD

Begründung:

Der Vorschlag deckt sich mit der Positionierung des LJV im Rahmen seiner Stellungnahme zur mündlichen Anhörung. Der sach- und fachgerechte Einsatz von Totschlagfallen zertifizierter Bauart durch ausgebildete Spezialisten und unter Beachtung der definierten Sicherheitsbestimmungen stellt grundsätzlich keine Gefahr für den Menschen oder für geschützte Tierarten dar. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich auf die Entscheidung des Deutschen Bundestages in Pet 3-18-10-789-010333. Nach den Ausführungen der Bundesregierung ist im Bereich der Jagd die Verwendung von zugelassenen Fallen für eine effektive Bestandsregulierung bestimmter, dem Jagdrecht unterliegender Haarraubwildarten erforderlich. Es handelt sich hier z. B. um Füchse, Marder und Waschbären, die aufgrund der starken Vermehrung dieser Tiere und wegen ihrer überwiegend nachtaktiven Lebensweise nicht allein mit der Schusswaffe gejagt werden können. Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass auch hierbei die Regelungen des § 4 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes gelten, wonach die Tötung eines Wirbeltieres ohne Betäubung im Rahmen der waidgerechten Jagd nicht zulässig ist, wenn dabei mehr als unvermeidbare Schmerzen entstehen. Zudem darf ein Wirbeltier nur töten, wer die dafür notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat. Zur Ausübung der Jagd mit Fallen ist eine Jägerprüfung Voraussetzung, in der der Jäger auch die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten über den sachgerechten Umgang mit Fallen bei der Jagdausübung nachweisen muss. Hierbei muss er die einschlägigen Vorschriften des Tier-, Natur- und Artenschutzes, der Unfallverhütung, des Haftungsrechts sowie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nachweisen. Die Rechtsgrundlage findet sich hierfür im Bundesjagdgesetz. Das Landesrecht sieht darüber hinaus zusätzliche Anforderungen für die Fallenjagd vor, wie beispielsweise die Durchführung besonderer Lehrgänge. Das Bundesjagdgesetz enthält weiterhin Regelungen zur Fangjagd. Es verbietet gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 9 Bundesjagdgesetz die Verwendung von Fanggeräten, die nicht unversehrt fangen und nicht sofort töten. Weiterhin ist die Verwendung von Fallen jeder Art oder ähnlichen Einrichtungen beim Fangen oder Erlegen von Federwild gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 5b Bundesjagdgesetz verboten. ... Der Petitionsausschuss stellt fest, dass bei Verwendung der zugelassenen Fallen auf jeden Fall sichergestellt sein muss, dass weder Menschen noch Haustiere oder geschützte Tiere gefährdet werden. Werden die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen eingehalten sowie die arten- und tierschutzrechtlichen Bestimmungen durch den Jagdausübungsberechtigten beachtet, bedarf es keines Verbotes des Einsatzes von zugelassenen Fallen.

4. Zu Nummer 28 (§ 33 Abs. 1 Nr. 1) - Zustimmung zum Änderungsvorschlag der AfD

Begründung:

Der Änderungsvorschlag bestätigt die Forderungen des Landesjagdverbandes im Rahmen der mündlichen Anhörung vom 06.06.2019 und der zugehörigen schriftlichen Stellungnahme des Landesjagdverbandes. Die geplante Regelung widerspricht Bundesrecht und sollte nicht unter dem Vorwand der Föderalismusdebatte dazu dienen, ein zentrales Bundesrecht weiter auszuhöhlen. Und Eigentumsrechte zu demontieren.

5. Zu Nummer 33 (§ 39 Abs. 3) – Zustimmung zum Änderungsvorschlag der AfD

Begründung:

Auch wenn der Anmeldetermin gegenüber der Forderung des Landesjagdverbandes im Rahmen der mündlichen Anhörung um eine Woche verkürzt wurde, ist der Vorschlag deutlich besser, als der im jetzigen Entwurf enthaltene, der nur 2 Tage vorsieht.

6. Zu Nummer 35 (§ 41 Abs. 3) – Zustimmung zum Änderungsvorschlag der AfD

Begründung:

Jagdschutzmaßnahmen können sowohl auf Flächen der Bundesbahn als auch auf Flugplätzen notwendig werden und damit in den Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei fallen. Ebenso ist es möglich, dass Jagdschutzmaßnahmen im Rahmen der Wildereibekämpfung durch Ermittlungsbehörden erforderlich sind.

7. Zu Nummer 35 (§ 41 Abs. 5) – Zustimmung zu Änderungsantrag der AfD

Begründung:

Die vorgenommene Ergänzung um die Worte „*mindestens zweimaliger*“ wird befürwortet, eine zweimalige schriftliche Mahnung entspricht den Gepflogenheiten eines ordentlichen Mahnverfahrens. Die Streichung von Satz 2 des Entwurfes von § 41 Abs. 5 wird befürwortet. Eine gesetzlich verbriefte Festanstellung von „Aufsichtspersonal“ behördlicherseits vorzuschreiben dürfte nach unserem Verständnis auch Grundgesetzwidrig sein.

8. Zu Nummer 36 (§ 42 Abs. 1 Nr. 2 und zu §42 Abs. 2) – Zustimmung zum Änderungsantrag AfD

Begründung:

Der Landesjagdverband hat im Rahmen der dem Ausschuss des Landtags vorliegenden schriftlichen und mündlichen Stellungnahme zum Gesetzentwurf ausreichend und fachlich untermauert seine Ablehnung zu der in §42 vorgesehenen Gesetzesänderung dargelegt, da sie sowohl arten- als auch tierschutzwidrig in Bezug auf die freilebende Fauna ist. Die Zustimmung zum Änderungsantrag der AfD ist somit logische Konsequenz.

9. Zu Nummer 37 (§ 43 Abs. 4 und 5) – Zustimmung zum Änderungsantrag der AfD

Begründung:

Der LJV Thüringen e.V. hat sich in seiner Stellungnahme bereits gegen die im Entwurf geplanten Änderungen zu § 43 Abs. 4 und 5 ausgesprochen. Die Begründung der Fraktion der AfD wird aus fachlicher Sicht mitgetragen.

10. Zu Nummer 40 (§ 52 Abs. 2, 3 und 5) – Ablehnung zum Antrag der AfD

Begründung:

Auch wenn das Ansinnen der AfD in der Begründung zum Änderungsvorschlag durchaus nachvollziehbar und als sinnvoll erachtet wird, sehen wir hier keinen zwingenden Änderungsgrund zum Gesetzentwurf.

11. Zu Nummer 50 (§ 56) – Zustimmung zum Änderungsvorschlag der AfD

Begründung:

Es wird der Argumentation der AfD in deren Begründung gefolgt und auch auf die Stellungnahme des LJV Thüringen im Rahmen der bisherigen Anhörung verwiesen.

Artikel 2

Dem Antrag des AfD wird Zustimmung erteilt.

Der Antrag stützt die Positionierung und Begründung des Landesjagdverbandes Thüringen e.V.. Seitens des LJV Thüringen e.V. wird nochmals darauf hingewiesen, dass aktuell in Fragen Schrotmunition nicht generell auf Blei als Geschossmaterial verzichtet werden kann. Durch die Deutsche Versuchs- und Prüfanstalt für Jagd- und Sportwaffen e.V. (DEVA) wurde in den bisher von dieser durchgeführten oder durch sie begleiteten Untersuchungen festgestellt und bestätigt, dass insbesondere die Schrotalternativen Weicheisen und Wolfram mit einer deutlich erhöhten Unfallgefahr verbunden sind. Zink und Kupfer sowie Wismut sind in Fragen der Umweltverträglichkeit aufgrund aktueller Untersuchungen aus dem Jahr 2018 umstritten. Alle Bleialternativen weisen aufgrund ihrer physikalischen Eigenschaften gegenüber Bleischroten eine schlechtere Tötungswirkung auf. Den Jägern des Freistaates stehen keine Schießstände zur Verfügung, auf denen sie mit Alternativschroten ... diese weisen gegenüber Blei andere Streuung, andere Schussentfernungen auf ... üben können, da keiner der Thüringer Schießstände eine Zulassung für Nichtbleischrote besitzt. Somit stehen den Jägern diesbezüglich keinerlei Übungsmöglichkeiten für den tierschutzgerechten Einsatz von Blei-Alternativschroten zur Verfügung.

Artikel 3

Dem Antrag der AfD wird unter Verweis auf Artikel 2 Zustimmung erteilt.

Vorlage 6/5666 der CDU – Änderungsantrag zum Gesetzentwurf

Zweites Gesetz zur Änderung des ThJG

Artikel 1

1. Zu Nr. 5 (§ 8) - Zustimmung zum Antrag der CDU

Begründung:

Wir verweisen auf die Stellungnahme des Landesjagdverbandes vom 17.03.2018.

2. Zu Nr. 6 (§9) – Zustimmung zum Antrag der CDU

Begründung:

Der hier vorliegende Antrag stellt eine eindeutige Klarstellung der Jagdbezirksbegriffe dar, welche im Rahmen einer optimierten Hegegemeinschaftsarbeit zu beachten sind. Die Begründung der CDU ist stichhaltig und würde damit auch die Organisation der Arbeit der Hegegemeinschaften und auch der Unteren Jagdbehörden vereinfachen und konkretisieren.

3. Zu Nummer 8 (§ 11) – Zustimmung zum Antrag der CDU

Begründung:

Die durch die CDU vorgeschlagener Ergänzung des Absatz 2 durch Satz 4 ist längst überfällig. Sie ist eigentlich Grundvoraussetzung für juristisch eindeutige Jagdpachtverträge und Fortführung eines „sauberen“ Jagdkatasters.

4. Zu Nummer 11 (§ 14) – Zustimmung zum Antrag der CDU

Begründung:

Durch Streichung von Nr. 11 b werden die für alle bisherigen Jagdpachtverträge sich auch ökonomisch auswirkenden Definitionen von Hoch- und Niederwildjagdbezirken gesichert und gem. den im Gesetz der Fassung von 2013 erhalten. Die Begründung steht nicht im Widerspruch zur Positionierung des LJV Thüringen in seiner Stellungnahme vom 17.03.2018

5. Zu Nummer 18 (§21) – Zustimmung zu Teil 1 von Abs. 4 Satz 1 .

Begründung:

Das Untersagen oder beschränken des Betretungsrechtes auf Antrag der Hegegemeinschaften wird befürwortet, Die Hegegemeinschaften wissen am ehesten über die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze der in ihrem Territorium vorkommenden Wildtierarten Bescheid. Da aus unserem Verständnis der Wald auch Bestandteil der freien Natur ist, kann die Ergänzung „oder des Waldes“

entfallen. Siehe dazu Stellungnahme des Landesjagdverbandes im Rahmen der Anhörung vom 06.06.2019 vor dem Agrarausschuss des Landtags.

6. Zu Nummer 21 (§ 26) – Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU

Begründung:

Durch die in § 26 Abs. 1 Satz 1 vorgenommene Änderung wird die Bedeutung der Unteren Jagdbehörde gesetzlich gestärkt und deren Aufgabe eindeutig definiert.

7. Zu Nummer 22 (§ 27) – Ablehnung des Änderungsantrages der CDU

Begründung:

Wir verweisen auf unsere Positionierung im Rahmen der mündlichen Anhörung vom 06.06.2019. Die reine Übertragung von Verwaltungsaufgaben der nach wie vor durch die Oberste Jagdbehörde verwendeten Jagdabgabe unter Zubilligung eines Verwaltungsaufwandes von 7% ist rein rechnerisch für den Landesjagdverband nicht zu verantworten. Die Verwaltungsaufgaben bei Verwendung der Jagdabgabe bedingen einen Vollzeit-Arbeitsplatz, der mit den zugebilligten 7 % Verwaltungspauschale nicht abgesichert werden kann. Die Vollfinanzierung einer Arbeitsstelle unabhängig von den Mitteln aus Mitgliedsbeiträgen des Verbandes ist Grundvoraussetzung für die Übernahme der Verwaltungsarbeiten durch den Verband.

8. Zu Nummer 24 (§29) - Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU

Begründung:

Wir verweisen auf unsere Stellungnahmen vom 17.03.2018 und den Positionierungen des Landesjagdverbandes im Rahmen der mündlichen Anhörung vom 06.06.2019. Zugleich ersuchen wir um unbedingte Beachtung unserer Ausführungen zum Änderungsvorschlag der AfD (deren Nr. 3) zu gleichem Sachverhalt.

9. Zu Nummer 25 (§ 30) – Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU unter Verweis auf notwendige Korrektur

Begründung:

Wenn die CDU die bisher geltende Definition für eine „Drückjagd“ erhalten möchte, dann bitte in der bisherigen Fassung von 2013:

(3) Drückjagd ist jede Gesellschaftsjagd, bei der Schalenwild durch nur wenige Personen, auch mit kurzjagenden Hunden, so beunruhigt wird, dass es seinen Einstand verlässt und den Schützen zumeist vertraut anwechselt.

Bedeutsam sind die Begriffe „wenige Personen“, „kurzjagende Hunde“ und „zumeist vertraut anwechselt“ – eine bessere Definition für Drückjagd dürfte schwer zu finden sein!

10. Zu Nummer 27 (§ 32) – Zustimmung zum Vorschlag der CDU

Begründung:

Obwohl der Landesjagdverband in seiner Stellungnahme vom 17.03.2018 der geplanten Änderung zustimmte, zeigt er sich nach eingehender Beratung im Fachgremium dem Ansinnen der CDU aufgeschlossen. Grundsätzlich hat sich der „alte“ § 32 bewährt, Bejagungsregelungen wurden in der ThJGAVO definiert und sollten auch dort detailliert geregelt bleiben.

Im Änderungsvorschlag der CDU fehlen aus Sicht des LJV Thüringen jedoch Verweise auf eine Mitwirkungsberechtigung oder -pflicht der Hegegemeinschaften. Es wäre sehr sinnvoll, diese Passage aus dem Änderungsentwurf zu übernehmen oder neu in dem Entwurf der CDU aufzunehmen.

11. Zu Nummer 28 (§ 33) – Zustimmung zum Änderungsvorschlag der CDU

Begründung:

Wir verweisen auf unsere Positionierung vom 17.03.2018, auf unsere diesbezüglichen Ausführungen mündlicher und schriftlicher Art zur Anhörung am 06.06.2019 und zu den Zeilen in unserer Stellungnahme zum Änderungsantrag der AfD.

12. Zu Nummer 30 (§ 34) – Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU

Begründung:

Eine explizide Aufnahme des Muffelwildes in den § 34 wird abgelehnt, Muffelwild bedarf im Einzelfall einer Bestandesstützung. Dies ist umso bedeutungsvoller, als dass es in Fragen der Muffelwildbewirtschaften inzwischen um den Arterhalt dieser Wildtierart geht, die auch in Deutschland, einem wichtigen Genreservoir für diese Art, durch Luchs und Wolf zunehmend unter Druck gerät.

13. Zu Nummer 36 (§ 42) – Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU

Begründung:

Wir erweisen auf unsere Stellungnahmen und Positionierungen vom 17.03.2018, vom 06.06.2019 und unseren Ausführungen zum Änderungsantrag der AfD. Die im Gesetzentwurf geplanten Änderungen in § 42 sind wider dem Arten- und Tierschutz und entsprechen den Idealen einer ideologisch geprägten Jagdgegnerschaft urbaner Räume.

14. Zu Nummer 37 (§ 43) – Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU

Begründung:

Wir erweisen auf unsere Stellungnahmen und Positionierungen vom 17.03.2018, vom 06.06.2019 und unseren Ausführungen zum Änderungsantrag der AfD. Der Beibehalt der gesetzlich verbrieften

Fütterungspflicht in Notzeiten dient zugleich dem Tier- und Artenschutz in einer Kulturlandschaft und der Vorbeugung von Waldschäden in Notzeiten.

15. Zu Nummer 44 (§ 50) – Zustimmung zum Änderungsvorschlag der CDU

Begründung:

In seiner Positionierung vom 06.06.2019 stimmte der LJV Thüringen e.V. dem Änderungsvorschlag entsprechend des Gesetzentwurfes nach DRS 6/6959 zu. Auch ist die abgegebene Begründung dazu durchaus zu akzeptieren.

Bei genauerer Betrachtung muss aber kritisch hinterfragt werden, ob eine oberste Behörde überhaupt personell in der Lage ist, diese Aufgaben abzusichern und ob sie in Fragen Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nicht ggf. in Konflikte als fachlicher Dienstherr der Unteren Jagdbehörden in Streitfällen mit diesen kommt. Unter Berücksichtigung dessen erscheint die von der CDU vorgeschlagene Änderung sinnig, d.h. fachliche Zuständigkeit und Anleitung durch die regional und lokal zuständige Untere Jagdbehörde. Somit bliebe die völlig neutrale Fachaufsicht durch die Oberste Behörde gewahrt, die UJB würde in ihrer Bedeutung aufgewertet und eine Sonderstellung der Landesforstanstalt und des NP Hainich wäre in Fragen der Jagd nicht gegeben.

II. Artikel 2

Dem Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion kann zugestimmt werden, da hier eindeutig Priorität auf Entscheidung des Bundes gelegt wird. Wir verweisen in diesem Zusammenhang nochmals auf die Stellungnahme des Landesjagdverbandes zur mündlichen Anhörung vom 06.06. und auf die Begründung zum Änderungsantrag der AfD. Die Landesregierung muss sich darüber im Klaren sein, dass eine Entscheidung pro oder contra Bleischrot sehr weitreichende Folgen hat, die weit über eine Minimierung des Bleieintrages in die Umwelt hinausgeht. Im Gegensatz zu bleihaltiger oder bleifreier Jagdbüchsenmunition spielen beim Schrotschuss Tötungswirkung, Streuung, Reichweite und damit auch Unfallverhütung und tierschutzgerechte Erlegung eine wesentlich größere Rolle. Dabei sind noch völlig unberücksichtigt die ökonomischen Auswirkungen im Zusammenhang mit Sanierungsmaßnahmen bestehender Schießstände, die zum Üben mit der auch jagdlich einzusetzenden Munition unbedingte Voraussetzung sind.

Aus Sicht des Landesjagdverbandes steht eine Entscheidung zur Annahme des Änderungsvorschlages der CDU in engem Zusammenhang mit einer evt. sinnvollen Änderung des Artikel 3, in welchem ggf. Absatz 2 gestrichen werden kann.

III. Artikel 4 angefügt

Die Anfügung des Artikel 4 zur kurzfristigen Änderung der ThürJZVO mit Aufnahme der Nilgans wird als sinnvoll und eigentlich längst überfällig angesehen. Sie findet volle Zustimmung des Landesjagdverbandes. Der Änderungsvorschlag der CDU würde, so er denn Berücksichtigung findet, selbst bei Ablehnung des Änderungsvorschlages der AfD zu § 21, den Forderungen der Landwirte und Jäger zur Zehntung dieser invasiven Vogelart Rechnung tragen und eine schnelle Umsetzung gewährleisten.

Vorlage 6/5772 der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Änderungsantrag zum Gesetzentwurf

Zweites Gesetz zur Änderung des ThJG
Artikel 1

1. Zu Nummer 25 (§30) – Zustimmung zum Änderungsantrag der Regierungskoalition

Begründung:

Damit trägt die Koalition den Forderungen der Jägerschaft Rechnung und akzeptiert auch die Forderungen der CDU in deren Änderungsantrag.

2. Zu Nummer 28 (§ 33) – Ablehnung des Änderungsantrages der Regierungskoalition

Begründung:

In Anbetracht möglicher Wechsel von Koalitionen auf Landesebene bringt die hier vorgeschlagene Änderung in Bezug auf den Erhalt bundeseinheitlicher Forderungen gemäß der in Bundesjagdgesetz bisher klar definierter Regelungen gar nichts. Der Landesjagdverband beharrt hier fest auf seinen bisherigen Positionierungen aus 2018 und nochmals konkretisiert dargelegt im Rahmen der mündlichen Anhörung am 06.06.2019. Siehe auch die Änderungsanträge der Oppositionsparteien, die hier eine eindeutige Positionierung in Bezug zu den Bundesregelungen vertreten.

3. Zu Nummer 33 (§ 39) – Zustimmung zum Änderungsantrag

Begründung:

Der Änderungsantrag greift die Änderungsanträge des Landesjagdverbandes im Rahmen der mündlichen Anhörung vom 06.06.19 auf, er entspricht dem Änderungsantrag der AfD unter 5.

4. Zu Nr. 50 (§ 56) – Zustimmung zum Änderungsantrag

Begründung:

Der Änderungsantrag basiert auf Nr. 3 zu Nummer 33.

II Änderungen zu den Artikeln

Der Einfügung des Artikels 3 wird vom Grundsatz her zugestimmt. Der Änderungsvorschlag der Koalition greift lediglich den Änderungsvorschlag der Oppositionspartei CDU auf und platziert diesen an einer anderen Stelle, somit kein Neuwert.

III Änderungen zu Artikel 3 des Gesetzentwurfes

Die in Absatz 1 getroffene Ergänzung findet Zustimmung. Der Beibehalt des Inkrafttretens des Artikel 2 des Gesetzentwurfes wird unter Verweis auf alle bisherigen Positionierungen des Landesjagdverbandes abgelehnt.

Geschäftsführer

17228/19



Landesjagdverband Thüringen e. V.

im Deutschen Jagdschutz-Verband e. V.
Anerkannter Verband nach § 59 Bundesnaturschutzgesetz

LJV Thüringen e. V., Frans-Hals-Str 6 c 99099 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom: 05.07.2019

Unser Zeichen:

Unsere Nachricht vom:

Unser Aktenzeichen:

Name:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Internet:

www.ljv-thueringen.de

Datum:

02.08.2019

Anhörungsverfahren gem. § 79 GO ThL – Änderung des Thüringer Jagdgesetzes i.V.m. Ergänzung Änderungsantrag AfD in Vorlagen 6/5838

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem ergänzten Änderungsantrag der Fraktion der AfD zum Schwerpunkt der Gesetzesvorlage in Artikel 2 „Verbot bleihaltiger Schrotmunition bei Jagdausübung“ wird unter Berücksichtigung all unserer bisherigen Stellungnahmen und des nun durch die Fraktion ergänzten Materials unsere volle Zustimmung erteilt.

Der Landesjagdverband Thüringen e.V. fordert auch unter Bezugnahme auf noch ausstehende EU-Vorschläge an die Mitgliedsstaaten (siehe erste Erörterung Sitzung REACH-Ausschuss zu Bleischrot in Feuchtgebieten vom 14.02.2019), die nicht vor Ende 2019 zu erwarten sind, ein generelles Verbot von Bleischrot bei der Jagdausübung sowohl aus Gründen des Tierschutzes (Tötungswirkung) als auch der Unfallverhütung für Mensch und Tier keinesfalls in das Gesetz aufzunehmen. Nach wie vor gibt es für den Schrotschuss auch auf absehbare Zeit keine wirkliche Bleialternative insbesondere zur Bejagung von Prädatoren des Niederwildes. Auch stehen im Freistaat auf absehbare Zeit keine Schießstände zur Verfügung, auf denen mit Blei-Alternativmaterialien der Schrotschuss geübt werden kann.

Die Positionierung des Landesjagdverbandes wird durch die von der Fraktion der AfD eingebrachten Positionierungen der Bundesregierung in DRS 17/13323 und im Schreiben des BMELV vom 11.07.2013 bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Formblatt Datenerhebung

Präsident

THÜR. LANDTAG POST
12.08.2019 15:32

17698/2019



THÜRINGENFORST

Wir machen den Wald.
Für Sie!

ThüringenForst · Hallesche Straße 16 · 99085 Erfurt

**ThüringenForst - Zentrale
Der Vorstand**

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809

zentrale@forst.thueringen.de

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht
Drs. 6/6959-A 6.1j

Geschäftszeichen
SG 2.1 / G400

Bearbeiter / Durchwahl

Datum
08.08.2019

Stellungnahme der Landesforstanstalt „ThüringenForst – AÖR“ im ergänzenden schriftlichen Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes“

Sehr geehrte Damen und Herren,

grundsätzlich hält die Landesforstanstalt „ThüringenForst - AÖR“ an ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf vom 16.05.2019 fest. Diese Stellungnahme ist nochmals diesem Schreiben als Anlage beigelegt.

Zu den Änderungsanträgen der Fraktionen des Thüringer Landtages nehmen wir wie folgt Stellung:

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5772:

Artikel 1

Nummer 25 (zu § 30 „Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd“) Streichung des Buchstabens b

Die Neufassung der Definition von Treib- und Drückjagd wurde mit Stellungnahme vom 16.05.2019 begrüßt. Sie trägt zur Klarstellung und Differenzierung bei. Die Neufassung der Definitionen sollte beibehalten werden.

Nummer 28 (zu § 33 „Jagd- und Schonzeiten“)

Die Änderung wird mitgetragen.

Nummer 33 (zu § 39 „Verwendung von Jagdhunden“)

Die Änderung wird mitgetragen.

Nummer 50 (zu § 56 „Ordnungswidrigkeiten“)

Die Änderung wird mitgetragen.

Geschäftsanschrift

ThüringenForst
Anstalt öffentlichen Rechts
Hallesche Straße 16
99085 Erfurt
Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809
zentrale@forst.thueringen.de
www.thueringenforst.de

Verwaltungsratsvorsitzende

Ministerin Birgit Keller

Vorstand

Eingetragen beim

Amtsgericht Jena
HRA 503042
St.-Nr.: 151/144/09607
USt.-ID: DE 811570658
Finanzamt Erfurt

Bankverbindung

ThüringenForst – Zentrale
Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN DE92 8205 0000 1302 0100 93
SWIFT-BIC HELADEF820



Artikel 3

Die Neuaufnahme des Artikels 3 zur Aufnahme der Nilgans in die Thüringer Jagdzeitenverordnung sowie die daraus resultierenden Folgeänderungen in den Artikeln werden mitgetragen.

Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Vorlage 6/5666:

Artikel 1

Nummer 6 (zu § 9 „Landesjagdbezirke“) sowie Folgeänderung Nummer 5 (zu § 8 „Eigenjagdbezirke“)

Die Grundintention der Änderung, den Landes- und Bundesjagdbezirken eine besondere Darstellung im Jagdgesetz zu gewähren, wird befürwortet. Auf Grund der besonderen Allgemeinwohlverpflichtung, der Verpflichtung zur vorbildlichen Umsetzung der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft sowie Gewährleistung aller Waldfunktionen nach Thüringer Waldgesetz, stellen die Landesjagdbezirke eine Sonderstellung bei den Eigenjagdbezirken dar. Die Landesforstanstalt mit den Landesjagdbezirken hat eine besondere Verantwortung zur Unterstützung des Landes Thüringen bei den ambitionierten Waldumbauzielen zu klimastabilen Wäldern in allen Waldeigentumsformen. Die Jagdausübung hat hierbei eine besondere Bedeutung, um diese Ziele bei unterschiedlichen Interessenlagen zu forcieren. Durch die schon heute sichtbaren Folgen des Klimawandels sind großflächige Wiederbewaldungen bzw. Wiederaufforstungen und massive Waldumbauanstrengungen notwendig. Das jagdliche Handeln auf der Fläche, z.B. beim Eindringen von Wild in Forstschutzgatter, darf zu dieser Unterstützung nicht verwaltungsaufwendig werden.

Eine Sonderstellung wird ebenfalls in einem Nationalpark und auf Grund der militärischen Nutzung bei den Bundesjagdbezirken gesehen. Eine Sonderstellung für die Stiftung Naturschutz Thüringen und die Deutsche Bundesstiftung Umwelt wird indes nicht gesehen.

Dahingehend und auch auf Grund der Detailtiefe des Änderungsvorschlages, die nicht mit der Intention eines Gesetzes im Einklang steht und nicht erforderlich ist, lehnen wir die Änderung in dieser Form ab. Auch lässt sich eine abschließende Konsequenz im Vorschlag nicht erkennen. Wenn sich die Landesforstanstalt eine Dienstordnung über die Verwaltung, die Nutzung und den Betrieb der Jagd geben muss, warum dann nicht auch die anderen genannten Institutionen des § 9.

Ebenfalls lehnen wir die Änderung in Verbindung mit Änderungsvorschlag 15 Nummer 44 (zu § 50) ab.

Nummer 8b (zu § 11 „Jagdgenossenschaft“)

Der Änderungsvorschlag trägt aus unserer Sicht nicht zur Klarstellung zu Art und Umfang eines Jagdkatasters bei. Es erweitert den Umfang eines Jagdkatasters in Thüringen und erzeugt Kosten und Verwaltungshandeln in den Thüringer Kommunen. Den Änderungsvorschlag lehnen wir ab.

Nummer 11 (zu § 14 „Verpachtung von Teilen eines ...“)

Die Unterscheidung nach Hoch- und Niederwildjagdgebieten im ThJG ist entbehrlich, da daraus keine weiteren rechtlichen Konsequenzen entstehen. Die Mindestpachtzeit wurde einheitlich auf neun Jahre festgesetzt. Den Änderungsvorschlag lehnen wir ab.

Nummer 18 (zu § 21 „Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes“)

Den Änderungsvorschlag lehnen wir ab. Die Beantragung soll auf den Einzelfall beschränkt bleiben. Die in der Begründung genannte Einstimmigkeit eines entsprechenden Zusammenschlusses muss nach aufwendigem Verwaltungshandeln durch die Unteren Jagdbehörden geprüft und festgestellt werden.

Nummer 21 (zu § 26 „Jagdschein“)

Den Änderungsvorschlag lehnen wir ab. Die Zuständigkeit der Unteren Jagdbehörden bei der Jagdscheinerteilung ist ausreichend im ThJG § 50 festgelegt.

Nummer 22 (zu § 27 „Mittel zur Förderung des Jagdwesens und Gegenstand der Förderung“)

Der Änderung wird abgelehnt. Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019 und stellen nach erfolgter Prüfung durch den Thüringer Rechnungshof die Jagdabgabe in Gänze in Frage. Die Änderungen der Bündelung und Verwaltung der jährlich erhobenen Jagdabgabe als eine hoheitliche Aufgabe kann aus unserer Sicht nicht an eine Vereinigung der Jäger übertragen werden. Die hoheitlich und fiskalisch notwendigen Kontrollmechanismen sind bei Vereinigungen nicht umsetzbar.

Nummer 24 (zu § 29 „Sachliche Verbote und Gebote“)

Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019.

Nummer 25 (zu § 30 „Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd“)

Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019 und auf den entsprechenden Punkt im Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Nummer 27 (zu § 32 „Regelung der Bejagung“)

Den Änderungsvorschlag lehnen wir ab. § 32 des ThJG ist dringend überarbeitungsnotwendig. Die „außerordentliche Bewährung“ wird nicht gesehen. Detaillierte Ausführungen sind dazu in unserer Stellungnahme vom 16.05.2019 enthalten.

Nummer 28 (zu § 33 „Jagd- und Schonzeiten“)

Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019.

Nummer 30 (zu § 34 „Aussetzen von Tieren“)

Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019.

Nummer 36 (zu § 42 „Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten“)

Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019.

Nummer 37 (zu § 43 „Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes“)

Die Änderung und damit Pflicht zur Fütterung des Wildes lehnen wir ab. Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019. Notlagen für das Wild, die eine Fütterung notwendig machen, sind in Thüringen nur bei extrem harten Wintern gegeben.

Nummer 44 (zu § 50 „Jagdbehörden“)

Zuvorderst ist festzustellen, dass die Begründung der Änderung irreführend ist. Die derzeit funktionierenden Strukturen werden hier nicht korrekt wiedergegeben. Während die zuständige Behörde für die Eigen- und Gemeinschaftsjagdbezirke die jeweils zuständige Untere Jagdbehörde ist, so ist es für die Wahrnehmung der Aufgaben nach den §§ 32 und 44 ThJG in den Landesjagdbezirken die Landesforstanstalt. In Jagdbezirken des Bundes werden diese Aufgaben durch die Bundesforsthauptstellen wahrgenommen. Diese Zuständigkeit hat sich bewährt.

Der Vorschlag der Landesforstanstalt ist es, diese Zuständigkeit nicht zu verändern. Die Änderung der Fraktion der CDU lehnen wir daher ab. Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019.

Artikel 2

Die Änderung des Artikels 2 zur Verwendung von bleihaltigem Schrot wird mitgetragen.

Artikel 4

Die Aufnahme der Nilgans in die Thüringer Jagdzeitenverordnung wird mitgetragen.

Änderungsantrag der Fraktion der AfD in Vorlagen 6/5654 und 6/5838:

Artikel 1

Nummer 3 (zu § 6 „Befriedete Bezirke, Ruhen der Jagd“)

Die Änderung wird abgelehnt.

Nummer 18 (zu § 21 „Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes“)

Die Änderung ist mit Bezug zur Nilgans nachvollziehbar. Die Landesforstanstalt bevorzugt hier jedoch eine Aufnahme von invasiven, potentiell jagdbaren Arten in die Thüringer Jagdzeitenverordnung. Vergleich dazu, die Änderungsanträge der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der CDU.

Nummer 24 (zu § 29 „Sachliche Verbote und Gebote“)

Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019.

Nummer 28 (zu § 33 „Jagd- und Schonzeiten“)

Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019.

Nummer 33 (zu § 39 „Verwendung von Jagdhunden“)

Die Änderung wird mitgetragen. Auf die entsprechende Änderung der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird verwiesen.

Nummer 35 (zu § 41 „Jagdschutzberechtigte“)

Das Erfordernis, dass die Bundespolizei sowie die übrigen Ermittlungspersonen der Thüringer Staatsanwaltschaft den Jagdschutz ausüben, wird aktuell nicht gesehen. Sollte dies erforderlich sein, ist insbesondere bei der Bundespolizei eine Regelung im Bundesjagdgesetz notwendig, da hier in die Verfügungskompetenz des Bundes eingegriffen wird.

Die Änderung zum § 41 Abs. 5, Anstellung von bestätigten Jagdaufsehern, wird abgelehnt.

Nummer 36 (zu § 42 „Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten“)

Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019.

Nummer 37 (zu § 43 „Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes“)

Die Änderung und damit Pflicht zur Fütterung des Wildes lehnen wir ab. Wir beziehen uns auf unsere Stellungnahme vom 16.05.2019. Notlagen für das Wild, die eine Fütterung notwendig machen, sind in Thüringen nur bei extrem harten Wintern gegeben.

Nummer 46 (zu § 52 „Jagdbeirat“)

Die Änderung wird abgelehnt. Es würde in den Jagdbeiräten zu einer deutlichen Schwächung der kommunalen und privaten Waldbesitzer sowie der Interessen des Staatswaldes kommen, die nicht mit den Zielen des Thüringer Jagdgesetzes nach § 1 übereinkommen. Überdies würde Kompetenz in den Jagdbeiräten in Bezug auf die Gesamtsicht auf das Ökosystem Wald deutlich verloren gehen. Da das Ökosystem Wald den Hauptlebensraum unseres einheimischen Wildes darstellt, ist dies nicht hinnehmbar.

Nummer 50 (zu § 56 „Ordnungswidrigkeiten“)

Folgeänderung

Artikel 2

Wir verweisen auf die entsprechende Stellungnahme im Änderungsantrag der Fraktion der CDU.

Artikel 3
Folgeänderung

Mit freundlichen Grüßen

Vorstand

Anlagen

Schriftliche Ausfertigung der Stellungnahme zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
Formblatt zur Umsetzung des Thüringer Beteiligentransparenz-dokumentationsgesetzes

Stellungnahme der Landesforstanstalt „ThüringenForst – AöR“ im Anhörungsverfahren des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten des Thüringer Landtages zum Gesetzentwurf des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes“

Die Thüringer Jäger erbringen täglich wertvolle Leistungen die der Natur, dem Wald, der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, der Gesellschaft und nicht zuletzt dem Wild zu Gute kommen. Tausende Stunden werden dabei sowohl in die Wildhege und -regulierung, als auch in die Biotoppflege und den Tier- und Artenschutz investiert. Das Engagement der Thüringer Jäger ist hierbei nicht hoch genug zu werten. Die naturschutzfachlichen Leistungen kommen weit mehr Arten der heimischen Fauna zugute, als die Liste der dem Jagdrecht unterliegenden Arten umfasst.

Thüringen ist geprägt von Kulturlandschaften, in der sich der Wildbestand nicht selbstständig reguliert. Dies gilt auch für wenig oder nicht vom Menschen bewirtschafteten Landschaftsräume. Die Jagd ist notwendiger Bestandteil, um Schäden in der heimischen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft abzuwenden und nicht zuletzt um ein hochwertiges Lebensmittel nachhaltig zu produzieren. Dabei hat sie aus unserer Sicht vor allem eine dienende Funktion zur Unterstützung der Landnutzer und dem Schutz des Grundeigentums.

Die Jagd in Thüringen und die jagdliche Gesetzgebung sollten sich der ablehnenden Haltung der heutigen Gesellschaft gegenüber der Trophäenjagd annehmen. Auch ThüringenForst steht der auf Jagdtrophäen ausgerichteten Jagd ablehnend gegenüber. Hegeziel kann nicht der sogenannte reife, männliche Trophäenträger mit hohen Gewichten an Kopfschmuck sein, sondern sollte sich an einer vitalen Tierpopulation orientieren die so in natürlicher, arttypischer Lebensweise in den Kulturlandschaften Thüringens leben kann.

Das Jagdgesetz soll hierbei Ziele, Rahmen und Leitplanken der Jagd vorgeben. Es soll nicht eingrenzen und von überholten Verboten geprägt sein, sondern Möglichkeiten aufzeigen, die eine gesetzeskonforme Jagd mit verschiedenen Jagdstrategien möglich machen.

Ziel einer Änderung des Thüringer Jagdgesetzes sollte es daher sein, Hemmnisse, die einer effektiven Bejagung entgegenwirken sowie aufwendiges behördliches Handeln zu reduzieren. Zudem sollten in einem modernen Jagdgesetz die bewährten Jagdtraditionen in einen zeitgemäßen Rahmen gesetzt werden.

Der übermittelte Gesetzentwurf enthält konstruktive Elemente, die Thüringen den Zielen nach § 1 des Thüringer Jagdgesetzes näherbringen. Besonders hervorzuheben ist hierbei, die Möglichkeit der Nutzung eines Schalldämpfers aus Gesundheits-, Arbeits- und Tierschutzgründen für alle Jäger in Thüringen sowie die Neuregelungen zum Überjagen von Jagdhunden bei Bewegungsjagden. Auch die Ansätze zur Neuregelung bzw. Vereinfachung der Abschussplanerstellung und -genehmigung sind erfreulich. Durch einen Mindestabschussplan beim Rehwild kann behördliches Handeln reduziert werden. Andere Bundesländer gehen hier bereits weiter und haben für Rehwild, adäquat dem Schwarzwild, keinen Abschussplan mehr vorgesehen. Auch in Thüringen ist dies in zwei Projektgebieten, u.a. im Projekt „Rehwildbewirtschaftung ohne Abschussplan in der Rehwildhegegemeinschaft Hainich“, seit Jahren erfolgreich praktiziert worden.

Leider sind aber auch Änderungen enthalten, die die Landesforstanstalt nicht befürworten kann. Zu nennen sind hier insbesondere die Streichung des § 9 und § 50 (3) ThJG. Aus unserer Sicht können Forderungen der Verwaltungsreform und -vereinheitlichung eine Streichung des § 50 (3) nicht begründen. Eine Übertragung der Aufgaben der Abschussplangenehmigung der Landesjagdbezirke an die Oberste Jagdbehörde ist gegenüber der bisherigen Regelung mit Mehraufwand auf beiden Seiten

verbunden, stellt jedoch entgegen der zunächst überlegten Variante „Abgabe an die Unteren Jagdbehörden“ eine deutlich praktikablere Lösung dar. Mussten mit der derzeitigen Regelung 24 Abschusspläne in den Landesjagdbezirken geführt werden, so erhöht sich diese Zahl auf über 80 Pläne in den neu entstandenen Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt. Die derzeitige ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung wird aktuell erfolgreich und könnte auch weiterhin durch die Zentrale der Landesforstanstalt gewährleistet werden. Eine mögliche Aufgabenübertragung auf die Unteren Jagdbehörden der Landkreise führt aus unserer Sicht zu weiteren Bürokratisierung, da viele Landesjagdbezirke über mehrere Kreisgrenzen verlaufen. Eine Übernahme der bisherigen Aufgaben nach § 50 (3) hätte eine deutliche Steigerung der Belastung (Kosten) der Landkreise, wie auch bei ThüringenForst zur Folge. Neben der Abschussplanung der Landesforstanstalt würden künftig auch Anordnungen zum Schutz von Kulturen und insbesondere die Streckenaufnahme und –statistik zu den Aufgaben der Unteren Jagdbehörden zählen. Die Strecke der Landesforstanstalt von jährlich ca. 20 000 Stück Schalenwild müsste zudem über die Unteren Jagdbehörden der Landkreise verwaltet werden. Wir denken nicht, dass diese personell und kapazitiv auf diese Aufgaben vorbereitet sind.

Die Landesforstanstalt, mit der jagdrechtlichen Zuständigkeit, übernimmt für den Freistaat Thüringen weitere jagdliche Aufgaben. So ist die Landesforstanstalt eng in das Maßnahmenpaket „Plan zur Tilgung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen nach Artikel 16, RL2002/60/EG“ eingebunden. ThüringenForst hat sich im Seuchenfall bereiterklärt, kurzfristig Personal und Material zur Vor-sorge, Tilgung, Suche und Bergung bereitzustellen (keine andere Institution des Freistaates Thüringen konnte diese Leistungen garantieren). Des Weiteren übernimmt die Landesforstanstalt die Aufgabe der Auszahlung pauschaler Festbeträge für die Durchführung vorbeugender Maßnahmen gegen den Eintrag der Afrikanischen Schweinepest nach Thüringen. Auch dieses stellt eine jagdhoheitliche Aufgabe dar. Bei Verlust des § 50 (3) wird es schwer, den Mitarbeitern der Landesforstanstalt zu erklären, dass auf der einen Seite erfolgreich umgesetzte jagdhoheitliche Aufgaben der Landesforstanstalt entzogen werden und auf der anderen Seite Anforderungen zur Übernahme zusätzliche jagdhoheitliche Aufgaben entstehen. Dies ist bezüglich des Engagements und der Motivation der Mitarbeiter der Landesforstanstalt in diesem Bereich nicht förderlich.

Die Streichung des Paragraphen zu den Landesjagdbezirken hat weitreichende Folgen für die Jagdausübung bei der Landesforstanstalt. Hier fehlen im Gesetzentwurf entsprechende Anpassungen, um den gesetzlichen Auftrag weiter zu gewährleisten. Hinsichtlich der Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung wären Änderungen besonders in Bezug auf die Hegegemeinschaften notwendig gewesen. Ob die derzeitigen Regelungen zu den Hegegemeinschaften grundgesetzkonform sind, ist unklar, aus unserer Sicht ist dies zu Verneinen.

Der Wald in Thüringen erlebt gerade durch die Winter- und Frühjahrsstürme sowie die Trockenheit des Jahres 2018 eine Borkenkäferkalamität, wie in den letzten 70 Jahren nicht mehr. Die Fichte, der Brotbaum in Deutschlands Wäldern, ist hierbei am stärksten betroffen. Aber auch Laubbäume zeigen Auswirkungen der Trockenheit, die mit der Zunahme neuer und bekannter Schadorganismen einhergehen. Eschentriebsterben, Eichenprozessionsspinner und Ahornrußrindenkrankheit sind Krankheiten und Schadinsekten, mit denen sich der Waldbesitzer heute auseinandersetzen muss. Der Klimawandel ist in Thüringen Realität geworden. Den Wald trifft dies am deutlichsten, da sich die langlebigen Wälder nur schwer an diese doch kurzfristigen Änderungen einstellen können. Das uns vertraute Waldbild wird sich vielerorts deutlich ändern. Bäume sterben ab, neue Bäume müssen gepflanzt werden. Die Neuanpflanzungen müssen erfolgreich in kurzer Zeit in den Wäldern ohne Schale und Verbiss etabliert werden. Die Waldbesitzer, Förster und Forstarbeiter stehen hier in den nächsten Jahren vor einer Jahrhundertaufgabe. Der Bau von Wildschutzzäunen ist bei diesem Umfang der Aufforstungsfläche keine Option zum Schutz der jungen Bäume. Den Jägern kommen hierbei ebenfalls neue Aufgaben der Wildschadensverhütung zu. Durch ein modernes Jagdgesetz, mit dessen Hilfe

flexibel und effektiv auf diese Ausnahmesituation reagiert werden kann, können die Jäger Thüringens hierbei unterstützt werden.

Stellungnahme zu den Änderungen im Einzelnen:

Artikel 1

(Auf die redaktionellen Änderungen im Entwurf wird nicht näher eingegangen.)

Zu Nummer 1

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 2 (§ 3 - Feststellung der Jagdbezirke)

Die Änderung ist erforderlich und wird befürwortet.

Zu Nummer 3 (§ 6 – Befriedete Bezirke, Ruhen der Jagd)

Die Änderung wird befürwortet. Die Landesforstanstalt geht davon aus, dass ein Jagdscheininhaber die notwendige Sachkunde zum Fangen und Töten eines Tieres besitzt. Eine Klarstellung im Gesetzestext ist erforderlich.

Zu Nummer 4 und 5 (§§ 7, 8 – Verantwortlicher Jagdausübungsberechtigter, Eigenjagdbezirke)

Der Zusatz wird nur für notwendig erachtet, sofern § 9 des ThJG entfallen soll.

Zu Nummer 6 (§ 9 Landesjagdbezirke)

Die Streichung des § 9 des ThJG wird abgelehnt. Auf Grund der besonderen Allgemeinwohlverpflichtung, der Verpflichtung zur vorbildlichen Umsetzung der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft sowie Gewährleistung aller Waldfunktionen nach Thüringer Waldgesetz, stellen die Landesjagdbezirke eine Sonderstellung bei den Jagdbezirken dar. Eine gesonderte Darstellung der Landesjagdbezirke der Landesforstanstalt „ThüringenForst - AöR“ im Thüringer Jagdgesetz wird daher für notwendig erachtet. Die praktische Relevanz dieser Regelung wird auch nach Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts „ThüringenForst“ vom 25. Oktober 2011 und dem Übergang des bisher im Eigentum des Landes stehenden Grundvermögens auf die Landesforstanstalt gesehen.

Zu Nummer 7-10

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 11 (§ 14 – Verpachtung von Teilen des Jagdbezirkes; Mindestpachtzeit; Beanstandungsverfahren; Änderung von Jagdpachtverträgen)

Die Anpassung der Mindestpachtdauer an das Bundesjagdgesetz wird befürwortet. Es wird angeregt, eine noch kürzere Mindestpachtdauer von 5 Jahren vorzusehen. Eine Mindestpachtdauer von 9 Jahren wird als zu lang erachtet. Den unterschiedlichen Lebensmodellen vieler, vor allem junger Jäger, in der heutigen Gesellschaft würde eine kürzere Mindestpachtdauer deutlich entgegenkommen. Ein deutliches Signal zur Verjüngung der Jagdausübenden und der Modernisierung der Jagd insgesamt wäre damit gesetzt.

Zu Nummer 12 (§ 15 – Anzahl der Jagdpächter)

Die Änderung wird nur teilweise befürwortet. Die Änderung in Absatz 1 zur Anzahl der Pächter wird befürwortet. Die Änderung, bereits ab einer Pächtergemeinschaft von zwei Personen einen Gesellschaftervertrag abzuschließen, erhöht den Aufwand bei der Jagdverpachtung und führt nachfolgend

zu Aufwand, zusätzliche Gesellschafterverträge bei Pächtergemeinschaften durch die Unteren Jagdbehörden abzufordern. Diese Änderung ist abzulehnen.

Zu Nummer 13

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 14 (§ 17 – Jagderlaubnisschein)

Die Änderung wird befürwortet, sie ist jedoch dringend zu ergänzen. Mit Entfall der Landesjagdbezirke nach § 9 unterliegt die Vergabe der Jagderlaubnisscheine der Landesforstanstalt den allgemeinen gesetzlichen Grundlagen nach ThJG. Auf Grund der besonderen Verpflichtung der Landesforstanstalt nach dem neuen Absatz 2 des § 8 ist hierfür der entsprechende Rahmen zu schaffen. In Absatz 2 ist der Satz zu ergänzen: „Dies gilt ebenfalls nicht für eine vorübergehende Überlassung der Jagdausübung in der Zeit von weniger als einem Jahr in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt“. Dies stellt u. a. sicher, dass auch künftig Jungjäger die Möglichkeit der längerfristigen Jagdausübung in der Landesforstanstalt erhalten können und dass nicht alle Jagderlaubnisse, wie z. B. Pirschbezirke, in die Jagdscheine der Jagdausübenden eingetragen werden müssen. Dies trägt zur Vereinfachung des Verwaltungshandelns bei den Unteren Jagdbehörden bei. Gleichwohl ist im Absatz 5 der Satz um die „zur Jagd dienstverpflichtete Mitarbeiter der Landesforstanstalt“ zu erweitern. Dies stellt sicher, dass die zur Jagd dienstverpflichteten Mitarbeiter der Landesforstanstalt ebenfalls keinen Jagderlaubnisschein bei der Jagdausübung mit sich führen müssen.

Zu Nummer 15-17

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 18 (§ 21 – Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 19 (§ 22 – Wildschutzgebiete)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 20 (§ 23 – Schutz kranken und verletzten Wildes)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 21 (§ 26 – Jagdschein)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 22 (§ 27 – Mittel zur Förderung des Jagdwesens und Gegenstand der Förderung)

Die Änderung wird abgelehnt. Die Jagdabgabe nach § 27 ThJG wurde durch den Thüringer Rechnungshof im Jahr 2014 geprüft. Die Jagdabgabe wurde als nicht zielerreichend und in ihrer Beitreibung und Ausreichung als aufwändig bewertet. § 27 sowie die entsprechenden dazugehörigen Abschnitte im ThJG (§ 2 Absatz 2) sind aus dem Gesetzentwurf zu streichen.

Zu Nummer 23

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 24 (§ 29 – Sachliche Gebote und Verbote)

Die Änderung wird nur teilweise befürwortet. Neuaufnahme des Absatzes 2 zum Schießnachweis bei Gesellschaftsjagden sowie die Einsatzmöglichkeit von Schalldämpfern bei der Jagdausübung zum Gesundheits- und Tierschutz wird ausdrücklich begrüßt und befürwortet. Das Verbot, Fanggeräte oder Fangvorrichtungen, die zum Totschlagen des Wildes bestimmt sind, zu verwenden, sollte nochmals geprüft werden. Totschlagfallen sind ein effektives, tierschutzgerechtes Fallensystem um Raub-

wild, insbesondere invasives Raubwild, zu bejagen. Im Zuge des stetigen Rückgangs der Niederwildbestände werden derartige Fallensysteme eine zunehmende Bedeutung erhalten.

Zu Nummer 25 (§ 30 – Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd)

Die Änderung wird ausdrücklich befürwortet. Die alte Definition der Treib- und Drückjagd hat in der Vergangenheit oft zu Missverständnissen geführt. Die neue Definition schätzen wir als sehr gelungen und übernahmewürdig ein.

Zu Nummer 26

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 27 (§ 32 – Regelung der Bejagung)

Die Änderung wird befürwortet. Die Planung des Abschusses sollte weiter vereinfacht werden. Sofern Planungen im Einvernehmen zwischen Jagdrechtsinhabern und Jagdausübungsberechtigten aufgestellt werden, sind zusätzliche Organe, wie Jagdbeiräte und Hegegemeinschaften entbehrlich. Jagdbeiräte und Hegegemeinschaften sollten im Verfahren der Aufstellung und Bestätigung der Pläne auch im Kontext eines stringenten Ablaufs unberücksichtigt bleiben. Das Anzeigeverfahren von Abschussplänen wird begrüßt. Dem forstlichen Gutachten ist bei der Planbestätigung ein größeres Augenmerk zu geben. Die Festlegung des Abschussplanes beim Rehwild als Mindestabschussplan als einen ersten Schritt wird begrüßt. Es wird jedoch angemerkt, das Rehwild als territoriale Wildart an sich keinen Abschussplan benötigt. Eine dahingehende Verwaltungsvereinfachung bei den Unteren Jagdbehörden durch Abschaffung der Rehwildabschusspläne wird angeregt. Andere Bundesländer sind diesen Weg der Abschaffung von Rehwildabschussplänen bereits gegangen.

Zu Nummer 28 (§ 33 – Jagd- und Schonzeiten)

Eine Stellungnahme dazu ist derzeit nicht möglich, da als Grundlage der Entwurf einer neuen Verordnung über die bejagbaren Tierarten und der Schonzeiten vorliegen muss.

Zu Nummer 29

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 30 (§ 34 – Aussetzen von Tieren)

Die Änderung wird befürwortet. Insbesondere der Genehmigungsvorbehalt für das Aussetzen von Muffelwild wird begrüßt. Eine weitere Verbreitung des Muffelwildes ist aus Gründen nachteiliger Auswirkungen auf die Waldvegetation und des Tierschutzes (Schalenkrankheit des Muffelwildes) abzulehnen.

Zu Nummer 31 und 32 (§§ 37, 37a – Wildfolge, bestätigter Schweißhundeführer)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 33 (§ 39 – Verwendung von Jagdhunden)

Die Änderung wird ausdrücklich befürwortet. Das Duldungsgebot von überjagenden Hunden ist ein wesentlicher Beitrag zur Durchführung großräumiger, jagdbezirksübergreifender Bewegungsjagden und damit eine wesentliche Voraussetzung zur Bestandsreduktion beim Schwarzwild im Zuge der ASP-Prophylaxe. Jagdhunde jagen nach Instinkt, Jagdbezirks Grenzen kennen Hunde nicht. Ebenfalls wird befürwortet die Neuregelung zur Feststellung der jagdlichen Brauchbarkeit bei Jagdhunden. In der Landesforstanstalt gibt es zahlreiche zur Jagd dienstverpflichtete Mitarbeiter, die aktiv im Jagdhundewesen mitwirken und die Bestätigung als Prüfer für Jagdhundeprüfungen besit-

zen. Die Jagdhundehaltung gilt überdies als Dienstpflicht. Die Austragung von Prüfungen in der Landesforstanstalt trägt zur Reduktion von Verwaltungshandeln bei den Unteren Jagdbehörden bei.

Zu Nummer 34

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 35 (§ 41 – Jagdschutzberechtigte)

Die Änderung wird befürwortet. Im Absatz 7 ist aufzunehmen, dass die zur Jagd Dienstverpflichteten Mitarbeiter der Landesforstanstalt sich durch Vorlage ihres Dienstausweises bei Ausübung des Jagdschutzes ausweisen sollen.

Zu Nummer 36 (§ 42 – Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten)

Im gesamtgesellschaftlichen Kontext ist die Änderung des Gesetzestextes zum Töten von wildernden Hunden und Katzen nachvollziehbar. Der Tierschutz hat einen zunehmenden Stellenwert in der Bevölkerung, wie in der gesellschaftlichen Diskussion. Die Praktikabilität der neuen Regelungen zur Tötung von wildernden Hunden und Katzen sollte nochmals überprüft werden. Gleiches gilt für die Regelung für in Fallen gefangene Katzen.

Zu Nummer 37 (§ 43 – Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes)

Die Änderung wird befürwortet. Der Entfall der Verpflichtung zur Fütterung in der Notzeit wird ausdrücklich begrüßt. Notlagen für das Wild in Thüringen, die eine Fütterung notwendig machen, sind in Thüringen nur bei extrem harten Wintern gegeben. Die Notwendigkeit der Fütterung von Wild in jedem Winter wird damit nicht mehr gesehen. Unsachgemäße Fütterung, falsche Futtermittel oder Konzentration von Wild auf kleiner Fläche Schaden dem Wild bei der Fütterung oft mehr als der mögliche Nutzen eines üppigen Nahrungsangebotes. Der Verzicht auf Fütterung wird in Studien oft günstiger bewertet als die Fütterung selbst.

Zu Nummer 38

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 39 (§ 45 – Erstattungsausschluss, Ersatz weiterer Wildschäden)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 40

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 41 (§ 47 – Schadensschätzer)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 42 (§ 48 – Verwaltungsverfahren)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 43

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 44 (§ 50 – Jagdbehörden)

Die Aufhebung des § 50 (3) ThJG wird entschieden abgelehnt, die Regelungen sollen in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben. Der § 50 (3) ThJG regelt die Übertragung von Zuständigkeiten der Unteren Jagdbehörden auf die Landesforstanstalt bzw. Bundesforstverwaltung (Abschussplanung und Wild in eingezäunten Waldflächen) in den Landes- und Bundesjagdbezirken. Mit der Forderung der

Abschaffung des § 50 (3) ThJG werden dessen Inhalt, Rolle und Bedeutung verkannt. Die Behauptung, dass in Thüringen auf einer Fläche zwei gleichrangige Jagdbehörden bestehen, ist unzutreffend.

Die Untere Jagdbehörde ist allein die in § 50 (2) Nr. 2 ThJG bestimmte, d. h. die Untere Jagdbehörde des zuständigen Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt.

Der Landesforstanstalt sind mit § 50 (3) ThJG lediglich einige konkrete Aufgaben, welche außerhalb der im Eigentum der Landesforstanstalt stehenden Grundflächen der Unteren Jagdbehörde obliegen, zugewiesen. Dies ist aus keinem Sach- und Rechtsgrund zu beanstanden, sondern regelt die hoheitliche Aufgabenerfüllung durch eine staatliche Verwaltungsbehörde. Weiterhin ist festzustellen, dass gerade die mit der in Bezug genommener Vorschrift geregelten Aufgabenübertragung auf die Landesforstanstalt eine Entlastung der Unteren sowie der Obersten Jagdbehörde einhergeht. Eine formaljuristisch und jagdfachlich korrekte Arbeitsweise bei den übertragenen Aufgaben nach ThJG wird durch die Zentrale der Landesforstanstalt in Erfurt gewährleistet. In den Landkreisen wäre deutlich mehr Personal für die Aufgabenerfüllung notwendig, da aus einer zentralen Dienst Einheit dieses dezentralisiert werden würde. Gleichsam wären personelle Aufstockungen in der Obersten Jagdbehörde zur Aufgabenerfüllung notwendig. Die Beibehaltung des § 50 (3) sichert eine flächendeckend gleichmäßige Durchsetzung des Jagdgesetzes (Bejagung) auf den landeseigenen Flächen der Landesforstanstalt. Die vorbildliche und gesetzkonforme Bejagung auf Flächen des Freistaats Thüringen (hier der Landesforstanstalt) wird somit in besonderem Maße gewährleistet. Mögliche Restriktionen der Bejagung in einzelnen Landkreisen aus lokalpolitischen Gründen können so von vornherein ausgeschlossen werden. Der Grundsatz, dass die Jagdausübung dem Grundeigentümer dient, darf nicht ins Gegenteil verkehrt werden. Der vorgebrachte Einwand, alle (vermeintlich) doppelten Zuständigkeiten in der Behördenstruktur sind abzustellen, widerspricht jahrzehntelang bewährten Strukturen und kann nur zu Mehraufwand und Personalaufstockung führen. „Doppelte Zuständigkeiten“ sind im Bereich der Land- und Forstwirtschaft allgegenwärtig und auch in der Zukunft nicht zu umgehen. Genannt seien hier als Beispiele das Pflanzenschutzrecht und das Sachverständigenwesen im Forst- und Landwirtschaftsbereich. Der § 50 (3) des ThJG ein Merkmal der Einheitsforstverwaltung von Thüringen. Schließlich bewirtschaftet die Landesforstanstalt nicht nur ihren Wald und betreut zahlreiche private und körperschaftliche Waldbesitzer, sondern wirkt zudem auch als Untere Forstbehörde. Alle politischen Parteien in Thüringen haben sich bislang für das Einheitsforstamt in Thüringen ausgesprochen. Mit Wegfall des § 50 (3) würde ein wichtiger Pfeiler der vorbildlichen Bewirtschaftung entfallen.

Auf das in der Einleitung zur Stellungnahme genannte Engagement der Landesforstanstalt beim „Plan zur Tilgung der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen nach Artikel 16, RL2002/60/EG“ und der „Bekanntmachung des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft über die Auszahlung pauschaler Festbeträge für die Durchführung vorbeugender Maßnahmen gegen den Eintrag der Afrikanischen Schweinepest nach Thüringen“, wird an dieser Stelle nochmals verwiesen.

Zu Nummer 45 (§ 51 – Jagdberater)

Die Änderung wird mit einer Ergänzung befürwortet. Nach dem dritten Satz sind die Sätze: „Ein Jagdberater sowie dessen Stellvertreter soll eine forstliche Fach- oder Hochschulausbildung besitzen. Das Vorschlagsrecht für diesen Jagdberater und seinen Stellvertreter besitzt die Landesforstanstalt.“ einzufügen. Im Kreis der Jagdberater muss neben dem jagdpraktischen Wissen auch forstliches Wissen und das Wissen der Zusammenhänge im Ökosystem Wald, von Wildschäden und dessen Verhinderung sichergestellt sein. Die Forderung nach einer entsprechenden Ausbildung stellt dies sicher.

Zu Nummer 46 (§ 52 – Jagdbeirat)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 47 (§ 53 – Vereinigungen der Jäger)

§ 53 ist ersatzlos zu streichen. Die Mitwirkung von Vereinigungen der Jäger bei Verfahren nach § 1 Abs. 3 bzw. § 37 Abs. 2 Bundesjagdgesetz ist entbehrlich.

Zu Nummer 48 (§ 54 – Sachliche Zuständigkeit)

Die Änderung wird befürwortet.

Zu Nummer 49

Redaktionelle Änderung.

Zu Nummer 50 (§ 56 – Ordnungswidrigkeiten)

Die Änderung wird befürwortet. Bezüglich der Übertragung der Aufgaben als zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten in den Eigenjagdbezirken der Landesforstanstalt wird auf die Stellungnahme zu Nummer 34 (§ 50 - Jagdbehörden) verwiesen.

Zu Nummer 51

Redaktionelle Änderung.

Zu Artikel 2 (Weitere Änderung des Thüringer Jagdgesetzes)

Bezüglich des Verbotes die Jagd ab 1. Januar 2022 mit bleihaltigem Schrot auszuüben, wird angeregt eine bundeseinheitliche Regelung im Bundesjagdgesetz zur „Bleiminimierung“ abzuwarten. Die Landesforstanstalt sieht, wie viele andere Akteure beim Thema Jagd, Sicherheitsbedenken beim Einsatz „bleifreien Schrotes“ durch unkontrolliertes Abprallverhalten. Ein Mehrwert dieses Verbotes beim Gesundheitsschutz der Menschen beim Wildbretverzehr und im Naturschutz wird nach neueren Erkenntnissen nicht gesehen.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Keine Anmerkungen.

Folgende im Diskussionsprozess zum Thüringer Jagdgesetz angesprochenen Änderungen sollten dringend diskutiert und in den Gesetzentwurf aufgenommen werden:

Anpassung der Grundsätze der Jagd (§ 1 Abs. 3 ThJG)

Der Hegegedanke sollte sich konkret auf den gesunden, an seinen Lebensraum angepassten Wildbestand beziehen (Winteräusungskapazität). Die derzeitige Definition („Nachhaltigkeit der vorkommenden Wildtierarten“) bildet häufig die Begründung für die zu hohen Wildstände in Thüringen.

Kirrungen

Schwarzwildkirrungen sollten verboten oder weiter begrenzt werden. Die bundesweiten Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass durch das Kirren ein bestandserhöhender Effekt auf den Schwarzwildbestand zu beobachten ist, statt zur Reduktion kommt es durch einen zusätzlichen Nahrungsinput zu einer Vitalisierung und Erhöhung der Schwarzwildbestände. Gegenwärtig werden Schätzungen zu Folge für 1 kg Wildbret vom Schwarzwild ca. 12 kg Mais gekirrt.

Hegegemeinschaften

Eine Neufassung des § 13 ist dringend erforderlich. Die Anpassung der Regelungen zu Hegegemeinschaften, insbesondere zur Organisationsform, an das Bundesjagdgesetz wird angeregt. Der Aufgabenbereich der Hegegemeinschaften sollte sich deutlich reduzieren und weniger Einfluss auf das Jagdrecht des Grundeigentümers haben. Die Bestimmung von Hegezielen durch eine Hegegemeinschaft sowie die Einflussnahme auf die Abschussplanung ist entbehrlich und abzulehnen. Die Hege-

gemeinschaften in Thüringen haben sich in der Zielerreichung entsprechend ThJG § 1 nicht bewährt. Hegegemeinschaften werden als Hemmnis der Zielerreichung wahrgenommen. Der Stand der Wildschäden in Thüringen und die Streckenentwicklung der Schalenwildarten in Thüringen zeigen dies überdeutlich. Es sollte auf die Grundintention der Hegegemeinschaften nach § 10a Bundesjagdgesetz zurückgefallen werden. Hegegemeinschaften sollten allein als privatrechtliche Zusammenschlüsse gebildet werden. Der Einfluss auf die Abschussplanung sollte sich so weit wie möglich reduzieren. Bereits bestehende Hegegemeinschaften in Thüringen sollten in eine private Rechtsform umgewandelt werden. Die Grundeigentümer als Inhaber des Jagdrechts müssen Sitz und Stimme in Hegegemeinschaften erhalten. Die Bildung staatlicher Hegegemeinschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts sowie eine Zwangsmitgliedschaft wird als nicht grundgesetzkonform (Vertragsfreiheit) abgelehnt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass sich der Deutsche Jagdverband e. V., dessen Mitglied der Landesjagdverband Thüringen ist, in seiner auf einem Bundesjägertag in Rostock-Warnemünde am 23. Juni 2017 einstimmig beschlossenen „Grundsatzposition Jagd“ dafür ausgesprochen hat, dass die Gründung von und die Mitgliedschaft in Hegegemeinschaften grundsätzlich auf freiwilliger Basis erfolgen soll.

Ökologischer Jagdverband Thüringen e.V.

THÜR. LANDTAG POST
19.08.2019 09:01

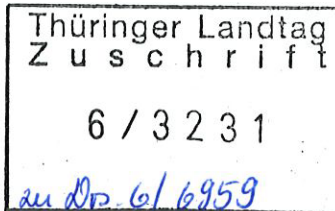
19.08.2019

Den Mitgliedern des

AGILF

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Str.1

99096 Erfurt



"ergänzendes Anhörungsverfahren"

Ihr Ansprechpartner:
Herr

info@oejv-lthueringen.de
<http://www.oejv.org/landesgruppen/thueringen/>

Ihr Zeichen: Drs. 6/6959-A 6.1.

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtag
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6/6959 -

Unser Zeichen:

Sehr geehrter Damen und Herren,

Stadtroda
15.08.2019

vielen Dank, dass wir die Möglichkeit erhalten, eine Stellungnahme im Rahmen des ergänzenden schriftlichen Anhörungsverfahrens zur geplanten Änderung des Thüringer Jagdgesetzes abgeben zu dürfen.

Anmerkungen zu den geplanten Änderungen:

Änderungsantrag der Fraktion AfD in Vorlage 6/5654:

Der Änderungsantrag wird in Gänze abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Vorlage 6/5666:

Die Aufnahme der Nilgans ins Jagdrecht inkl. einer festgelegten Jagdzeit erhält unsere Unterstützung.

Alle anderen Änderungen im Antrag der Fraktion der CDU werden abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5772:

Wir stimmen den Änderungen zu.

Weitere Anmerkungen und Anregungen bzgl. der Jagdgesetzänderung:

Abschaffung des behördlichen Rehwildabschussplanes (§ 32 Abschussplanung):

Während der mündlichen Anhörung wurde klar dargestellt, dass der jetzige Entwurf mit einem Mindestabschussplan zwar der Schritt in die richtige Richtung ist, jedoch die vollständige Abschaffung von zahlreichen Akteuren als äußerst sinnvoll gesehen wird. Es gibt in Thüringen zwei aktuelle Projekte (Gera und Hainichregion) in denen der Rehwildabschuss ohne behördlichen Abschussplan getestet wurde. In beiden Projekten wurde ein absolut positives Ergebnis der Beteiligten gezogen. Es ist deshalb schwer verständlich, warum – obwohl klare Ergebnisse in Thüringer Projekten vorliegen – diese jetzt nicht umgesetzt werden. Die Abschaffung würde sehr viel (behördlichen) Aufwand ersparen und aktiv zur Entbürokratisierung und Kosteneinsparung beitragen.

Es würde durch den Wegfall der Planung auch zu keiner befürchteten Verringerung der Datengrundlage führen. Die Festlegung eines Sollabschusses findet weiterhin – wie bisher – zwischen Verpächter und Pächter statt. Die Streckenergebnisse würden – wie bisher – über die Wildursprungsscheine und die Quartalsmeldung Abschuss erhoben.

Deswegen plädieren wir für die Abschaffung des behördlichen Abschussplanes für Rehwild.

Verbot Nachtzieltechnik, etc...:

Wie bei der Anhörung auf Nachfrage mitgeteilt, sollte der neue Gesetzentwurf für die oberste Jagdbehörde die Möglichkeit einräumen, schneller als bisher, neue Jagdtechnik und Hilfsmittel zuzulassen. Dies zielt vor allem auf die Seuchenbekämpfung und Prävention. Andere Bundesländer haben dies in weiser Voraussicht für ihre Jäger*innen bereits ermöglicht.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(1. Vorsitzender)

THÜR. LANDTAG POST
19.08.2019 15:22

18179/19



NABU Thüringen - Leutra 15 - 07751 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs Straße 1
99096 Erfurt

Landesverband Thüringen

Landesvorsitzender

Tel. +49 (0)36 41.60 57

Fax +49 (0)36 41.21

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtags**
Ihr Zeichen:

Jena, 19. August 2019

Sehr geehrter
sehr geehrte Damen und Herren,

der NABU Thüringen bedankt sich für die Bereitstellung der Unterlagen und die
Möglichkeit zur Stellungnahme.

Nachfolgend unsere Hinweise und Einwände im Rahmen des ergänzenden
schriftlichen Anhörungsverfahrens zum Gesetzentwurf.

Änderungsvorschlag NABU Thüringen

- § 42 Abs. 1 Nr. 2: Hier ist "Herdenschutzhunde" zu ergänzen.
- Artikel III, Inkrafttreten "(2) Artikel II tritt am 1. Januar 2022 in Kraft." ist zu
ändern in "(2) Artikel II tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft."

Zu Änderungsvorschlag mit Antrag der AFD-Fraktion des Thüringer Landtages vom 04.06.2019

- § 29 Abs. 3 Nr. 6: Ausführungen mit Gesetzentwurf (Drucksache 6/6959
vom 20.03.2019, zuletzt aktualisiert am 04.07.2019) sind beizubehalten.
- § 33 Abs. 1 Nr. 1: Ausführungen mit Gesetzentwurf (Drucksache 6/6959
vom 20.03.2019, zuletzt aktualisiert am 04.07.2019) sind beizubehalten.
Eine Einschränkung der Liste jagdbarer Arten wird durch die Formulierung
im Bundesjagdrecht nicht explizit ausgeschlossen. Im Übrigen ist Jagd per
sé ein Eingriff in Eigentumsrechte. Langfristig sind alle geschützten Arten
aus dem Jagdrecht herauszunehmen und in ein geeignetes
wissenschaftlich und fachlich hinreichend begründetes
Wildtiermanagement zu überführen. Die Jagd mit Begrifflichkeiten wie
Hege und Pflege bietet kein geeignetes Instrument, um die staatlich und
EU-weit verpflichtenden Maßnahmen zur Verbesserung der
Lebenssituation von national und international geschützten Arten
umzusetzen, für die die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat
Thüringen Verantwortung tragen. Die Situation von zahlreichen
geschützten Arten hat sich überdies durch die Jagd bzw. die
Hegemaßnahmen in den letzten Jahrzehnten nicht maßgeblich
verbessert. Sogar geschützte Greifvögel und geschützte Beutegreifer wie

NABU Thüringen

Leutra 15

07751 Jena

Tel. +49 (0)36 41.60 57 04

Fax +49 (0)36 41.21 54 11

Lgs@NABU-Thuringen.de

www.NABU-Thuringen.de

Bankverbindung

Sparkasse Jena-Saale-Holzland

IBAN DE10 8305 3030 0000 0605 69

BIC HELADEF1JEN

Naturschutzbund (NABU) Thüringen e.V.

Der NABU Thüringen ist ein staatlich
anerkannter Naturschutzverband
(nach § 63 BNatSchG) und nimmt Stellung
zu naturschutzrelevanten Planungen.
Spenden und Beiträge sind steuerlich
absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse
an den NABU Thüringen sind steuerbefreit.

Seite 2/3



Luchs und Wolf sind von illegaler Nachstellung und illegaler Tötung betroffen.

- Im Übrigen ist an den Änderungen (Drucksache 6/6959 vom 20.03.2019, zuletzt aktualisiert am 04.07.2019) § 56 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe f festzuhalten.

Zu Änderungsvorschlag mit Antrag der CDU-Fraktion des Thüringer Landtages vom 05.06.2019

- § 29 Abs. 3 Nr. 6: Ausführungen mit Gesetzentwurf (Drucksache 6/6959 vom 20.03.2019, zuletzt aktualisiert am 04.07.2019) sind beizubehalten.
- § 29 Abs. 3 Nr. 5: Fassung wie von der CDU-Fraktion vorgeschlagen, lehnen wir aus wissenschaftlichen und naturschutzfachlichen Gründen abgelehnt. Eine weitere Akkumulation von hochgiftigem Blei in der Natur und in der wildlebenden Tierwelt kann der Umwelt nicht weiter zugemutet werden.
- § 33 Abs. 1 Nr. 1: Ausführungen mit Gesetzentwurf (Drucksache 6/6959 vom 20.03.2019, zuletzt aktualisiert am 04.07.2019) sind beizubehalten. Eine Einschränkung der Liste jagdbarer Arten wird durch die Formulierung im Bundesjagdrecht nicht explizit ausgeschlossen. Im Übrigen ist Jagd per se ein Eingriff in Eigentumsrechte. Langfristig sind alle geschützten Arten aus dem Jagdrecht herauszunehmen und in ein geeignetes wissenschaftlich und fachlich hinreichend begründetes Wildtiermanagement zu überführen. Die Jagd mit Begrifflichkeiten wie Hege und Pflege bietet kein geeignetes Instrument, um die staatlich und EU-weit verpflichtenden Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von national und international geschützten Arten umzusetzen, für die die Bundesrepublik Deutschland und der Freistaat Thüringen Verantwortung tragen. Die Situation von zahlreichen geschützten Arten hat sich überdies durch die Jagd bzw. die Hegemaßnahmen in den letzten Jahrzehnten nicht maßgeblich verbessert. Sogar geschützte Greifvögel und geschützte Beutegreifer wie Luchs und Wolf sind von illegaler Nachstellung und illegaler Tötung betroffen.
- § 34 Abs. 2 Satz 1: Ausführungen mit Gesetzentwurf (Drucksache 6/6959 vom 20.03.2019, zuletzt aktualisiert am 04.07.2019) sind beizubehalten. Das Aussetzen einer gebietsfremden Art ist weder zeitgemäß, noch aus fachlicher Sicht gesehen sinnvoll.
- § 42: Ausführungen mit Gesetzentwurf (Drucksache 6/6959 vom 20.03.2019, zuletzt aktualisiert am 04.07.2019) sind beizubehalten. Etwaige ordnungs- und tierschutzrechtliche Belange und Mehraufwendungen, die mit dem Fang oder dem Festsetzen von Hunden und Katzen für Land und Kommunen entstehen, sind ggf. personell und finanziell entsprechend anzupassen bzw. auszugleichen.

Seite 3/3



**Zu Änderungsvorschlag mit Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis
90/Die Grünen des Thüringer Landtages vom 27.06.2019**

- § 33: Ausführungen mit Gesetzentwurf (Drucksache 6/6959 vom 20.03.2019) sind beizubehalten. Da es sich um eine ausschließlich exekutive Aufgabe handelt, ist hier das Einvernehmen der zuständigen Ministerien als jeweils Oberste Jagdbehörde und Oberste Naturschutzbehörde zwingend erforderlich und maßgeblich. Die Zustimmung des für Jagd zuständigen Ausschusses des Landtags ist hierbei nicht erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falknerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e.V.,
dem DJV angeschlossen,
gem. § 30 BNatSchG
vom BMLF anerkannt.



Anhörungsverfahren gem. §79 GO ThL

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung -Drucksache 6/6959-

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des
Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten,

der Deutsche Falken Orden – LV Thüringen vertritt in dem ergänzenden,
schriftlichen Anhörungsverfahren folgenden Standpunkt:

Am 06.06.2019 bekamen wir, zusammen mit ausgewählten Verbänden die
Möglichkeit, unsere Bedenken und Anmerkungen zu der geplanten
Gesetzesänderung darzulegen. Leider ist es uns Falknern nicht gelungen, die
Bedeutsamkeit eines praktikablen Jagdgesetzes für die Erhaltung eines
immateriellen Kulturerbes der Menschheit in Thüringen hervorzuheben.

Die Basis der Falknerei ist seit 4000 Jahren die Jagd auf Niederwild!

Der vorliegende Gesetzentwurf schafft die gesetzliche Grundlage der Falknerei
eben diese Basis zu entziehen.

Wir verstehen die Jagd nicht als Auftragstötungen bei drohenden finanziellen
Verlusten. Wir verstehen die Jagd als Kulturgut welches, einen den
landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten artenreichen
und gesunden Wildbestand zum Ziel hat (§ 1 BJagdG).

Wir teilen ausnahmslos die Standpunkte des LJV! In, für die Falknerei besonders
relevanten Punkten, möchten wir ergänzende Anmerkungen äußern. Aus
Gründen der Vereinfachung möchten wir, bei entsprechenden Stellen Bezug auf
Änderungsvorschläge einzelner Fraktionen nehmen

Commerzbank Ilmenau
Konto Nr. DE 63 8204 0000 0506 761600
BIC COADFFXXX

 Immaterielles
Kulturerbe
Wahren. Können. Weitergeben.
Falknerei

Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falkerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e.V.
dem DJV angeschlossen,
gem. § 50 BNatSchG
vom BFLF anerkannt.



Artikel 1

Nr.18 - § 21 - Änderungsvorschlag DFO

Zu § 21

Wir beantragen die Einfügung:

(5) Vogelarten, die durch die Europäische Kommission in der Liste invasiver Tierarten aufgelistet sind, unterliegen der Thüringer Verordnung über die Bestimmung weiterer Tierarten, die dem Jagdrecht unterliegen (Thüringer Jagdzeitenverordnung- ThürJagdzVO). Für sie gilt § 21 Abs. 3 Satz 1 nicht. Eine Hegeverpflichtung nach § 1 Abs. 2 Bundesjagdgesetz ergibt sich für sie nicht. (analog Antrag AFD)

Nr.20 - § 23 - Änderungsvorschlag DFO

Zu § 23

Wir beantragen die Streichung des Passus: „... und soweit nach dem **Naturschutzrecht besonders oder streng geschützte Arten betroffen sind im Einvernehmen mit dem für Naturschutz zuständigen Ministerium**“
(Beibehaltung der alten Formulierung)

Begründung:

Hier trifft das BNatSchG, die Anwendungshilfen des BFN / LANA eindeutige Aussagen.

BNatSchG § 37(2) Aufgaben des Artenschutzes

Vorbehaltlich Jagd- oder fischereirechtlicher Bestimmungen ist es verboten, wild lebende Tiere und Pflanzen der in Anhang V der Richtlinie 92/43/EWG (auch FFH Richtlinie) aufgeführten Arten aus der Natur zu entnehmen

Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falkerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e.V.,
dem DJV angeschlossen,
gem. § 59 BNatSchG
vom BfLF anerkannt.



Vollzugshinweise zum Artenschutzrecht (LANA)

2. Kapitel

Verhältnis Jagd- und Artenschutzrecht

Auch das BJagdG und die BWildSchV enthalten artenschutzrechtliche Bestimmungen, die insbesondere auch der Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie dienen. Nach der Unberührtheitsklausel in § 37 Abs. 2 BNatSchG bleiben die spezialgesetzlichen Regelungen unberührt und finden die naturschutzrechtlichen Vorschriften nur dann Anwendung, soweit in den jagd- und fischereirechtlichen Vorschriften keine Regelungen zum Schutz dieser Arten bestehen. Es gilt also der Grundsatz der Spezialität. Auch landesjagd- oder landesfischereirechtliche Regelungen gehen den Vorgaben des 5. Kapitels (= Allgemeine Schutzbestimmungen) vor.

6.2.1. Zulässige Jagdausübung

Ein Konkurrenzverhältnis zwischen Naturschutz- und Jagdrecht ergibt sich für A-Arten, die gleichzeitig dem Bundesjagdgesetz unterliegen (Luchs, Wildkatze, Fischotter, Großtrappe, Turteltaube, Knäkente, Moorente und die heimischen Greifvögel). Nach § 37 Abs. 2 BNatSchG finden die naturschutzrechtlichen Vorschriften nur dann Anwendung, soweit in den jagd- oder fischereirechtlichen Vorschriften keine besonderen Bestimmungen zum Schutz und zur Pflege dieser Arten bestehen. Es gilt der Grundsatz der Spezialität. Die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote finden somit bei einer zulässigen Jagdausübung auf Wild mit einer Jagdzeit oder kraft jagdrechtlicher Ausnahmeregelung während der Schonzeit keine Anwendung. Wird z.B. von der zuständigen Jagdbehörde auf der Grundlage von § 22 Abs. 2 oder 4 BJagdG i. V. m. dem jeweiligen Landesrecht eine Ausnahme zur

Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falkerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e.V.,
dem DJV angeschlossen,
gem. § 89 BNatSchG
vom BMLF anerkannt.



Entnahme eines Habicht-Ästlings oder – Nestlings erteilt, ist daneben keine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich.

7.2.4. Zulässige Jagdausübung

Für A-Arten, die gleichzeitig dem Jagdrecht unterliegen (z.B. heimische Greifvögel), gilt der Grundsatz der Spezialität (siehe Kap. 6.2.1). Die artenschutzrechtlichen Besitzverbote haben daher bei der Inbesitznahme von Wild im Rahmen der zulässigen Jagdausübung (bei Jagdzeit oder mit jagdrechtlicher Ausnahmeregelung während der Schonzeit) oder der Aneignung von Fallwild keine Gültigkeit (siehe Kap. 2.1 - Verhältnis Jagd- und Artenschutzrecht).

Der Wissenschaftliche dienst des Bundestages vertritt dazu folgende Auffassung:

Der verfassungsändernde Gesetzgeber wollte das Jagd- und das Naturschutzrecht als getrennte Rechtskreise aufrechterhalten. In der Begründung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Recht des Artenschutzes nicht den jagdrechtlichen Artenschutz umfasst.

Die strikte Trennung von Jagdwesen und Naturschutzrecht führt zum Prinzip der Spezialität des Jagdrechts gegenüber dem Naturschutzrecht bei den sogenannten Doppelrechtlern, also bei Tieren, die sowohl dem Artenschutz als auch dem Jagdrecht unterliegen. So geht das Jagdrecht als Spezialrecht dem Artenschutzrecht vor, soweit es Bestimmungen zum Schutz der Art enthält. Nur wenn dies nicht der Fall ist, greift das Artenschutzrecht.

Die Überlagerungsprobleme zwischen Jagd- und Naturschutzrecht

*(insbesondere im naturschutzrechtlichen und jagdrechtlichen
Artenschutz), etwa im Hinblick auf Tötungs- und Aneignungsverbote*

Commerzbank Ilmenau

Konto Nr. DE 63 8204 0000 0506 761600

BIC COADFFXXX



Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falknerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e. V.,
dem DJV angeschlossen,
gem. § 66 BNatSchG
vom BBLF anerkannt.



besonders geschützter Arten, zwingen nicht zu einer einheitlichen Gesetzgebungskompetenz. Im Übrigen gibt es zahlreiche andere Überlagerungsprobleme (z. B. mit dem Tierschutzrecht oder dem Zivilrecht). Auch daraus folgt nicht die Notwendigkeit einer einheitlichen Zuständigkeit

Diese Regelung verstößt gegen das Tierschutzgesetz und § 29 TJagdG!

Nach dem Tierschutzgesetz ist Jedermann befugt, krankes Wild aufzunehmen, um ihm Schmerzen und Leiden zu ersparen. Ihm Pflege und ärztliche Versorgung zukommen zu lassen.

Uns Jägern soll dies abgesprochen werden?

Die Absurdität wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass wir Jäger; Enten, Gänse, Krähen, Elstern und weitere besonders geschützte Arten erlegen dürfen. Bei der Aufnahme von kranken Exemplaren es jedoch einer gesonderten Erlaubnis bedarf. Die Pflege und Rehabilitation von Greifvögeln durch Falkner wäre auch in Frage gestellt.

Nr.24 - § 29 - Änderungsvorschlag DFO

Zu § 29 Abs.3 Nr.6 (Totschlagfallen)

Wir beantragen die Streichung: **§29 Abs. 3 Nr. 6 zu streichen**
(analog Antrag CDU + AFD)

Commerzbank Ilmenau

Konto Nr. DE 63 8204 0000 0506 761600

BIC COADFFXXX



Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falknerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e.V.
dem DJV angeschlossen,
gem. § 88 BNatSchG
vom BMLF anerkannt.



Nr.25 - § 30 - Änderungsvorschlag DFO

Zu § 30 Abs.2

Wir beantragen die Änderung in: **Treibjagd ist jede Gesellschaftsjagd, bei der das Wild durch, sonstige Hilfspersonen unter Einsatz von Hunden den Schützen zugetrieben wird**

(analog Antrag DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/
DIE GRÜNEN))

Nr.28 - § 33 - Änderungsvorschlag DFO

§33

Wir beantragen die Streichung der Textpassage: **„...oder die Liste einzuschränken, wobei dies für die nach nationalem, europäischem und internationalem Naturschutzrecht streng und besonders geschützten Tierarten im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde erfolgt;** (analog Antrag CDU)

Auch eine Streichung §33 (1) 1. Wäre denkbar. (analog Antrag AfD)

Begründung:

§2 BJagdGes

Die Länder können weitere Tierarten bestimmen, die dem Jagdrecht unterliegen.
Eine Einschränkung der jagdbaren Arten durch die Länder sieht das BJagdGes nicht vor!

Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falknerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e.V.
dem DJV angeschlossen,
gem. § 89 BNatSchG
vom BfLF anerkannt.



Zum Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde ist unser Standpunkt analog zu § 23.

Der verfassungsändernde Gesetzgeber wollte das Jagd- und das Naturschutzrecht als getrennte Rechtskreise aufrechterhalten. In der Begründung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Recht des Artenschutzes nicht den jagdrechtlichen Artenschutz umfasst.

Auch hier werden Rechtskreise durchbrochen. Durch das Einvernehmen wird der Vorbehalt jagdlicher Vorschriften ausgehebelt.

Die Bezeichnung streng oder besonders geschützt betrifft 75 der 97 Tierarten die dem Jagdrecht unterliegen. Darunter das gesamte Federwild (gut 70 Arten).

Auch der Fasan, welcher zur Zahlung von Wildschaden verpflichtet, ist besonders geschützt.

Mit den hunderten von Tierarten, welche ausschließlich dem Naturschutzrecht unterliegen, sind für die Naturschutzbehörden genügend Herausforderungen zu meistern (Bsp. Kiebitz 1996-2016 Rückgang 88%).

Wir Jäger können, auf der Grundlage eines vernünftigen, praxisnahen Jagdgesetzes durchaus in Eigenverantwortung Tierarten managen, schützen und in ihrem Bestand sichern. (Bsp. Wanderfalken!)

Nr.36 - § 42 – Änderungsvorschlag DFO

§ 42 (1)2.

Wir beantragen: **Beibehaltung der alten Regelung**
(analog Antrag CDU)

Commerzbank Ilmenau
Konto Nr. DE 63 8204 0000 0506 761600
BIC COADFFXXX

 **Im materielles
Kulturerbe**
Wissen. Können. Weitergeben.
Falknerei

Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falknerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e.V.
dem DJV angeschlossen,
gem. § 89 BNatSchG
vom BfLF anerkannt.



Begründung: Keiner schießt gerne Hunde!!!

Nach der neuen Regelung wäre eine ggf. notwendige Entnahme von Hunden auf Grund der bürokratischen Verfahrensweise zeitlich nicht möglich. Vorausgesetzt ein Vertreter der unteren Jagdbehörde ist bereit, eine Entscheidung zur Entnahme des Hundes zu treffen.

Die Ausweitung der „Schutzzone“ für Katzen auf 500m ist aus Artenschutzgründen keinesfalls hinzunehmen. Ein Prädationseinfluss von Katzen auf die heimische Fauna ist unbestritten.

Für uns wäre ein praktikabler Lösungsansatz, bei der Beibehaltung der alten Regelung, jene Katzen zu schonen, welche durch ein Halsband gekennzeichnet sind. Zusätzlich sollte an dem Halsband ein Glöckchen oder ein CatBib angebracht sein. Dies reduziert den Jagderfolg zwischen 31%-50%.

1.§ 56 Abs. 1 Nr. 3 g) analog LJV

g) nicht nach AIHTS zertifizierte Fanggeräte und Fangvorrichtungen, die zum Totschlagen des Wildes bestimmt sind, verwendet

2.§ 56 Abs. 1 Nr. 6 c) - analog LJV

3.§ 56 Abs. 1 Nr. 7

- 1. Ohne Begleitung oder schriftliche Erlaubnis des Jagd ausübungsberechtigten wildernden Hunden oder Katzen mit der Schusswaffe nachstellt und solche erlegt oder streunende, gekennzeichnete Katzen in einer Entfernung von weniger als 200 m vom nächsten bewohnten Gebäude entfernt bejagt**

Artikel 2 – Streichung (analog Antrag und Begründung AFD)

Deutscher Falkenorden

Landesverband Thüringen

Bund für Falknerei
Greifvogelschutz und
Greifvogelkunde e.V.,
dem DJV angeschlossen,
gem. § 69 BNatSchG
vom BfLF anerkannt.



Zusammenfassung

Wir Falkner vertreten eine der natürlichsten Jagdformen.

Wir können auf eine ca. 4000 Jahre alte Tradition zurückblicken.

Aus diesem Grund wurde die Falknerei am 01.12.2016 in die repräsentative Liste des immateriellen Weltkulturerbes aufgenommen.

Damit hat der Staat und auch der Freistaat Thüringen die Verpflichtung eingegangen, die Falknerei zu schützen und zu fördern.

Die Falknerei, „steht und fällt“ mit der Jagd auf Niederwild!

Bei den Änderungen in dem § 23 und § 33 geht es ausschließlich darum, dem Jäger, seine Zuständigkeit für das Niederwild zu beschneiden.

Ungeachtet des BNatSchG und des BJagdG soll, aus rein ideologischen Beweggründen, dem Großteil des Wildes sein jagdrechtlicher Artenschutz genommen werden.

Dabei werden bewusst Verstöße gegen das Tierschutzgesetz in Kauf genommen.

Das Bundesverfassungsgericht urteilte am 05.11.1980:

Die Beizjagd ist eine Erscheinungsform des Grundrechts und hat ein Anrecht auf die Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Grundgesetz)

Mit der Reduzierung oder gar Entnahme der Niederwildarten aus dem Jagdrecht wird der Falknerei die Möglichkeit zur Entfaltung genommen.

Infolgedessen lehnt der DFO- LV Thüringen den vorliegenden Gesetzentwurf ab!

Commerzbank Ilmenau
Konto Nr. DE 63 8204 0000 0506 761600
BIC COADFFXXX



THÜR. LANDTAG POST
20.08.2019 12:48

18239



Thüringer
Bauernverband e.V.

Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Alfred-Hess-Str. 8

99094 Erfurt

Telefon

0361 262532 – 0

Telefax

0361 26253-225

Internet

www.tbv-erfurt.de

E-Mail

tbv@tbv-erfurt.de

vorab per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Erfurt, 20. August 2019

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung -Drs. 6/6959-
Änderungsanträge in den Vorlagen 6/5654, 6/5666, 6/5772, 6/5838**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Rahmen der Anhörung gemäß § 79 GO des Thüringer Landtages wurde dem Thüringer Bauernverband e. V. (TBV) die Gelegenheit eingeräumt, zu dem Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes und insbesondere den vorstehend bezeichneten Änderungsanträgen schriftlich Stellung zu nehmen. Wir möchten uns für diese Möglichkeit bedanken und wie folgt ausführen:

§ 26 Jagdschein (Artikel 1 Nr. 21)

Wie bereits in unseren Stellungnahmen vom 14. März 2018 und 11. Juni 2019 dargelegt, regt der TBV zu Absatz 6 an, eine Entlastung von Hundeführern bei der Jagdscheingebühr vorzunehmen und fordert insofern eine ermäßigte Jagdscheingebühr. Zur Meidung von Wiederholungen verweisen wir auf unsere vorstehend bezeichneten Stellungnahmen.

§ 29 Sachliche Gebote und Verbote

Verbot von Bleischrot (Artikel 2 Nr. 1, Artikel 3 Absatz 2)

Mit Stellungnahme vom 11. Juni 2019 hatte der TBV ein generelles Verbot von Bleischrot abgelehnt. Insofern begrüßen wir die Anträge der Fraktionen CDU (Vorlage

Bankverbindung
Erfurter Bank e.G.
IBAN: DE73820642280001806203
BIC: ERFDE83XXX

Vereinsregister
Amtsgericht Erfurt
lfd. Nr. 160340
Steuernr.: 151/143/50238

Präsident
Hauptgeschäftsführerin

Alfred-Hess-Straße 8
99094 Erfurt
Telefon: 0361 26253-200
Fax: 0361 26253-225

6/5666, dort Ziffer II.) und AfD (Vorlagen 6/5654, dort Ziffer II. und 6/5838). Der TBV hatte –wie auch die CDU mit ihrem jetzigen Änderungsantrag- auf das Bundesjagdgesetz (BJagdG) verwiesen und für eine einheitliche Regelung in ganz Deutschland plädiert. Aus den nunmehr mit dem Änderungsantrag in Vorlage 6/5838 vorgelegten Unterlagen, insbesondere das Schreiben des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz vom 11. Juli 2013 (Anlage 1) und die Antwort der Bundesregierung zu einer Kleinen Anfrage vom 26. April 2013 (Anlage 2), ist zudem klar ersichtlich, dass der Bund hinsichtlich eines Verbots bleihaltiger Munition die Gesetzgebungskompetenz nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 12 i.V.m. Art. 74 Abs. 1 Nr. 28 GG (Waffenrecht und Jagdwesen) bei sich sieht und somit auf Landesebene eine solche Regelung verfassungsrechtlich unzulässig ist.

Die Änderung des § 29 Absatz 3 Nr. 5 wie im Gesetzentwurf vorgesehen (vgl. Artikel 2 Nr. 1) ist mithin zu streichen und in dessen Folge auch das beabsichtigte Inkrafttreten der Regelung zum 1. Januar 2022 (vgl. Artikel 3 Absatz 2).

Verbot von Totschlagfallen (Artikel 1 Nr. 24)

Des Weiteren befürwortet der TBV die Anträge in den Vorlagen (6/5654, dort Ziffer I. Nr. 3 und 6/5666, dort Ziffer I. Nr. 8.) bezüglich der Ablehnung eines generellen Verbots von Totschlagfallen und damit die Streichung des vorgesehenen neuen § 29 Abs. 3 Nr. 6 (Artikel 1 Nr. 24). In der Folge muss dann auch der entsprechende Ordnungswidrigkeitentatbestand des § 56 Absatz 1 Nr. 3 g) (Geldbuße bei Verwendung von Totschlagfallen) entfallen. Sollte diesen Anträgen nicht gefolgt werden, möchten wir nochmals auf unseren Vorschlag im Schreiben vom 11. Juni 2019 und damit auf die gesetzliche Regelung des § 29 a Bayrisches Jagdgesetz verweisen, die einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Sichtweisen zur Fallenjagd darstellt.

§ 32 Regelung der Bejagung (Artikel 1 Nr. 27)

Die Änderungsanträge setzen sich leider nicht mit der vom TBV geforderten Erweiterung des § 32 Absatz 1 auseinander. Wir fordern daher nochmals –wie bereits in unseren Stellungnahmen vom 14. März 2018 und 11. Juni 2019 ausgeführt- nach § 32 Abs. 1 Satz 3 den nachfolgenden Satz aufzunehmen: „Zudem muss die Abschussplanung Wildschäden auf landwirtschaftlich genutzten Flächen angemessen berücksichtigen.“ Zur Meidung von Wiederholungen verweisen wir auf die bezeichneten Stellungnahmen.

§ 33 Jagd- und Schonzeiten (Artikel 1 Nr. 28)

Die vorgeschlagene Möglichkeit zur Einschränkung der Liste der unter Jagdrecht stehenden Tierarten in § 33 Abs. 1 Nr. 1 wird weiterhin abgelehnt. Der TBV begrüßt daher die Änderungsanträge in den Vorlagen 6/5666 (dort Ziffer I. Nr. 11) und 6/5654 (dort Ziffer I. Nr. 4), die diese Ansicht ebenfalls teilen. Der TBV verweist insofern gleichfalls auf den Gesetzeswortlaut des § 2 Absatz 2 BJagdG. Dort heißt es: „Die Länder können weitere Tierarten bestimmen, die dem Jagdrecht unterliegen.“ Es ist also lediglich eine Erweiterung der Liste möglich, nicht jedoch eine Einschränkung.

Der Änderungsantrag der Regierungsparteien (Vorlage 6/5772, dort Ziffer I. Nr. 2),

wonach für eine Erweiterung der Liste die Zustimmung des für die Jagd zuständigen Ausschusses erforderlich ist, geht nicht weit genug und steht zudem im Widerspruch zu dem Wortlaut des BJagdG, wonach durch die Länder lediglich eine Erweiterung der Liste möglich ist.

Der TBV setzt sich weiterhin dafür ein, eine vereinfachte Erweiterung der Liste der unter Jagdrecht stehenden Tierarten zu ermöglichen. In unserer Stellungnahme vom 11. Juni 2019 hatten wir dies insbesondere bezüglich Nilgans, Höckerschwan und Wolf gefordert. Wir hatten hier klargestellt, dass grundsätzlich keine Bejagung dieser Tierarten gefordert wird. Im begründeten Einzelfall soll allerdings auch die Bejagung dieser Tierarten schnell und unbürokratisch möglich sein. Beispielhaft möchte wir hier auf die Ohrdruffer „Problem-“, Wölfin verweisen. Der TBV befürwortet insofern die Anträge der Regierungsparteien (Vorlage 6/5772, dort Ziffer II.) und der CDU (Vorlage 6/5666, dort Ziffer III.) im Gesetzentwurf eine Änderung der Thüringer Jagdzeitenverordnung (ThürJZVO) dahingehend vorzunehmen, dass die Nilgans als invasive Art aufgenommen wird. Ihre Bejagung ist dann vom 1. September bis 15. Januar eines Jahres gestattet.

Den Antrag der AfD (Vorlage 6/5654, dort Ziffer I. 2.) in § 21 Absatz 5 ThürJagdG neu aufzunehmen, dass Vogelarten, die in der Liste invasiver Arten der Europäischen Kommission enthalten sind, der ThürJZVO unterliegen, halten wir für systematisch falsch. § 21 ThürJagdG regelt lediglich den Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes. § 33 ThürJagdG hingegen ist eine Regelung zur Jagdausübung, im Speziellen der Jagd- und Schonzeiten und enthält in Absatz 1 eine Verordnungsermächtigung aufgrund derer die ThürJZVO erlassen wurde. Die Regelung, dass Tierarten, die in der Liste invasiver gebietsfremder Arten der Europäischen Kommission aufgenommen wurden der ThürJZVO unterliegen, kann also lediglich in § 33 ThürJagdG oder der ThürJZVO selbst getroffen werden.

§ 43 Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes (Artikel 1 Nr. 37)

Unter Bezugnahme auf unsere Stellungnahme vom 11. Juni 2019 begrüßen wir die Änderungsanträge in den Vorlagen 6/5666 (dort Ziffer I. Nr. 14) und 6/5654 (dort I. Nr. 9), die ebenfalls die beabsichtigte Aufhebung der Fütterungspflicht fordern.

§ 50 Absatz 4 (Artikel 1 Nr. 44)

In Bezug auf den Antrag der CDU (Vorlage 6/5666, dort Ziffer I. Nr. 15) möchten wir nochmals auf unserer Stellungnahme vom 11. Juni 2019 verweisen und halten daran fest, dass die Regelung in § 50 Absatz 4 Satz 2 dahingehend abzuändern ist, dass in Bezug auf Maßnahmen zur Verhinderung übermäßigen Wildschadens nach § 27 Bundesjagdgesetz in den im Nationalpark Hainich gelegenen Jagdbezirken eine Abstimmung mit dem für Landwirtschaft zuständigen Ministerium zu erfolgen hat.

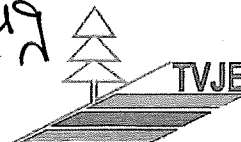
Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin

Thüringer Verband der
Jagdgenossenschaften und
Eigenjagdbezirkinhaber e.V.

THÜR. LANDTAG POST
21.08.2019 07:04

18309119



TVJE, Landesgeschäftsstelle, Alfred-Hess-Straße 8, 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle
Alfred-Hess-Str. 8
99094 Erfurt

Telefon
0361 26253-250

Telefax
0361 26253-502

Internet
www.tvje.de

E-Mail
tvje@lbv-erfurt.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht
Drs. 6/6959-A 6.1/wa

unser Zeichen
TVJE L/EI JG 2019 (2)

Bearbeiter

Datum
20.08.2019

Anhörungsverfahren gemäß § 79 Geschäftsordnung (Thüringer Landtag)

Jagdgesetzänderung

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

- Drucksache 6/6959-

I.V.m. den Änderungsanträgen der Fraktionen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

das Präsidium des TVJE e.V. bedankt sich im Namen seiner Mitglieder für die weitergehende Möglichkeit der Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zur geplanten Änderung des Thüringer Jagdgesetzes.

Zu den Änderungsanträgen der Fraktionen nehmen wir wie folgt Stellung:

Gesetz Nr. 33. § 39

Änderungsantrag AfD zu I. 5. § 39 I. V. mit der Begründung zu I. 5.

Änderungsantrag Die Linke, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen zu I. 3. Nr.33 § 39 I. V. mit der Begründung zu I. 3.

Absatz (3)

Wie bereits mitgeteilt und in der Anhörung dargelegt, sehen wir die Verpflichtung ein Überjagen von

Bankverbindung
Erfurter Bank o.G.
BLZ 820 64 228
Kto.-Nr. 1806289

Telefon: (0361) 26253-250
Fax: (0361) 26253-502
BIC: ERFBDE33XXX
IBAN: DE 79820642280001806289
Steuer-Nr.: 151/198/10237

Präsident:

Geschäftsführung:

Jagdhunden zu dulden und im Gesetz festzuschreiben, als eigentumsrechtlich bedenklich an!

Um einen Kompromiss zur notwendigen Jagd mit Hunden, dem Hundeeinsatz in der Fläche und den rechtlichen Gegebenheiten der Eigentumsgarantie zu erzielen, hatten wir auf die Regelung zu überjagenden Hunden im saarländischen Jagdgesetz verwiesen, welche praxisnah und ausgewogen erscheint.

In Ergänzung unserer bisherigen Stellungnahme, der mündlichen Anhörung sowie in Anmerkung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen möchten wir Ihnen die schriftliche Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Michael Brenner

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Rechtswissenschaftliche Fakultät

Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht

auf unsere Anfrage zum geplanten § 39 Absatz (3) im Jagdgesetz zitieren.

Herr Prof. Brenner hat der Zitierung aus seinem Schreiben und seiner namentlichen Nennung zugestimmt. Er schreibt zum geplanten Entwurf im Jagdgesetz:

„... ich kann Ihre Bedenken gegen die geplante Neuregelung gut verstehen und würde diese mit Blick auf die Eigentumsgarantie auch für zumindest bedenklich halten.

Verfassungsrechtlich lässt sich das Problem zunächst mit Blick auf den Schutz des eigentumsrechtlich abgesicherten Jagdrechts und Jagdausübungsrechts angehen; von konkreten Einzelfällen abgesehen, die sicherlich einer besonderen Begründung bedürfen, ist eine sachliche Rechtfertigung für das Überjagen nicht erkennbar. Es ist von Seiten des Jagdnachbarn, soweit es ihm möglich ist, sicherzustellen, dass die jagenden Hunde im eigenen Revier verbleiben (so ja auch die Regelung im Saarland). Dass der Freistaat hier eine pauschale Ermächtigung zum Überjagen einräumen will, erscheint mir weder sachlich geboten noch mit Blick auf das Eigentumsrecht gerechtfertigt.

Darüber hinaus spielt sicherlich auch die Verhältnismäßigkeit eine Rolle. Und wenn das eigene Revier an mehrere andere Reviere angrenzt - wie das ja typischerweise fast immer der Fall ist -, kumuliert sich die Eigentumseinschränkung u. U. zudem zu einer unverhältnismäßigen; denn, wie Sie zu Recht sagen, bleibt es dann nicht bei einem zweimaligen Überjagen, sondern kumuliert zu einem vielfachen Überjagen und damit auch zu einer Kumulation der Eigentumseinschränkung - was zu einer erheblichen und letztlich unverhältnismäßigen Einschränkung von Jagdrecht und Jagdausübungsrecht des Betroffenen führt.

Die saarländische Regelung scheint mir hier vorbildlich zu sein. ..."

Weitergehend nehmen wir vollumfänglich Bezug auf unsere bisherige schriftliche Stellungnahme vom 03.06.2019 mit folgenden Anmerkungen aufgrund unserer Aussagen in der mündlichen Anhörung.

Ergänzung und Hinweis aufgrund Nachfrage in der Anhörung:

Gesetz Nr. 27. § 32

Absatz (1)

Der in der Anhörung dargelegten Möglichkeit der generellen Abschaffung des Abschussplanes für Rehwild könnten wir folgen, soweit ein Passus im Gesetz aufgenommen wird, welcher den Hinweis auf eine Abschussabstimmung zum Rehwild auf der Ebene zwischen Verpächter (Jagdgenossenschaft, Eigenjagdbezirksinhaber) und Pächter beinhaltet.

Gesetz Nr. 41. § 47

Noch einmal ist anzumerken, dass die Begrifflichkeit „Gutachten“ (Absatz (1) aus rechtlichen und praxisfachlichen Erwägungen ähnlich dem Absatz (2) in „Schätzung“ oder ggf. in „gutachterliche Stellungnahme“ geändert werden sollte!

Die Begründung dazu ist in der bereits vorliegenden Stellungnahme sowie der mündlichen Anhörung erfolgt.

Freundliche Grüße

Präsident

THÜR. LANDTAG POST
22.08.2019 17:18

18504/2019

Thüringer Forstverein e.V. – Possenallee 54 – 99706 Sondershausen



Thüringer Landtag

per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

ergänzendes An-
hörungsverfahren

Thüringer Forstverein e.V.

– Geschäftsstelle –

Possenallee 54

D-99706 Sondershausen

Tel.: 03632 713961

Fax: 03632 713964

E-Mail: thueringen@forstverein.de

2019-08-14

Ergänzendes schriftliches Anhörungsverfahren: Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

- Drucksache 6/6959 - i.V.m. den Änderungsanträgen (Vorlagen 6/5654, 6/5666 sowie 6/5772)

Ihr Schreiben: Drs.6/6959-A 6.1/wa

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zur geplanten Änderung des Thüringer Jagdgesetzes wiederholt Stellung nehmen zu dürfen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung, der sich nicht geändert hat, gilt unsere Stellungnahme vom 31.05.2019 ebenfalls unverändert fort.

Wir nehmen nachfolgend zu den vorliegenden Änderungsanträgen wie folgt Stellung:

Zum Änderungsantrag der AfD- Fraktion (Vorlage 6/5654)

zu I.1.: § 6 Befriedete Bezirke - keine Anmerkung.

zu I.2.: § 21 Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes - keine Anmerkung.

zu I.3.: § 29 Sachliche Gebote und Verbote - keine Anmerkung.

zu I.4.: § 33 Jagd- und Schonzeiten - keine Anmerkung.

zu I.5.: § 39 Verwendung von Jagdhunden - Zustimmung. Da die vorgesehene Regelung zum Überjagen von Hunden unsererseits ausdrücklich gewünscht wird, kann auch die Frist einer Woche für die Anzeige akzeptiert werden. Allerdings verweisen wir nochmals auf unsere letzte Stellungnahme zur vorgesehenen Regelung hinsichtlich des Bezuges des zweimaligen Überjagens bei großen Wald- Jagdbezirken auf die Revierebene.

zu I.6.: § 41 Jagdschutzberechtigte - Zustimmung.

zu I.7.: § 41 Jagdschutzberechtigte - keine Anmerkung.

zu I.8.: § 42 Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten - keine Anmerkung.

zu I.9.: § 43 Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes - Ablehnung. Die von der Landesregierung beabsichtigte Verlagerung der Regelungen zur Notzeit und Fütterung auf die Verordnungsebene wird unsererseits als angemessen und ausreichend betrachtet. Eine gleichwertige Betrachtung von Haus- und Wildtieren, wie es die Begründung des vorliegenden Änderungsantrages suggeriert, ist unseres Erachtens unsachgemäß. Wildtiere gehören grundsätzlich niemandem und haben damit auch keinen „Betreuer“.

zu I.10.: § 52 Jagdbeirat - Ablehnung. Das in der Begründung dargestellte „Übergewicht der Forstwirtschaft“ ist eine reine Spekulation und nimmt weder Rücksicht auf die Tatsache, dass die Schalenwildarten in Thüringen ihre Haupteinstände im Wald haben, noch auf die Notwendigkeit, die Belange der Forstwirtschaft gerade im Hinblick auf den aktuell katastrophalen Zustand vieler Waldflächen eher zu stärken, als zu mindern.

zu I.11.: § 56 Ordnungswidrigkeiten

- a) Keine Anmerkung.
- b) Zustimmung.

Zu II. und III: Regelungen zu bleihaltigem Schrot - keine Anmerkung.

Zum Änderungsantrag der CDU- Fraktion (Vorlage 6/5666)

zu I.1. und I.2: § 8 Eigenjagdbezirke - Zustimmung. Die Forstämter sind Verwaltungsebenen der Landesforstanstalt, daher sollten sich auf dieser Ebene auch die Eigenjagdbezirke abgrenzen. Die Regelungen für die anderen dargestellten Eigenjagdbezirke werden analog dazu gesehen.

zu I.3.: § 11 Jagdgenossenschaft - keine Anmerkung.

zu I.4.: § 14 Verpachtung - Ablehnung. Die von der Landesregierung vorgesehene Aufhebung der Klassifizierung wird nach wie vor als sinnvoll erachtet.

zu I.5.: § 21 Schutz der Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten des Wildes - Ablehnung. Eine Ausdehnung des Antragsrechts auf die Hegegemeinschaft wird nicht für erforderlich gehalten.

zu I.6.: § 26 Jagdschein - keine Anmerkung.

zu I.7.: § 27 Mittel zur Förderung des Jagdwesens und Gegenstand der Förderung - Ablehnung. Eine Änderung des Entwurfs der Landesregierung wird unsererseits nicht für erforderlich gehalten. Die bisherige Zuständigkeit der Obersten Jagdbehörde sollte erhalten bleiben.

zu I.8.: § 29 Sachliche Gebote und Verbote - keine Anmerkung.

zu I.9.: § 30 Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd - Zustimmung. Der Vorschlag zur Definition der Drückjagd erscheint in dieser Form klar und verständlich.

zu I.10.: § 32 Regelung der Bejagung - Ablehnung. Der Thüringer Forstverein sieht nach wie vor einen erheblichen Bedarf zur Anpassung des Thüringer Jagdgesetzes gemäß des in der Präambel dargestellten „Problem und Regelungsbedürfnisses“. Nach unserer Auffassung ist die für § 32 vorgesehene Änderung eine der maßgeblichen Änderungen des vorgesehenen Gesetzgebungsverfahrens, auch wenn sie uns immer noch nicht weit genug geht (siehe unsere

Stellungnahme vom 31.05.2019). Ein Verzicht auf die hier von der Landesregierung vorgesehenen Regelungen wäre unsererseits nicht akzeptabel.

zu I.11.: § 33 Jagd- und Schonzeiten - keine Anmerkung.

zu I.12.: § 34 Aussetzen von Tieren - Ablehnung. Die Begründung im Gesetzentwurf der Landesregierung ist unseres Erachtens deutlich und schlüssig.

zu I.13.: § 42 Aufgaben und Befugnisse der Jagdschutzberechtigten - keine Anmerkung.

zu I.14.: § 43 Natürliche Äsung; Fütterung des Wildes - Ablehnung. Die von der Landesregierung beabsichtigte Verlagerung der Regelungen zur Notzeit und Fütterung auf die Verordnungsebene wird unsererseits als angemessen und ausreichend betrachtet.

zu I.15.: § 50 Jagdbehörde - Ablehnung. Der Thüringer Forstverein sieht für die vom Gesetzgeber geforderte Vorbildlichkeit der Waldbewirtschaftung im Staatswald auch adäquate Regelungen im Jagdgesetz als für erforderlich an. Eine Zuständigkeit der Obersten Jagdbehörde wird dem gerecht. Analoge Zuständigkeitsregelungen finden sich auch im Naturschutzrecht für Schutzgebiete von besonderer Bedeutung. Wenn wie in der Begründung des vorliegenden Änderungsantrages die Fachkompetenz der Forstbediensteten erhalten bleiben soll, wäre die beste Möglichkeit, der Landesforstanstalt ihre Zuordnung von Aufgaben der Unteren Jagdbehörde wie bisher zu erhalten. Eine Verlagerung auf die unteren Jagdbehörden der Kreise und Kreisfreien Städte bringt in dieser Hinsicht jedoch keine Verbesserung, da die beschriebene Forstkompetenz in diesen Behörden nur im Einzelfall vorhanden ist.

Zu II. und III: - keine Anmerkungen.

Zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Vorlage 6/5772)

zu I.1.: § 30 Gesellschaftsjagd, Treibjagd, Drückjagd - Ablehnung. Die bisherige Definition der „Drückjagd“ bedarf dringend einer sachgerechten Anpassung. Dem Vorschlag der CDU- Fraktion sollte in diesem Punkt gefolgt werden.

zu I.2.: § 33 Jagd- und Schonzeiten - keine Anmerkung.

zu I.3.: § 39 Verwendung von Jagdhunden - Zustimmung.

zu I.4.: § 56 Ordnungswidrigkeiten - Zustimmung.

Zu II. und III: - keine Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

(Vorsitzender)

Anlagen: Erklärungen

Geschäftsstelle
Weidigstraße 3a
99885 Ohrdruf
Tel.: 0 36 24 - 31 38 80
Fax: 0 36 24 - 31 51 46

THUR. LANDTAG POST
30.08.2019 08:29

18994/2019



Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen- Fuchs- Str. 1
99096 Erfurt

Ohrdruf, 22.07.2019

(ergänzendes Anhörungsverfahren)

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6 / 6959 -**

**i.V.m. den Änderungsanträgen
der Fraktion der AFD in Vorlage 6/5654
der Fraktion der CDU in Vorlage 6/5666 sowie
der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5772**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu den weiteren geplanten
Änderungen des Thüringer Jagdgesetzes abgeben zu können.
Wir bitten darum, unsere Stellungnahme vom 29.5.2019 weiter zu berücksichtigen.

Zum Änderungsantrag der AFD - Fraktion

Die Änderungsvorschläge zu I.10 zu § 52 Zusammensetzung Jagdbeirat
(zukünftig nur noch ein Vertreter für die gesamte Forstwirtschaft in den Jagdbeiräten bei
den Unteren und Obersten Jagdbehörden) lehnen wir ab.

Begründung: Die Interessen der verschiedenen Waldeigentumsarten sind nicht immer
identisch und sollten entsprechend berücksichtigt werden.

Allen anderen Änderungsvorschlägen der AFD-Fraktion stimmen wir zu.

Zum Änderungsantrag der CDU- Fraktion

Die Änderungsvorschläge zu I.4 zu Nr. 11 § 14 (die Definition der Hoch- und Niederwildjagd
ist zu erhalten) sowie zu I.5 zu Nr.18 § 21 (Hegegemeinschaft kann Antrag auf Sperrung
des Waldes stellen) lehnen wir ab.

Den Änderungsvorschlag zu I.7 zu Nr.22 § 27 Verwendung Jagdabgabe lehnen wir ab.

Allen anderen Änderungsvorschlägen der CDU- Fraktion stimmen wir zu.

Zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ GRÜNE

Wir stimmen allen Änderungsvorschlägen dieser Fraktionen zu.

Präsident

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

PETA Deutschland e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.



Thüringer Landtag
Ausschuss für
Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
27.08.2019 15:07

18763/2019

Per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

PEOPLE FOR
THE ETHICAL
TREATMENT
OF ANIMALS
PETA
DEUTSCHLAND E.V.

Friolzheimer Straße 3a
D-70499 Stuttgart
+49 711 860 591-0
+49 711 860 591-111 (Fax)

Info@peta.de
PETA.de

20. August 2019

Stellungnahme zum aktuellen Entwurf „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die thüringische Landesregierung hat im Koalitionsvertrag 2015 vereinbart, dass die Jagd den „*Werten des Tierschutzes [...] Rechnung tragen*“ soll. Trotz nunmehr vierjähriger Bearbeitungszeit stellen wir bedauerlicherweise fest, dass der aktuelle Gesetzesentwurf trotz einzelner fortschrittlicher Elemente wie das weitgehende Verbot der Jagd mit Totschlagfallen in seiner Gesamtheit die Anforderungen an ein modernes Landesjagdgesetz, das auch dem Tierschutz gerecht werden soll, deutlich verfehlt.

Selbst hinter der schon 2015 erfolgten Novellierung des Landesjagdgesetzes in Baden-Württemberg würde das Thüringer Jagdgesetz hinsichtlich des Tierschutzes zurückbleiben, so dass schon von Beginn an als veraltet zu bezeichnen wäre.

Tierschutz hat in Deutschland Verfassungsrang. Daher sehen wir Nachbesserungen und weiterführende Regelungen zumindest zu den nachfolgenden besonders grausamen beziehungsweise unnötigen fünf Jagdpraktiken als unerlässlich an:

PETA Weltweit

- PETA UK
- PETA US
- PETA France
- PETA Netherlands
- PETA India
- PETA Australia
- PETA Asia-Pacific
- PETA Latino
- Animal Rahat

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
Konto: 78000 78000
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE71 43060967 7800078000
BIC: GENODEM1GLS

Als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt.
Eingetragen im Vereinsregister beim
Amtsgericht Stuttgart, VR 202128.



PEOPLE FOR
THE ETHICAL
TREATMENT
OF ANIMALS

PETA
DEUTSCHLAND E.V.

Friolzheimer Straße 3a
D-70499 Stuttgart
+49 711 860 591-0
+49 711 860 591-111 (Fax)

Info@peta.de
PETA.de

1. Die Baujagd sowie die Jagd mit Lebendfallen sind zu untersagen.

Lebendfallen sind mit dem Tierschutz nicht vereinbar. Wissenschaftlichen Studien zufolge kann ein Tier in höchste Panik geraten, wenn sich die Falle schließt, und es kann sich bei verzweifelten Fluchtversuchen schwere Verletzungen zuziehen. Laut der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz stehen die gefangenen Wildtiere unter hohem Stress, was erhebliches Leiden verursacht. Nicht selten sterben sie an Kreislaufversagen.¹ Bei der Baujagd werden Füchse und Dachse von Jägern mit Hunden aus ihrem schützenden Bau getrieben und erschossen. Hierbei kommt es immer wieder zum blutigen Kampf zwischen Hund und Wildtier. Die Baujagd auf Fuchs und Dachs, egal ob in Kunst- oder Naturbau, ist mit dem Tierschutzgesetz nicht vereinbar. Bei einer Anhörung im nordrhein-westfälischen Landtag gab der für den Landestierschutzverband geladene Experte, Tierarzt Dr. Ralf Unna, zu Protokoll²:

„Als praktizierender Tierarzt mit acht Kollegen in der Praxis in Köln kann ich Ihnen berichten, wie Hunde aussehen, wie deutsche Jagdterrier aussehen, die aus einem Bau lebend wieder herauskommen. So sie denn lebend wieder herauskommen, dann sind sie oft schwer zugerichtet. Ich kann Ihnen von sieben- bis achtfachen Unterkieferbrüchen berichten, die verdrahtet werden müssen, von Tieren, die multiple Verletzungen an den Vorderläufen und im Gesichtsbereich haben und über Wochen gepflegt werden müssen, um überhaupt überleben zu können. Das heißt, hier ist ein klarer Verstoß gegen das Tierschutzgesetz, wenn das durchkäme, sehr eindeutig.“ Zum anderen ist das Hetzen eines Tieres auf ein anderes laut Tierschutzgesetz § 3 (8) verboten, wobei von Waidgerechtigkeit angesichts des vorgenannten Praxisberichts keine Rede sein kann. In Baden-Württemberg ist die Baujagd zumindest am Naturbau verboten.

2. Die Jagdhundeausbildung am lebenden Tier ist zu untersagen. Die Ausbildung von Hunden beispielsweise an flugunfähig gemachten Enten ist mit dem Tierschutz nicht vereinbar. Aufgrund der eingeschränkten

PETA Weltweit
• PETA UK
• PETA US
• PETA France
• PETA Netherlands
• PETA India
• PETA Australia
• PETA Asia-Pacific
• PETA Latino
• Animal Rahat

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
Konto: 78000 78000
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE71 43060967 7800078000
BIC: GENODEM1GLS

¹ Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz (2010) Tierschutz für Jäger. Merkblatt Nr. 123.

² Landtag NRW – Ausschussprotokoll Apr 17/423 v. 12.11.2018. Online unter: www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMA17-423.pdf


 PEOPLE FOR
 THE ETHICAL
 TREATMENT
 OF ANIMALS

 PETA
 DEUTSCHLAND E.V.

 Friolzheimer Straße 3a
 D-70499 Stuttgart
 +49 711 860 591-0
 +49 711 860 591-111 (Fax)

 Info@peta.de
 PETA.de

Fluchtmöglichkeit bzw. Verhinderung des normalen Fortbewegungsverhaltens leiden die Tiere unter Angst und Stress. Da die Enten in der Regel speziell für die Jagdhundausbildung gezüchtet werden, sind die Tiere zudem viel zu schwach zum Fliegen. Auch fehlt ihnen der Orientierungssinn in freier Wildbahn. Beides geht mit erheblichen Leiden der Tiere einher.

3. Die Jagd auf Fuchs und Marder ist zu untersagen. Für die flächendeckende Bejagung auf Füchse und Marder erschließt sich kein „vernünftiger Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes. Bei einer Entlassung aus dem Jagdrecht wären die Arten unter dem Bundesnaturschutzgesetz geschützt, wonach Eingriffe in Populationen im begründeten Einzelfall bereits geregelt sind. Hierzu im Einzelnen: Weder aus wildbiologischer noch aus gesundheitlicher Sicht besteht ein Grund für die massenhafte Tötung der Beutegreifer. Die getöteten Tiere werden weder verzehrt noch erschließt sich in der heutigen Zeit die Notwendigkeit, sich mit dem Pelz der Tiere vor Kälte zu schützen. Die Jagd auf Beutegreifer hat keinerlei regulierende oder reduzierende Auswirkungen auf die Populationsdichte, weil Verluste rasch durch Zuwanderung und steigende Geburtenraten ausgeglichen werden. Insbesondere Füchse dienen den Jägern lediglich als lebendige Zielscheiben und sind in weiten Kreisen der Jägerschaft als Konkurrenten „verhasst“. Die zum Teil noch immer von Jägern verbreiteten Bedenken gegenüber den Tieren beruhen auf längst widerlegten Annahmen. Deutschland ist gemäß der WHO seit 2008 frei von terrestrischer Tollwut; der Fuchsbandwurm zählt zu den seltensten Parasitosen Europas. Dass eine Bestandsregulierung mittels der Jagd nicht zielführend ist und sich vielmehr kontraproduktiv auswirkt, wurde längst durch umfangreiche wissenschaftliche Literatur dargelegt.³ Die teils drastischen Populationsrückgänge bestimmter Arten wie beispielsweise Rebhühner

PETA Weltweit

- PETA UK
- PETA US
- PETA France
- PETA Netherlands
- PETA India
- PETA Australia
- PETA Asia-Pacific
- PETA Latino
- Animal Rahat

 Spendenkonto
 GLS Gemeinschaftsbank eG
 Konto: 78000 78000
 BLZ: 430 609 67
 IBAN: DE71 43060967 7800078000
 BIC: GENODEM1GLS

³ Auszug: Baker, P., Harris, S. & White, P. (2006): After the hunt: The future for foxes in Britain. Report. University of Bristol/University of York. / Kaphegy, T. A. M. (2012): Untersuchungen zum Sozialverhalten des Rotfuchses (*Vulpes vulpes* L.), Dissertation Forstwirtschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. / Labhardt, F. (1990): Der Rotfuchs. Paul Parey, Hamburg/Berlin. / Mulder, J. L. (1988): De Vos in het Noord-Hollands Duinreservaat. Deel 3: De vossenpopulatie. Arnhem. / Stürzer, S. & Schnaitl, M. (2009): Rotfuchs und Dachs – Raumnutzungsverhalten und Habitatwahl. Wissenschaftliche Schriftreihe Heft 18, Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald.


 PEOPLE FOR
 THE ETHICAL
 TREATMENT
 OF ANIMALS

 PETA
 DEUTSCHLAND E.V.

 Frielzheimer Straße 3a
 D-70499 Stuttgart
 +49 711 860 591-0
 +49 711 860 591-111 (Fax)

 Info@peta.de
 PETA.de

oder Feldhasen in den vergangenen Jahrzehnten sind jedoch ganz überwiegend einer anhaltenden Intensivierung der Landwirtschaft und dem damit einhergehenden Lebensraumverlust sowie den zusätzlichen Stickstoffeinträgen auf den Flächen zuzuschreiben. Zudem töten die Jäger in Thüringen jährlich selbst viele Hundert Feldhasen. Auch wissenschaftliche Untersuchungen im Nationalpark Bayerischer Wald belegen die Sinnlosigkeit der Fuchsjagd. In dem 24.000 Hektar großen Waldgebiet werden Füchse seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr bejagt. Das Ergebnis: Die Füchse im Nationalpark bekommen sogar weniger Nachkommen als die bejagte Population im angrenzenden Landkreis. Dies führen die Wissenschaftler unter anderem darauf zurück, dass es sich im Bayerischen Wald um eine stabile Fuchspopulation handelt, die keinem menschlichen Jagddruck unterliegt. Sie weisen zudem darauf hin, dass wenig bejagte Fuchspopulationen grundsätzlich weniger Nachkommen produzieren und ihr Durchschnittsalter höher ist⁴. Aufgrund einer erdrückenden wissenschaftlichen Sachlage, die eine flächendeckende Fuchsjagd nicht unterstützt, hat Luxemburg 2015 ein Verbot der Fuchsjagd eingeführt. 2016 bestätigte das Verwaltungsgericht das Fuchsjagdverbot und gab an: „*Einerseits kann die Jägerschaft dem Gesetzgeber keinen eindeutigen Fehler bei der Einschätzung der Lage nachweisen. Auf der anderen Seite können die Jäger nicht eindeutig beweisen, dass die Zahl der Füchse durch die Jagd begrenzt wird*“⁵.

- 4. Die Jagd auf Katzen ist ebenfalls unbedingt zu verbieten oder zumindest nur in absolutem Ausnahmefall zu genehmigen**, so wie es in NRW und BW mit den Jagdgesetznovellierungen umgesetzt wurde. Die Jagd auf Katzen, die in mehr als 500 Meter Entfernung vom nächsten Gebäude „Wild nachstellend“ angetroffen wird, zu genehmigen, ist zudem jagdrechtlich in Zweifel zu ziehen: Katzen stellen kein dem Jagdrecht unterliegendem „Wild“ nach. Daher dürfte jeglicher Abschuss künftig als ein Verstoß gegen das Thüringer Jagdrecht zu werten sein.

PETA Weltweit

- PETA UK
- PETA US
- PETA France
- PETA Netherlands
- PETA India
- PETA Australia
- PETA Asia-Pacific
- PETA Latino
- Animal Rahat

⁴ Stürzer, S. & Schnaitl, M. (2009): Rotfuchs und Dachs – Raumnutzungsverhalten und Habitatwahl. Wissenschaftliche Schriftreihe Heft 18, Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald. S. 17.

⁵ Jag (2016): Fuchsjagdverbot ist rechtens. In: Luxemburger Wort. Abrufbar unter: <http://www.wort.lu/de/lokales/urteil-des-verwaltungsgerichts-fuchsjagdverbot-ist-rechtens-57594470ac730ff4e7f61b3b>. (14.09.2016).

 Spendenkonto
 GLS Gemeinschaftsbank eG
 Konto: 78000 78000
 BLZ: 430 609 67
 IBAN: DE71 43060967 7800078000
 BIC: GENODEM1GLS

 Als gemeinnützig und besonders
 förderungswürdig anerkannt.
 Eingetragen im Vereinsregister beim
 Amtsgericht Stuttgart, VR 202128.



PEOPLE FOR
THE ETHICAL
TREATMENT
OF ANIMALS

PETA
DEUTSCHLAND E.V.

Friolzheimer Straße 3a
D-70499 Stuttgart
+49 711 860 591-0
+49 711 860 591-111 (Fax)

Info@peta.de
PETA.de

Eine Katze, die einer Maus oder einem Singvogel nachstellt, ist schon rein rechtlich nicht dem als „Wild nachstellend“ zu bezeichnen. Es erschließt sich auch naturschutzbiologisch kein Grund für die Tötung von Katzen. Bestandsrückgänge bestimmter Vogelarten sind laut Experten überwiegend auf Nahrungsmangel und verringerte Brutmöglichkeiten zurückzuführen, vor allem als Folge der Intensivlandwirtschaft.⁶ Keine Studie bringt Katzen mit einem schadhafte Rückgang von Vögeln im ländlichen Raum in Verbindung. Ein landesweites Katzenkastrationsgebot, wie es schon in vielen Städten eingeführt wurde, ist zudem das einzige effektive Mittel, um die Anzahl verwilderter Katzen zu reduzieren. Nicht zuletzt ist belegt, dass die höchste Dichte an Singvögeln in der Regel im menschlichen Siedlungsraum zu finden ist. Dort ist auch die höchste Dichte an Freigängerkatzen zu finden.

- 5. Die Jagd auf sämtliche Vogelarten ist zu verbieten.** Für die Jagd auf Vögel erschließt sich kein „vernünftiger Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes. Im Gegenteil: Da viele Arten Zugvögel sind, trägt Deutschland mit einigen Brut- und Rastgebieten eine Verantwortung im internationalen Vogelschutz. Laut Bundesnaturschutzgesetz gelten alle europäischen Vogelarten als besonders geschützt (vgl. § 7, Abs. 2 Nr. 13, BNatSchG). Zudem gehören einige Arten, wie beispielsweise Elster und Rabenkrähe, nach der EU-Vogelschutzrichtlinie zu den geschützten Singvogelarten. Aufgrund angeblicher Schäden in der Landwirtschaft werden jedes Jahr Tausende Vögel in Thüringen getötet. Dabei bedingt die Jagd einen erhöhten Nahrungsbedarf der Tiere. Da ganze Vogelgruppen immer wieder aufgeschreckt werden und flüchten, gehen wertvolle Energiereserven der einzelnen Tiere verloren. Diesen Verlust müssen die Tiere durch erhöhte Nahrungszufuhr wieder ausgleichen. Die angeblich erheblichen Schäden in der Landwirtschaft durch Vögel sowie ein Rückgang der Schäden durch die Bejagung der Tiere konnten bislang zudem in der Fläche nicht plausibel belegt werden. Die Jagd auf Wasservögel mittels Schrot ist tierschutzwidrig und muss umgehend unterbunden werden. Aufgrund des dichten Körpergefieders und dem überwiegend praktizierten Schießen mit Schrot in Vogelschwärme

PETA Weltweit
• PETA UK
• PETA US
• PETA France
• PETA Netherlands
• PETA India
• PETA Australia
• PETA Asia-Pacific
• PETA Latino
• Animal Rahat

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
Konto: 78000 78000
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE71 43060967 7800078000
BIC: GENODEM1GLS

⁶ Sudfeldt, C., F. Bairlein, R. Dröschmeister, C. König, T. Langgemach & J. Wahl (2012) Vögel in Deutschland – 2012. DDA, BfN, LAG VSW, Münster.



werden viele Tiere von Schrotstücken verletzt und sterben einen langsamen und qualvollen Tod. In Baden-Württemberg ist es daher nicht mehr erlaubt, mit Schrot in Vogelgruppen zu schießen, außer wenn eine Verletzung der Tiere durch Randschrote ausgeschlossen werden kann.

Es ist an der Zeit, dass wildbiologische Studien endlich zur Kenntnis genommen und im thüringischen Jagdgesetz umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Referentin für Jagd/Wildtiere
PETA Deutschland e.V.

PEOPLE FOR
THE ETHICAL
TREATMENT
OF ANIMALS

PETA
DEUTSCHLAND E.V.

Friolzheimer Straße 3a
D-70499 Stuttgart
+49 711 860 591-0
+49 711 860 591-111 (Fax)

Info@peta.de
PETA.de

PETA Weltweit
• PETA UK
• PETA US
• PETA France
• PETA Netherlands
• PETA India
• PETA Australia
• PETA Asia-Pacific
• PETA Latino
• Animal Rahat

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG
Konto: 78000 78000
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE71 43060967 7800078000
BIC: GENODEM1GLS

Als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt.
Eingetragen im Vereinsregister beim
Amtsgericht Stuttgart, VR 202128.

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

**Diskussionsforum
des Thüringer Landtags**

Anlage

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Jagdgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 6/6959 -

Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Gesetzentwurf und welche grundsätzlichen Hinweise haben Sie diesbezüglich?

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag
25. April 2019	Matthias Grimm* Techniker	„Eingangs wird erwähnt das...“ (Jagdabgabe/ Schießnachweis)	„Eingangs wird erwähnt das für Privatpersonen keine zusätzliche Kosten entstehen. Durch eine Jagdabgabe die bis zum doppelten der Jagdscheingebühr betragen kann, entstehen sehr wohl Kosten die durch die Jäger getragen werden muss. Die Einnahmen aus der Jagdabgabe sollen mehrheitlich dem Natur und Tierschutz zu gute kommen. Warum wird diese Last nur auf den Schultern der Jäger verteilt, es geht alle an! Des Weiteren entstehen durch die Erbringung von Schießnachweisen Kosten und zusätzliche zeitliche Aufwendungen, welche wieder durch die Jäger getragen werden müssen. Ein entsprechender Nachweis ist kein Garant für eine Tierschutz gerechte Jagd!“

Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.